

er das greise Ehepaar, zwei Statuen gleich, einander fest anschauend.

Ludwig Philipp unterbrach die Stille, und sprach zu dem Eintretenden: »Mein Freund, Sie haben ohne Zweifel erfahren, was vorgeht; man hat mir meinen Abschied gegeben, ich muß abreisen, es scheint, als wolle Gott mich zu sich rufen.« Dann befahl er dem General Dumas, ihm ein Manuscript zu holen, auf welchem er eine unbedeutende Anekdote unvollendet gelassen hatte, und diktierte ihm das Ende derselben. Darauf diktierte er der Königin ein Kodizil zu seinem Testamente, in welchem er die Diener seines Hauses beschenkte. Endlich verlangte er das heilige Abendmahl, ließ seinen Almosenier oder Gabenvertheiler den Abbé Guella und alle seine Kinder und Enkel zu sich rufen.

Während der Nacht nahm das Fieber überhand, aber sein Geist wurde merkwürdigerweise frischer, so daß er zu dem Arzt sagte: »Ich glaube, Sie irren sich, ich werde diesmal noch nicht abreisen.«

Als der Arzt ihm darauf den Puls fühlen wollte, sagte er — »Mein lieber Doctor, das ist keine echte Probe (fair trial) denn ich habe eben gehustet und das bewegt den Puls.«

Dieses waren aber auch die letzten Worte die er sprach; denn bald darauf schloß er die Augen, und nach einer halben Stunde um 8 Uhr Morgens, verschied er, ohne sichtbare Leiden, in der Mitte der Seinigen.

Er hatte gerade noch die Namensfeier Ludwig des Heiligen (25. August) überlebt, was auf seine Familie einen heitern Eindruck machte, daß er nicht an diesem Tage, der ein Familienfest ist, starb.

Am 2. September brachte man die Leiche in die katholische Kapelle von Beybridge, wo vorläufig folgende Inschrift sein Grab deckt.

»Depositae jacent sub hoc lapide, donec in patriam avitos inter cineres, Deo adjuvante, trans-

ferantur, reliquiae Ludovici Philippi Primi Francorum regis Clarmontii in Britannia defuncti die Augusti XXVI. anno Domini MDCCCL. aetatis LXXVI. Requiescat in pace.«

Unter den Personen, die seinem Sarge folgten befanden sich der Herzog von Montmorency, die Generale von Chabannes, Berthois, D'Hotterot, Dumas, Friaux, Rumigny, die Gesandten von Spanien, Belgien, Neapel, Brasilien, Portugal, und mehre Andere.

Der Graf von Chambord, der sich zu dieser Zeit in Wiesbaden befand, ordnete einen Trauergottesdienst zu Ehren des verstorbenen Königs an, während Ludwig Philipp bei dem Tode Karl des X. keine Trauer angelegt hatte.

Die Zeitungen Frankreichs und Englands zeigten bei dem Tode Ludwig Philapps eine ungewöhnliche Theilnahme für ihn und seine Familie; ja viele von denjenigen, die ihn früher heftig angegriffen hatten, kamen von ihrem Urtheil zurück, und würdigten auch seine guten Eigenschaften.

In Frankreich trat eine förmliche Reaktion zu seinen Gunsten ein, ja man fiel wieder in das entgegengesetzte Extrem, nachdem man jetzt Apotheosen oder Vergötterung über Vergötterung machte, die großen Fehler und Schwächen dieses außergewöhnlichen Mannes leugnete, und die französische Nation fast aufforderte, bei seinen Kindern Abbitte zu thun.

Ludwig Philipp schien auch in der Hoffnung — daß, wenn die Republik in Frankreich abgeschafft werden sollte, er eher als die ältere Linie der Bourbons auf den Thron berufen werde, — eines so sanften Todes gestorben zu seyn, und es läßt sich auch mit Gewißheit voraussetzen, daß, wenn das Alter es ihm erlaubt hätte, — er — dem das Schicksal Geduld beigebracht hatte, diesem Ziele auf's Neue mit Zuversicht zugeschworen wäre.

Die Berliner März-Revolution.

Im Jahre 1848.

Für die Verwaltung eines Staats, besonders eines umfangreichen und politisch bedeutsamen, gibt es nichts Trostloseres, als wenn es derselben an einem Mittelpunkte fehlt, von welchem aus Gleichmaß, und Uebereinstimmung, Kraft und Entschiedenheit in allen Entschlüssen, Maßnahmen und die Bewegung der ganzen Staatsmaschine ausgehen.

In dieser Lage befand sich Preußen seit dem Jahre 1822; denn wer auf die großartige freudige Entwicklung der preussischen Zustände unter der kräftigen und einsichtsvollen Leitung des Freiherrn von Stein zurückblickt, wer auch nur die zwölfjährige Verwaltung eines weit weniger talentvollen Nachfolgers, des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, un-

befangen prüft, der wird sich trüber Vergleiche mit dem ganzen spätern Gange der Regierung nicht enthalten können.

Ohne der persönlichen Befähigung der spätern Minister irgend zu nahe zu treten, wird doch jeder, der auch nur einen oberflächlichen Blick in das verworrene Getriebe dieses gefährdeten Räderwerks zu werfen Gelegenheit hatte, bereitwillig zugestehen, daß darin Plan und richtiges Zueinandergreifen der einzelnen Theile und überhaupt ein Geist fehlte, der das Ganze durchdrang und befeelte.

Ja der Minister schien nur für seinen abgesonderten Wirkungskreis vorhanden zu seyn, strebte, sich darin möglichst abzuschließen, versteckte Eroberungen

auf nachbarlichen Gebiete zu machen, und seine Thätigkeit und ihre Erfolge hervorzubeben.

Um den gegenseitigen Frieden zu bewahren, machte man sich mancherlei Zugeständnisse, vermied entschlossenes Auftreten, und suchte durch gefälliges Rücksichtnehmen sich in seiner Stellung zu behaupten, so wie Alles zu vermeiden, was Störungen in das behagliche Geschäftsleben hineinbringen konnte.

Daher kam es, daß Preußen, obgleich eine der bedeutendsten Militärmächte, keine selbstständige Politik gegen Außen verfolgte; daher kam es auch, daß es im Innern jede zeitgemäße Umgestaltung, welche nothwendig Alles aus diesem süßgewohnten Gleise gedrängt haben würde, aus sich wies; daher kamen alle diese widersprechenden, halben Maßregeln, welche den Staat dem Verderben entgegen führten.

Die Regierung vermehrte ihre Werkzeuge, statt sie zu verbessern, und in gleichwirkende Thätigkeit zu bringen.

Eine unerhörte Erscheinung war es, daß Preußen gleichzeitig drei Justiz-Minister hatte, wovon einer mit der Aufsicht auf die Gesetze besonders beauftragt war, ohne daß in dreißig Jahren die erwartete neue Herausgabe des allgemeinen Landrechts erfolgte, oder überhaupt irgend ein erhebliches Gesetz zu Stande gebracht worden wäre.

Gleichmäßig war die Verwaltung der Finanzen vielfach getheilt, nachdem die Geschäfte des Staatsschatzes und Münzwesens, des Staatsschuldenwesens, das Staatsvermögen der Seehandlung, der Bank, das Kredit-Institut für Schlessen abgesondert verwaltet wurden.

Von der ganzen Regierung konnte man sagen: Alles lief nebeneinander, Nichts ineinander, und ein Ausfluß dieser vollständigen Schiefe und Halbheit war auch das königliche Patent vom 3. Februar 1847, welches bestimmt war, die so lange und so unwillig hingehaltenen Forderungen der Nation auf selbstständige politische Entwicklung zu befriedigen.

In dem ersten Patente mit der Unterschrift: »Die ständischen Einrichtungen betreffend, sagt der König, daß er seit seinem Regierungs-Antritte der Entwicklung der ständischen Verhältnisse seine Sorgfalt gewidmet habe. Er erkennt in dieser Angelegenheit eine der wichtigsten Aufgaben des von Gott ihm verliehenen königlichen Berufs, in welchem ihm das zweifache Ziel vorgesteckt ist; die Rechte, die Würde und die Macht der ihm von seinen Vorfahren vererbten Krone unverehrt seinem Nachfolger in der Regierung zu bewahren, zugleich aber auch den getreuen Ständen seiner Monarchie diejenige Wirksamkeit zu verleihen, welche im Einklange mit jenen Rechten und den eigenthümlichen Verhältnissen der Monarchie, dem Vaterlande eine gedeihliche Zukunft zu sichern geeignet ist.

Weitershin beschloß der König in Hinblick auf die von dem vorigen König gegebenen Gesetze, namentlich auf das Staatsschuldengesetz vom 17. Jänner 1820 und das Gesetz über die Anordnung der Provinzial-Stände vom 5. Juni 1823. »So oft die Bedürfnisse des Staats entweder neue Anlehen, oder

die Einführung neuer, oder die Erhöhung der bestehenden Steuern erfordern möchten, wird der König die Provinzial-Stände der Monarchie zu einem vereinigten Landtage um sich versammeln, um für erstere die durch die Verordnung über das Staatsschuldenwesen vorgesehene ständische Mitwirkung in Anspruch zu nehmen, und zu letzterer sich ihrer Zustimmung zu versichern.«

Endlich schließt das Patent mit den Worten: »Nachdem Wir über die Zusagen Unsers höchstseligen Vaters hinaus, die Erhebung neuer, so wie die Erhöhung der bestehenden Steuern an die, im Wesen deutscher Verfassung begründete Zustimmung der Stände gebunden, und dadurch Unsern Unterthanen einen besondern Beweis Unsers königlichen Vertrauens gegeben haben, erwarten Wir mit derselben Zuversicht auf ihre so erprobte Treue und Ehrenhaftigkeit, mit welcher Wir den Thron Unserer Väter bestiegen haben, daß sie Uns auch bei diesem wichtigen Schritte getreu zur Seite stehen, und Unsere nur auf das Wohl des Vaterlandes gerichteten Bestrebungen nach Kräften unterstützen werden, damit denselben unter Gottes gnädigem Beistande das Gedeihen nicht fehle.«

Diesem Patente folgte die Verordnung über die Bildung des »vereinigten Landtags;« in welchem festgesetzt ward, daß die acht Provinzial-Landtage der Monarchie zu einem Landtage vereinigt werden sollen, so oft nach dem Patente dazu Veranlassung vorhanden sey, oder wenn es der König außerdem für nothwendig halten würde.

Ort und Dauer der Sitzungen bestimmt für jeden einzelnen Fall der König. Die großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, so wie die frühern reichsunmittelbaren Fürsten und Standesherren, sollen den Herrenstand auf dem vereinigten Landtage bilden, außerdem behält er sich noch bevor, auch denselben zu verstärken.

Die Abgeordneten der Ritterschaft, die Städte und Landgemeinden erscheinen in gleicher Anzahl auf dem vereinigten Landtage, so wie auf den Provinzial-Landtagen.

Dem vereinigten Landtage stehen die Befugnisse zu, welche die Verordnung vom 17. Jänner 1820 den Ständen in Bezug auf die Staatsanleihen verleiht; nämlich, es sollen neue Darlehen, für welche das gesammte Vermögen und Eigenthum des Staats zur Sicherheit gestellt wird, fortwährend nicht anders aufgenommen werden, als mit Beziehung und unter Mit-Haftung des vereinigten Landtags.

Eben so sollen dergleichen Darlehen, wenn sie zur Deckung des Staatsbedürfnisses in Friedenszeiten bestimmt sind, ohne Zustimmung des vereinigten Landtages nicht aufgenommen werden. Im Falle eines ausbrechenden Krieges jedoch, wenn der König die Zusammenberufung des Landtags aus politischen Gründen nicht für zulässig findet, soll die ständische Mitwirkung durch Beziehung der Deputirten für das Staatsschuldenwesen ersetzt werden.

Wenn der König das Hinderniß für die Berufung als beseitigt erachtet, wird derselbe den Landtag zusammenberufen und ihm den Zweck und die Ver-

wendung des aufgenommenen Darlehens nachweisen lassen.

Der vereinigte Landtag soll ferner die Rechnungen der Staatsschulden-Verwaltung prüfen. Ohne dessen Zustimmung können auch weder neue Steuern eingeführt, noch die bestehenden erhöht werden. Ausgenommen davon sind die Zölle und indirekten Steuern, so wie die Domänen, Regalien und Provinzial-Kreis- und Kommunal-Abgaben.

Auch kann der König für den Fall eines Krieges außerordentliche Steuern ausschreiben, mit Vorbehalt des spätern Nachweises über die Verwendung.

Die Feststellung des Haupt-Finanz-Ausweises und die Verwendung der Staatseinnahmen verbleibt ein ausschließendes Recht der Krone.

Endlich soll der vereinigte Landtag zu allen Gesetzen, welche Veränderungen in Personen und Eigenthumsrechten, so wie die allgemein ständische Gesetzgebung zum Gegenstande haben, seinen Rath und sein Gutachten abgeben.

Noch folgten die Bestimmungen über die Art und Weise der Beratungen, nämlich: Bei Propositionen über Staatsanleihen und Steuer-Veränderungen tritt der Herrenstand mit den übrigen Ständen zu einer gemeinschaftlichen Beratung zusammen, in allen übrigen Fällen verhandelt derselbe in einer abgesonderten Versammlung.

Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bitten und Beschwerden dürfen nur dann an den königlichen Thron gelangen, wenn sie in beiden Versammlungen beraten, und zwei Drittheile dafür abgestimmt haben.

In Fällen, wo die Interessen einzelner Stände oder Provinzen auseinandergehen, ist unter gewissen Bedingungen eine Absonderung in Theile zulässig.

Zur Leitung der Geschäfte ernennt der König selbst für jede Versammlung einen Marschall und einen Vice-Marschall.

In den gemeinschaftlichen Versammlungen führt der Marschall des Herrenstandes den Vorsitz. Der vereinigte Landtag steht mit den Kreisständen, Gemeinden und andern Körperschaften, so wie mit den in ihm vertretenen Ständen und einzelnen Personen in keinerlei Geschäftsverbindung; und es dürfen dieselben den Abgeordneten weder Instruktionen noch Aufträge erteilen.

Bitten und Beschwerden dürfen nur von Mitgliedern des Landtags eingebracht, und, wenn dieselben vom König einmal zurückgewiesen worden sind, von der nämlichen Versammlung nicht wieder, und später auch nur dann erneuert werden, wenn dazu sich neue Gründe ergeben oder vorfinden.

Eine dritte königliche Verordnung hatte zum Inhalte die zeitweise Zusammenberufung des vereinigten ständischen Ausschusses und dessen Befugnisse.

Der Ausschuss sollte nämlich nach dieser Verordnung wenigstens alle vier Jahre zusammen treten; und es wurden ihm dieselben Befugnisse wie dem vereinigten Landtage zugewiesen, jedoch mit Ausnahme der Steuerbewilligung und des Petitionsrechts in Verfassungs-Angelegenheiten.

Eine vierte königliche Verordnung endlich handelte von der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen, welche aus acht, auf dem vereinigten Landtage zu wählenden Mitgliedern bestehen, und jährlich zur Erledigung ihrer Geschäfte vom Minister des Innern einberufen werden soll.

Dieses ist also der wesentliche Inhalt jener Verordnungen vom 3. Februar 1847, mit welcher ein neuer großartiger Abschnitt in der preussischen Geschichte, aber auch das große Drama der deutschen und preussischen Revolution beginnt.

Der Eindruck, welchen das königliche Patent auf die öffentliche Stimmung machte, war, wenn man die Wichtigkeit des Ereignisses in Betrachtung zieht, ein sehr kalter; denn Niemand wurde dadurch befriedigt.

Die Parthei welche noch königlicher als der König selbst erschien, betrachtete die Gesetze mit Argwohn, weil sie darin den Anfang von zu viel durchgreifender Reformen sah.

Die Parthei des Rechtsstandpunktes war noch weniger befriedigt, nachdem sie die ältern Gesetze über die Volks-Vertretung für verlegt hielt.

Die liberale Parthei wollte von dem Ständewesen gar nichts wissen; und erklärte der neuen Verfassung den entschiedenen Krieg.

Auch selbst im größern Publikum zeigten sich nur sehr wenige Zuneigungen für die königlichen Patente; denn selbst den Wenigen, welche sonst wohl zufrieden gestellt gewesen wären, ging es eben mit der neuen Verfassung wie es überhaupt dem Menschen mit der verspäteten Erfüllung eines Wunsches geht.

Man erwartet von Jahr zu Jahr, ohne erhört zu werden, bis eine Erschlaffung eintritt, welche nicht mehr gestattet, sich über das endlich Erreichte zu freuen.

Die Mitglieder der Provinzial-Landtags-Versammlungen, aus adeligen Erbherrn und Abgeordneten, welche sich in einem zehnjährigen ununterbrochenen Grundbesitz befanden, bestehend, auf deren Erwählung, bei der anerkannten Fruchtlosigkeit der ganzen Einrichtung, das Volk gar keinen Werth weiter gelegt hatte, wurden plötzlich berufen, Rechte auszuüben, wozu die Wähler ihnen keinen gar Auftrag erteilt hatten.

Sie alle zusammen wurden in einem Landtage vereinigt, jedoch mit so kümmerlichen Befugnissen ausgestattet, daß nicht das Wesen, sondern nur der Schein einer Volksvertretung dadurch hervorgerufen wurde.

Allgemein sah man voraus, es handle sich um ein Staats-Anleihen, und da das Gesetz vom 7. Jänner 1820 mit trockenen Worten sagt, daß ohne Zustimmung der künftigen reichständischen Versammlung keine Schulden ferner gemacht werden dürften, so wollte man durch die Berufung zum vereinigten Landtage dieser Form genügen.

Es erhoben sich daher bald nach dem Erscheinen des königlichen Patents viele Stimmen, welche sich für die Verwerfung dieser königlichen Gabe aussprachen, und der Staatsgerichtsrath Heinrich Simon in

Breslau, hatte in seiner Schrift unter dem Titel »Annehmen oder Ablehnen?« die Gründe für Letzteres am umfassendsten auseinandergesetzt *).

In der That, welche Bürgschaften konnten auch dem Volke eine Versammlung gewähren, welche, von ihrer Zusammensetzung abgesehen:

1. nach einem alleinigen königlichen Erweisen berufen oder nicht berufen werden konnte;
2. über mittelbare Steuern sich gar nicht zu äußern, und nur bei Erhöhung der unmittelbaren, so wie zur Aufnahme von Anleihen ihre Zustimmung zu geben, dagegen über die Verwendung der Staatsgelder gar nichts zu bestimmen, und bei zu erlassenden Gesetzen nur eine beratende Stimme hatte;
3. Anträge und Gesuche an den Thron nur in dem Falle bringen durfte, wenn zwei Drittheile der Stimmen sowohl in der Abtheilung der drei Stände, Rittergutsbesitzer, Bürger und Bauern, als in der abgesonderten Abtheilung der Fürsten, Grafen und Herren damit einverstanden waren; welche
4. nach einem königlichen Belieben durch bloße Ausschüsse ersetzt werden konnte, und neben der einen Abordnung von acht Personen berechtigt war, Schuldverbindlichkeiten für das Land einzugehen, wofür die veranlassenden Ursachen gelegentlich und erst hintereinander dem vereinigten Landtage mitgetheilt werden sollten.

Mit gespannter Erwartung sah man jenem Tage, nämlich den 11. April 1847, an welchem der erste vereinigte Landtag nach Berlin berufen war, und an welchem der König zum ersten Mal zu den Vertretern aller Theile der Monarchie sprechen sollte entgegen.

Man war begierig zu erfahren, wie der König die schon ziemlich laut gewordene Opposition gegen seine Patente aufnehmen würde. Vor allem andern war man aber zweifelhaft, in wieferne der Landtag der Meinung des Landes über die neuen Institutionen Ausdruck geben, und, da er doch nur den bestehenden Stand und auch diesen sogar nur mangelhaft vertrat, die Rechte der von der Theilnahme an den Staatsangelegenheiten ausgeschlossenen Klassen in Schutz nehmen würde.

Wenige Tage vor der Eröffnung des Landtags, erschienen noch mehrere bedeutende Gesetze, nämlich: über die Bildung neuer Religions-Gesellschaften. — Ueber die Errichtung von Handelsgerichten. — In Beziehung auf das Gerichts-Verfahren, worin allen männlichen Staatsbürgern der Zutritt zu den Untersuchungen gestattet; und endlich: auch die Oeffentlichkeit für Civil-Untersuchungen, da dieses früher für Kriminal-Untersuchungen der Fall war, bewilligt wurde.

Der Umstand, daß diese hier angeführten Gesetze in den letzten Tagen vor der Eröffnung des vereinigten Landtags erschienen, wurde von dem Publikum verschiedenartig beurtheilt, denn einige sahen darin

Zugeständnisse der Regierung in der Absicht, die Mittel der Opposition zu schwächen; Andere endlich wollten darin aber mehr eine Bewegung erkennen, welche beweisen sollte, daß die Regierung dergleichen Gesetze auch ohne der Berathung oder Zustimmung der Stände erlassen könne.

Beide Ansichten erschienen gegründet, und vielleicht kann man in ihnen auch den Beweggrund für die so schnelle Veröffentlichung jener Gesetze sehen. Uebrigens bleibt es unverkennbar, daß die Regierung über die bevorstehenden ständischen Debatten in großer Besorgniß war; und es schien auch ihr ganzes Streben darauf hingerrichtet, dieselben so weit es thunlich ist, zu beschränken, wenigstens gibt davon die Geschäftsordnung, die am Tage der Landtags-Eröffnung bekannt gemacht wurde, das beste Zeugniß.

Je mehr sich der Tag näherte, an welchem der Landtag zusammentreten sollte, desto häufigere Zusammenkünfte wurden von den Landtags-Abgeordneten, welche sich nach und nach in Berlin eingefunden hatten, abgehalten.

Die Opposition war im Anfange sehr gespalten, denn die Preußen brachten aufs Neue die Frage zur Sprache, ob der Landtag die Verfassung überhaupt annehmen solle, worüber in einer Privat-Versammlung eine heftige Diskussion zwischen ihnen und den Rheinländern Statt fand. Das Resultat derselben war aber, daß der praktische Sinn der Rheinländer den Sieg davon trug, und die Preußen von ihrem Vorschage abstanden.

So kam endlich der 11. April herbei, an welchem Tage die protestantischen Abgeordneten, nachdem sie einem feierlichen Gottesdienste in der Domkirche, die Katholischen hingegen in der St. Hedwigskirche beigewohnt hatten, sich nach dem Schlosse begaben, wo in dem sogenannten »weißen Saale« Alles hergerichtet war, um die Versammlung aufzunehmen.

Der Saal, wobei sich der König persönlich mit den Anordnungen zur Einrichtung beschäftigt hat, ward mit einer fürstlichen Pracht ausgestattet, und diente dazu, den Stände-Deputirten, von welchen sehr Viele niemals die Residenz gesehen hatten, einen Begriff von der Macht und dem Glanze des Königthums zu geben.

Es war auch nichts unbeachtet gelassen worden, was geeignet schien, Jedermann daran zu erinnern, daß hier acht verschiedene Provinzen vertreten werden *).

Die acht Caryatiden, welche das Gebälk des Saales tragen, repräsentirten die acht Provinzen. Aber auch die Sitze waren so eingerichtet, daß die Bänke der Abgeordneten durch dazwischenlaufende Gänge in acht Felder abgetheilt standen.

Vor den Bänken der 537 Mitglieder der »Dreiständekurie« war auf einer Erhöhung der Thron mit allen königlichen Abzeichen aufgestellt, und zu beiden Seiten desselben befanden sich die Sitze der Minister, der Prinzen und übrigen Mitglieder der »Herrenturie.«

*) »Annehmen oder Ablehnen? Die Verfassung vom 3. Februar 1847 beleuchtet vom Standpunkte des bestehenden Rechts.« Leipzig 1847.

*) Preußen — Brandenburg — Pommern — Sachsen — Schlesien — Westphalen — Rhein-Provinz. — Posen.





L'apertura della Dieta in Prussia.

A' porosz országgyűlés megnyitása.

Die Gröpfung des preussischen Landtags.

Am Eröffnungstage bot diese zahlreiche Versammlung einen höchst eigenthümlichen Anblick dar, denn es hatten beinahe alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ihre Vertreter.

Die fürstlichen Standesherren erschienen in ihren reich gestickten Kleidern, die Offiziere in ihren prachtvollen Uniformen, die Ritterschaft in den Farben ihrer Provinz, vermischt mit den bescheidenen schwarzen Anzügen der Städter, und den noch bescheideneren häuerlichen Trachten.

Alle diese erwarteten mit Spannung des Augenblicks, wo der König zu ihnen sprechen würde, der jetzt im feierlichen Zuge unter dem Vortritt der Großwürdenträger des Reichs in den Sitzungs-Saal eintrat.

Die ganze Versammlung erhob sich bei seinem Erscheinen, und blieb in dieser Stellung während seiner Anwesenheit, da er auch in diesem Punkte den Gebrauch konstitutioneller Staatsformen nicht anerkannte, nach welchen der König, sobald er Platz auf dem Thronessel genommen, der Versammlung ein Zeichen gibt, sich gleichfalls niederzulassen.

Der König erklärte jetzt in seiner Rede an die Versammelten, den Bau ständischer Freiheiten für vollendet.

Der verstorbene König habe diesen Bau begonnen, ihn aber wegen der Unausführbarkeit der vorgelegten Pläne nicht zu Ende führen können. Man solle also das Andenken dieses Königs ehren, nachdem man sein Werk nicht gleich durch Neulingshaft in Frage stelle. Er selbst versage im Voraus jede Mitwirkung dazu; man möge daher Zeit und Erfahrung walten lassen.

Hierauf ging er auf sein Wirken in Beziehung auf das Ständewesen ein, und äußerte dabei, daß er sich als Erbe einer ungeschwächten Krone frei von jeder Verpflichtung gegen Nichtausgeführtes fühle.

Das Staatsschuldengesetz vom Jahre 1820 ertheile aber den Ständen Rechte, welche von den Provinzialständen nicht ausgeübt werden könnten, und so habe er nun den vereinigten Landtag gebildet.

Er werde den Landtag auch öfter berufen, wenn der gegenwärtige Landtag ihm den Beweis liefern wird, daß er es thun könne, ohne höhere Regentenspflichten zu verletzen.

Das Volk habe alle bisherigen Gesetze, und besonders die vom 3. Februar mit warmer Dankbarkeit empfangen, daher »Wehe Dem« der ihm seinen Dank verkümmern und solchen gar in Undank verkehren wollte.

Er wisse, daß er den Ständen ein kostbares Kleinod anvertraue, aber Vielen genügt es nicht, besonders ein Theil der Presse verlangt die Herstellung eines konventionellen, verbrieften Verhältnisses zwischen Fürst und Volk; jedoch die Verhältnisse in Preußen seyen anders, als wie z. B. in England und Frankreich.

Preußen ist durch das Schwert mächtig geworden, daher müssen, wie im Feldlager die Geschicke dieses Landes von Einem Willen geleitet werden.

Keiner Macht der Erde solle es jemals gelingen, ihn zu bewegen, das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln, und nie werde er es zugeben; daß sich zwischen unserm Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorlesung eindränge, um uns durch seine Paragraphen zu regieren, und durch sie die alte heilige Treue zu erlösen.

Er strebe nicht nach der Volksgunst, sondern darnach, den Dank des Volkes zu verdienen, sollte er ihm auch nicht zu Theil werden.

Hierauf schilderte er noch die Zustände des Landes, daß nämlich die Noth der letzten Jahre durch die eingeleiteten Abhilfsmaßregeln Preußen weniger, als andere Länder heimgesucht habe; und endlich, daß Finanzen, Verwaltung, Rechtspflege, Handel, Kunst und Wissenschaft, kurz das Alles sich in einem blühenden Zustande befinde.

Mit den fremden Mächten stehe er im besten Einvernehmen, ja das Verhältniß zu den alten Kriegsverbündeten sey noch inniger verwehrt, als es jemals gewesen ist.

Alles dieses ist also hinlänglich, Dank und Zufriedenheit gegen Gott zu begründen. Vor allem müßte daher die Presse darauf binarbeiten, denn sie sey ihm besonderen Dank schuldig, jedoch in einem Theile derselben herrsche ein finsterner Geist des Verderbens und der Lüge, schwachroll für die deutsche Treue und die preussische Ehre.

Der reire Volksinn stehe fest, man solle sich jedoch über die argen Früchte des Liberalismus nicht täuschen. Auch in der Kirche habe sich dieser Geist eingeschlichen; es dränge ihn daher, das Bekenntniß auszusprechen: »Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen.« Doch baue er auf die alte Volkstreue.

Von allen Unwürdigkeiten, welchen er und seine Regierung seit sieben Jahren ausgesetzt gewesen, und noch ferner ausgesetzt seyn würde, appellire er an sein Volk. Das Volk wolle nicht das Mitregieren von Repräsentanten, nämlich die Schwächung der Krone.

Die Gesinnungen des Volkes lese er nicht in Ehrensperten, noch weniger aber in dem Lob und Tadel der Presse, oder in gewissen Adressen, welche zuweilen verbrecherische Forderungen stellten, sondern in dem Dank der Menschen für kaum gegebene, kaum genossene Wohlthaten.

Er sey stolz auf dieses Volk, und die Stände würden ihn verkehren, wenn er sie auffordere, sich dieses Volkes werth zu zeigen.

Hierauf ermahnte er die verschiedenen Stände der Reihe nach, zu ihm zu halten, und berührte noch die »Lebensfrage zwischen Thron und Ständen.«

Der verstorbene König — sagte er — habe das ständische Wesen im geschichtlich-deutschen Sinne in's Leben gerufen; er selbst aber habe nur in diesem Sinne daran fortgebaut.

Die Stände sind die Vertreter der Rechte derjenigen Stände, die sie abgesendet haben; dann haben sie auch die Rechte auszuüben, welche die Krone zuerkennt, nämlich: der Krone den Rath zu ertheilen,

den dieselbe von ihnen fordert, endlich Bitten und Beschwerden, nach reiflicher Prüfung, an den Thron des Königs zu bringen. Nicht aber sey es ihr Beruf, Meinungen zu repräsentiren, Schul- und Zeitmeinungen zur Geltung zu bringen.

Dieses sey undeutsch und unpraktisch, und führe zu Verwicklungen mit der Krone, welche nach eigener freier Bestimmung herrschen soll, aber nicht nach dem Willen von Volks-Majoritäten regieren kann und darf.

Er gebe daher den Ständen sein königliches Wort, daß er sie nicht hieher berufen haben würde, wenn er den geringsten Zweifel hätte, daß sie ihren Beruf anders auslegen wollten, und eine Lust hätten, nach der Rolle der sogenannten Volksrepräsentanten zu wirken.

Zuletzt erinnerte der König die versammelten Stände noch an das Gelöbniß, das sie ihm im Jahre 1840 bei der Huldigung abgelegt hatten, und spricht die Hoffnung aus, die Stände werden sich durch die ganze Zeit ihres Beisammenseyns als echte Preußen bewähren.

Diese Rede sprach der König mit schnellen, zuweilen auch mit etwas leidenschaftlichen Ausdruck und ungestümen Handbewegungen — ganz aus dem Gedächtnisse.

Keinem der anwesenden Minister, mit Ausnahme des Generals von Thile war der Inhalt der Rede bekannt, daher waren auch diese, so wie die übrigen Zuhörer im höchsten Grade davon betroffen; und so war auch der Eindruck den diese königlichen Worte machen sollten, fast nirgends ein günstiger.

Die Mehrzahl der Abgeordneten fühlte sich verletzt über den belehrenden und zurechtweisenden Ton und den Inhalt der Rede, ja selbst die ruhigeren Zuhörer schüttelten bedenklich die Köpfe; denn es schien ihnen, daß der König sich in Widersprüche mannichfacher Art verwickelt hätte.

Besonders fiel aber folgende Stelle Allen schwer auf das Herz: nämlich »Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung: daß es keiner Macht der Erde gelingen soll, mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unserm Hergott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Verfassung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen.«

Bei den Abgeordneten der Provinz Preußen erwachte nun auf's Neue der Gedanke, Berlin zu verlassen, und sie stellten bei einer noch an demselben Abend gehaltenen Zusammenkunft den übrigen Landtagsmitgliedern vor, wie sie nach solchen Worten des Königs die Hoffnung auf ein gedeihliches Wirken des Landtages gänzlich aufgeben; aber, auch diesmal gelang es wieder den Rheinländern durchzudringen, und die Preußen von ihrer Abreise zurückzuhalten. Dagegen wurde aber beschlossen, eine Adresse an den König zu bean-

tragen, in welcher man sich mit allem Freimuth aussprechen würde, und worüber ein Mitglied der pommerischen Ritterschaft, Graf von Schwerin den Antrag stellen sollte.

Am 12. April versammelten sich im weißen Saale sehr viele ernste Gesichter, wo jetzt die erste Plenar-sitzung der vereinigten Kurien Statt fand.

Kaum waren aber die ersten geschäftlichen Angelegenheiten erledigt, so betrat Graf Schwerin die Tribüne, und stellte den Antrag, eine Adresse an den König zu erlassen, welche den Dank für die Schöpfung eines allgemeinen ständischen Organs ausspricht, zugleich aber auch die Bedenken äußert, die sich von dem Gesichtspunkte des Rechts und der Garantien aus, die durch die frühere Gesetzgebung, namentlich durch das Gesetz vom 17. Jänner 1820, dem Volk und den Staatsgläubigern gewährt sind, gegen mehrere Bestimmungen des Patents und der Verordnungen vom 3. Februar aufdrängen mußten.

Die Kommission, welche der Marshall zur Entwerfung der Adresse ernannte, zählte außer dem Antragsteller noch vier hervorragende Mitglieder der Opposition in ihrer Mitte, nämlich: die Abgeordneten von Auerswald, von Beckerath, Grabow und Milde. Beckerath wurde zum Berichterstatter ernannt; er faßte auch den ursprünglichen Adressen-Entwurf ab, welcher am 15. April dem Landtage vorgelegt wurde.

Der Entwurf drückte in seinem ersten Theile den Dank der Stände für die neu verliehenen Institutionen aus. — Die Kommission wollte aber nicht unterlassen, es auszusprechen, daß diese Institutionen ein altes Recht der Nation seyen, und spricht dieserwegen aus, daß das Volk an den alten Gesetzen als dem wohlverworbenen Erbe seiner Kampfstreue hänge.

Weiters wurde in der Adresse erwähnt, daß der König der Versammlung, welche in dem Gesetze vom Jahre 1823 eine allgemeine ständische, im Gesetze vom Jahre 1820 eine reichsständische genannt werde, den Namen des vereinigten Landtags beigelegt habe, und daß auf Letztern alle Befugnisse der in den erwähnten Gesetzen bezeichneten Versammlungen übergegangen seyen.

Dazu gehören besonders die periodische Einberufung, das Zustimmungswort, der Versammlung zu allen neuen Darleihen, die ständische Mitwirkung bei Verfügungen über die Staats-Domänen; endlich der ständische Beirath zu allen Gesetzen, welche Veränderungen in Personen und Eigenthumsrechten und Steuern zum Gegenstande haben.

Dazu kam noch eine Stelle, welche auf die Thronrede Bezug hatte, nämlich: »Das Wort unsers königlichen Gebiethers, auch wenn es schmerzlich berührt, als treue Unterthanen ehrend, und eines Eingehens auf die Thronrede in Ehrfurcht uns enthaltend, gedenken wir nur des Ausspruchs Euer Majestät, daß das Staatsschuldengesetz vom 17. Jänner 1820 in seinem unausgeführten Theile den Ständen Rechte und Pflichten gibt, die weder von Provinzial-Versammlungen noch von Ausschüssen geübt werden können.«

Damit übereinstimmend erklärt nun die Adresse, daß die Rechte des vereinigten Landtags eben nur von ihm unmittelbar ausgeübt werden dürfen, und daß sich die Stände beim Beginn ihrer Thätigkeit gedrun- gen fühlen, zur Wahrung ihrer Rechte dieses Be- kenntniß an den Stufen des Thrones niederzulegen.

Ohne Zweifel wäre es der Regierung am lieb- sten gewesen, wenn sie die Adress-Debatte hätte ver- hindern können, indessen, die Geschäftsordnung unter- sagte nicht ausdrücklich die Erlassung einer Adresse, und da der König, nach konstitutioneller Sitte die Versammlung mit einer Rede vom Throne herab er- öffnet hatte, so konnte man füglich auch nichts dage- gen einwenden, daß der Landtag mit einer Adresse dem König antwortete.

Uebrigens wurden über diese Adresse mehrere De- batten gepflogen, und zuletzt vom Grafen Arnim fol- gende Adresse in Vorschlag gebracht:

»Zu Euer königlichen Majestät begen wir das Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben es nicht als ei- nen Mangel von Dankbarkeit betrachten werden, wenn wir im Laufe unserer Verhandlungen auf diejenigen Punkte der Verordnungen vom 3. Februar näher ein- gehen, in welchen Viele unter uns die volle Ueber- einstimmung mit den ältern Gesetzen vermissen. Denn damit Euer königlichen Majestät getreue Stände dem Throne eine wahrhafte Stütze seyn, damit wir Euer königlichen Majestät getreue Stände wirksam mithel- fen können, zum Heile und Gedeihen unsers theuern Vaterlandes, muß in denen, die wir vertreten, die Ueberzeugung leben, daß uns — wie die Ehre und Kraft der Krone — so auch die uns von unsern Kö- nigen verliehenen ständischen Rechte theuer sind, das wir beide als unschätzbare Kleinode bewahren und pflegen.

Sollte der Landtag durch seine Beratungen, sollte Eure königliche Majestät durch seine ehrfurchts- voll vorzutragenden Gründe sich von dem Vorhanden- seyn solcher Abweichungen zwischen den ältern und ge- genwärtigen Gesetzen überzeugen, so zweifeln wir nicht, daß Euer königlichen Majestät Weisheit und Gerech- tigkeit die Wege erwählen werde, welche zu ihrer Ausgleichung in einer mit der Wohlfahrt Preussens vereinbaren Weise führen, der Wohlfahrt, die auf der Stärke des monarchischen Prinzips und auf einem sichern und geordneten ständischen Rechtsboden beruht.«

Man denke sich jetzt eine Versammlung von Ab- geordneten, von welchen die Hälfte etwa aus Män- nern bestand, welche auch den geringsten Widerspruch der Stände als Ungehorsam gegen den König betrach- teten, und von der ein anderer Theil, solcher De- batten ungewohnt, von Furcht und Scheu, öffentlich der Krone entgegen zu treten, befangen war, so wird man sehr leicht begreifen, welchen tiefen Eindruck eine so gewandte Sprache auf die Zuhörer machen mußte.

Dem beobachtenden Blick des Marschalls Für- sten von Solms entging dieses nicht, und er wollte daher über dem Graf Arnim'schen Vorschlag ab- stimmen lassen, was sicherlich auch geschehen wäre, wenn nicht in der Versammlung ein eben so kalter,

ruhiger Beobachter, als der Marschall es war, ge- genwärtig gewesen wäre.

Dieser Abgeordnete, Hansemann erhob näm- lich die Einsprache gegen den Vorschlag des Mar- schalls, nachdem er darauf hinwies, daß ein so wich- tiges Amendement nicht durch Ueberraschung zum Be- schlusse erhoben werden, sondern reiflich diskutiert wer- den müsse; und so mußte die Diskussion fortgesetzt werden.

In der folgenden Sitzung am 16. April schickte die Opposition alle Streitkräfte von Bedeutung, wel- che noch nicht in den Kampfplatz getreten waren, auf die Tribune, aber ungeachtet aller Bemühungen ging die Opposition nicht siegreich aus dem Adresskampfe hervor; jedoch auch die Krone konnte in der vom Landtage beschlossenen Adresse kein Vertrauens-Votum sehen.

Es war schon viel, daß die Stände auf die so sehr determinirte Rede des Königs in dieser Weise antworteten. Die Minister mußten dieses eingesehen haben; denn gewiß ist es, daß die Antwort des Kö- nigs auf die Adresse unter ihrem Einflusse abgefaßt wurde, was bekanntlich bei der Eröffnungsrede nicht der Fall war.

Die Sprache der Beantwortungsbottschaft (die in der Sitzung vom 23. April mitgetheilt wurde), war ungleich veröhnlicher als die in der Thronrede. Zwar stellt sich der König noch immer auf den Stand- punkt des absoluten Monarchen, nachdem er dem Landtage keine andern Rechte zuerkennt, als die, wel- che er aus eigener Machtvollkommenheit bewilligt hat; Zwar erklärt er die Grundlagen der Februar-Gesetzge- bung für unantastbar, jedoch sey dieselbe bildungs- fähig, und werde er Veränderungs-Vorschläge der Stän- de, so weit solche mit den Rechten der Krone verein- bar seyen, berücksichtigen.

Endlich versprach der König, den vereinigten Landtag in jedem Falle innerhalb vier Jahren wieder zusammen zu berufen.

Der am 11. April eröffnete vereinigte Landtag lieferte vor ganz Europa den Beweis, wie reich das preussische Volk an Männern von Einsicht, großen Fähigkeiten, Rednergaben und parlamentarischer Tüch- tigkeit ist; — aber diese Männer hatten auch nur meistens dadurch Gelegenheit, das zu zeigen, daß sie gegen das Ungenügende des vom Throne Gewähr- ten Einspruch erhoben, und sich weigerten, Verbind- lichkeiten auf die Schultern des Volkes zu wälzen, bis nicht die sehr mäßig gestellten Ansprüche auf Er- weiterung und festere Begründung der ständischen Rech- te erfüllt seyn würden.

Statt rascher Gewährung, erfolgten zweideutige, unsichere Versprechungen, welche, verglichen mit den sehr bestimmten Erklärungen in der Thronrede den vermeintlichen Gerechtsamen der Krone nichts verge- ben zu wollen, zu geringen Hoffnungen berechtigten.

Der irrthümliche Grundsatz, daß die Völker keine andern Rechte haben, als solche, die ihnen der Mo- narch verleiht; daß in seiner Person der Ausfluß

aller Macht liegt, und jede Befriedigung der Bedürfnisse einer Nation nur ein Gnadengeschenk sey, wuzelte zu fest, als daß er anders als durch Gewalt, aus dem Boden der Ehre gerissen werden konnte.

Bei aller Anerkennung, die man den Mitgliedern des vereinigten Landtages zusprechen muß, ergab sich dennoch das Fehlerhafte ihrer Zusammenfassung.

Blos aus den reichsten Ständen, oder den wohlhabendsten Mittelklassen hervorgegangen, wurde die drückende Lage des arbeitenden Volkes von ihnen nicht genügend berücksichtigt.

Unter den Gegenständen, welche seit langer Zeit zu vielfachen Vorstellungen und Beschwerden bei den Provinzial-Landtagen Veranlassung gegeben hatten, gehörte vorzüglich die Mahl- und Schlachtsteuer, welche größtentheils die ärmeren Klassen des Volkes traf.

Dieses erschien nun der Regierung als ein wichtiger Anhaltspunkt, um von ihrer Seite wenigstens die Absicht zu erkennen zu geben, daß sie zur Verbesserung der niederen Volksklassen etwas thun wolle; und sie machte daher dem Landtage einen Vorschlag, nach welchem die Mahl- und Schlachtsteuer abgeschafft, und diese durch eine Einkommen-Steuer auf Grundlage der Selbstabichägung ersetzt werden sollte.

In drei Sitzungen des vereinigten Landtags wurde über diesen Gegenstand verhandelt, und obwohl die Kommission die Nachteile der Mahl- und Schlachtsteuer ganz richtig anerkannte, so meinte sie doch, es müsse erst dahin kommen, daß jeder zu den Staatskosten nach dem Verhältniß seines wahren Einkommens beitrage; nichts desto weniger aber erklärte sie sich aus mancherlei Gründen und Bedenken, gegen die Einführung einer Einkommensteuer.

Wie es sich aber auch nicht anders erwarten ließ, so waren in der Versammlung welche ausschließlich die besitzenden oder vermöglichen Klassen vertrat, die wenigsten Mitglieder geneigt in eine neue Steuer zu willigen, welche sie besonders sehr schwer treffen mußte; während der eigentliche Kern der Opposition hieron eine Ausnahme machte.

Der Abgeordnete Hansmann an der Spitze der Rheinländer, stellte jetzt den Antrag, daß dem vereinigten Landtage ein, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer so wie die theilweise Erleichterung der zu den untern Stufen der Klassensteuer gehörigen Steuerpflichtigen bezweckender Gesetzentwurf vorgelegt werden möge, durch welchen die Klassensteuer dem Grundsätze der Einkommensteuer, jedoch ohne notwendiges fiskalisches Eindringen in die Familien- und Gewerbsverhältnisse genähert werde.

Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt, worauf nun Graf Arnim, um aus der Verlegenheit zu helfen, folgendes Amendement stellte, nämlich: »Nachdem der vereinigte Landtag Bedenken trägt, schon jetzt seine Zustimmung zu einem Gesetze zu geben, welches durch die Einführung einer Einkommensteuer nur die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer erreichen würde, so erkennt derselbe an, daß im Wege der Gesetzgebung, auf eine Erleichterung der Abgaben

der ärmsten Klassen nicht allein in den Mahl- und Schlachtsteuerpflichtigen, sondern in gleicher Weise in den Klassensteuerpflichtigen Orten hinzuwirken seyn wird, und daß die wohlhabenden Klassen den dadurch entstehenden Ausfall der Weniger-Einnahme in den Staats-Einkünften so weit es nöthig ist, zu decken im Stande seyn dürften.

Dieser Antrag wurde jetzt mit 248 gegen 232 Stimmen angenommen, wobei sich auffallend zeigte, daß sich der höhere Adel bei weitem rühmlicher, als der kurzfristige Bürgerstand benommen hat.

Ein Gesetz über die Verbesserung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden, bei dessen Entlassung die Regierung auf die ständischen Anträge, besonders der Adelskammer Rücksicht nahm, war der wesentliche Erfolg des am 26. Juni geschlossenen Landtags.

Wie es mit den ständischen Verfassungen und mit dem Heerwesen der Fall gewesen ist, so hatten sich besonders die Juden über schwere Verletzungen der ihnen durch das Edikt vom Jahre 1812 gewährten Rechte zu beklagen.

Dieses Edikt, obwohl es die völlige Emanzipation der Juden noch nicht aussprach, so bahnte es doch wenigstens den Weg dazu. Es gestattete nämlich den Juden die unbedingte Gewerbefreiheit und die Erwerbung von Grundbesitz jeder Art, gleich den übrigen Staatsbürgern, öffnete ihnen den Zutritt zu den akademischen Schul- und Gemeinde-Ämtern, und stellte ihnen die Zulassung zu den übrigen Staats-Ämtern in Aussicht.

Vor allen Dingen aber ging das Gesetz davon aus, daß die jüdischen Einwohner des Staats in politischer Beziehung in der Allgemeinheit der Staatsbürger aufgehen sollten, und nur für das Großherthum Posen blieben noch einige beschränkende Bestimmungen bestehend.

Im Laufe der Zeit unterlag aber das obige Patent weniger dem Wortlaute nach als in der Handhabung und Ausführung der vielfachen Beschränkungen. Nicht allein, daß die Juden zu den akademischen Schul- und Gemeinde-Ämtern nicht zugelassen, daß ihnen noch weniger andere Staatsämter zugetheilt wurden, auch der Gewerbsbetrieb wurde ihnen in mehreren Fächern, und zwar solchen gerade, welche das Mittelalter oder Mißtrauen den Juden abgeschnitten wie z. B. Apotheker u. s. m. untersagt.

Gemeinden erchwerten oder versagten den Juden die Niederlassung, da ihnen das Beispiel solcher Intoleranz von oben herab gegeben wurde; ja die Behörden äußerten bei allen Gelegenheiten bis zu den höchsten Staatsbeamten hinauf, öffentlich ihre Mißgunst gegen die Juden, und selbst von den Kanzeln herab wurde sehr oft der entschiedenste Judenthum gepredigt, und dadurch das Vorurtheil des gemeinen Mannes gegen die Juden genährt.

Im Jahre 1840 trat mit dem neuen Umschwung der politischen Gesinnung auch in Bezug auf die Juden eine neue Gestaltung, und zwar zu ihren Gunsten ein, und so wurde von allen Seiten gleichzeitig

mit den politischen Reformen auch die Emanzipation der Juden verlangt.

Was aber von der Meinung des Publikums darüber gesagt werden kann, ließ sich nicht in einem gleichen Maße von der Regierung sagen. Im Gegentheil, das Ministerium welches den christlichen Staat als Symbol seiner Staatsweisheit aufgepflanzt hatte, zeigte sich den Juden weit feindlicher als die öffentliche Meinung welche diesen vaterlandslosen Leuten immer mehr und mehr die Bruderhand entgegen reichte.

Man machte jetzt allerlei Versuche, sie von den übrigen Staatsbürgern abzufondern und wollte ihnen namentlich das Ehrenrecht des Militärdienstes entziehen, und die Ableistung desselben in ihr Belieben stellen; jedoch kraftvolle Vorstellungen der meisten jüdischen Gemeinden der preussischen Monarchie verhinderten noch die Ausführung dieses Vorsages.

Inzwischen drängte die Gesetzgebung über die Verhältnisse der Juden zu einer Vervollständigung, nachdem das Gesetz vom Jahre 1812 nur für die alten Provinzen galt, während in den neu erworbenen Landestheilen so wie im Großherzogthume Posen, verschiedene Gesetzgebungen bestanden.

Dieser Umstand, die wiederholten Anträge der Provinzial-Stände, so wie der Wunsch der Regierung selbst auch diesen Theil der Gesetzgebung nach ihrem Systeme einzurichten, waren es jetzt, welche das Ministerium veranlaßten, dem vereinigten Landtage den Entwurf zu einer Verordnung, die Verhältnisse der Juden betreffend vorzulegen.

Die Denkschrift, welche diesen Entwurf begleitete, suchte auszuführen, daß Ausnahmsgesetze gegen die Juden bestehen bleiben müssen, weil ihre, wesentlich aus der Religions-Verschiedenheit sich ergebende Stammes-Verschiedenheit, ihre unter allen Umständen vorhandene Nationalität, diese eigenthümliche Stellung im christlichen Staate bestimme.

Das Gesetz selbst bestimmte, daß die Juden in allen Landestheilen, mit der Ausnahme des Großherzogthums Posen neben gleichen Pflichten auch gleiche bürgerliche Rechte mit den christlichen Unterthanen haben sollten, in soweit dieses Gesetz nicht etwas Anderes bestimmt.

Die Hauptbestimmungen waren im Wesentlichen folgende. »Die Juden sollen überall in Judenschafren (Synagogen-Bezirke) vereinigt werden, welche die Rechte juristischer Personen erhalten. Wenn in einer Stadt in welcher eine der beiden Städte-Ordnungen gilt, sich so viel wahlberechtigte Bürger jüdischen Glaubens befinden, daß sie wenigstens diejenige Zahl der städtischen wahlberechtigten Bürgerschaft erreichen, welche eine Theilung der Gesamtzahl der Lehren durch die Zahl der Stadverordneten ergibt, so kann, auf Grund einer, zwischen den städtischen Behörden und dem Vorstande der Judenschaft unter Zustimmung der Repräsentanten der letzteren Stadt findenden Einigung, den jüdischen wahlberechtigten Bürgern gestattet werden, einen, oder, nach dem angegebenen Verhältnisse mehrere Stadverordnete nebst Stellvertretern aus ihrer Mitte zu wählen, die in der Stadverordneten-Versammlung in allen nicht das christliche Kirchen-

und Schulwesen betreffenden Angelegenheit Sitz und Stimme haben.

Dagegen scheiden alsdann die Juden bei den Wahlen der übrigen Stadt-Verordneten, deren Zahl sich nach Maßgabe der eintretenden jüdischen Verordneten vermindert, als Wähler und Wahl-Kandidaten aus.

Die auf den Kultus bezüglichen Einrichtungen bleiben den Judenschaften überlassen; die Kosten dafür werden von den jüdischen Gemeinden getragen. Die Vorsteher der Judenschaften haben dafür Sorge zu tragen, daß die jüdischen Knaben nach vollendeter Schulbildung ein nützlich Gewerbe erlernen, oder sich einem höhern Berufe widmen.

Zu unmittelbaren Staatsämtern sollen die Juden in so weit zugelassen werden, als sie sich durch den Dienst im stehenden Heere verfassungsmäßig Civilversorgungsansprüche erworben haben, und mit den ihnen zu übertragenden Civil- und Militärdiensten nicht die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität verbunden ist.

Inwieferne die Juden mittelbar Staats- und Kommunalämter bekleiden können, ist nach den darüber ergangenen besondern gesetzlichen Vorschriften zu verurtheilen. Es findet jedoch der Eintritt auch in solche Ämter nur dann Statt, wenn mit denselben die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität nicht verbunden ist. Die Juden können zu Schiedsmännern für ihre Glaubensgenossen gewählt werden. Sie können an denjenigen Universitäten wo nicht besondere Statuten entgegenstehen als Privatdocenten und außerordentliche Professoren der mathematischen, naturwissenschaftlichen und medicinischen Lehrfächer zugelassen werden. Außerdem bleibt die Anstellung der Juden als Lehrer auf jüdische Unterrichts-Anstalten beschränkt. Ständische Rechte können die Juden nicht ausüben, und so weit solche mit dem Grundbesitz verbunden sind, ruhen dieselben. Die für den Gewerbebetrieb bestehenden Beschränkungen sind aufgehoben. Jeder Unterschied zwischen Christen und Juden in Betreff der Zeugeneide wird aufgehoben. Für das Großherzogthum Posen wird aber zwischen naturalisirten und nicht naturalisirten Juden unterschieden; und so bleiben die nicht naturalisirten Juden noch fernerhin gewissen Beschränkungen unterworfen.

Die Berathung dieses Gesetzentwurfes nahm am 14. Juni ihren Anfang, und es wurde darüber von der Kommission folgender Bericht erstattet.

»In unserm Staate gilt der Grundsatz des Rechts und des Fortschritts. Diesem Principe gemäß, muß sich seine Gesetzgebung fortbewegen, wenn er nicht von dem Standpunkte herabsinken soll, welchen er unter den übrigen Staaten Europa's einnimmt.

Die Juden befinden sich zur Zeit im Genuße gewisser bürgerlicher Rechte, welche ihnen nicht mehr entzogen werden können, und dieses um so weniger, als sämmtliche, zum deutschen Bunde gehörenden Regierungen sich in der Bundesacte dazu ausdrücklich verpflichtet haben, diese Rechte ihnen zu erhalten.

Wenn also die Verhältnisse der Juden, einer Regulirung unterworfen werden sollen, so darf dieses

nur unter einer strengen Beachtung ihrer bisherigen Rechte geschehen. <

Da das Edikt vom Jahre 1812 in den meisten Provinzen gelte, so habe die Kommission dasselbe bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfs zu Grunde gelegt. Es dürfe aber bei Dem, was dieses Edikt zu Gunsten der Juden bestimme, nicht stehen geblieben werden.

Der Vorwurf der Absonderung, welcher den Juden oft gemacht wurde, treffe auch die Christen. Er treffe vorzugsweise die Gesetzgebung, welche durch ihre ungleiche Behandlung die Juden unterdrücke, in den Christen das Gefühl der Ueberlegenheit hervorbringe. Die Religion der Juden kann nichts enthalten, was dem Staate und der unter seinem Schutze stehenden christlichen Kirche nachtheilig werden kann, da mehrere auswärtige Staaten denselben lange schon alle Rechte ihrer christlichen Unterthanen zugestanden, und zu deren Wiedereinschränkung keine Veranlassung gefunden haben.

Von einem Bedenken, welches in den Religionsgebräuchen seinen Grund haben könnte, dürfe noch weniger die Rede seyn, weil selbst die preussische Staatsregierung demselben nicht mehr Raum gebe, und die Juden zum Militärdienste und zu Aemtern fähig halte. Was aber den allgemeinen stülichen Zustand derselben betrifft, so ist solcher jedenfalls von der Art, daß ihnen eine würdigere Stellung im Staate angewiesen werden müsse; wie es die öffentliche Stimme laut fordere, und wofür auch die Anträge der fünf Landtage vom Jahre 1845 so wie die eingegangenen Petitionen sich aussprechen.

Die Arbeiten des Landtags näherten sich allmählig ihrem Ende, ohne daß das Land in ihrer Erwartung über die Februar-Patente befriedigt worden wäre.

Die Hoffnungen waren nicht in Erfüllung gegangen, und die gemäßigten Witten waren abgeschlagen worden, und zuletzt wurden sogar die Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation anbefohlen.

Am 24. Juni Abends wurde jetzt die Frage des Wählens oder Nichtwählens heftig besprochen, bei welcher Gelegenheit die Preußen und Rheinländer diesmal die Stellen gewechselt hatten.

Vor der Eröffnung des Landtages waren nämlich die Preußen für das Fortgehen, während die Rheinländer für das Bleiben auf dem Kampfsplatze stimmten, und jetzt waren es die Rheinländer, welche sich entschieden weigerten, an den Wahlen Theil zu nehmen, und dadurch die Rechte der Stände aufzugeben.

Die Spaltung in der Opposition war jetzt eine vollständige, und die Verwirrung in ihren Reihen außerordentlich.

Als man nun am folgenden Tage zu den Wahlen schritt, enthielten sich nur 58 Abgeordnete der Wahl. 157 wählten mit Vorbehalt, und die übrigen 284 wählten unbedingt.

So hatte jetzt die Regierung äußerlich den Sieg davon getragen, und die ministeriellen Zeitungen triumphirten darüber, daß der Starrsinn der Opposition gebrochen worden sey.

Als nun am 26. Juni der letzte Akt jenes großen Drama vor sich ging, sah der weiße Saal des Schloßes wieder jene Mannigfaltigkeit der Uniformen und Trachten in seinen Mauern; nur fehlte diesmal der Glanz, welcher nur im unmittelbaren Gefolge der königlichen Person angetroffen wird.

Dem König hatte nämlich die ganze Haltung des Landtags entschieden mißfallen, welches Mißfallen er noch besonders dadurch zu erkennen gab, daß er den Landtag nicht in Person schloß, sondern, den Landtags-Kommissär beauftragte, die Versammlung zu schließen.

Der Minister Bodelschwingh hielt nun die Schlußrede vor der von Spannung ergriffenen Versammlung mit folgenden Worten.

»Es ist die Stunde gekommen; in welcher auf Befehl Sr. Majestät des Königs die erste Versammlung des vereinigten Landtags geschlossen werden soll.

Sie ist dadurch gerrübt, daß eine kleine Anzahl seiner Mitglieder ihre Theilnahme bei dem letzten Akt ihrer Wirksamkeit versagt, und sich dadurch einer Pflicht entzogen hat, deren Erfüllung mit der Ausübung ihrer ständischen Rechte im wesentlichen Zusammenhange steht.

Die Regierung wird das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen. Blicken wir zurück auf den eilfwochenhentlichen Zeitraum des ständischen Wirkens dieser Versammlung, so werden Gefühle der mannigfaltigsten Art sich in unserer Brust regen. Wer vermag sie zu übersehen. Wer ihnen Ausdruck und Worte zu geben? Ein Gefühl aber dürfte Allen nicht fremd seyn, nämlich das Gefühl, daß die Ergebnisse des vereinigten Landtags weniger fruchtbringend für das Land gewesen sind, als sie es hätten seyn können. Doch vertrauen wir der allwaltenden göttlichen Vorsehung, welche unserm theuern Vaterlande in entscheidenden Augenblicken stets schützend zur Seite stand, daß der Samen des Guten und Edlen, welcher hier ausgestreut, auf einen empfänglichen und fruchtbaren Boden gefallen sey, damit er zu einem Baume mit edlen Früchten heranwachse, unter dessen Schatten kein Unkraut wuchert!

Aber auch ein Gefühl der Freude und des Stolzes durchbebt gewiß Aller Brust, das Gefühl, ja das Bewußtseyn, daß alle hier versammelten Stände und Provinzen auf das innigste verbunden sind durch glühende Liebe für das Vaterland, für den uns von Gott gegebenen edlen König und sein erhabenes Haus; denn Alle haben sich dazu laut und freudig bekannt.

Wie verschieden auch die Wege seyen, wie labyrinthisch sie sich durchkreuzen mögen, die hier empfahlen, die hier eingeschlagen sind, vertrauen wir, daß Alle, die mit jener Gesinnung wandeln, einem Ziele zugeführt werden, zur Kräftigung der Ehre und Unabhängigkeit der materiellen und geistigen Blüthe des Vaterlandes, zum Ruhme des preussischen Volks,

unter einer durch die Stände gehobenen und gestärkten, unangetasteten Krone auf den Häuptern seiner Könige aus dem edlen Hause der Hohenzollern!«

Die Drohung in dem Eingange dieser Rede, die Regierung werde das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen, gab zu dem Glauben die Veranlassung, man werde gegen diejenigen Abgeordneten, welche nicht gewählt hatten, einschreiten.

Da die Regierung diesen Wahlakt als einen wesentlichen Theil der ständischen Rechte bezeichneter, so verbreitete sich das Gerücht, jene Abgeordneten sollten von Landtagen gänzlich ausgeschlossen werden. Andere erzählten, der König habe das Staats-Ministerium beauftragen wollen, gegen die ungehorsamen Abgeordneten eine Untersuchung wegen Majestäts-Beleidigung einzuleiten, wogegen sich aber das Ministerium entschieden erklärt hat, da dieses vermuthlich ein- sah, welche doppelte Niederlage die Regierung in dem sehr wahrscheinlichen Falle der Freisprechung dieser Männer erleiden würde.

Nachdem der Landtag geschlossen war, erhoben sich zahlreiche Stimmen, welche den Wankelmuth der Opposition bitter tadelten, wozu allerdings auch mancher Grund vorhanden war.

Die Opposition hatte zwei Wege eingeschlagen; sie hatte entweder die Forderungen der Gegenwart unbedingt geltend zu machen, das heißt also die Umwandlung des absoluten Staats in einen konstitutionellen Staat zu verlangen, oder den Rechtsboden der frühern Gesetze zu bewahren.

Sie schlug den letztern Weg ein; damit war aber ihre Bahn streng vorgezeichnet, denn dieser Rechtsboden war nur Etwas in seiner Gesamtheit. Gab es frühere Rechte, die verletzt waren, so mußten diese unbedingt und sämmtlich geltend gemacht werden, dieses geschah aber nicht.

Mit dem Augenblick, wo die Opposition darenwilligte, einige dieser Rechte gar nicht, oder doch nur nebenher anzurufen, war das Terrain des Rechtsbodens für sie verloren. In dem Wunsche, eine einigermaßen freisinnige Adresse durchzubringen, gab sie den Rechtsboden preis.

Sie mußte demnach den Weg der Petition einschlagen, d. h. um Anerkennung der Rechte, die sie zu besitzen glaubte, bitten; und als ihr dann die Regierung diese Anerkennung versagte, erschien sie als geschlagen. Nun blieb ihr noch ein einziges Mittel, um wenigstens ihr politisches Gewissen zu retten; nämlich die Verweigerung der Wahlen; aber auch dieses thaten nur die Wenigsten, und so mußte leichtbegreiflich die politische Taktik der Opposition mit Recht als eine fehlerhafte bezeichnet werden.

Uebrigens konnten die Reden, welche in den drei Monaten von den Männern der Opposition in Berlin gehalten wurden, nicht verfehlen, in der Nation einen mächtigen Nachklang zu finden.

Zum ersten Male bestand jetzt die Regierung den Prüfstein der Oeffentlichkeit in allen Verwaltungszweigen, und die glänzenden Redner-Talente der Op-

position, hatten sich den eingeschulten Beamten gegenüber vortrefflich gezeigt; was man auch den in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten überall zu erkennen gab.

In Pommern so wie in Schlesien, in Sachsen und am Rhein veranstaltete man große Festlichkeiten zu ihrem Empfange, während nirgends die Konservativen mit solchen Auszeichnungen beehrt wurden. Dagegen kamen aus einigen pietistischen Städten Adressen an den König, welche ihre Entrüstung über die gottlose Opposition ausdrückten, die den Juden und Deutsch-Katholiken gleiche Rechte mit den Christen einräumen wolle; und so wurde auch von der brandenburgischen Ritterschaft eine solche Loyalitäts-Adresse an den König eingeschickt. Indessen blieben aber die allgemeinen Sympathien trotz dem für die Opposition, und es wurden nicht allein aus Preußen, sondern auch aus dem übrigen Deutschland, Stimmen der schmeichelhaftesten Anerkennung laut.

So wie überhaupt der vereinigte Landtag im Laufe seiner Sitzungen in formeller Beziehung den Provinzial-Landtagen gleichgestellt wurde, so geschah es auch in Bezug des Bescheides auf dessen Anträge.

Derjelbe erfolgte in der Form eines Landtags-Abschiedes und zwar am 24. Juli, jedoch sehr trocken und kalt adgefäßt, und überall den königlichen Unwillen sehr erkennen gebend.

Von den ständischen Petitionen oder Wittgesuchen wurden nur einige, wie z. B. die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen, die Ausdehnung des neuen Gerichts-Verfahrens auf die ganze Monarchie u. s. w. gewährt.

Die gewünschten Abänderungen der Geschäfts-Ordnung für den vereinigten Landtag sollten erst in eine reifliche Erwägung gezogen werden.

Von beiden Kurien oder Gerichtshöfen waren aber noch mehrere sehr wichtige Petitionen befürwortet worden, und hatten zum Gegenstande: die Erweiterung des Petitionsrechts, — die Ertheilung der ständischen Rechte an die christlichen Dissidenten, — die Ausföhrung der Wählbarkeit zu den Kreistagen im Stande der Landgemeinden, — die Prüfung des Haupt-Finanz-Ausweises durch die Stände; — aber über alle diese Anträge ging der Landtags-Abschied mit Stillschweigen hinweg, und ebenso wurde daher auch der Landtags-Abschied mit Stillschweigen im Lande aufgenommen.

Während der Landtag in Berlin die Fehler und Schwächen des bisherigen Regierungs- und Verwaltungssystems aufdeckte, und um die Einführung besserer Reformen kämpfte, handhabte die Regierung fast unter den Augen der Stände dieses ihr altes Regierungs-System mit aller Strenge und Spitzfindigkeit ununterbrochen fort.

Trotz der gegebenen Versprechungen, beim Bunde auf Abschaffung der Censur hinzuwirken, wurde die Presse noch strenger als früher überwacht. Die Preß-Prozesse, trotz der Censur, hörten nicht auf; und die alten Gesetze, welche die Regierung abzuschaffen versprochen hatte, wurden so wie früher in ihrer ganzen Schärfe gegen die Schriftsteller angewendet.

Auch die fast einstimmigen Wünsche des Landtags, daß man den religiösen Meinungen mit größter Duldsamkeit entgegen treten möge, wurden nicht weniger als einer auch nur entfernten Berücksichtigung gewürdigt.

Besonders richteten sich die Verfolgungen gegen die Geistlichen, welche an der Spitze der kirchlichen Bewegungen standen. So wurde in Königsberg der Prediger der sogenannten freien Gemeinde Namens Detroit vom Konsistorium wegen Häresie (Abweichung von der herrschenden Lehre), Schisma (Glaubenszwist) und Rebellion, so wie grober Excesse gegen die bestehende Kirchenordnung abgesetzt. Gegen den Prediger Ulich, der in Magdeburg die größte Popularität genoß, wurde ebenfalls eine Untersuchung von Seite des Konsistoriums eingeleitet. Bei der Durchreise des Königs durch diese Stadt im Monat August bat den Stadt-Verordneten für den Prediger, so wie auch überhaupt um größere Freiheit der Kirche; und verlangten besonders die Abschaffung des apostolischen Bekenntnisses bei der Taufe und Konfirmation, Befreiung der Symbole u. s. w., aber der König nahm das Bittgesuch nicht an, sondern ermahnte die Stadt-Verordneten, noch einmal reiflich zu überlegen, was sie verlangten, denn auf demjenigen, was sie abgeschafft haben wollen, beruhen gerade die Grundwahrheiten und Heil-lehren des Christenthums.

Am 20. September war in der That die Suspension des Predigers Ulich's ein *).

Auch kamen vom Kultus-Ministerium neue Instruktionen für die Prüfung der theologischen Kandidaten, damit Personen von einem zweifelhaften Glauben sich nicht in die Kirche einschleichen. Es wurde namentlich verlangt, daß das Wissen dem Glauben untergeordnet werde; und diese Kontrolle wurde auch auf die Lehrer ausgedehnt.

Dissidenten, nämlich Andersglaubende waren bisher von den öffentlichen Unterrichts-Anstalten ausgeschlossen worden, jetzt aber wurde verordnet, daß Personen, deren religiöse Grundsätze keine sichern Bürgschaften leisten, auch zur Ertheilung von Privat-Unterricht nicht mehr zugelassen werden sollten.

Zu dieser geistlichen Bedrückung der Gemüther kamen noch andere Nothstände; als schlechte Erndten, wozu noch die Sorglosigkeit der untern Regierungs-Behörden schon früher eine außerordentliche Theuerung der Lebensmittel herbeigeführt hat.

Die entsetzlichen Schilderungen des herrschenden Elends und die dadurch entstandene Hungerpest, erregten das lebendigste Mitgefühl in ganz Deutschland, und die allgemeine Unzufriedenheit über die Nachlässigkeit der preussischen Behörden steigerte sich, je mehr sich nach allen Erhebungen herausstellte, daß diese jammervolle Erscheinung nicht etwa eine plötzlich hervorbrechende, sondern nur in Folge des lange ertragenen Elends sey.

Die Darstellungen desselben, welche die Presse schon früher zu geben versucht hatte, waren unter-

drückt worden; die Anträge der Ortsbehörden unbeachtet geblieben, und die endlich genommenen Maßregeln mit einer solchen Langsamkeit zur Ausführung gekommen, daß sie dem Uebel nicht mehr abhelfen konnten.

Die mangelhafte Fürsorge, die entsetzliche Unkenntniß der höhern Behörden über die Verhältnisse des Landes, die Sorglosigkeit, mit welcher man dem martervollsten Untergang einer zahlreichen Bevölkerung zugeesehen hatte, vernichtete den Glauben an ein Regierungssystem, welches so häufig als unfehlbar angepriesen worden war, und wenn man in dieser Zeit zugleich die Beschreibung der glänzenden Hoffeste in Berlin durch öffentliche Blätter erfuhr, so ging die Entrüstung noch mehr in eine ernstbaste Betrachtung über; denn nicht blos in Ober-Schlesien herrschte diese furchtbare Noth, sondern auch in den Gebirgskreijen begegnete man denselben bleichen ausgehungerten Jammergestalten, so wie überhaupt in Schlesien diese vormals so reiche und blühende Provinz in Folge der Stockung des Handels, immer mehr und mehr verkümmerte, wobei auch die Einverleibung von Krakau in den österreichischen Staat, ihr den letzten empfindlichen Schlag versetzt hatte.

Die Folge von allem diesem waren jetzt Tumulte in Berlin und in anderen Städten, wobei die Volksmenge sich arge Excesse gegen diejenigen Personen zu Schulden kommen ließ, welche mit Brod, Kartoffel, — fast die einzige Nahrung der dortigen ländlichen Bevölkerung — und anderen unentbehrlichen Lebensmitteln einen Handel trieben; was aber für den ersten Augenblick von der Regierung schnell unterdrückt wurde.

In Berlin fiel ein solcher Tumult in die erste Zeit während der Anwesenheit des Landtags, und die konservativen Organe waren sogleich bereit, diesen Volksaufständen eine politische Bedeutung zu geben, die aber mit der Opposition des Landtags in gar keiner Verbindung standen, was auch die darüber gepflogenen gerichtlichen Untersuchungen bezeugten.

Indessen waren diese Vorgänge allerdings eine Mahnung für die Regierung, damit sie sich um die Lage der ärmern Volksklassen mehr bekümmere, und durch die Nachlässigkeit ihrer Unter-Beamten in ihren Berichten über die Lebensmittel-Vorräthe nicht die besitzende Bürgerklasse der Gefahr aussetze. Im Uebrigen zeigte aber das Volk eine durchaus gesegliche Haltung, obschon es immer mehr und mehr die Mangelhaftigkeit des öffentlichen Rechtszustandes erkennen lernte.

Welche Aufforderung lag also jetzt nicht darin für die Regierung einem solchen Volke noch zu rechter Zeit ein gerechtes Maß von Freiheiten zu bewilligen, ja selbst die aufrichtigsten Freunde des Thrones mahnten zur Nachgiebigkeit, und wiesen auf die Verhältnisse hin.

So wie bisher konnte es nicht länger bleiben, denn eine Mischung von modernen Einrichtungen und dabei bestehenden alten Gesetzen unter der Leitung einer doktrinären Parthei, welche den Staat nach wissenschaftlichen Theorien einrichten wollte, und die Zeitbewegungen nicht zu begreifen im Stande war,

*) Die Folge davon war, daß in Magdeburg allein über 6000 Anhänger Ulich's aus der Landeskirche sich ausscheiden ließen.

konnte keine dauernde stabile Regierung zu Stande kommen.

Man erinnerte daran, daß Zeiten kommen könnten, wo äußere Umstände zwingen würden; das zu geben, was jetzt noch als ein Akt der Freiwilligkeit dankbar aufgenommen werden müßte. Man würde alsdann weit, ja sehr weit über die Forderungen hinausgehen gezwungen seyn, welche jetzt gestellt wurden.

Es wurde auch vorgestellt, daß man dasjenige, was man irgend geben wolle, dann auf einmal geben solle, und zwar so, daß es geeignet sey, das Staatsgebäude auf lange Jahre hin darauf konsolidiren oder befestigen zu können.

Aber solche Rathschläge wurden nicht angehört, sondern vielmehr die gerade entgegengesetzten Vorschläge, an welchen es nicht fehlte, ausgeführt.

Der Einfluß Oesterreichs und Rußlands stieg mit jedem Tage. Nachdem man Preußen zu seinem eigenen Schaden für die Unterdrückung der Selbstständigkeit von Krakau gewonnen hatte, nahm man es auch in der Politik gegen die Schweizer-Eidgenossenschaft in's Schlepptau mit.

Preußen, das durch seine Stellung zu Neuschatel so sehr darauf hingewiesen war, in einem guten Einvernehmen mit der Schweiz zu bleiben, ließ sich dazu herbei, für die Sache des Sonderbundes in die Schranken zu treten, und ohne Aussicht auf anderweitige Vortheile mit dem Verlust von Neuschatels, gleichzeitig seinen Einfluß in der Schweiz, der Vorhuth von Frankreich auf's Spiel zu setzen.

Eine so unpopuläre Politik nach Außen vertrug keine Freiheit nach Innen. Fürst Metternich und Rußland hatten für ihr System Alles zu fürchten, wenn in Preußen ein Volksparlament Antheil an der Regierung nehmen sollte, und so waren sie es auch, welche dem Könige unaufhörlich die eindringlichsten Ermahnungen machten, nicht nachzugeben, und den Volkswillen nicht geföhllich zu einer Macht zu erheben.

Indessen hätten aber alle diese dringenden Vorstellungen weniger genützt, wenn die offiziellen Rathgeber des Thrones erleuchtet genug gewesen wären, ihnen entgegen zu arbeiten; so aber befanden sich an der Spitze der Geschäfte der fünfsten europäischen Großmacht nicht Staatsmänner, sondern Beamte, deren Politik darin bestand, Alles genau so zu schematisiren, wie sie es früher in ihren Kanzleien von ihren Vorgesetzten gelernt hatten.

Selbst denken, selbst schaffen, oder auch nur die denkenden und schaffende Kräfte zu Rathe zu ziehen, das lag nicht in ihrem Wesen. Ihr Banner war die Unfehlbarkeit, die Allweisheit der Regierung, und dieses war es auch, was die preussische Monarchie sehr bald der heftigsten Erschütterung preis geben sollte.

Unter Eindrücken solcher Art, wurden am 17. Jänner 1848 die Sitzungen des vereinigten Ausschusses in Berlin eröffnet.

Fast ohne Ausnahme kamen diese Männer mit widerstrebenden Gefühl und einem bangen Herzen in den Sitzungs-Saale zusammen.

Der vereinigte Landtag hatte gegen die Einsetzung solcher Ausschüsse Einspruch erhoben, und die Abgeordneten vieler Provinzen hatten die Wahlen nur unter dem Vorbehalt, daß dadurch den Rechten des vereinigten Landtages nichts vergeben werde, vorgenommen. Viele, auf welche die Wahl gefallen war, hatten solche ganz abgelehnt, und wieder Andere sich der Theilnahme an der Wahlhandlung entzogen; die rheinischen Landgemeinden aber hatten gar nicht gewählt, daher ihre vier Vertreter gänzlich fehlten, und so bestand der vereinigte Ausschuß nur aus hundert Mitgliedern.

Bekanntlich war der Zweck ihrer Zusammenberufung die Berathung des Strafgesetz-Entwurfs, nämlich desselben, der schon im Jahre 1845 den Provinzial-Landtagen vorgelegt, und seit dieser Zeit in einzelnen Theilen umgearbeitet worden ist.

Der Gegenstand hatte nicht allein an und für sich große Wichtigkeit für den Staat, sondern auch in politischer Beziehung mußte er die ernsteste Aufmerksamkeit auf sich ziehen, denn es handelte sich darum, einen Schritt weiter in der Einheit des Staats zu geben, und die Rechtsverschiedenheit in den alten und neuen Provinzen nach und nach zu beseitigen.

Insoferne war auch die Stimme der Rhein-Provinz von sehr großer Bedeutung. Der rheinische Provinzial-Landtag vom Jahre 1845 hatte den ursprünglichen Entwurf ohne Diskussion oder Unterstreichung abgelehnt, weil auf die freisinnigen Bestimmungen des rheinischen Rechts auch nicht die entfernteste Rücksicht genommen war.

Die Mehrzahl der rheinländischen Bevölkerung schätzte ihr von der französischen Herrschaft herrührendes Recht als das letzte Palladium, eigentlich als Heiligthum der Freiheit, und alle altpreussischen Reform-Versuche, wurden daher zurückgewiesen, weil man das Vorhandene nur gegen entschieden Besseres vertauschen wollte.

Diese Stimmung wurde auch während des revidirten Entwurfs keine Bessere, denn die excentrischen Rechtstheorien, und besonders die barbarischen Strafen waren aus diesem Strafgesetze nicht weggeblieben. So stellt zum Beispiel der Entwurf zu dem Strafgesetze.

Die Verfolgung aller im Auslande von Inländern begangenen Verbrechen fest.

Die Todesstrafe kann durch Ausstellung des Kopfes und Abhauen der rechten Hand geschärft werden.

Die körperliche Züchtigung ist als Strafe zulässig.

Die Gefängnißstrafe kann durch Entziehung der Kost, nämlich Fasten und einsames Gefängniß verschärft werden.

Diese Bestimmungen über die Anwendbarkeit der Festungshaft waren so unklar, daß der Richter dadurch die Macht erhielt, die größte Ungleichheit der Strafe bei gleichen Vergehungen einzuführen.

Die Aberkennung der Ehrenrechte war auf eine Anzahl von Vergehungen ausgedehnt gewesen.

Die Vermögens-Einziehung, welche der frühere Entwurf beseitigt hatte, wurde wieder eingeführt.

Die Anzeige von Vergehen und Verbrechen wurde zur Pflicht gemacht; endlich wurden Injurien oder Beschimpfungen gegen fremde Monarchen für Staatsverbrechen erklärt.

Wenn nun schon in materieller Beziehung die Rheinprovinz entschieden gegen den Straf-Gesetz-Entwurf eingenommen war, so kam noch dazu, daß dort eine, nicht eben sehr schwache Parthei die ultramontane *)), welche überhaupt keine Verschmelzung der Provinzen wollte, mit diesem Entwurf in der Hand ihre Sonderbestrebungen predigte.

Diese Parthei eiferte besonders gegen die rheinischen Oppositionsmänner des Landtags, welche, wie ein Organ der Ultramontanen sich mit folgenden Worten ausdrückte. — »Es zum ersten Mal gewagt zu haben, die traditionelle oder fortpflanzende rheinische Politik zu verläugnen, nachdem sie den bodenlosen Chimären des modernen Verfassungssystems huldigend, die hohlen Worte Verschmelzung, Verbrüderung und Centralisation oder Vereinigung auf ihre Fahne setzten.«

In den alten Provinzen war man nicht mehr für den Entwurf eingenommen, und verschiedene Gemeinde-Berretungen legten Bittgesuche für die gänzliche Beseitigung desselben vor.

Neben diesen Bedenklichkeiten, welche den Gegenstand der Berathungen selbst betrafen, tauchte auch wieder die Kompetenz der Rechtsgültigkeitsfrage auf.

Nachdem der vereinigte Landtag erklärt hatte, daß die ständischen Ausschüsse ihn nicht erziehen könnten, und ein großer Theil der Abgeordneten nur unter dieser Voraussetzung die Ausschufswahlen vollzogen hatte, fragte man sich, was diese Abgeordneten der königlichen Erklärung gegenüber, welche alle Vorbehalte für ungültig erklärte, thun würden. Zwei von diesen Männern Bardeleben und Beckerath, hatten schon vor dem Zusammentritt der Ausschüsse ihr Mandat oder ihre Vollmacht niedergelegt, und so waren von den Oppositionsführern nur noch Ludolf Camphausen, Alfred von Auerswald und Graf von Schwerin in den Ausschüssen.

Am 17. Jänner 1848 wurden die Berathungen der Versammlung von dem Minister von Bodelschwingh als königlicher Kommissär mit einer Rede eröffnet, worin er von weitem, dem Ausschuf zu machenden Vorlagen nichts erwähnte, sondern lediglich auf die Nothwendigkeit der schleunigen Erlassung des neuen Strafgesetzes hinwies, und die Hoffnung aussprach, daß die Verhandlungen darüber einen neuen Beweis von der zwischen First und Volk herrschenden Eintracht liefern würden.

Wie wenig aber diese Eintracht thatsächlich vorhanden war, zeigte sich darin, daß Graf Schwerin als Vorsitzender der vorberathenden Abtheilung

*) Ultras bezeichnet eine Parthei, die in dem was sie will, aus Leidenschaft und Vorurtheil weder Maß noch Ziel hält, und das Ziel verliert, nachdem sie über dasselbe hinaus strebt; daher Ultrarevolutionärs — Ultraroyalisten — Ultraliberale ic.

sogleich das Wort ergriff, und eine Deklaration oder Erklärung derselben vorlas, worin gesagt wurde, daß die Erklärungen, welche bei den Ausschufswahlen abgegeben worden sind, durch die Berathung des Strafgesetzes durchaus nicht alterirt oder verändert würden, nachdem dadurch in die vom vereinigten Landtage vorbehaltenen Rechte durchaus nicht eingegriffen würde.

Nach ihm trat der Landschaftsrath von Auerswald auf, und überreichte eine schriftliche Erklärung die von mehreren seiner Kollegen unterzeichnet war; und worin ausdrücklich gesagt wurde, daß sie sich zu andern Berathungen und Handlungen als der vorliegenden außer Stande gesetzt sehen würden.

Der Inhalt dieser Erklärung war nämlich Folgender:

»Der erste vereinigte Landtag hat fast einstimmig die auf die frühern Gesetze begründete Bitte an Sr. Majestät den König gerichtet, daß Allerhöchst Dieselben geruhen möchten, die Verordnungen vom 3. Februar 1847 über den vereinigten Ausschuf und dessen Befugnisse Allergnädigst dahin abändern zu wollen, daß diesem Ausschusse in seinem Verhältniß zum vereinigten Landtage keine weitem Rechte eingeräumt werden möchten, als solche den ständischen Ausschüssen der Provinzial-Landtage, diesen Letztern gegenüber, durch die Verordnung vom 21. Jänner 1842, S. 2 und S. 4 beigelegt werden.«

Nachdem Se. Majestät gnädigst zugesichert haben, diese Bitte in sorgsame Erwägung ziehen zu wollen, so sind inzwischen die Wahlen der Mitglieder des zum Zweck der Begutachtung des neuen Entwurfs des Strafgesetzes zusammenberufenden vereinigten ständischen Ausschusses, theils ohne, theils mit verschiedenartigen Erklärungen und Vorbehalten vollzogen worden.

Es sind hier noch viele Mitglieder des Ausschusses der Ueberzeugung, eine bedingte Vollmacht, eine bedingte Berechtigung zu haben, und viele von denen, die auf den Ruf Sr. Majestät erschienen sind, nehmen keinen Anstand auf die Begutachtung des bereits von den Provinzial-Ständen berathenen Strafgesetz-Entwurfs einzugehen, vermögen jedoch, mit Rücksicht auf den Allerhöchsten Landtags-Abschied vom 24. Juli 1847 und die Geschäftsordnung vom 2. Dezember 1847, dieses nur mit der offenen und ehrerbietigen Erklärung, daß sie zu andern Berathungen und Handlungen sich außer Stand sehen würden.«

Hierauf setzte der Abgeordnete Ludolf von Camphausen jedoch noch weit entschiedener die Beweggründe auseinander, nachdem er sagte:

»Das Volk werde wissen, daß sie, die Abgeordneten an dem Grundsatz fest hielten, daß alle Gesetze über Person — und Eigenthumsrechte, so wie über Steuern, ohne den Beirath des vereinigten Landtags nicht erlassen werden könnten.«

Die abwesenden Mitglieder des vereinigten Landtags würden wissen, daß die Mitglieder des Ausschusses nicht gesonnen sind, sich Rechte anzumassen, die nach der Ansicht des vereinigten Landtags ihm allein zustehen.

Endlich sagte er: die Regierung wird wissen, daß nicht, wie ihr Organ dem Lande einzureden be-

müht gewesen, der Zwiespalt geschlichtet ist, der zwischen den thatsächlichen Zuständen und der früheren Gesetzgebung besteht. Um so mehr halte ich es nun für meine Pflicht, die Regierung darüber nicht in Zweifel zu lassen, daß der Gang, den sie am Schluß des vereinigten Landtags und nach demselben eingeschlagen hat, mich mit tiefer Betrübniß und mit Sorge für die Zukunft erfüllt.

Eine große That war geschehen; nach einem dreißigjährigen Warten waren die Vertreter des ganzen Landes in einem Saale versammelt, und alle, welche wissen, wie selten und wie schwer großen Versammlungen die Selbstbeherrschung gelingt, sahen mit Spannung, und nicht ohne Besorgnisse ihren Schritten entgegen. Wie ist aber der Erfolg gewesen? Das Ausland war erstaunt und überrascht über die Mäßigung der Versammlung, über ihre treue Ergebenheit gegen den Fürsten; es war im Zweifel, ob es ihre Zurückhaltung loben, oder sie der Schwäche beschuldigen sollte; es fand den König zu beneiden, der unter solchen Umständen, eine solche Versammlung berufen, und eine so glänzende Manifestation oder Darlegung der Treue und Ergebenheit seines Volkes der Welt vor Augen legen konnte.

In Preußen aber, wo die Stände bis auf die äußerste Grenze vorrückten, und weit hinübergebogen, hatten um die Hand zur Ausgleichung zu biethen, ist diese im Zorn zurückgestoßen worden.

In Preußen haben die Stände von Seite der Regierung Tadel und Nichtbeachtung gefunden, und Aeußerungen des Mißfallens und Unwillens erfahren, welche in einem geringen Einklange mit einem monarchischen Staate stehen, der von den Ständen nur Rath verlangen, sie nur Rath zu ertheilen berechtigen will.

Ein Wort wäre hinlänglich gewesen, den Verfassungskreit in Preußen auf immer zu beendigen; dieses Wort ist aber nicht gesprochen worden.

Die Folgen müssen getragen werden; Die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns.

Der Landtags-Kommissär von *Vodolschwingh* durfte wohl dazu nicht stillschweigen, aber dennoch antwortete er nicht mehr in einer so drohenden Weise, welche die Schlußrede auf dem vereinigten Landtage auszeichnete.

Es wurde jetzt den einzelnen Abgeordneten schon zugestanden, nach ihrem Gewissen zu handeln, zu erscheinen oder wegzubleiben, die ihnen verliehenen Befugnisse auszuüben oder nicht; jedoch war damit die Kompetenzfrage noch nicht entschieden.

Uebrigens darf hier als ein Beweis der im preussischen Volke vorherrschend politischen Bildung der Umstand nicht übergangen werden, daß, wie vielerlei Wünsche auch in allen Kreisen rege waren, doch keine Petitionen oder Bittgesuche an den Ausschuß eingeschickt worden sind. Man sah, wie aus diesem zu schließen ist, seine Nichtbefugniß zu deren Berathung ein, und wollte auch überdies jede Reibung zwischen dem Ausschusse und der Regierung über diesen Punkt vermeiden.

Wenn schon die Einberufung des ständischen Ausschusses vom Volke äußerst mißbeliebig betrachtet worden war, so erhöhte sich die üble Stimmung noch mehr, als auch der letzte Theil des Patents vom 3. Februar 1847 in Ausführung gebracht und die Deputation für das Staatsschuldenwesen am 14. Februar in Wirksamkeit gesetzt wurde.

Die Abgeordneten von *Grabow*, *Sperling* und von *Brodowsky* erklärten, daß sie den vorgeschriebenen Eid nur bedingungsweise leisten könnten, nachdem sie zwar bereit wären:

1. Die eingelbsten Staatsschuldenverschreibungen zu übernehmen, und deren Niederlegung beim Kammergericht zu bewirken.

2. Die Jahresrechnung über Verzinsung und Einlösung von Staatsschulden zu prüfen.

3. Eine Durchsicht der Staatsschuldentilgungskasse vorzunehmen, dagegen sich aber nicht für besugt halten, eine Genehmigung für etwa aufzunehmende neue Staatsschulden auszusprechen.

Der Minister von *Vodolschwingh* versicherte hierauf, daß der Zweck der Berufung dieser Deputation, wie bereits in der amtlichen Aufforderung ausgesprochen worden, auch kein anderer sey; ihre Thätigkeit sich auf diese drei Punkte einschränken werde; — ein bedingter Eid zwar nicht angenommen werden dürfe, die von den drei Mitgliedern abgegebene Erklärung aber zu Protokoll genommen werden solle.

Darauf hin wurde nun der Eid von Allen geleistet, und die Geschäftsthätigkeit nahm ihren Anfang; allein diese erzwungene Durchführung einer verhassten Maßregel wurde dennoch von allen denkenden Köpfen getadelt und auch bitter empfunden.

So war nun der Ausschuß fünf Wochen lang beschäftigt, als auf einmal in den ruhigen Gang der Beratungen wie eine zerplatzende Bombe die Nachricht von den Ereignissen der Februartage in Paris hineinfiel.

Die preussische Regierung war zwar schon früher durch die stürmischen Auftritte in den französischen Kammern, und die Voranstalten zu dem Pariser Reform-Banket aufmerksam geworden, und nicht ohne Besorgniß wegen der allenfalls möglichen Folgen geblieben. Sie, die Regierung hätte auch, — obwohl dieses öffentlich abgesprochen wurde, — im Stillen angefangen sich zu rüsten, und am 22. Februar nämlich an demselben Tage, an welchem der Ausbruch in Paris seinen Anfang nahm, reiste selbst der General von *Lhile* auf einen erhaltenen Befehl von Köln nach Berlin ab, um einer Berathung aller kommandirenden Generale beizuwohnen.

Gleichzeitig ward auch befohlen worden, die Zeughäuser zu untersuchen, und zu prüfen, ob das zur Ausrüstung der Landwehr und Reserve Erforderliche in gehörigem Stande sey.

Verbindungen mit Rußland und Oesterreich zu einem Schutz- und Trugbündniß hatten Statt gefunden; — kurz Preußen hatte die Worte *Lord John Russells* wohl überlegt: nämlich »Müßten Staaten auch auf Unwahrscheinlichkeiten gerüstet seyn, so müß-

ten sie sich um so viel mehr auf Wahrscheinlichkeiten gefaßt machen.

Der äußerste Zielpunkt der Befürchtungen blieb aber der, daß das Ministerium Guizot gestürzt, und Thiers, dessen Kriegsgelüste vom Jahre 1840 wahrscheinlich wieder erwachen würden, an die Spitze treten könnte; aber auf einen Ausgang, wie ihn die revolutionäre Bewegung in Paris nahm, war man nicht gefaßt, und der Mangel eines starken, die ganze Staatsmaschine beherrschenden Willens zeigte sich hier wieder auf die verderblichste Weise.

Es wäre nicht erst die Republik in Frankreich nothwendig gewesen, um Preußen auf das Unhaltbare seiner innern Verhältnisse aufmerksam zu machen; was in Dänemark, Sizilien, Neapel, Rom, Toskana, Sardinien und Baiern schon früher geschehen war, konnte der preussischen Regierung als eine ernste Warnung der Zeit dienen. Auch hat man gesagt, daß der König entschlossen gewesen sey, ein Gesetz über Einberufung des vereinigten Landtags in bestimmten vierjährigen Zeitfristen zu erlassen, ja man hat sogar behauptet, daß dieses Gesetz schon zur Unterschrift vorgelegen ist. Welch ein unseliger Bann hat aber seine Hand gefehlet?

Ja, wenn es noch in dem Augenblicke, als die erste Nachricht von den Pariser-Ereignissen nach Berlin kam, mit dem Datum einer frühern Zeit bekannt gemacht und der vereinigte Landtag zugleich einberufen worden wäre, so hätte vielleicht noch jede Erschütterung im Königreiche Preußen vermieden, und die Neugestaltung des Staats friedlich bewirkt werden mögen; aber noch sicherer wäre sie vermieden worden, wenn der König das Jahr vorher dem vereinigten Landtage bewilligt hätte, was dieser als sein gutes Recht in Anspruch nahm.

Wer bald gibt, der gibt doppelt, und nirgends mehr als in Preußen würde ein Entgegenkommen vom Throne her, die dankbarste Aufnahme gefunden haben. Allein die Befürchtung, eine Schwäche zu verathen, sich durch äußere Umstände das entreißen zu lassen, was man nur freiwillig gewähren wollte, und überhaupt die eingetretene Bestürzung und Nachlosigkeit verhinderte rasche und kräftige Entschlüsse, und das Wort: »Was ich am meisten fürchte, ist eben die Furcht!« fand also seine volle Bestätigung in Preußen, welches nur aus eingebildeter Furcht in wirkliche Gefahren kam.

Welche andere, wahre und größere Kraft würde der König während dieser drangvollen Zeit in der Mitte der vereinigten Volksvertreter gefunden haben, als er durch die Berathungen seiner Minister und Generale gewann, welche sich in der Nacht vom 27. zum 28. Februar zu einem Kabinettsrath versammelten, und um 1 Uhr theilweise erst aus dem Bette geholt werden mußten.

Auch in allen folgenden Tagen war das Staats-Ministerium täglich versammelt; jedoch aus seinen Berathungen ging keine schleunige durchgreifende Maßregel hervor, und nur die Mobilmachung von dem Armeekorps, von welchem das vierte aus Sachsen und Thüringen nach Westphalen, das siebente aus West-

phalen bis Köln hinab, das achte an die französische Grenze rücken sollte, wurde beschlossen.

Die Bestätigung eines Bündnisses zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich zur Unterstützung der Oesterreicher in Italien, welches, nachdem es mit der Unterschrift des russischen Kaisers versehen, durch einen Eilbothen von Petersburg eben eingetroffen war, und am 28. Februar zu Berlin unterzeichnet wurde, ließ unter den, seit jener Verhandlung ganz veränderten Umständen, wenig Wirkung hoffen, zeigte aber die Richtung an, welche die preussische Politik bis dahin verfolgt hatte.

In Folge dieses Vertrages sollte eine preussische Heeres-Abtheilung Böhmen besetzen, und dadurch Oesterreich möglich machen, seine dort stehenden Truppen für Italien zu verwenden.

Der erste Eindruck der französischen Revolution auf die große Masse der Bevölkerung von Berlin war der einer Neugierde. Jedermann war von den Ereignissen überrascht, und verfolgte nur den Gang derselben in der Fremde, ohne solche für eine Veränderung des Staatslebens in Preußen zu benützen, was auch die Ursache war, daß der Regierung in diesen stürmischen Tagen eine verhältnißmäßig lange Zeit gelassen war, um Maßregeln zu treffen, die dem ausbrechenden Sturme vorbeugen konnten; die aber unbenützt verstrich.

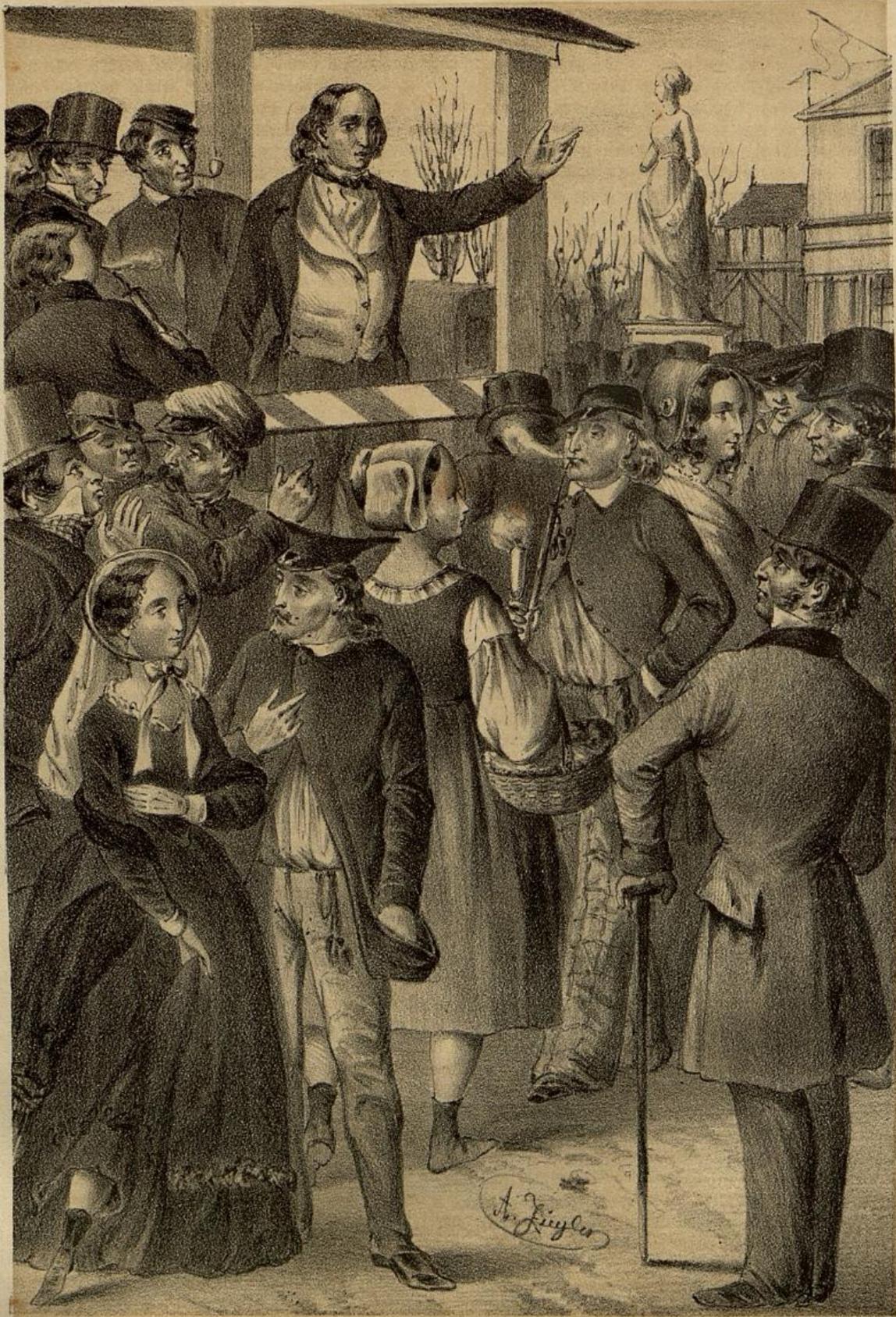
Nur die Börse wurde von dem andringenden Stoffe unmittelbar ergriffen, und im richtigen Vorgefühl der kommenden Ereignisse, war der Geldmarkt in einer Bestürzung, wogegen die Vorgänge des Jahres 1830 nur als ein Kinderspiel betrachtet werden konnten.

Bankanteile, welche am 25. Februar noch 114% standen, fielen auf 85% herab; preussische Schuldscheine auf 83% — und in demselben Verhältniß andere kurshabende Papiere, so das gleich in den ersten Tagen das angesehene Haus A. S. Heymann und Kompagnie zur Zahlungseinstellung genöthigt wurde, worauf dann noch mehrere Handlungshäuser ihre Zahlungsleistungen einstellten.

Während die Flamme der Revolution in Frankreich loderte, rasch über den Rhein herüberschlug, und in Baden, Württemberg, Baiern und Hessen zündete; während die Regierungen dieser Länder sich beeiferten, einander in Zugeständnissen an ihre Völker zu übertreffen, hielt man sich in Berlin noch immer ganz sicher.

Wohl war man für die Rhein-Provinzen besorgt, wo sich auch wirklich die ersten Bewegungen des neu erwachten Lebens zeigten, die Vertreter verschiedener Städte zu gemeinsamen Berathungen und Adressen zusammentraten, Einsprache gegen die Bekanntmachung des neuen Strafgesetzes erhoben, und dessen nochmalige Verweisung an den vereinigten Landtag in Anspruch nahmen. Andererseits rechnete man aber wieder auf die daselbst geäußerte Abneigung gegen den Anschluß an die französische Republik, und hoffte endlich den Sturm durch leichte Zugeständnisse zu beschwichtigen.





Radunanza del popolo in Berlino sotto le tende.

A' Berlíni népgyűlés a sátorok alatt.

Die Berliner Volksversammlung unter den Zelten.

Mit Ungeduld hatte der vereinigte Ausschuss seiner Auflösung entgegen gesehen, denn jedes Mitglied wünschte schon in dieser stürmischen Zeit einer, aller Wahrscheinlichkeit nach, nutzlosen Mühe enthoben zu seyn, und in die Heimath eilen zu können.

Viele von den Abgeordneten forderten Vertagung der Sitzung, was jedoch nicht durchging, dagegen ging man eifertig über die letztern Arbeiten hinweg, und kam damit am 5. März zu Stande, so daß die Versammlung am darauffolgenden Tage geschlossen werden konnte.

Der König, welcher die Sitzung nicht eröffnet hatte, erschien jetzt in Person, um sie mit einer Rede zu schließen, worin er, außer den bei solchen Fällen üblichen Wendungen auf das erhebende Beispiel hinwies, welches sein Volk in diesen außerordentlichen Verhältnissen gegeben hat, zur Treue und zur Ausdauer ermahnte, und erklärte, daß Preußen nirgends angriffsweise verfahren, kein Volk in seiner innern Entwicklung hindern, jedoch jeden Angriff kräftig zurückweisen werde. In einem solchen Falle werde er, der König, wie vor 45 Jahren sein in Gott ruhender Vater, zu den Waffen rufen, und er wisse im voraus, daß er auf die gleiche Begeisterung und Hingebung rechnen dürfe.

Zum Schluß seiner Rede machte er noch die Bemerkung: »Sobald die Maßregeln, welche Ich für Preußens und Deutschlands Ehre und Sicherheit ergreifen muß, den Beistand Meiner getreuen Stände erfordern, spätestens dann, wenn, was Gott gnädig verhüten wolle, der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde Ich Sie, meine Herren und ihre Mitstände — den ganzen vereinigten Landtag — wieder zusammenberufen, um Mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen Meines Volkes Meine festeste Stütze ist; und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind, von Geschlecht zu Geschlecht.«

Hierauf machte der Landtags-Kommissar, der Minister Bodelschwingh, eine königliche Botschaft bekannt, worin gesagt wird, daß, nachdem jetzt die Verordnung vom 3. Februar ihrem wesentlichen Inhalte nach, zur Ausführung gekommen, nun der Zeitpunkt erreicht sey, bis zu welchem der König seine Entschließung auf die Anträge des vereinigten Landtags, wegen Abänderung der bestehenden ständischen Einrichtungen, ausgesetzt habe.

Nach diesen Entschlüssen übertrage der König die dem ständischen Ausschusse verliehene Periodicität, daß heißt, Einderufung zu selbst bestimmten Zeitfristen auf den vereinigten Landtag selbst, beschränke die Wirksamkeit des Ausschusses in der von den Ständen beantragten Weise, auf Vorberathung, und behalte sich vor, die Verfassungsgesetze vom 3. Februar durch eine besondere Verordnung abzuändern.

Alles was jetzt der König bewilligte, und was er zur Befriedigung der Ansprüche seines Volkes für hinlänglich hielt, bestand darin:

1. daß ferner nicht mehr ein kleiner Theil des vereinigten Landtags die Rechte der Gesamtheit ausüben.

2. daß der Landtag alle vier Jahre berufen,

3. daß seine nächste Berufung in unbestimmter Zeit erfolgen, und endlich, daß das Verfassungsgesetz nach königlichem Ermessen abgeändert werden solle.

Uebrigens braucht man hier wenig staatsmännische Kenntnisse, um einzusehen, daß solche Bewilligungen Niemand befriedigen konnten.

Hätte der König wenigstens ausgesprochen, daß er in drei Wochen den vereinigten Landtag einberufen, und mit diesem die zum Verfassungsgesetz als nöthig erkannten Abänderungen berathen wolle, so hätten die Wünsche und Erwartungen doch einen bestimmten Zeitpunkt gehabt, und auf eine zuverlässige Befriedigung rechnen dürfen; dieses zweifelhafte Unbestimmte ließ aber die Befürchtung aufkommen, daß man zuerst der Bewegung Herr zu werden versuchen, und dann nach Umständen dasjenige abmessen werde, was nach als unerläßliche Lösung des gegebenen Wortes zu bewilligen geneigt sey.

Ganz im Einklange mit dieser Voraussetzung, standen die Worte des Prinzen von Preußen, welche derselbe bei der Abschiedsbegrüßung an die Ständemitglieder richtete, nachdem er äußerte, daß mit der jetzt erteilten Bewilligung Sr. Majestät Alles gewährt sey, was man nur habe verlangen können.

Mit vielen Argwohn betrachtete man auch die königliche Sendung des Generals von Radowicz nach Wien, zur Verabredung über die Wertheidigungsmittel im Falle eines feindlichen Angriffs.

Dieser Gesandte, der früher bei den Unterhandlungen zur Unterdrückung der Schweiz verwendet worden war, machte nun die Besorgniß, daß seine Sendung noch andere geheime Zwecke haben könne; aber wie dem auch immer gewesen seyn möge, so hätte die Regierung in keinem Falle eine unglücklichere Wahl treffen können.

In der Hauptstadt herrschte indessen eine ängstliche Schwüle, die jeden Augenblick einen Ausbruch befürchten ließ, was auch die Ursache war, daß die Soldaten beständig in der Kasernen in Bereitschaft gehalten wurden.

Als einen kleinen unscheinbaren Anfang der Berliner-Revolution, ist eine kleine Versammlung in den Zelten des Thiergartens, die aus Studenten, Literaten, Handlungsdienern, Handwerkern und Arbeitern bestand, und zur Feststellung der »Forderungen« und zur Entwerfung einer Adresse zusammenkamen, zu betrachten.

Die Zelte, ein Hauptvergügnungsort der Berliner-Bourgeoisie, bestehen aus einer Reihe an der Spree gelegener Kaffehäuser, in welchen der solide Berliner-Bürger mit seiner Familie seine Sonntags-Nachmittage zubringt, und sich unter dem Genuß des berühmten Berliner Weißbiers und an dem Anhören einer wohlbesetzten Musik unterhält.

Vor diesen Zelten dehnt sich ein geräumiger Platz aus, der eine Volksmenge von mehreren Tausend Menschen zu fassen im Stande ist; und in dessen Mitte sich eine große Sandstein-Figur erhebt, über deren eigentliche Bedeutung die mythologische Forschungslust der Berliner niemals mit sich einig zu werden scheint.

Näher am Rande der Thiergarten-Alleen, steigt eine große, von Holz gebaute Tribune empor, von welcher herab die Berliner Wochen-Konzerte stattfinden, die hier im Sommer eine Art von Volksfest mit Allem, was in Berlin dazu gehört, mit Wurst-Schnapps- und Semmelförben, rauchenden Bratpfannen, Cigarrenjungen u. s. w. zusammen zu kommen pflegen.

Jene Musikbühne wurde bald die Redner-Tribune, von jenen demokratischen Volksversammlungen, die durch ihren nicht abzuläugnenden Einfluß, auf gewisse Schichten der Bevölkerung, mehrere Monate hindurch, die Regierung im Schach erhielten.

Die Berliner-Zelte hatten schon zwei Jahre früher eine Art von politischer Bedeutung durch die Versammlungen der Berliner-Lichtfreunde erhalten, welche hier eine Partei gegen pietistische Staatsrichtungen zu organisiren versuchten, die aber noch vor der Hand an den Einmischungen der Polizei scheiterten.

Es war dabei Niemand im Zweifel gewesen, daß die protestantische Lichtfreundschaft nur die Maske einer beabsichtigten politischen Bewegung war, welche in dem Kampf um die religiöse Freiheit, und in den damit verbundenen Erschütterungen des christlichen Polizei-Staats einen Ausweg suchte.

Dieselbe politische Uebergangs-Bedeutung, hatte auch im Grunde nur der Deutsch-Katholicismus gehabt, der in einem solchen Sinne, besonders durch seine spezifische Verbreitung in dem Bürgerstande und den unteren Volksklassen wirkte. Auf der andern Seite, wo auch der herrschend gewordene Staatspietismus, welcher sich in alle Funktionen des politischen und gesellschaftlichen Körpers eingemischt hatte, besonders darauf berechnet gewesen ist, den Volksgeist im Staate niederzuhalten, und ihm den Muth und die Kraft seiner freien Selbstbestimmung zu rauben.

Wenn die Lichtfreundschaft insofern ein wichtiges Symptom des Berliner-Lebens vor der Revolution war, so wurde auch jetzt der ehemalige Schauplatz ihrer Thaten der Ausgangspunkt der revolutionären Bewegung von Berlin.

Die von der Versammlung im Thiergarten Zelt zuerst beabsichtigte »Adresse der Jugend,« welche an den König gerichtet werden sollte, wurde am 7. März, wo sich diese Zusammenkunft erweitert, und auch aus überlegteren Männern ergänzt hatte, in eine allgemeine politische Adresse umgewandelt, deren »Wünsche« sich besonders auf neun Punkte beschränkten, nämlich: 1. unbedingte Pressfreiheit; — 2. vollständige Redefreiheit; — 3. vollständige Amnestie aller wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilter und Verfolger; — 4. freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht; — 5. gleiche politische Berechtigung Aller, ohne Rücksicht auf religiöser Bekenntnis und Besitz; — 6. Geschworenengerichte und Unabhängigkeit des Richterstandes; — 7. Verminderung des stehenden Heeres und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer; — 8. allgemeine deutsche Volksvertretung; — 9. schnelligste Einberufung des vereinigten Landtags.

So mäsig hatten sich noch zehn Tage vor Ausbruch der Katastrophe die politischen Wünsche und For-

derungen in Berlin gestellt, die selbst bei der durch die auswärtigen Ereignisse fortgerissenen Jugend nicht einmal auf die Einführung eines vollendeten Repräsentativsystems im Staate gingen.

Eine interessante Szene fand am folgenden Morgen in der Zeitungs-Halle Statt, welche, zuerst aus einer Spekulation auf das Gewerbetreibende Publikum begründet in der letzten Zeit ein Hauptversammlungsplatz der radikalen und oppositionellen Männer von Berlin geworden war.

Dort suchte der Berliner-Polizei-Präsident von Minutoli, die Deputation auf, welche dem König die erwähnte Adresse überreichen sollte, und deren Mitglieder er bereits ausgekundschaftet hatte. Diese gaben sich auch ohne Umstände zu erkennen, und der Polizei-Präsident, der durch sein gewandtes und volksthümliches Benehmen schon eine sehr wirksame Stellung zu bekommen anfing; setzte ihnen sehr insinuant auseinander, warum sie von einer persönlichen Ueberreichung der Adresse an den König abzusehen hätten, nachdem er riet, die Adresse »durch die Stadtpost« dem Könige zukommen zu lassen.

Man erfuhr auch, daß der König sich über die gestrigen Vorgänge im Thiergarten schon den genauesten Bericht habe erstatten lassen, und daß er zugleich dem Polizei-Präsidenten entschieden erklärt habe, eine derartige Deputation nicht annehmen zu wollen.

Die Abneigung des Königs gegen politische Bewegungen wurde hinzugefügt, jedoch zugleich schon von Seiten des Polizei-Präsidenten der bedeutungsvolle Wink gegeben, daß er auf Befehl des Königs jeden Versuch zur Abschickung einer solchen Deputation gewaltsam verhindern würde, und wenn selbst Blut darüber fließen sollte. Uebrigens sey das Auslegen der Adresse an öffentlichen Orten zur Sammlung von Unterschriften gestattet.

Einen imposanten Charakter hatte die Zelt-Versammlung bereits am 9. März angenommen, wo sich 3 bis 4000 Menschen dort zusammen einfanden, die schon eine bedeutend gesteigerte Stimmung äußerten, und jede Anspielung der Redner auf die allgemeinen Zustände des Staats mit einem donnernden Beifall begleiteten; doch war zugleich bei Allen der gesegnete Eifer bemerkenswerth, durchaus eine ordnungsmäßige Bahn der Entwicklung einzuhalten, und die neuen Rechte nicht durch ein gewaltsames Umstoßen des Bestehenden zu erlangen.

An diesem beispiellos guten Sinn der Bevölkerung hätte die Regierung nur in richtiger Erkenntnis der Zeit und des unumgänglich Nothwendigen anzuknüpfen brauchen, um bewunderungswürdige Resultate zu erreichen, und dem preussischen Staate eine glänzende und zu kunstreicher Ausnahmestellung mitten in dem revolutionären Europa zu sichern. Aber die Regierung des Königs, obwohl zu Konzessionen und zum Vorwärtsschreiten entschlossen, glaubte doch auch jetzt noch den gemessenen Gang und die Vorbehalte des alten bürokratischen Staats retten zu können.

In diesem Sinne war noch am 8. März eine königliche Verordnung erlassen worden, worin von

einer auf Censurfreiheit begründeten durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung, die Rede ist, die der König jedoch zuerst bei der deutschen Bundesversammlung zur Entscheidung beantragen will, bevor er damit in seinen Staaten selbstständig vorgehen möchte!

Fast überall war die Preßfreiheit, nach jener Kundgebung des Bundestags vom 3. März, von den deutschen Souverainen auf ihre eigene Faust eingeführt worden, und nur Preußen, der Staat der norddeutschen Intelligenz und der protestantischen Wissenschaft, sollte auch in dieser Angelegenheit zurückstehen, und abermals an den deutschen Bundestag, der kaum noch als lebendig betrachtet werden konnte, verwiesen werden.

Es hatte etwas Ergreifendes, in der Nacht des 9. März jene Tausende von Menschen, welche der Volksversammlung in den Zelten beigewohnt hatten, in der stillsten Ordnung, und ohne jede überschreitende Aeußerung durch den Thiergarten und das Brandenburger Thor zurückziehen zu sehen.

Man ist zuletzt darüber übereingekommen, eine Adresse der Stadt-Verordneten Versammlung zu übergeben, welche dieselbe gleichzeitig mit einer andern von ihr selbst beabsichtigten Adresse an den Thron einzureichen, ersucht werden sollte.

Die junge, freilich noch sehr unreife Thiergarten-Adresse, wurde aber von den Vertretern der Stadt, in ihrer stürmischen Sitzung vom 11. März zurückgewiesen, da man sich mit mehreren Punkten nicht einverstanden erklären könne, und überhaupt die eigene Adresse für ausreichend finden müsse.

Diese Adresse der Stadt-Verordneten sollte durch eine Deputation, zu welcher auch der Magistrat jetzt einige seiner Mitglieder abzuordnen beschloß, dem König am 13. März überreicht werden, und so begaben sich auch die Deputirten zu diesem Zwecke wirklich auf das Schloß; aber der König ließ ihnen hinausfagen, daß er sie jetzt nicht annehmen könne, sie möchten daher am nächstfolgenden Tage erscheinen.

Ein noch ungünstigeres Schicksal hatte die Deputation der Thiergarten-Zelte, welche ihre Adresse auch an den Thron zu bringen bemüht war, von dem Könige aber an die Stadtpost verwiesen wurde. Ueberhaupt aber hatte der König entschieden ihren persönlichen Besuch sich verboten, und sich zugleich mit Mißfallen an derartigen Demonstrationen und Volksbewegungen ausgesprochen.

Diese Thiergarten-Versammlung bekam am 13. März Abends schon ein ernsthafteres Aussehen, und zeigte auf bedenklichere Folgen hin.

Das Volk von Berlin hatte sich in diesen Versammlungen das Vereinigungsrecht aus freier Hand genommen, nachdem es darin nichts, als sein gutes menschliches und natürliches Recht in Anspruch nahm, welches es jetzt bereits gegen jede Beeinträchtigung zu behaupten entschlossen schien.

Inzwischen hatte sich in der Stadt das Gerüde verbreitet, daß die Zusammenkünfte im Thiergarten durch die Anwendung der bewaffneten Gewalt sollten verhindert werden.

Die Neugierde, welche in Berlin immer eine sehr starke Gesellschaft zur Ausbreitung der Volksbewegung war, vermehrte jetzt die Lust, diese Abends-Versammlung zu besuchen, wozu noch das ungewöhnlich schöne Frühlingswetter das ihrige beitrug.

Zugleich machte die Nachricht von der bevorstehenden Abreise des Prinzen von Preußen nach dem Rhein ein großes Aufsehen.

Der Prinz hatte nämlich am frühen Morgen sämtliche Kasernen der Hauptstadt besucht, und von den Truppen mit einer Anrede Abschied genommen, welche auf eine besonders feierliche und ernste Weise die drohende Lage der Dinge hervorhob, und den nahen Krieg in Aussicht stellte.

Man sagte auch, daß der Prinz mit seiner ganzen Familie auf unbestimmte Zeit seine Residenz in Königsberg nehmen werde; aber die schon bestimmt gewesene Abreise verschob sich noch immer von Stunde zu Stunde, und unterblieb zuletzt gänzlich, wodurch man im Publikum immer mehr einsah, welche steigende Wichtigkeit diesen ersten Anzeichen eines Berliner Volksausbruches von Seite der Regierung und der Krone beigemessen ward.

Der Prinz von Preußen wurde also schon jetzt im Volke als derjenige angesehen, welcher jeder politischen Schilderhebung mit aller Kraft der militärischen Mittel entgegen treten würde, und hielt diesen Prinzen nun einmal nicht mehr für volksthümlich gesinnt; ja man glaubte sogar durch ihn ausschließlich den alten Militärstaat Preußen in allen seinen starren Konsequenzen und in der ganzen politischen Unbeweglichkeit des Systems vertreten.

Ueberdies wurde aber wieder andrerseits in vielen Kreisen anerkannt, daß auf die Gerechtigkeitssiebe und Ehrlichkeit des Prinzen durchaus zu bauen sey, und daß man sich jedenfalls nur eine offene Handlungsweise von ihm erwarten dürfe.

Durch die Stadt zogen jetzt den ganzen Nachmittag ungewöhnliche Volks-Schaaren, welche bis jetzt keineswegs noch aufgeregert waren. Gegen 6 Uhr Abends sah man aber die Kavallerie in zahlreichen Kolonnen nach dem Brandenburgerthore aufmarschieren. An einzelnen Punkten der Stadt waren auch sogar Kanonen aufgeföhren, noch mehr erstaunte man aber, als das königliche Schloß und das Zeughaus militärisch besetzt wurde. Auch die Gendarmerie zeigte sich hin- und hersprengend in großer Thätigkeit; und eben so sprengten die Adjutanten und Ordonnanzen auf den Pferden auf und nieder.

Dazwischen bewegten sich immer mehr und mehr anhäufende Reihen von Spaziergängern, die theils mit erschrockenen Gesichtern und unheimlichen Befürchtungen alle diese militärischen Voranstalten musterten, und dabei auch nicht unterließen, einige Reste des guten Berliner-Humors und Wortwitzes flüchtig zu machen.

Inzwischen war die Volks-Versammlung im Thiergartenzelt in ziemlicher Massenhaftigkeit abgehalten worden, wobei die Reden einiger Arbeiter großen Anklang bei der Menge fanden, doch schien die stark unter derselben vertheilte Polizei mit der Richtung der

Versammlung keineswegs unzufrieden, da sich die Debatte von der revolutionären Politik ablenkte, und auf die Angelegenheit der deutschen Flotte überging; jedoch kam es aber dennoch auf verschiedenen Plätzen des Biergartens zu einem theilweisen Einschreiten der bewaffneten Macht.

Die Kavallerie griff nämlich mehrere lärmende und drängende Volkshäufen an, und trieb dieselben nach der Stadt zurück, wodurch zuerst unter den Linden, ein größerer Zusammenlauf von Menschen entstand.

Wildes Geschrei hörte man von dieser Gegend her, und eine so starke Beunruhigung durchlief bereits die Stadt, daß das Theater-Publikum das Opernhaus, in welchem gerade ein neues Ballet gegeben wurde, mitten in der Vorstellung verließ.

Die Volksmenge drängte sich darauf immer anwachsend in die Nähe des Schlosses, wo es zuerst, wie auch an einigen Stellen unter den Linden, zu einem scharfen Einbauen der Soldaten kam.

Mehrere Personen, worunter auch einige namhafte Männer sich befanden, erlitten starke Verwundungen, und der Anfang des Konflikts zwischen Volk und Militär, überhaupt der eigentliche Angelpunkt der Berliner-Revolution, war jetzt damit gegeben.

Eine entschiedene Provokation oder Herausforderung hatte dabei durch diese ungeheure Entwicklung der militärischen Streitkräfte, die zu den Veranlassungen in gar keinem Verhältniß stand, Statt gefunden.

Die Verböhnungen von Seite des Volks, welche beim Einschreiten der bewaffneten Gewalt gegen tumultirende Volkshäufen nie ausbleiben, steigerten die Erbitterung auf beiden Seiten.

Dieser Konflikt oder Kampf, wie zufällig er auch schien, hatte aber doch seinen symbolischen Sinn oder Lösungswort für das ganze politische Leben Preußens. Es handelte sich um die Geburt des neuen Volksstaats, welchem der alte Militär-Staat Preußens Platz machen oder weichen sollte; und so mußte sich gerade auf dieser Linie der Kampf, scheinbar aus einer zufälligen Reibung, aber darum nicht weniger auf eine Hauptentscheidung losgehend, entwickeln.

Von weitergehenden politischen Absichten und Tendenzen bemerkte man jedoch am Abend des 13. März noch sehr wenig unter den Volksmassen.

Tendenzlos, oder eine eigentliche Richtung zeigte sich nur in einer unter der Menge vertheilten Arbeiterpetition, die an den König gerichtet war, und die Errichtung eines Ministeriums für die Arbeiter in Antrag brachte, welches zum Theil aus Arbeitgebenden, zum Theil auch aus Arbeitnehmenden bestehen, und die Arbeiterverhältnisse im Sinne der Zeit und nach den Rechten des Volks ordnen solle.

Diese Petition schien ihrer ganzen Fassung nach, aus dem Volke selbst hervorgetreten zu seyn, und fand eben darin ihre Bedeutung.

Die Berliner-Revolution versuchte an diesem Abend gewissermaßen ihre ersten Apparate zusammenzubringen, und so wurde in der Grünstraße zuerst, wie spielerisch auch der Versuch gemacht war, eine Barrikade zu bauen angefangen. In der Jägerstraße

machte ein Volkshaufe einen Angriff auf einen Waffenladen, begnügte sich jedoch diesmal noch mit dem Einwerfen der Ladenfenster.

Die städtischen Behörden hatten sich endlich ermannt, und sind über eine Adresse einig geworden, die durch eine Deputation dem König überreicht werden sollte.

Leider mußten sie aber auch jetzt noch nicht die öffentliche Stimmung dem König ungeschminkt darzulegen.

Während alle Welt mit dem Preßgesetz-Versprechen vom 8. März unzufrieden war*), drückte die Adresse ihren Dank dafür aus; dann fordert sie, jedoch stets in umschreibenden Redensarten, die schleunige Einberufung des Landtags und die Errichtung einer volksthümlichen Vertretung u. s. w.

Schon am 13. März hatte sich die Deputation beim Könige melden lassen, sie war aber auf den folgenden Tag zu erscheinen beschieden worden.

Am 14. März trat nun endlich die Deputation des Magistrats und der Stadt-Verordneten vor den König, um ihm die erwähnte Adresse zur Darlegung der politischen Zustände und Erwartungen des Landes zu überreichen.

Die Adresse war, wie schon gesagt, in demselben doktrinairen und reflexionmäßigen Styl abgefaßt, durch welchen sich die Kundgebungen der städtischen Behörden in der letzten Zeit öfter charakterisirt hatten.

Die Antwort des Königs, welche er nach Verlesen der Adresse augenblicklich ertheilte, zeigte aber, daß seine Umgebung keine Ahnung von Dem hatte, was die öffentliche Meinung war.

Der König spielte auf die Unruhen des vorhergehenden Tags an, und tröstete die Deputirten gewissermaßen, nachdem er bemerkte, daß, wenn es ringsum kochte, man nicht erwarten dürfe, daß in Berlin allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe. Was die verlangten Reformen betreffe, so sey die Hauptsache bereits gewährt, das Einberufungsmandat für den Landtag vollzogen. Mit vollster Offenheit und mit vollstem Vertrauen würde er dem Landtage entgegen treten. Seine Lösung sey, »Freie Wähler, freie Fürsten;« nur wenn Beide frei wären,

*) Am 10. März brachte der Staatsanzeiger eine königliche Cabinets-Ordre vom 8. März ausgefertigt, welche aber von der sehnlichst erwarteten Preßfreiheit nichts weiter enthielt, als eine entfernte Aussicht. Der König erklärte nämlich: daß, nachdem der Bundestag die Aufhebung der Censur den Einzelstaaten anheimgestellt, von seiner Seite kein Hinderniß mehr dagegen obwalten werde; wenn ihn nicht der dringende Wunsch davon abhalten würde, in dieser Angelegenheit ein gemeinsames deutsches Bundesrecht zu erstreben. Das Staats-Ministerium solle daher die Entscheidung über die beim Bundestag bereits gestellten Anträge befördern. Sollte dieses unerwartet auf Hindernisse oder Verzögerungen stoßen, so würde er dann mit einer, auf Censurfreiheit begründeten, durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung interimistisch vorgehen.

Dieser königliche Erlass befriedigte aber ganz natürlich in keiner Weise; und selbst die Anhänger der Regierung waren bestürzt über eine solche Zähigkeit.

könne die wahre Wohlfahrt gedeihen. Die andern Witten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sey daher nicht nöthig. Doch eines Ausdrucks der Adresse müsse er erwähnen, desjenigen nämlich: welcher gegen die allmähliche Entwicklung der Verfassung gerichtet sey; diesem könne er nicht unbedingt beitreten. Es gebe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen lassen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen.

»Kühn und bedächtig« das seyen die Lösungsworte jedes guten Feldherrn: das wolle er auch nicht vergessen. Die gute, alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben. Auch die Gliederung der Stände sey deutsch; wer dagegen anstrebe, der setz sich Gefahren aus. Eben so komme der Besitz als altbergrachte Grundlage der Standschaft in Betracht. Doch Alles dieses könne nur mit dem Landtage erledigt werden. Es war also offenbar, daß König und Volk sich nicht verstanden, und daß es den Mittelpersonen theils an Willen, theils an Einsicht fehlte, dieses Verständniß zu bewirken.

Der Berliner-Magistrat schien froh zu seyn, daß er sich der Adresssache entledigt hatte, und glaubte damit sey nun Alles gethan; ebenso machte er mit überschwänglichen Worten das Resultat der Audienz bekannt, in der Hoffnung, daß die Einwohnerschaft von Berlin, von gleicher Begeisterung so wie er selbst ergriffen seyn werde.

Wirklich brachte auch der »Staats-Anzeiger« demselben Abend das Patent, von dem der König gesprochen hatte zur Kenntniß.

Es hieß darin, der König habe im Verein mit der österreichischen Regierung seine deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinschaftlichen Berathung in Betreff der Reparation oder Wiederherstellung des deutschen Bundes zu vereinigen.

Das Resultat dieser Berathung würde jedenfalls Maßregeln bedingen, zu deren Ausführung der König der Mitwirkung des vereinigten Landtags bedürfe.

Dieserwegen, und weil der König in so wichtigen Epochen sich nur in Vereinigung mit den Ständen stark fühle, habe er beschlossen, den Landtag zum 27. April einzuberufen.

Die Verblendung der Regierung erschien unbegreiflich; denn während das ganze Land fast einstimmig die sofortige Einberufung des Landtags verlangte, damit die außergesetzlichen Agitationen oder Beunruhigungen dort ein natürliches und berechtigtes Organ finden würden, während die sofortige Gewährung desjenigen, was die meisten kleinern Staaten schon erlangt hatten, verlangt werde, schob man die Berufung des Landtags noch ferner auf sechs Wochen hinaus, und erwähnte mit keiner Sylbe, daß man diesem, wenigstens Vorlagen über die innere Reorganisation Preußens machen wolle.

Es war aber von Seite der Regierung nicht blosser Mangel an richtiger Auffassung der Verhältnisse; — man wollte die Bewegung leiten, nicht nachdem man sich an deren Spitze stellte, sondern man glaubte Kraft genug zu haben, sie nach einem selbst vorgezeichneten Weg, in einem beliebigen Schritte, bis

zu einem gewissen abgesteckten Ziel, und nicht weiter, führen zu können. Man wartete auf Oesterreich und dessen Entschlüsse; denn die alte Furcht vor dem Tadel des Fürsten von Metternich war noch wach wie zuvor.

Den kleinen Regierungen wurden Noten zugesandt, worin man sie aufforderte, keine Zugeständnisse zu machen. An die sächsische Grenze wurden Truppen abgeseudet, um die dortige Bewegung, welche ebenfalls durch eine wenig einsichtsvolle Bewegung hervorgerufen war, nöthigenfalls unterdrücken zu helfen.

Während dieses Zuwartens stieg aber die Bewegung bereits zu gefährlichen Ausbrüchen heran.

Wie in frühern Jahren, gab die Rhein-Provinz ein auffallendes Zeichen der Bewegung.

Am 5. März begaben sich Volksmassen in Köln, freilich schon mit andern, als konstitutionell-liberalen Elementen gemischt, vor das Sitzungs-Lokal des Gemeinderaths, und überreichten eine Petition mit der Ueberschrift, »Forderungen des Volkes«, nachdem sie auf einem unbedingten Beitritt zu diesen Forderungen bestanden.

Es wurde darin verlangt: Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. — Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staate. Unbedingte Freiheit der Rede und Presse. — Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung allgemeiner Volksbewaffnung mit solchen, vom Volke gewählten Anführern. — Freies Vereinigungsrecht. — Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für Alle. — Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten u. s. w.

Bei dieser Gelegenheit kam es schon zu leichten Streitigkeiten mit dem Militär, welches endlich den Rathhausplatz räumte.

Ruhiger ging es indessen bei der am 4. März veranstalteten Bürgerversammlung zu, welche von den angesehensten Bürgern der Stadt besucht war.

Hier beschloß man eine Adresse an den König, worin verlangt wurde: eine Repräsentativ- oder stellvertretende Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister und der allgemeinen Wahlrechte. — Freiheit der Rede, der Presse, und Vereinigung. — Religionsfreiheit u. s. w.

Ähnliches geschah fast gleichzeitig in den Städten Aachen, Koblenz, Düsseldorf, Eberfeld, und bald stellte auch die kleinste Gemeinde der Provinz ihre Forderungen auf.

In der Provinz Sachsen vergaß man endlich die religiösen Streitigkeiten, und wendete sich dem politischen Gebiete zu.

Von Magdeburg, Halle, Nordhausen, Halberstadt und andern Orten gingen ähnliche Adressen wie die oben erwähnten aus. Auch das konservative Westphalen, namentlich die Gemeinden blieben nicht zurück.

In Schlesien eröffnete Breslau die Adressbewegung, und die erfolgten Unruhen entstanden nur größtentheils durch den Widerstand der Behörden.

Eine Versammlung von Bürgern, welche am 6. März stattfinden sollte, und den Entwurf einer Adresse beabsichtigte, wurde untersagt. An demselben

Tage beschäftigte sich die Stadtverordneten-Versammlung mit demselben Gegenstande bei offenen Thüren, in Gegenwart eines ziemlich aufgeregten Publikums, welchem der Adress-Entwurf nicht genügte, und man schrie daher von den Tribünen herab den Gemeindevetretern zu, daß sie dem Vertrauen der Bürger nicht entsprochen hätten, und also ihr Verfahren keineswegs geeignet wäre, die Gemüther zu beruhigen.

Auf diese Weise mußte unter einem großen Tumult die Sitzung aufgehoben werden, worauf die Volkshäuser nach dem Lokale hinzogen, wo die verbotene Volksversammlung hätte abgehalten werden sollen; jedoch das Militär besetzte das Lokale und zwang die Menschenmenge sich zu entfernen.

In der Provinz Preußen machte die Umwälzung in Frankreich beinahe den gewaltigsten Eindruck; ja man fürchtete sogar einen Krieg mit Frankreich, und als dessen unvermeidliche Folge einen Einfall der Russen nach dem Preußenlande.

Die meisten Adressen, welche in jenen Tagen aus diesem Landestheile eingingen, stimmten darin überein.

In Königsberg hielt man am 7. März eine Versammlung in der städtischen Kessource (ein Unterhaltungsort) ab, wo eine Petition abgefaßt wurde, die ungefähr folgenden Inhalts war:

»Die Staats-Umwälzung in Frankreich, herbeigeführt durch ein freiheitsfeindliches Ministerium, und das bevorstehende Einrücken russischer Truppen in das Innere von Deutschland, gefährdet von Osten und Westen her die Grenzen unsers Vaterlandes.

In einer so verhängnißvollen Zeit nehmen wir keinen Anstand, uns offen und frei an Euer Majestät zu wenden, und es auszusprechen, daß nur ein, in freien Verfassungen erstarktes und dem Interesse Deutschlands sich hingebendes Preußen uns Schutz bieten kann.

Durch eine wahre, aus allen Ständen des Volks hervorgegangene Volksvertretung, durch die Herstellung eines deutschen Parlaments, durch unbedingte Pressfreiheit bekommt Deutschland die Kraft, allen seinen Feinden zu widerstehen.«

In noch kräftigeren Worten äußerte sich die Stadt Elbing, welche erklärte, daß die Bürgerschaft zu jedem Opfer bereit sey, welches die Sicherheit des Staats nothwendig mache; daß aber ein Bündniß mit Rußland nicht nur nicht zum Siege helfen, sondern die Abreißung der Provinz und die Knechtung und Schande des gesammten Vaterlandes zur Folge haben würde. Nur einer volkshüßlichen und freisinnigen Politik werde es gelingen, alle Gefahren abzuwenden.

Während so die Bewegung sich von Stadt zu Stadt fortpflanzte, überall dieselben Wünsche laut wurden, während man sich die Redefreiheit und das Versammlungsrecht factisch selbst gab, waltete die Central-Regierung in Berlin ruhig und unbekümmert um dasjenige, was von Außen hervorhing.

Würden die Berliner-Statsbehörden frühzeitig ihre Aufgabe erkannt und gemessen, aber auch gleich fest und offen zu ihrem Könige gesprochen haben, so

wäre vielleicht die spätere Katastrophe, die so viele Menschenopfer gekostet hatte, vermieden worden.

Der König, so wie die Regierung legten überhaupt von jeher einen großen Werth auf die Aeußerungen der Berliner-Bürgerschaft und ihre Vertreter, daher ist es kaum erklärbar, daß man diesmal diese Stimme überhört hatte.

Von Breslau wurde eine Adresse an den König abgeschickt, worin gesagt wurde, daß die Einberufung des vereinigten Landtags keineswegs, wie die Stadtverordneten in ihrer Adresse ausgesprochen haben, der Volkswunsch sey, denn die Gliederung des Landtags genüge dem Volke nicht, da man wahrhafte Volksvertretung wünsche.

Ähnlich wie in Schlessen, suchten auch in Sachsen die Behörden die Bewegung zu unterdrücken. So forderte nämlich der Ober-Präsident die sämmtlichen Magistrate auf, die öffentlichen Sitzungen der Stadt-Verordneten streng zu überwachen, und sie dann aufzuheben, im Falle man über politische Gegenstände sprechen würde; indessen verhinderte aber alles dieses nicht, daß fast alle größern Städte ihre Adressen abschickten.

In Magdeburg ging dieses nicht ohne Unruhen ab, denn als sich auf dem Plage, von wo der Zug ausgehen sollte, eine große Anzahl Volkes versammelt hatte, um einigen Stadt-Verordneten, welche besonders bei der Adress-Verhandlung sich betheiligt hatten, ein Lebehoch zu bringen, wurde diese Demonstration inzwischen abgesagt, was dann zur Folge hatte, daß das mißvergnügte Volk in dem Hause des Polizei-Direktors die Fenster einwarf und die Thüren zerbrach, bis endlich der Kommandant das Militär ausrückte, und das Volk zerstreuen ließ.

Da die dabei verwendeten Artilleristen welche von ihren scharfen Säbelklingen Gebrauch machten, erzeugten aber dadurch in der Stadt eine sehr feindliche Stimmung zwischen Volk und Militär.

Auch in Königsberg, Elbing u. s. w. so wie in Magdeburg übte das Militär unverzeihliche Excesse gegen oft unschuldige und wehrlose Bürger aus, die sich zur friedlichen Besprechung der Tagesangelegenheiten versammelt hatten, und so wurde der alte Zwiespalt zwischen Militär und Bürgern, wieder aufs Neue gereizt und führte zu den traurigsten Konflikten.

Ja zuletzt durchzogen schon Banden von Arbeitern und Unzufriedenen das Land, steckten die Schlösser der Adelligen in Brand, und zerstörten die Maschinen und Fabriksgebäude, wozu noch, wie schon gesagt, in allen großen Städten die höchste Erbitterung gegen das Militär sich eingeschlichen hat.

In Berlin sah jeder Tag neue Konflikte und neue Menschenopfer; und obchon selbst die angesehensten Bürger darauf aufmerksam machten, daß das Zurückziehen des Militärs die Unruhen dämpfen würde, so blieb dennoch jede Bitte in dieser Sache vergebens, da man immer zum Auswegmittel die Einwendung machte, der Befehl zum Abziehen des Militärs wäre gegen die Ehre der ganzen Armee.

Noch mehr Aufregung entstand jetzt, als die Nachricht anlangte, daß in Wien am 13. März eine

Revolution ausgebrochen sey, daß Fürst Metternich sich geflüchtet, und daß der Kaiser alle von ihm verlangten Reformen bewilligt habe.

Jetzt war das allgemeine Treiben; — auch hier möchte man dasselbe erreichen, und in Wahrheit, hatten die Wiener März-Ereignisse das Ministerium nicht wenig erschüttert; denn der letzte Rückhalt war mit dem Sturze des Fürsten Metternich verschwunden.

So wurden auch die Nachrichten aus den westlichen Provinzen, wo sich schon kommunistische Elemente eingeschlichen hatten, immer beunruhigender und von allen Seiten drängten sich jetzt Deputationen nach Berlin, um entschiedene Erklärungen von der Regierung zu fordern.

Die Minister sahen ein, daß es unter solchen Umständen nothwendig sey, fernere Bewilligungen oder Zugeständnisse zu machen, und dann aber ihre Entlassung zu nehmen.

Der General Thile, der sich dieser Ansicht angeschlossen, wollte jedoch, daß man die weitem Konzessionen, die man zu machen geneigt wäre, dem neuen Ministerium überlasse, aber diese Ansicht drang nicht durch, und so wurden die Entlassungsgesuche zwar eingereicht, vom Könige auch genehmigt, jedoch ganz Geheim gehalten.

Der 17. März verging in einer auffallenden Ruhe; ja von dem was in den vergangenen Tagen geschehen war, sah man nirgends mehr eine Spur; und so glaubte nun auch die Regierung, daß schon Alles beseitigt sey; denn noch am Morgen sagte der Minister Bodelschwingh zu dem russischen Gesandten, er könne nach Hause schreiben, daß schon Alles obgemacht sey.

Doch noch im Laufe des Tages, wurden die beunruhigendsten Nachrichten aus den einzelnen Stadt-Bezirken eingebracht.

Der Polizei-Präsident von Minotoli meldete dem Minister der Innern Angelegenheiten, man habe bisher Straßen-Aufäufe gehabt, aber am folgenden Tage werde die Revolution ihr Haupt erheben, denn an vielen Punkten der Stadt werde sie ganz offen gepredigt und verkündigt.

Obwohl diese Meldung sich nicht auf Beweise eines wirklichen Revolutionsplans begründen ließ, so war es aber sehr erklärlich, daß der Haß gegen das Militär und die Nachrichten aus Wien, die äußerliche Unthätigkeit der Regierung in dem entschlossenen Theile der Bevölkerung den Gedanken hatte reif werden lassen, mit Gewalt dasjenige zu nehmen, was so hartnäckig verweigert wurde.

Am 17. März Abends kam die Deputation der Stadt Köln an, und am nächsten Morgen wurde sie vom Könige empfangen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln von Wittgenstein übergab die Adresse, worin die Forderungen der Provinz angegeben waren, nachdem er noch beisezte, daß von der Antwort, welche die Deputation mitbringe, die Zukunft der Provinz abhän-

gen werde, und daß es daher eines augenblicklichen Entschlusses des Königs bedarf.

Der König drückte darüber seine Zufriedenheit mit der ihm überreichten Adresse aus, und sprach, er werde sich an die Spitze der Bewegung Deutschlands stellen, und im Innern seines Landes die nöthigen Freiheiten bewilligen. Der Kongreß der Fürsten werde nächstens in Potsdam zusammentreten, und die deutschen Angelegenheiten ordnen.

Hierauf antwortete die Deputation, daß ein solcher Kongreß nur neues Mißtrauen erzeugen, wenn er nicht in Frankfurt am Main, und umgeben von den Volksvertretern stattfinden würde.

Es sey daher zur Beruhigung der Rhein-Provinz unumgänglich nöthig, daß die Deputation mit einer festen Zusicherung in die Heimath zurückkehre, denn solche Maßregeln könnten in keiner Weise beruhigen.

Nun ersuchte der König die Deputation, ihre Abreise noch um drei Stunden aufzuschieben, bis dahin wolle er ihr durch den Ober-Präsidenten eine Proklamation zusenden, worin dann Alles gewährt werden würde.

Während dieses im Schlosse vorging, fanden in verschiedenen Stadt-Bezirken Bürger-Versammlungen Statt, in welchen man beschloß, sich zum Könige zu begeben, und ihm die Volkswünsche vorzutragen.

Ähnliches beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, deren Deputation gegen Mittag die Nachricht zurückbrachte, daß schon Alles bewilligt sey.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht durch die Stadt, denn man wollte es kaum glauben, daß man das langersehnte Ziel endlich erreicht habe.

Alles strömte jetzt nach dem Schlosse um dem Könige zu danken; ja es herrschte in diesem Augenblicke der Freude und Begeisterung nur eine Stimme in der ganzen Stadt.

Inzwischen wurde die Proklamation des Königs in allen Straßen und Stadt-Bezirken vertheilt.

In dem Eingange dieser Proklamation heißt es: »Als Wir am 14. März Unsere getreuen Stände zum 27. April dieses Jahrs beriefen um vereint mit ihnen diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die, Unsern deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration oder Umwandlung auch für Preußen nothwendig bedingen, konnten wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereignisse in Wien, einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung nothwendig machen würden. Jetzt, nach jenem wichtigen Ereignisse, finden Wir Uns vor allem bewogen, nicht allein vor Preußens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist, — bald innigst vereinigtem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welche die Vorschläge sind, die Wir Unsern deutschen Bundesgenossen zu machen beschloßen haben.«

Hierauf folgten die einzelnen Vorschläge wegen der Verwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, worin der König eine Vertretung des Volkes beim Bunde verlangt, und

anerkennt, daß eine solche Bundes-Versammlung eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig mache.

Zum Schluß heißt es noch: »Daß sind Unsere Vorschläge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unsern Kräften zu erstreben suchen werden. Mit einem stolzen Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereitwilligste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volks, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren berufene Vertreter diesen Wunsch theilen, und der Bund sie aufzunehmen bereit ist. Damit aber die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in Unsern Staaten Zögerung und Hinderniß finden könne, damit Wir desto eher diejenigen Vorschläge zu entwickeln im Stande sind, welche Wir für die Verfassung Unserer Staaten nöthig halten, haben Wir beschlossen, die Berufung des vereinigten Landtags zu beschleunigen, und beauftragen das Ministerium, diese Einberufung auf Sonntag den 2. April dieses Jahres zu bewirken.«

Gleichzeitig mit dieser Proklamation erschien auch ein Gesetz über die Presse, wodurch die Censur aufgehoben, und die Herausgabe von Zeitungen unter einer Kautionsleistung frei gegeben wurde.

Diese allerdings umfassenden Zugeständnisse des Königs waren ihm theils durch die eindringlichen Vorstellungen der Abgeordneten aus den Rheinlanden, welche den sofortigen Abfall dieser Provinzen bei längerer Zögerung ankündigten, theils durch die Stimmung in der Bürgerschaft von Berlin selbst, welche mit einem, von den Schutzmannschaften zu überreichenden Bittgesuch an den König sich wenden zu wollen, erklärt hatte, abgedrungen worden.

So unvollkommen auch diese Konzessionen erschienen, da es meistens nur Vorschläge und Versprechungen waren, und überdies der Thron noch immer von denselben Männern umgeben war, welche sich so lange allen gründlichen Verbesserungen abgeneigt bewiesen hatten; da endlich der Polizei- und Militärstaat noch in seiner vollen Kraft bestand, so schüttelten viele denkende Männer gleich Anfangs besorgt den Kopf, übrigens sah sich die Bürgerschaft damit einigermaßen dennoch befriedigt, nachdem sie in der Hoffnung lebte, daß durch den Landtag, der in Kurzem zusammentreten sollte, das Fehlende schon ergänzt werden wird.

Der 18. März war an einem Sonnabend, und an diesem Tage das heiterste und sonnigste Frühlingswetter.

Die Volksmenge vermehrte sich auf dem Schloßplatz so wie unter den Linden, und bewegte sich in einer noch ungewissen Stimmung durcheinander; da verbreitete sich plötzlich gegen 2 Uhr Mittags das Gerücht, daß die erwarteten Proklamationen des Königs vollzogen seyen, und in einem so eben im Drucke er-

schienenen Extrablatt der »Allgemeinen preussischen Zeitung,« ausgegeben wurde.

Bald sah man auch dieses Blatt auf der Straße in vielen Händen verbreitet, worüber Freude, aber auch wieder Zweifel wechselseitig auf allen Gesichtern zu bemerken war; denn betrachtete man die Bestimmung der herausgekommenen beiden Patente näher, so enthielten sie nichts weiter als ein Gesetz über die Presse, welches die Censur zwar aufhob, aber die Zeitungen an Kauttionen fesselte, und ein Patent wegen beschleunigter Einberufung des vereinigten Landtags, worin jedoch von der innern staatlichen Entwicklung von Preußen gar nicht die Rede war, sondern nur indirekt in Bezug auf eine Neugestaltung des deutschen Bundesstaats zugestanden wurde, daß eine Reorganisation der Bundesverfassung Deutschlands eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig mache.

Diejenigen, welche bald die Thatsache einer Berliner-Revolution überhaupt abzulugnen, und die aus dem Märzkampf hervorgegangenen Errungenschaften als ein schon vor dem Kampf bewilligtes Zugeständniß der Krone darzustellen suchten, haben sich für diese Behauptung stets auf das Patent vom Morgen des 18. März stützen wollen.

Diese erste indirekte Zusage einer konstitutionellen Verfassung, die allerdings dem Kampfe vorherging, konnte aber nur auf einen ganz sophistischen, nämlich spitzfindigen Wege für einen fundamentalen Bewilligungsakt ausgegeben werden.

Indessen war nicht zu läugnen, daß am Mittag des 18. März ein frohes und gewissermaßen zufriedenes Gefühl durch die Massen ging, die sich um 1 Uhr in großen Schaaren nach dem Schloßplatz begeben hatten, um dem König ihren Dank in einem Lebehoch auszudrücken, zugleich aber auch ihre Wünsche um Bürgerbewaffnung, Veränderung des Ministeriums u. s. w. vortragen wollten.

Man hörte bei dieser Gelegenheit den Ruf nach *Ku er s w a l d*, *C a m p h a u s e n* und andere bekannte Männer, die in der neuesten Zeit sich einen guten Ruf erworben hatten.

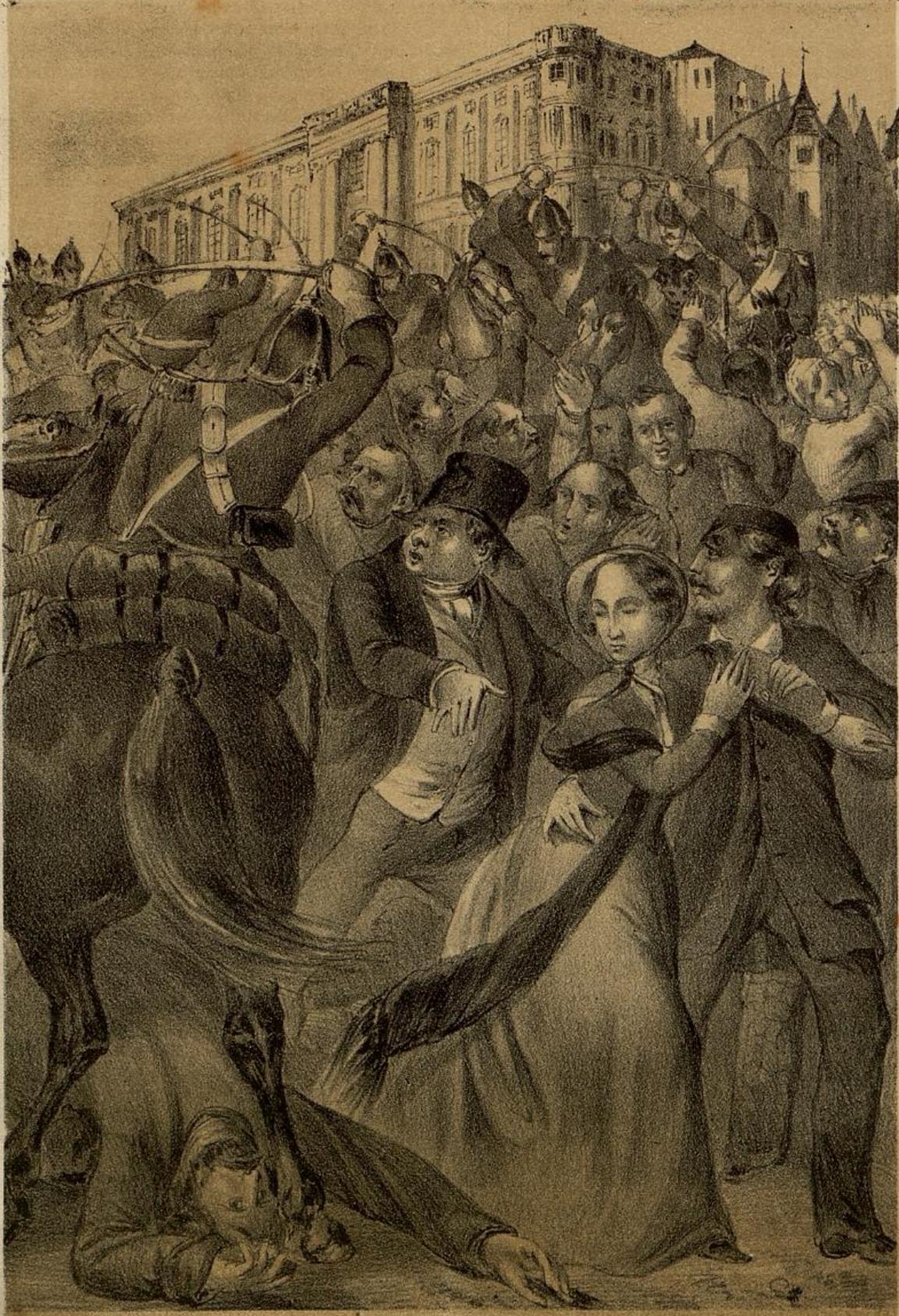
Was sich in den Massen unwillkürlich regt, hat immer einen bestimmten und berechtigten Grund; und so war es auch mit diesem Dankgefühl gegen den König; das nicht aus der Luft gegriffen werden konnte; einen wie großen Antheil auch die gutmüthige Gläubigkeit des Volks daran haben mochte!

Der König erschien selbst zweimal auf dem Balkon des Schlosses, wo er von unten durch einen tausendstimmigen Jubelruf der Bürger begrüßt wurde.

Die Worte, welche er zu sprechen versuchte, ließ das Getöse der wogenden Volksmenge nicht deutlich vernehmen. Bürgerschützen pflanzten auf dem gegenüberliegenden Balkon des Schloßplatzes die preussische Fahne auf, wozu auf der einen Seite Beifall geklatscht wurde, während man auf der andern Seite die deutsche Nationalfahne in Schwarz, Roth, Gold dafür verlangte.

Plötzlich hörte man während des Jubels, als die aufgestellten Truppen noch durch anrückende Kavallerie





Sanguinosa collisione del militare col popolo.

A' katonaság és nép közötti véres összecsútközés.

Bluttiger Zusammenstoß des Militärs mit dem Volke.

vermehrt wurden, von allen Seiten das anhaltende Geschrei: »Fort mit dem Militär! Das Militär zurück! Andere schrien wieder: Der König wolle sich seinen Bürgern anvertrauen.«

Es waren nämlich die Engänge des Schlosses zum Theil Anfangs mit Mannschaften der Potsdamer Garde (das erste Garde-Regiment zu Fuß) besetzt, welche jetzt durch Dragoner verstärkt worden sind.

Der Graf von Arnim, welcher sich in der Umgebung des Königs befand, meldete nun dem Letztern das Verlangen des Volks; worauf dieser zur Antwort gab, einen unehrvollen Rückzug der Truppen könne man ja doch nicht fordern, und da man unter dem großen Lärmen den Grafen Arnim nicht ordentlich verstehen konnte, und im Allgemeinen erfuhr, daß der Abzug des Militärs von dem Könige abgeschlagen sey, entstand bald eine beispiellose Verwirrung, die immer etwas Räthselhaftes und Unerklärliches behalten wird.

Das Gerücht, daß der König das Militär nicht zurückziehen wolle, verbreitete sich blizschnell unter den Volksmassen, und bald verknüpfte sich damit eine dunkle Ahnung, daß ein neuer blutiger Angriff der Soldaten auf das Volk beabsichtigt werde.

Nun entstand dadurch ein Drängen und Schieben unter der Volksmenge, welche sich zugleich in der Angst und Wuth auf die verschiedenartigste Weise ausdrückte.

Mehrere Stadtverordnete kamen jetzt aus ihrer Sitzung auf den Schloßplatz herbeigekürzt um das Volk zum ruhigen Verhalten aufzufordern, worauf sie durch eine öffentliche Verlesung des königlichen Patents hinwirken zu können glaubten.

Während aber noch auf der einen Seite des Platzes unter dem Hüteschwenken und Jubelrufen der Volksmenge dieses Patent vorgelesen wurde, zeigte sich auf der andern Seite an der Srechbahn das Garde-Dragoner-Regiment, dem ebenfalls zugerufen wurde: »Militär fort!«

Als das Regiment darauf einige Schwenkungen machte, hörte man einen Beifallsruf aus der Volksmasse, denn man war der sichern Meinung, daß die Truppen jetzt abmarschiren werden. Diese Vermuthung schien aber den Kommandanten des Regiments erbittert zu haben, und da er wahrscheinlich dieses Verlangen für aufrührerisch angesehen hatte, und er für einen solchen Fall gewiß schon mit Befehlen versehen gewesen seyn wird, so ließ er jetzt Front machen, und die Kavallerie sprengte mit blanker Waffe gegen die Volksmenge, um den Schloßplatz zu säubern.

In demselben Augenblicke trat auch aus dem mittlern Portal des Schlosses ein Bataillon des Kaiser Franz-Regiments heraus, und marschirte zuerst bis in die Mitte des Schloßplatzes vor, worauf es mit gefälltem Bajonett nach der Lange-Brücke zu die über den Spreesfluß führt, abschwankte, während es die schon im Zurückweichen begriffene Volksmenge unter dem Wirbel der Trommeln vor sich hertrieb.

In diesem Augenblicke gingen aus den Reihen der Soldaten zwei Schüsse los, über deren Ursprung oder Veranlassung später so viel gestritten worden ist,

und die, wie nachher behauptet wurde, durch das zufällige Entladen zweier Gewehre fielen.

Manche haben über diese zwei unglückseligen und verhängnißvollen Schüsse behauptet, daß fremde Emisäre, nämlich Polen, denen man alle Schuld der entstandenen Krawalle gab, und die man vorzugsweise als die Urheber der Revolution betrachtete, absichtlich geschossen hätten, um den Volksaufstand zum Ausbruche zu bringen. Andere waren wieder der Meinung, daß sie durch ein Mißverständnis veranlaßt worden seyen. Wieder andere sprachen sich dahin aus, daß absichtlich von der Militärparthei geschossen worden sey; diese habe nämlich den letzten Drumpf ausspielen wollen.

Genug, die verhängnißvollen Schüsse waren gefallen, und das entseßliche Berliner-Drauerpiel entwickelte sich jetzt in einer reißenden Schnelle.

Als die Nachricht von diesem Ereignisse sich in der Stadt verbreitet hatte, erhob sich ganz Berlin wie Ein Mann.

Allenthalben schrie man: »Wir sind verrathen! — man hat uns getäuscht, — auf zur Rache, ergreife die Waffen u.« und überall erhoben sich in kurzer Zeit die Barrikaden, diese blutigen Theater der Revolutionen; ja die ganze Stadt war in kurzer Zeit, so sehr es auch ihr an Mitteln zur Vertheidigung fehlte, zu einem völligen Kriegslager umgestaltet.

Die Entrüstung war jetzt allgemein, und in dem Bewußtseyn, daß der Kampf gewagt werden müsse, so wie in dem glühendsten Muth und dem unerschütterlichen Entschlusse, sich und der ganzen Nation feste Bürgschaften für die Neugestaltung des Staats zu erwerben, fand man die Kraft und die Mittel zum Siege.

Die Schnelligkeit, mit welcher, zunächst auf den bedrohlichsten Punkten, aber auch weiterhin im Innern der Stadt, Barrikaden in großer Anzahl, zauberähnlich hervorwuchsen, erregte wahrhaftige Bewunderung, besonders, wenn man bedenkt, daß Berlin mit seinen zahlreichen langen und breiten Straßen, mit seinen großen Plätzen weit schwerer als andere große Städte in Vertheidigungsstand zu setzen ist.

Für die Berliner war der Straßenkampf etwas ganz Neues, aber sie haben sich nicht als Neulinge gezeigt, sondern sogleich eine Meisterschaft darin bewiesen, welche sie über die Pariser erhebt, da dort eine bewaffnete Nationalgarde dem Volke zur Stütze diente, und das Linien-Militär sich auf den Kampf wenig eingelassen hat.

Die Berliner-Barrikaden waren mit großer Geschicklichkeit, manche mit ausgezeichnete Fertigkeit erbaut, und die hundertertei Baustoffe, nämlich: Balken, Breter, Wagen, Markthütten, Hausthüren, Steine, Hauseinrichtung und dergleichen mehr mit ungemeiner Fertigkeit an einander gefügt worden.

Das Straßenpflaster wurde aufgerissen, um für die Reiterei den Weg dadurch unbrauchbar zu machen; auch wurden auf mehreren Straßen Glasscherben ausgestreut, und in den Boden spitze Eisen eingetrieben, und dadurch die Schwierigkeit noch mehr vermehrt. Steine wurden in die obern Stockwerke getragen, und

Dächer abgedeckt um Wurfgeschosse zu bekommen. Siedendes Wasser wurde in Bereitschaft gehalten, kurz jede Waffe, welche die Verzweiflung in die Hand gibt, wurde zur Vertheidigung benützt, da es an ordentlichen Kriegswaffen mangelte. Wer Waffen hatte, erschien entweder selbst damit gerüstet, oder übergab sie kräftigen Männern; auch vertheilten die Waffenhändler ihre sämtlichen Vorräthe an das Volk. Da aber alles dieses noch nicht hinlänglich war, so fing man damit an, einzelne Offiziere und Soldaten, die sich auf den Straßen sehen ließen, oder auf den Wachposten standen zu entwaffnen, und da dieses auch noch nicht zureichte, so wurden später größere Waffen-Niederlagen des Militärs erstürmt.

So waren also kaum zwei Stunden seit den Vorgängen auf dem Schloßplatze vorüber, und die Stadt stand kampffertig da.

An eine Verständigung konnte also jetzt nicht mehr gedacht werden; der Vulkan sandte in heftigster Wuth ausbrechend hoch empor seine blutrothen Flammen, der erwachte und gereizte Löwe des Volkes schüttelte seine mächtigen Mähnen, brüllte wild auf, und sprang in den schauerlichen Kampf auf Tod und Leben.

Im Innern des Schloßes, wo man der Ansicht gewesen seyn mag, daß vom Volke ein Angriff auf das königliche Schloß unternommen werden könnte, sah es während dieser Zeit ganz eigenthümlich aus.

Der König umgeben von seinen Ministern, den sämtlichen Prinzen, vielen Generälen und hohen Staatsbeamten, wie auch andern im Drang des Augenblicks herbeigeeilten Personen, hielt sich in seinen Gemächern zurück.

Der verhängnißvolle Augenblick, der hereingebrochen war, wurde noch mit großer Zuversicht besprochen; ja man glaubte sogar, daß der Aufstand, wie alle frühern Volksbewegungen vorübergehen werde.

Nachdem die Katastrophe auf dem Schloßplatze eingetreten war, begaben sich die Minister in den Hof des Schloßes hinab, wo mehrere Stadt-Verordnete in der Absicht auf und abgingen, um sich zum König einen Zutritt zu verschaffen.

Diese Stadt-Verordneten glaubten noch einen Vermittlungsversuch machen zu können, und verhandelten mit den herabgekommenen Ministern, Graf Arnim, Bodelschwingh und Rohr, über die Zurückziehung des Militärs. Die Minister antworteten aber, daß Niemand die Verantwortlichkeit für eine solche Maßregel würde übernehmen können, und verwiesen die Bittenden an den General Prittwitz, der das Kommando habe; aber das eigentliche Phantom der besondern Militärehre war es hier besonders, woran jede mögliche Vermittlung und Abwendung eines äußersten Konfliktes scheiterte.

Man sagte den Stadt-Verordneten, wie auch mehreren Bürgern und Staatsbeamten, welche sich den Vorstellungen derselben angeschlossen hatten; daß es gegen die Ehre der preussischen Truppen gehandelt wäre, wenn man sie jetzt zurückziehen wollte. Nun kamen auch die Prinzen in den Hofraum herunter, die man gleichfalls mit Bitten und Vorstellungen be-

stürmte; und wirklich entfernte sich der Prinz Karl mit dem Versprechen, eine Vermittlung bei dem Könige versuchen zu wollen.

Einige Vorgänge, welche in den Mittagsstunden des 18. März im Innern des Schloßes sich ereigneten, deuteten freilich schon darauf hin, daß ein getheilter und schwankender Wille hier herrsche, und daß man auf der einen Seite zu immer weiteren Zugeständnissen an den Volkswillen bereit, auf der andern Seite aber zugleich zu einem entscheidenden Kampfe entschlossen sey.

Die erste Absicht drückte sich in der Veränderung des Ministeriums aus, die schon am Mittag des 18. März vom König wirklich beschlossen war. Es verbreitete sich nämlich zwischen 1 und 2 Uhr durch die ganze Stadt das Gerücht, daß der König, um seinen Bruch mit dem alten System vollständig darzutun, die frühern Minister entlassen habe, und zur Bildung eines neuen Kabinetts entschlossen sey, als dessen Mitglieder die Helden des vereinigten Landtags, nämlich Schwerin — Auerswald — Camphausen und Beckerath genannt wurden.

Dieser Absicht aber, die auf eine friedliche Vermittlung hindeutete, schien ein anderer Umstand nicht ganz zu entsprechen, der sich in derselben Zeit zutrug, und der, wie so manche andere Vorgänge, in diesem Augenblick, aus einem gewissen Dunkel noch nicht herausgetreten ist.

Dieses ist nämlich die plötzliche Entlassung des Generals Pfuel von seiner Stelle als Gouverneur von Berlin.

Dieser General, früher besonders durch seine Stellung in Neuchâtel bekannt, und seit Kurzem als Gouverneur nach Berlin berufen, hatte in letzterer Eigenschaft mit großer Besonnenheit und Mäßigung gehandelt. Um die Mittagsstunde entfernte er sich aus dem Schloße, um sich nach seiner Familie umzusehen, von der ihn der Dienst mehrere Tage getrennt hatte.

Als er sich nach einer Stunde wieder auf den Rückweg begab, fand er in den Straßen schon die entscheidende Bewegung ausgebrochen, so daß er nur mit Mühe durch die bereits zum Kampfe sich rüstenden Volkshaufen in das Schloß zurückkommen konnte. Hier wurde ihm nun eröffnet, daß ihm sein Kommando abgenommen, und dasselbe an den General von Prittwitz übertragen worden sey.

Die Nachricht von Dem was auf dem Schloßplatze geschehen, war wie ein Feuerlärm durch die ganze aufgeregte Stadt gedrungen. Man klagte laut über begangenen Verrath, und schrie, daß keine Verständigung mehr möglich sey, und daß jetzt zu einem offenen Kampfe geschritten werden müsse.

Mit den wüthenden Ausdrücken über die Militärbarbarei verbanden sich zugleich die entschiedensten politischen Aeußerungen, und es wurde überall gerufen, daß man den alten Soldaten-Staat Preußens zerbrechen müsse, um zu einem neuen Staat und zur Freiheit zu kommen!

Ob die auf dem Schloßplatze gefallenen Schüsse Menschen getödtet hatten, blieb zweifelhaft und der

Ungrund dieser Behauptung erklärte sich erst später; indessen wurde von allen Seiten beruhigend und abmahnend das Wort »Mißverständnis!« laut; aber es konnte keine Abkühlung, noch weniger mehr einen Aufenthalt in die einmal überstürzte Volkswuth bringen.

In der Gegend des Schlosses wurde es plötzlich Menschenleer, und die großen Plätze sahen wie ausgelegt aus. Von Zeit zu Zeit sah man nur Ordonanzen hin und hersprengen, um den Truppen in den Kasernen die Befehle zu überbringen.

Bald hörte man aber das erste Krachen vom Aufbau der Barrikaden, und einzelne Schüsse, welche den Angriff gegen dieselben verkündeten, Schmettern los.

In dem Augenblick, als der Kampf beginnen sollte, erschien der Minister Graf Arnim auf dem Balkon des Schlosses mit einer weißen Fahne, deren Inschrift zum Frieden aufforderte, und mit dieser Fahne soll er sich dann auch durch die Breitestraße begeben haben.

Am spätern Nachmittag hing aus einem Fenster des Schlosses eine Fahne herunter, auf welcher mit großen Buchstaben das Wort »Mißverständnis!« zu lesen war.

Diese gütlichen Verständigungen wurden aber nicht mehr beachtet, und was längst schon reif geworden war, mußte endlich in Erfüllung gehen. Das Volk glaubte sich verrathen, und die Ueberzeugung stellte sich in ihm fest, daß hier ein beabsichtigter Streit, eine geheimnißvolle Kontremine, nämlich eine geheime Gegenanstalt im Spiele sey, wodurch im Augenblick einer scheinbaren Gewährung, Alles wieder hätte umgestürzt werden sollen.

Der Kampf nahm seinen Anfang bald nach 3 Uhr an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße, wo an dem Eckhause in welchem die Zeitungs-Halle sich befand, die erste Barrikade errichtet wurde.

Zwei Droschken, eine Kutsche, das Schilderhaus vom Bankgebäude, die Meistein-Brücken und einige Fässer wurden hier zum Barrikadenbau verwendet, der, wie überall in der Stadt, mit solcher staunenswürdigen Virtuosität, als wenn die Bevölkerung nie ein anderes Geschäft betrieben hätte, gemacht wurde.

Man entwaffnete wie schon gesagt, die Militärposten in der Nachbarschaft, wobei eine Schildwache an der Bank, die sich um ihre Waffe vertheidigte, getödtet wurde.

Die zweite Barrikade entstand an der Ecke der Werderstraße, dem Regierungsgebäude gegenüber, während man auf den Dächern der Häuser sich mit Steinen bewaffnete.

Aber diese ersten Barrikaden waren kaum fertig, so rückte schon eine Dragoner-Abtheilung und ein Bataillon Infanterie gegen dieselben.

Die Schüsse der Soldaten tödteten in dem Lokal der Zeitungs-Halle einen Konditor oder Zuckerbäcker, und ein Dienstmädchen, welches in dem Augenblick, wo es mit den Worten: »Seinem Schicksale kann man nun einmal nicht entgehen!« an das Fenster trat, und von einer Kugel getroffen, todt zusammenstürzte.

Bis gegen 5 Uhr Nachmittags, war die ganze Stadt auch in den entlegensten Theilen mit Barrikaden versehen, die in manchen Straßen bis in die ersten Stockwerke hinauf gebaut waren.

Die Studenten bewaffneten sich und steckten die schwarz-roth-goldene Kokarde an ihre Mützen; ebenso stürzten Bürger, Handwerker, Arbeitsleute, ja selbst auch jüngere Beamte, besonders Rechtspraktikanten, u. s. m. auf die Straßen, bewaffneten sich so gut es ging mit Gewehren, Arten, Eisenstangen und mehr dergleichen Mordwerkzeugen, und zogen nach verschiedenen Richtungen hin, um sich einen Kampfplatz aufzusuchen, oder eine Barrikade vertheidigen zu helfen.

In den Waffen-Verkaufsgewölbem wurden dieselben unter dem Versprechen, solche nach dem Kampfe wieder redlich zurückzustellen, was nachher fast durchgängig auch zugehalten wurde, in Empfang genommen, so wie die Waffen-Vorräthe des königlichen und königstädtischen Theaters, von den kampflustigen Schaaren abgeholt.

Die bewaffneten Schaaren führten überall die schwarz-roth-goldene Fahne, welche von dem Volke als die Freiheitsfahne erklärt, und mit Jubel begrüßt wurde; und die bald auch auf jeder Barrikade wehte.

Einige Studenten sprengten zu Pferde zum Oranienhof hinaus, hielten sich bei allen Maschinen-Werkstätten auf, und eiferten die Arbeiter an, in die Stadt zu kommen, und an den Kampf Theil zu nehmen, der in der Freiheit Aller, auch das Los der Arbeiter zu einem günstigen wenden werde.

Auf diese Aufforderung standen gegen 6 Uhr Abends schon über 900 Arbeiter hinter den Barrikaden, denen es auch besonders zuzuschreiben ist, daß in der Nacht des 18. März ein Kampf gekämpft wurde, der die Volkssache in ihrer nicht mehr zurückzustellenden Bedeutung erscheinen ließ, und der, wenn auch der materielle Sieg nach dem Abbrechen des Kampfes zweifelhaft blieb, doch den geistigen Sieg, die Behauptung der dem Volk im Staat unweigerlich gehörenden Rechte, für sich in Anspruch nehmen dürfte.

Gegen 5 Uhr Abends wurde der erste Kartätschenschuß gehört, welcher von der Kurfürsten-Brücke her die Königsstraße bestrich, in welcher sich bis zum Alexander-Platz hin, in kurzen Zwischenräumen eine Barrikade hinter der andern fest und hochaufgethürmt erhob.

Droschken, Omnibuswagen, auch ein angehaltener Postwagen, Wollsäcke, Balken, umgestürzte Brunnengehäuse bildeten das Baumaterial zu diesen Barrikaden.

Die Bewaffnung der hinter ihnen stehenden Kämpfer biethet zwar einen ärmlichen Anblick dar, denn an Schießgewehren fehlte es gleich Anfangs, und mit Ausnahme weniger Pistolen und Büchsen fast durchaus, und so bestand die übrige Bewaffnung oft nur in einer lögerissenen Planke, in einer Mistgabel, in einem alten verrosteten Schwerte und mehr dergleichen.

Die Eckhäuser, welche eine Barrikade umgaben, waren gewöhnlich abgedeckt, und auf den Dächern zur Vertheidigung eingerichtet, wohin Knaben und Mädchen volle Körbe mit Steinen hinausschleppten.

Die größte Bewegung herrschte aber durch die Königsstraße hinab bis zum Alexanderplatz; wo in dem an letzteren gelegenen Arbeitshause, dem sogenannten »Ochsenkopf« die Sträflinge befreit, und den sich hier bildenden Revolutionshaufen beige stellt wurden; ebenso wurden auch die Schuldgefangenen in Freiheit gesetzt.

Am Alexanderplatz wurde eine eigenthümliche Freischaar unter der Anführung eines jungen Polen gebildet, der, wie ein Uhlan gekleidet mit einer polnischen Mütze, an der Spitze eines Zugs von ungefähr 200 Kämpfern heranmarschirt kam. Er schwangte einen krummen Säbel in der Hand, und schrie laut. »Es lebe die Freiheit!« Ihm folgten ein Trommler, dann mehrere Fahnenträger mit rothen und gelben Fahnen, und endlich die Mannschaft, die auf die bunteste Weise bewaffnet war. Diese Szene möchte auch fast der einzige hervorragende Fall seyn, um zu beweisen, daß Polen an der Leitung des Berliner-Märzkampfes Theil genommen haben. Es kämpften hier und da auch Polen hinter den Barrikaden mit, aber die viel verbreitete Annahme, daß ihrem Einfluß besonders der Ausbruch und die Führung der Berliner-Revolution zuzuschreiben sey, war nicht nur eine irrige, sondern sie kam zugleich aus der revolutionären Absicht, den volksthümlichen Ursprung der Berliner-Bewegung zu läugnen, und sie auf fremde Einflüsse, nicht aber auf die endlich erwachten originalen Freiheitsbedürfnisse des Volkes selbst zurückzuführen.

Zwischen 6 und 7 Uhr war durch die ganze Königsstraße der furchtbarste Barrikadenkampf in blutiger Thätigkeit. Der Donner der Kanonen wurde immer ungestümmer, einzelne Barrikaden fingen schon an, in dieser Straße zusammenzustürzen, und die immer wüthender vordringenden Soldaten fingen hier ein gräßliches Gemetzel und Morden an.

Wo eine Barrikade von den Soldaten eingenommen war, drangen sie unaufhaltsam in die Häuser aus welchen geschossen worden war, schossen in die Zimmer hinein, mordeten und verfolgten Alle, die sie mit einer Waffe in ihre Hände bekamen, und verschonten in ihrer Erbitterung selbst Kinder nicht. Von den Hausdächern wurden alle diejenigen, die sie dort aufgefunden hatten, unter den gräßlichsten Mißhandlungen herabgeschleppt, oder gar über die Dächer auf die Straße herabgestürzt.

Eben so rauh und hart war auch die Behandlung der Gefangenen, denen wohl, ohne den spätern glücklichen Ausgang der Berliner-Kämpfe, ein sehr schlimmes Los vorbehalten gewesen wäre.

Unter diesen Greuelthaten wurde bis gegen 7 Uhr der größte Theil der Königsstraße von den Soldaten eingenommen, wo man jetzt nichts anderes als Todte und Verwundete im Blute fand.

An der Ecke der Spandauer-Straße hatte man Kanonen aufgeführt, deren Kugeln die Straße von dem Volke säubern sollte, und wobei die Häuser fast gänzlich zerlegt wurden. Während diesem Gefache des

Gewehrfeuers und dem Donner der Kanonen hörte man ein schauerliches Geläute der Sturmglocken, nachdem die bewaffneten Handwerker die Kirchtürme erstiegen, und die ganze Nacht dieses Geläute fortgetrieben hatten.

Mehrere Stunden später erst erhob sich der Kampf nach der andern Seite des Schlosses hin, wo die Brüderstraße, Breite Straße und Poststraße einen Volkreichen Bezirk bilden.

Hier wurden Anfangs noch Vermittlungsversuche für möglich gehalten, und mehrere Einwohner traten hier zu einer Deputation zusammen, die sich auf das Schloß zum König begab, und an deren Spitze sich der Bischof Neander in seiner priesterlichen Kleidung als Friedensvermittler befand.

Diese Deputation erreichte wirklich den König, fand ihn aber sehr wenig geneigt, die Bitte um die Zurückziehung des Militärs zu beachten. Der König betrachtete sich bereits als Sieger in seinem Kampfe gegen den Volks-Aufstand, und wies daher mit der Hand auf die Königsstraße zum Fenster hinaus, wobei er sagte: »Diese Straße ist schon mein, und die übrigen werde ich auch nehmen.« Ferner bemerkte er weiter, daß es nur Krapule (nämlich ein liederliches Gesindel) oder der Auswurf der Bevölkerung sey, welche diesen blutigen und verwüstenden Kampf angefangen habe. Endlich zeigte er plötzlich auf die schwarz-roth-goldene Fahne, welche auf dem hohen Hause des Zuckerbäckers an der Poststraßenecke in der Luft flatterte, und dem König wie ein Gespenk in die Augen gefallen seyn mußte und sagte ganz hastig, »Schafft mir diese Fahne aus den Augen,« und mit diesen Worten entließ er die Deputation.

Auch von andern Seiten her, wurde der König in dieser Stunde mehrmalen bestürmt, und selbst der Polizei-Präsident von Minutoli begab sich zu dem König mit den dringendsten Vorstellungen, und als diese vergebens blieben, soll er — wie man damals in Berlin sagte — auf die Straße gestürzt seyn, und das Volk zum Kampfe aufgefodert haben.

Auch der Senat der Berliner-Universität schickte zu dieser Zeit aus seiner Mitte eine Deputation von Professoren ab, welche in ihren Amtstrachten auf das Schloß kamen, und den König ebenfalls um die Zurückziehung des Militärs baten.

Aber auch diese Deputation wurde mit einem entschiedenen »nein« abgewiesen.

Der Minister von Thile gehörte besonders zu denjenigen, welche dem König unaufhörlich mit Beweisgründen aller Art die Nothwendigkeit auseinander setzte in der Anwendung der Gewalt beharrlich zu bleiben, und den Aufruhr des Pöbels durch die äußersten Mittel zu dämpfen. Als aber inzwischen die Meldung auf das Schloß kam, daß es besonders Studenten wären, welche an den Barrikaden kommandirten, fuhr der König hierüber einen der anwesenden Professoren mit heftigen Worten an.

Man war auf dem Schlosse in der größten Unklarheit und Befangenheit über dasjenige, was eigentlich in Berlin geschah.



Il vescovo alla testa della deputazione avanti il Re.

A püspök a király előtti küldöttség elején.

Der Bischof an der Spitze der Deputation vor dem Könige.



Daß die öffentliche Meinung in der Hauptstadt mit dem Einschreiten des Militärs nicht einverstanden war, und daß darum die Sache, um die es sich handelte, nicht so unbedingt bloß eine Sache des »Gesindels« seyn konnte, hätte sich unzweifelhaft durch die von so achtbarer Seite her eingelaufenen Deputationen einsehen lassen. Aber der Hofkreis blieb dabei, daß man es nur mit einem, durch fremde Agitatoren oder Aufwiegler aufgereizten Pöbel zu thun habe; zudem würde auch eine Sieges-Nachricht nach der andern von Seiten des Militärs auf das königliche Schloß gebracht.

Ein eigenthümlicher Mann kam noch gegen Abend auf dem Schlosse an, nämlich der Landrath von Wincke, der bekannte Redner der vorjährigen Opposition des vereinigten Landtags.

Noch in seinen Reisekleidern, so wie er eben in Berlin angekommen war, ging er zu dem König, ebenfalls in der Absicht, demselben Vorstellungen über die Lage der Dinge zu machen.

Der König empfing ihn, und Wincke sprach sein Bedauern aus, daß er unter dem Donner der Kanonen in die Hauptstadt habe eintreten müssen. Da wandte sich einer der Generale, in deren Mitte sich der König befand an Wincke, und sagte in einem heftigen Ton: »Das ist die Frucht von Ihrem schändlichen Landtag; der hat uns alles dieses auf den Hals gebracht!« Hierauf antwortete ihm Wincke. »Schämen Sie sich, daß Sie so von einer Verfassung des Landes zu reden wagen, welche der König zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen das Volk ins Leben gerufen hat!«

Nachdem man im Gespräch wieder einzulinken versucht hatte, näherte sich der König dem Landrath von Wincke, und sagte zu ihm: »Nun mein lieber Wincke, Sie soupiren (das Abendessen) doch heute bei mir?« Wincke erwiderte aber ganz lakonisch: »Ich soupire nicht,« und verließ hierauf das Schloß.

Es entsteht jetzt die Frage; war für die Regierung hinreichender Grund zum Angriff vorhanden oder nicht? Wenn, wie die Regierung behauptete, dieser ganzen Aufregung ein Mißverständnis zum Grunde lag, so hätte sich ja dasselbe durch eine besonnene Unterhandlung beseitigen lassen.

Eben so konnten ja die Berliner nicht für immerwährende Zeiten ihre Barrikaden besetzt halten; — die aufgeregten Gemüther hätten sich nach und nach abgekühlt, und ohne seiner Würde etwas zu vergeben, hätte der König den gestörten Frieden zurückführen können.

Als bereits die Soldaten mit den Bürgern handgemein geworden sind, schickte noch die Berliner Schützengilde ihre Abgeordneten in das königliche Schloß, um den Frieden zu vermitteln, doch sie wurden nicht in die Nähe des Monarchen gelassen, und der Empfang, der ihnen von Seite der Militärsbefehlshaber zu Theil ward, war so rauh und abweisend, daß sie, darüber empört, ihre Friedensbinden von den Armen rissen, und mit einem solch' verletzten Gefühle zu ihren

Angehörigen zurückkehrten, welche sich nun fast allgemein dem Aufstande angeschlossen.

Dieser Umstand war für den Augenblick auch von großer Entscheidung, denn die Schützengilde war mit vortrefflichen Gewehren und der nöthigen Munition versehen, und hatte noch überdies einige Kanonen im Besiz.

Diese Männer, wie bekannt, verfehlten nicht leicht ihren Mann, den sie aufs Ziel nahmen; und waren es auch, welche den Truppen den meisten Schaden zufügten; eben so waren auch die von ihnen verteidigten Barrikaden fast uneinnehmbare Bollwerke.

Die eigentliche vermöglichere Bürgerschaft von Berlin hatte sich Anfangs vom Kampfe so ziemlich entfernt gehalten, allein der Uebertritt der Bürgerschützen war jetzt die erste Verheiligung der wohlhabenden und seßhaften Bürger an dem Aufstande, und ihr Beispiel war von einem großen Einflusse.

Im königlichen Schlosse hielt man es für einen militärischen Ehrenpunkt, den Volks-Aufstand mit Gewalt zu unterdrücken; und was in andern Städten mißlungen war, sollte jetzt den preussischen Truppen gelingen. Man bedachte aber nicht, daß ein Sieg unfruchtbar, und nicht weniger gefährlich als eine Niederlage gewesen wäre, da die Erbitterung über eine solche Gewaltthat, die ganze Nation zu den Waffen gerufen haben würde.

Die öffentliche Stimme klagte den Prinzen von Preußen, einen Bruder des Königs an, daß er in jenen Stunden einen unseligen Einfluß auf die Entschlüsse des Monarchen ausgeübt haben soll, obwohl diese Anschuldigungen anderseits wieder widerprochen worden sind.

Wenn Gott ein Weltgericht verhängt hat, so scheint es, als wenn jeder Arm sich selbst wider Willen zu dessen Vollstreckung herleihen müsse, und die einander entgegenstehenden Streiter wirkten gleichmäßig zur Erreichung der großen Zwecke mit.

Alles Herrliche hat sich die Menschheit durch den Kampf erringen müssen, und besonders die Fahne der Freiheit ist überall mit Blut gefärbt worden. Ohne die Berliner Straßen-Kämpfe, würde das alte System in Preußen nie so vom Grund aus gestürzt worden seyn, daher kann man auch annehmen, daß sie unvermeidlich, ja, daß sie im Laufe des Schicksals voraus verzeichnet waren.

Die Truppen erhielten den Befehl zum Angriffe, und führten auch denselben mit einem Muth und einer Hingebung aus, der einer bessern Sache würdig gewesen wäre.

Man hat damals gesagt, daß ihnen der mehrere Tage hindurch vorenthaltene Branntwein vor dem blutigen Kampfe auf einmal gegeben worden sey, um dadurch die Soldaten in Wuth zu bringen; aber dieses ist wahrscheinlich eine sehr irriige Angabe, — denn beraufchte Soldaten sind nicht nur bloß ihrem Feinde gefährlich, sondern sie sind auch ein unlenkbares, und unfolgsames Werkzeug für ihre Führer.

Das Verhalten der Truppen läßt sich leicht weit natürlicher erklären, wenn man bedenkt, daß die

Volksaufläufe der vorhergegangenen Tage das Militär und die Bürger außerordentlich entzweit hatten.

Der Dienst der Truppen war sehr beschwerlich gewesen, denn sie hatten sich beständigen Angriffen durch Steinwürfe ausgesetzt gesehen; ja man hatte sie noch überdies verhöhnt, und auch war bereits schon gegenseitig Blut geflossen, was die bitterste Stimmung hervorbringen mußte.

Hat sich der Soldat einmal auf den Kampf eingelassen, so verbietet ihm die Ehre ein feiges Zurückziehen. Er sah seine Kameraden neben sich fallen, und sah sich gefährlich bedroht, was ihn zur Rache aufforderte, und die Kampfbegierde erzeugt, mit welcher er dann wüthend hineinstürmt, ohne eine Grenze zu kennen, oder für eine ruhige Ueberlegung sich Zeit zu lassen.

Je mehr man aber den Truppen zugestehen muß, daß sie von einem rein militärischen Gesichtspunkte aus betrachtet, ihre Pflicht erfüllten, mit ungestüme Tapferkeit kämpften und siegreiche Fortschritte machten, um so mehr Bewunderung verdient auch der heldenmüthige Kampf einer unregelmäßig, schlecht bewaffneten Volksmenge, welche überall dem Feinde die nackte Brust entgegen warf, mit einer begeisterten Todes-Verachtung und doch zugleich mit einer besonnenen Ruhe kämpfte, welche sich keinen Vortheil, den der Augenblick darboth, nehmen ließ.

Die Nacht des 18. März brach herein — schön und mild, wie kaum jemals eine Frühlingsnacht gewesen ist. Der glänzendste Vollmond stand am Himmel, und streute sein weißes taghelles Licht heiter und feierlich über alle Straßen und Plätze der blutbedeckten Stadt aus.

Auf den verschiedenen Punkten der Stadt, an welchen vor und hinter den Barrikaden gekämpft wurde, fanden eigentlich ganz isolirte Schlachtfelder Statt; denn von einem Zusammenhang unter den Kämpfenden in den einzelnen Stadttheilen war keine Rede, und man wußte an dem einen Ende der Stadt nicht, was an dem andern Ende geschah, noch weniger, um was es sich eigentlich in der letzten Entscheidung handeln würde.

Hinter den Barrikaden herrschte ein eigenthümliches Leben, wo Männer aus allen Ständen, ohne alle Verabredung sich verstehend, und brüderliches Zusammenhalten bis zum letzten Augenblick sich gelobend, mit riesenhafter Anstrengung den Kampf führten.

Handwerker, Arbeiter und Tagelöhner bildeten freilich den Hauptbestandtheil der Kämpfenden, unter welchen sich auch allerdings manches verdächtige Mitglied der Gesellschaft eingefunden haben mag.

Indessen ist dieser Umstand später von der Reaction oder Widerstands-Parthei zu stark ausgebeutert worden, nachdem man, um den Märzkampf zu beschimpfen und ihn als eine der eigentlichen Nation fremde Begebenheit darzustellen, die Helden der Berliner-Barrikaden vorzugsweise unter den Verbrechern und Dieben suchen wollte. Haben aber solche wie bei

allen Revolutionen tapfer mitgekämpft, so thaten sie dieses keineswegs in ihrer Eigenschaft als Verbrecher; denn das Eigenthum wurde in dieser Nacht so wohl wie in der nächstfolgenden Zeit auf eine Weise von ihnen heilig gehalten, welche die größte Bewunderung verdient.

Bei der vielfältigsten Gelegenheit, sich mit fremdem Gut zu bereichern, wurde während und nach dem Kampfe nichts sorgfältiger geschont als das Eigenthum der Bürger. Die Bezeichnung »Bürger eigenthum« wurde schon jetzt an mehrere öffentliche Gebäude geschrieben, um sich dadurch für geschützt zu erklären, wie dieses zuerst mit dem Stadtgerichtsgebäude in der Königsstraße geschah, welches das Volk hatte stürmen wollen, um darin eine feste Stellung einzunehmen, wovon aber aus Rücksicht auf das Gebäude wieder abgestanden wurde.

Daß auch die achtbarsten Einwohner und die anerkanntesten Ehrenmänner der Stadt an dem Barrikadenkampf sich theilnahmen, wird sich niemals in Abrede stellen lassen. An mehreren Barrikaden sorgte man auch aus den benachbarten Häusern für Lebensmittel, welche unter die Kämpfenden vertheilt wurden.

Aus den Verkaufsgewölben wurde Alles unentgeltlich hergegeben, was nur zur Erleichterung und Erquickung dienen konnte; auch gaben die Kaufleute ihre gesammten Pulvorräthe her.

Auf den Straßen wurden Kugeln aus Blei gegossen, womit sich besonders die Knaben im größten Eifer beschäftigten; eben so wurden auch wieder an andern Plätzen Lanzenspitzen geschmiedet.

Damit die Kämpfer besser ihre Richtung in der Ferne übersehen konnten, wurden in mehreren Straßen Lichter an die Fenster gestellt; was einem unheimlichen feierlichen Anblick gewährte.

Durch die Entwaffnung vieler Soldaten und Wachen, denen man hatte beikommen können, wurden nach und nach immer mehr Waffen gewonnen; auch kam man auf den Gedanken, die Wohnungen der Offiziere auszukundschaften, wobin dann mehrere Patrouillen abgeschickt wurden, um die Waffen derselben, den zurückgebliebenen Frauen abzunehmen.

Der Muth und die Kampflust, welche hinter den Barrikaden herrschte, war außerordentlich, ja man kann sagen, daß mit jedem Kanonenschlag die Erbitterung immer höher stieg.

So lange eine Barrikade von dem Militär noch nicht angegriffen war, standen die Vertheidiger hinter derselben in lebhaften Gruppen heiter und gesprächig neben einander.

Rückte aber das Militär heran, so zerstreuten sich blizschnell die Gruppen, und jeder ging an seinen Posten, nämlich an die angewiesenen Schießscharten in der Barrikade, und auf die Dächer, um mit Steinwürfen auf die anstürmende Truppe zu wirken.

Mit dieser Vertheidigungsweise zeigte sich bald, daß die Kavallerie gegen die Barrikaden gar nicht gebraucht werden konnte, da auch überhaupt das Pflaster überall aufgerissen war.

Es blieb nun die Ausführung des Kampfes einzig und allein der Infanterie überlassen, die aber



Boj na barrikádach w Berlině.
w noci 18^{teho} 19^{teho} března 1848.



A' torlaszokoni ütközet Berlinben.
éjféli 8+8 d. évi márc. 18-án éjféli 19-án.

Il combattimento sopra le barricate a Berlino.
nella notte del 18. al 19. Marzo 1848.

Der Barrikadenkampf in Berlin.
in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848.

noch sehr wenig Geschicklichkeit hatte, einen Barrikadenkampf zu führen; denn erst der Pariser Barrikadenkampf im Monat Juni 1848 hat durch des Generals *E a v a i g n a e s* strategische Erfindung eine Theorie für den Barrikadenkrieg ausgedacht, wobei es vorzüglich auf das Durchbrechen der Häuser von innen abgesehen war, um den Barrikadenkämpfern in den Rücken zu kommen.

Die Berliner-Soldaten setzten sich dagegen dem Barrikadenfeuer und den Steinregen der auf sie von den Dächern herabfiel, auf die verderblichste Weise aus. Sie schlichen sich gewöhnlich erst einzeln an den Häusern vorüber, um in die Nähe der Barrikade zu kommen, und dann bildeten sie erst sich wieder vereinigt in eine Front gegen dieselbe. Dadurch wurden von ihnen, was sehr begreiflich ist, oft ganze Reihen durch die gewaltigen Steinwürfe und Gewehrschüsse niedergestreckt, bevor sie nur überhaupt zu einem Angriffe kommen konnten.

Dieses erklärt auch die ungeheure Erschöpfung, welche die Truppen in diesem blutigen Kampfe traf, und den verhältnißmäßig geringen Erfolg, den sie nach Anwendung der ungeheuersten Mittel und Anstrengungen erreichten.

Ein Hauptplatz des mörderischen Kampfes war die Gegend am Alexanderplatze, in welchen mehrere Straßen auslaufen, und wo sich drei Barrikaden von ungeheurer Bauart erhoben hatten.

Am gewaltigsten war die Barrikade, welche an den Ecken der Neuen Königsstraße nach dem Alexanderplatze zu gebaut wurde. Ein umgestürzter Wagen bildete auch hier die Grundlage; in der Mitte derselben war eine völlig gemauerte Brustwehr angebracht, wozu man die Granitplatten des Trottoirs und mehrere aus einer benachbarten Eisenhandlung dazu gelieferte Eisenplatten benutzt hatte.

Diese Barrikade war nicht nur von Büchsen- und Kanonen außerordentlich gut besetzt, sondern es waren auch Kanonen aus dem Schützenhause hieher gebracht worden, welche unter dem Militär bedeutenden Schaden anrichteten.

Diese messingenen Kanonen waren zwar klein, auch fehlte es gänzlich an Kugeln; allein man gebrauchte in diesem Nothfalle das Spielzeug der Berliner Straßen-Jugend, Murren genannt, was in vollen Körben herbeigeschafft wurde.

Es wurde nämlich ein Strumpf genommen, in welchen man 40 bis 50 Murren hineinsteckte, woraus dann die Ladung der Kanone bestand. Da man keine Lunte hatte, so wurde, um die Kanonen abfeuern zu können, ein mit Pulver geladenes Terzerol in das Zündloch abgeschossen, und so wurde auf solche Weise von diesen Büllern die man Scherzweise Murrenbüchse nannte, ein mörderisches Feuer unterhalten. Zwei Männer aus dem Volke, die früher Artilleristen waren, nämlich ein Drechslergeselle Namens *H e s s e*, und ein Schlossergeselle Namens *F i c h t n e r*, bedienten diese Geschütze mit einer bewunderungswürdigen Thätigkeit, und besonders wurde dieserwegen *G u s t a v H e s s e* wegen seiner Unerfrorenheit als ein hoch ausgezeichnete Mann unter den Barrikadenkämpfern

betrachtet, und ihm von seinen Kameraden ein Siegeskranz verehrt, den er später bei allen öffentlichen Festaufzügen um den Hut tragen mußte.

Ein großes Verdienst um die Leitung und Vertheidigung dieser Barrikade erwarb sich auch der bekannte Thierarzt *U r b a n* — eine originelle Gestalt, die ein, in langen braunen Locken herabfallendes Kopshaar, und ein eben so langer bis auf die Brust herabreichender Bart auffallend charakterisirte. Er gehörte sonst zu den pikantesten und anzüglichsten Straßen-Figuren von Berlin. Ohne alle Kopfbedeckung irrte er gewöhnlich in wilder Hast über die Straßen, oder man sah ihn auch in demselben Aufzuge ohne Hut auf einem Pferde dahinsprengen.

Dieser Thierarzt, der allgemein im Rufe des Mysticismus oder Geheimnißglauberei, und Pietismus oder Trömmelerglauben stand, war einer der Ersten gewesen, der am Nachmittage des 18. März das Volk zu den Barrikaden aufgerufen hatte; und so wurde auch die Barrikade am Alexanderplatze unter seiner Anführung errichtet und vertheidigt.

Der Kampf war hier ein besonders gefahrvoller und drängender. Von der Fronte her geschah der Angriff gegen diese Barrikade durch das erste Garde-Regiment und durch eine Batterie, welche sich auf der Königsbrücke ebenfalls in Form einer Barrikade, die vorzugsweise aus Mehlsäcken bestand, verschanzt hatte.

Von der rechten und linken Flanke her, waren es die beiden Kasernen in der Münzstraße und Alexanderstraße, deren Besatzungen mit einem beständigen Angriff drohten. Im Rücken aber war ein aus Frankfurt herbeigeschicktes Regiment Linien-Truppen zu fürchten, welches sich vor dem Frankfurter, Landsberger- und Neuen Königsthor fertig aufgestellt befand.

Die Vereinigung dieser im Rücken stehenden Truppen mit der an der Königsbrücke aufgestellten Garde zu hindern, war daher eine Hauptaufgabe dieser Barrikade und der auf den Dächern und in den Fenstern der nächsten Straßen aufgestellten Schützen. Besonders waren es mehrere Mitglieder der Berliner Schützen-Gilde, welche von ihren Gewehren einen sehr guten und sicher zielenden Gebrauch machten.

Zwei dieser Büchsenjäger standen hinter einer Dachrinne, während ihnen Andere die Büchsen geladen hatten, und diese machten damit so sichere Schüsse, daß sie selten ihren Mann, welcher meistens ein Offizier war, verfehlten.

Ein heftiges und ausdauerndes Feuer geschah von Seiten des Militärs aus der Vorhalle des königlichen Theaters, bis wohin das erste Garde-Regiment seine Vorposten vorgeschoben hatte. Mehrere Bürger fielen als Opfer dieser Schüsse, — die hinter der Hauptthür des Theaters hervorgekommen, und auch aus den Fenstern desselben auf das Volk gerichtet worden sind. Nun richtete sich aber auch das Volk mit heftiger Wuth gegen das Theatergebäude, und wollte es in Brand stecken.

Man glaubte dieses am ersten dadurch zu erreichen, wenn man jene Hütte in Brand stecke, welche nächst dem Theater auf dem Alexanderplatze stand,

und zu einem Panorama oder dergleichen Schauegenstände verwendet wurde.

Es wurde nun in dieser Absicht ein Ausfall unternommen, wozu sich ein Student und einige junge Handwerker, von welchen einer eine Fahne trug, bereitsetzten. Mit Arsen, Brandfackeln und Brennmaterialien versehen, rückten sie nun gegen die Hütte vor, obwohl sie durch das Gewehrfeuer, welches beständig aus dem Theater kam, und die Kartätschenkugeln die von der Königsbrücke herüber geschossen wurden, der größten Lebensgefahr ausgesetzt waren.

Endlich gelang es ihnen die Hütte niederzubrennen, und die Gardeschützen, welche sich unter dieser Bude verborgen gehalten hatten, von diesem Schlupfwinkel zu vertreiben.

Inzwischen drang aber auch ein Theil der vor den Thoren gelegenen Truppen zum Frankfurter-Thor herein, und gelangte nach einem heftigen Kampfe gegen die Barrikaden der Frankfurter-Straße, die mit einer ungeheuren Anstrengung vertheidigt wurden, nach dem Alexanderplatze. Aber auch diese Soldaten waren nicht im Stande die Barrikade der neuen Königsstraße zu nehmen, und zogen sich nach einem kurzem Versuche hinter die Kanonen der Königsbrücke zurück. So stand also die Barrikade noch am Morgen ungebrosen und in ihrer ganzen Festigkeit da, und beherrschte einen Stadttheil, der sich immer mehr und mehr in den fürchterlichsten Vertheidigungsstand gesetzt hatte.

Nicht weniger stark war das Bollwerk, welches am Kölnischen Rathhause am Ende der Breitenstraße errichtet war. Diese Barrikade wurde fünfmal von dem Militär zu stürmen versucht, aber die Soldaten mußten sich jedesmal mit dem größten Verluste zurückziehen, da die Bürgerschützen, welche hier beisammen standen, selten einen Schuß vergebens abfeuerten. Endlich wurde die äußerste Gewalt der Artillerie gegen diese Barrikade angewendet, und Kartätschen und Granaten donnerten gegen dieselbe mit einer solchen Gewalt los, so daß alle Häuser in der Umgegend in ihren Grundfesten zitterten. Dieser Angriff brauchte aber über drei Stunden, und eine immer stärkere Herbeiziehung von Militär, bevor diese Volksverschanzung zum Fall gebracht werden konnte, und dieses geschah nur dadurch, weil den Vertheidigern die Munition ausging.

Die Potsdamer Garde drang jetzt durch die Barrikade in das Rathhaus und besetzte dasselbe, wobei es eine blutige Mezelei gab, nachdem die Soldaten Alles niederstachen, was ihnen entgegen kam.

Der Direktor des Kölnischen Gymnasiums der in seiner, dem Rathhause zunächst gelegenen Wohnung verwundete Barrikadenkämpfer aufgenommen und gepflegt hatte, entging selbst nicht den empfindlichsten Mißhandlungen und wurde mit einem Theile seiner Familie unter gewaltigen Kolbenstößen und Verletzungen aller Art gefangen fortgeschleppt.

Ein Offizier stieß ihm den Degen in's Gesicht, so daß das Blut herabrieselte, ja ein Tambour zererschlug sogar seinen Trommelfuß auf den Kopf des gelehrten Mannes.

Sein Neffe, ein Student, wurde unterwegs als ihn die Bürger aus den Händen der ihn fortführenden Soldaten befreien wollten, von einem Potsdamer-Gardisten nieder geschossen. Ueberhaupt zeigte sich die Potsdamer-Garde als der grausamste und feindseligste Theil der Truppen, ja als einen solchen, welcher dem Volke am fremdesten gegenüber stand, und der kein Verständniß und kein Herz für dasjenige hatte, was im Volke vorging.

Dieses zeigte sich besonders bei dieser Barrikade, wo bald darauf, nachdem jene Potsdamer-Garden durch eine Abtheilung des Frankfurter-Regiments abgelöst wurden, eine bei weitem menschlichere Behandlung der Gefangenen und Verwundeten eintrat; so, daß Viele dieser Unglücklichen, welche sich aus Furcht vor der Barbarei der Garden für todt gestellt oder verkrochen hatten, jetzt freiwillig sich diesen neuen Truppen ergaben.

Wie ungleich und unverhältnißmäßig übrigens der ganze Kampf war, wird besonders aus dem Umstande auffallend, daß die Barrikade am Kölnischen Rathhause, die einen dreistündigen Sturm von Kartätschen und Granaten aushielt, eigentlich nur von sechs Bürgerschützen vertheidigt worden ist.

Die Barrikade an der Taubenstraße, auf welcher mehrere Oelfässer übereinander aufgethürmt waren, wurde ebenfalls nur von wenigen Bürgern mit einer staunenswerthen Tapferkeit gehalten.

Die Bürger boten hier zuerst dem kommandirenden Major den Vertrag an, daß man gegenseitig von der Schußwaffe keinen Gebrauch machen wolle, was aber das Militär ablehnte.

Nun fing der Sturm an, und das erste Opfer desselben wurde der Major, den eine Kugel vom Pferde riß.

Beim zweiten und dritten Sturm fielen noch zwei andere Offiziere, und diesen folgten wieder mehrere Gemeine.

Jetzt wurde das Feuer der Kartätschen auch gegen diese Barrikade eröffnet. Als Held derselben erschien auf ihrer Höhe ein junger Student, der in seiner Hand die dreifarbigte deutsche Fahne schwenkte. Er schien unverwundbar zu seyn, denn alle Kugeln saßten ohne ihn zu treffen, an seinem Kopfe vorüber. Aus den Fenstern der nahegelegenen Häuser webeten die Frauen und Mädchen mit ihren Tüchern so lange zu, bis endlich die Barrikade von ihren Kämpfern verlassen werden mußte.

Außer den Studenten und Arbeitern waren es besonders Lebrjungen, welche bei dem Barrikadenkampfe eine beispiellose Ausdauer, und einen in der That heldenmüthigen Widerstand leisteten.

So vertheidigte nämlich ein sechzehnjähriger Schlosser-Lebrjung ganz allein die Barrikade an der Jäger- und Friedrichsstraßen-Ecke, gegen ein anrückendes Bataillon Soldaten.

Diese, aus einem in den Kinnstein gesenkten Wagen, mehreren Tonnen und Bretern leicht zusammengeworfene Barrikade war als zu schwach von ihrer Besatzung verlassen worden, welche sich lieber zur Verstärkung der Barrikade an der Taubenstraße hin-

begaben. Es blieben jedoch nur zwei junge Handwerker unerschrocken und unerschütterlich an der Brustwehre lehnen und erwarteten den Angriff, der sich schon durch die Trommel eines von den Linden herandrückenden Infanterie-Bataillons hörbar machte.

Die beiden, ihrer Barrikade treu gebliebenen Kämpfer waren ein Schlosser-Geselle, der mit einem alten Schießgewehr bewaffnet war, und ein Lehrling aus derselben Werkstätte, der in seiner Hand einen verrosteten krummen Säbel schwang.

Der Schlossergeselle schoß bei dem Anblick des ersten Soldaten sein Gewehr ab, erhielt aber auch in demselben Augenblick einen Schuß, der ihn zu Boden stürzte.

Nun stand der Lehrling allein auf der Barrikade, hielt sich aber nicht lange auf derselben auf, sondern stürzte aus dem Bollwerke mit seinem Säbel in der Hand hervor, und führte damit einen mächtigen Hieb auf den an der Spitze des Bataillons heranziehenden Offizier, der von diesem kecken Angriff eines jungen Burschen erschrocken zurücktaumelte. In demselben Augenblicke krachten aber mehrere Gewehre auf den Burschen, dem es nur durch eine geschickte Wendung gelang sich zu retten, aber bald fiel ein neuer Kugelregen auf ihn, worauf er im Unterleibe verwundet sich hinter einem offenen Hausthore verbarg, um ruhig sterben zu können.

Einen Hauptsturm führte das Volk gegen das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße aus, um die darin aufbewahrten Waffen in Empfang zu nehmen.

Dieses Haus wurde besonders von zwanzig jungen Offizieren vertheidigt, welche sich hinter den Fenstern verschanzt hatten, und von hier aus ein unaufhörliches Büchsenfeuer gegen das andringende Volk unterhielten.

Unter den Kämpfenden erschien auch auf dieser Stelle der Drechslergeselle, mit dem Siegestranz auf seinem Hute, den er sich in dem Kampf am Alexanderplatz, durch seine Tapferkeit erworben hatte.

Mit einer Brechstange in der Hand leitete er den Angriff auf das Landwehrzeughaus unerschrocken, obwohl ein Mann nach dem andern an seiner Seite von den Kugeln der Offiziere getroffen, zusammenstürzte. Dieser blutige Angriff dauerte die ganze Nacht hindurch bis zum frühen Morgen; und mancher wackerere Mann hat dabei sein Leben eingebüßt.

Da man dem Hause in keiner Weise beizukommen im Stande war, so schleppte man Stroh herbei, um das Gebäude in Brand zu stecken. Aber theils aus Rücksicht auf die anstoßenden Nachbarhäuser, theils auch aus Mangel an Brennmaterial stand man von diesem Vorhaben wieder ab. Endlich wurden die Scharfschützen von der Barrikade an der Taubenstraße zu Hilfe herbeigeholt, und diesen gelang es nun, die Kaserne nach und nach zum Fall zu bringen, was aber erst am späten Morgen geschah.

Ein gewaltiger Barrikadenbau bedeckte auch die Rosenthaler-Vorstadt und das sogenannte Weigland.

Das Rosenthaler-Thor mit den daranstoßenden Verbindungen war allein durch fünf Barrikaden besetzt.

Einige Barrikaden in dieser Gegend hatten eine vollkommen architektonische Konstruktion, und waren so fest gebaut, daß sie unzerstörbar und uneindringlich schienen.

Der Kampf drang in seinen großen Bogen nicht hieher, aber das Volk rüstete sich dazu mit einer ungeheuren Anstrengung.

In den hier befindlichen zahlreichen Schlosser- und Schmiede-Werkstätten wurden die ganze Nacht hindurch Lanzen geschmiedet, während von anderer Seite wieder bedeutende Eisengeräthschaften dazu geliefert wurden.

Wieder in andern Stadttheilen kam man auf ganz eigenthümliche Vorkehrungen und Verschanzungen. So wurden nämlich in der Kommandenstraße starke Drahtfäden über die Straße hingespant, um der Kavallerie das Vordringen unmöglich zu machen. In der Leipziger Straße, wo ebenfalls mörderisch gekämpft wurde, hatte man zu demselben Zwecke den Boden mit Glasscherben bestreut; auch wurde in vielen Häusern siedendes Wasser in Bereitschaft gehalten, um es auf die unten vorbeiziehenden Truppen zu schütten, doch wurde von diesem schrecklichen Vertheidigungsmittel nur wenig Gebrauch gemacht.

An der Hausvogtei, in welcher sich eine Abtheilung Soldaten festgesetzt hatte, entwickelte sich ein mehrstündiger Kampf, in welchem ein Theil dieses Gebäudes demolirt wurde. In diesem blutigen Kampfe zeigten sich auch vier Scharfschützen mit Tirolerhüten, welche mit einer sonderbaren Ruhe ununterbrochen mitwirkten, und selten das genommene Ziel verfehlten, ja sie gingen in ihrer Kaltblütigkeit schon so weit, daß sie sogar auf die Knöpfe der Soldaten zielten, welche sie treffen wollten. Mit dem heranbrechenden Morgen verschwanden aber diese vier Männer eben so räthselhaft wieder, als sie erschienen waren.

Zu den Schrecknissen der Mordnacht kam noch die Angst, daß ganz Berlin hätte in Flammen aufgehen können, den die Artillerieschuppen vor dem Driemburgerthor, und die Eisengießerei waren bereits gegen Mitternacht in Brand gesteckt worden, und die Flammen verbreiteten sich schon in langen Streifen über den Horizont der Stadt hinweg. Ueberall hörte man zugleich das Geschrei, daß alle königlichen Gebäude in Brand gesteckt werden sollen, und wirklich waren auch schon die Zollämter an den Thoren fast sämmtlich niedergebrannt.

Auf eine entsetzliche Weise zeigte sich die Menschenlosigkeit der Soldaten bei den Verhaftungen, welche das Militär in dieser Nacht vorgenommen hatte.

Bei den Hausdurchsuchungen wurde nicht nur Jeder, der sich mit einer Waffe antreffen ließ, sondern auch jeder auf irgend eine Weise der Theilnahme an den Vorgängen Verdächtige, und den Soldaten Auffallende gefangen genommen, und unter den abscheulichsten Mißhandlungen gebunden, und von Kolbenstößen und Säbelhieben begleitet, fortgeschleppt.

Um gefangen und mißhandelt zu werden, war es oft schon binlänglich, einem Trupp Gefangener zu begegnen, dem dann Jeder, der den Soldaten ver-

dächtig war, oder nicht gefiel, unter Stößen und Schlägen mitfolgen mußte.

Diese Gefangenen wurden zuerst in den Schloßhof geführt, wo die dort gelagerten Mannschaften sie mit den unerhörtesten Beschimpfungen empfingen, und noch überdies mit Säbel und Bajonett auf's Neue mißhandelten.

Nach einem kurzen Verhöre durch zwei Polizeikommissäre wurden sie in den Schloßkeller gesperrt, wo bald mehrere Hunderte von Unglücksgefährten aus allen Ständen zusammengepreßt waren.

Hier mußten sie in den engen niedrigen Räumen ohne Trank und Speise, in einer zum Abscheu verpesteten Luft stehend bleiben, bis sie dann wieder aus dem Keller hervorgeholt in den Schloßhof gebracht, und von da unter den schrecklichsten Drohungen und Mißhandlungen in den Lustgarten transportirt wurden.

Eben so schrecklich wie diese Behandlung war der Gedanke der Unglücklichen an die Ungewißheit ihres Schicksals.

Niemand wußte, was jetzt geschehen wird, ob man die Gefangenen auf dem Exercierplatze erschießen, — nach der Hausvogtei — nach irgend einer Kaserne, oder nach Moabit bringen wird.

Nach einer weit zurückgelegten Strecke hinter dem Brandenburgerthore glaubten Viele, daß sie nach Moabit gebracht werden, allein je weiter der Marsch ging, um so sicherer wurde jedem die Ueberzeugung klar, daß man den Weg nach Spandau zu machen habe.

Die Zahl dieser Gefangenen, welche auf die jammervollste Weise in der Festung Spandau in den Kasematten untergebracht wurden, waren ungefähr Tausend, und erhielten hier keine andere Erquickung als Brod und Wasser, welches man ihnen nur in Eimern verabreichte.

Als ihre Freilassung ihnen bekannt gemacht wurde, wurde dabei die Bemerkung ausgesprochen, daß der König sie größtentheils nur für Irregeleitete oder Schuldlose ansehe, und den Schleier der Vergessenheit über Alles was geschehen ist, ziehen wolle. Doch dürften diese Freigelassenen ihren Rückweg nach Berlin nicht über Spandau und Charlottenburg nehmen, in welchem letztem Orte sie bei ihrem Durchmarsche von den Einwohnern die beschimpfendste Behandlung erfahren hätten.

Am Morgen des 19. März gegen 7 Uhr waren endlich die letzten Kanonenschüsse verhallt, und die kämpfenden Partheien schienen sich einem augenblicklichen Waffenstillstand hingegeben zu haben.

Die Stadt war besetzt mit vergossenem Bürgerblut, — die Stimmung war eine furchtbare, und im tiefsten Wesen zerrissen. Niemand wußte, wie die Sache eigentlich stehe, und Niemand konnte die Grenzen des Geschehenen und die nächsten Folgen desselben ermessen. Uebrigens stand so viel fest, daß das Militär am Morgen sich im Besitze der Hauptstraßen und der Hauptplätze der Stadt befand, die daselbst befindlichen Barrikaden weggeräumt, und die Verthei-

diger derselben in die entlegeneren Stadttheile zurückgedrängt waren.

Der größte Theil der Kavallerie verließ auf Befehl die Stadt in der Absicht, dieselbe zu umgeben, und jeden Zugug abzuhalten; während die Infanterie und Artillerie angewiesen war, mit den übrigen zurückgebliebenen Schwadronen der Kavallerie, die Plätze und Gassen, welche die Truppen bereits in Besitz hatten, zu behaupten.

Aber eben so wenig als die Truppen, konnte auch das Volk für ganz besiegt gehalten werden, denn dieses stand in den Vorstädten und in den entfernteren Straßen bereit, sich jeden Augenblick wieder zu sammeln und den blutigen Kampf auf's Neue zu unternehmen.

Auch auf den Straßen und Plätzen, welche die Soldaten im Besitz hatten, bildeten sich Volksgruppen, welche offen und laut von der nothwendigen Fortsetzung des Kampfes sprachen.

In diesen Volksgruppen wurde auch die eben erschienene Proklamation des Königs »An meine lieben Berliner« vorgelesen, die gegen 7 Uhr Morgens in allen Straßen vertheilt ward, und welche die Bezeichnung trug: »Geschrieben in der Nacht vom 18. auf den 19. März.«

Der eigentliche Hergang der Verwicklung wird darin auf eine »Notte von Bösewichtern, meistens aus Fremden bestehende« geschoben, und zugleich von dem »siegreichen Vordringen der Truppen« gesprochen, deren Zurückziehen an die Bedingung, die Barrikaden fortzuräumen, geknüpft wird.

Das Volk schüttelte überall bedenklich die Köpfe zu dieser Proklamation; ja hie und da wurde sie sogar mit lauten Verwünschungen und Spottreden aufgenommen.

Mehrfach hörte man jetzt in den Straßen das Geschrei »Zu spät« und dieses verhängnißvolle Stichwort, welches nachher, die so oft gehörte Parole der Tages-Bewegung in ganz Deutschland ward, wurde bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal in Berlin gehört.

Einige Flinten und Kanonenschüsse ließen sich gleichwol noch immer hören, und diese kamen von der mehrermähnten Barrikade an der neuen Königsstraße her, wo die tapfern Berliner-Bürgerschützen nach einer kurzen Ruhe das Feuern wieder eröffnet hatten; und dem ihnen gegenüberstehenden Militär großen Schaden zufügten.

Vor dieser Barrikade erschien jetzt gegen 8 Uhr Morgens plötzlich der General von Möllendorf zu Fuß mit einem Parlamentär, der eine weiße Fahne in der Hand trug, und ermahnte auf das Einstellen des Gewehr- und Kanonenfeuers. Aber in diesem Augenblicke, als er noch sprach, näherten sich ihm einige Bürgerschützen, ergriffen ihn mit Gewalt und erklärten ihn für ihren Gefangenen.

Dieses Benehmen wurde dem Volke öfters als ein hinterlistiger und verrätherischer Angriff ausgelegt, jedoch ist dabei wieder zu bedenken, daß das Volk keine Ursache hatte, einem solchen Parlamentär mitent in der Bewegung der Revolution zu trauen.

Das Volk war in ähnlichen Fällen schon öfter getäuscht worden, und die Absicht des Generals ging vielleicht nur dahin, die Regimenter, welche sich verschossen hatten, indessen mit frischen Patronen wieder zu versehen.

Man warf ihn an der Barrikade zu Boden, und schon war ein Pistol auf seine Brust angelegt; als der gerade dazu gekommene Thierarzt Urban ihn der Rache des Volkes noch entriß. Man schleppte den General jetzt zuerst in ein Privathaus in der Alexanderstraße, wo man von ihm verlangte, er solle einen Befehl ausfertigen, daß die Regimenter von den weitem Feindseligkeiten abstehen, und sich in die Kasernen zurückziehen.

Der General von Möllendorf wand sich erst in langen und rathlosen Gesprächen herum, endlich aber schrieb er nothgedrungen den Befehl für das Regiment Kaiser Alexander und nach einem längeren Besinnen auch für das Regiment Kaiser Franz.

Der Thierarzt Urban eilte jetzt mit diesen Befehlen an die Vorposten der Königsbrücke, und las den um ihn sich versammelnden Offizieren den Auftrag des Generals vor.

In diesem Augenblicke wurde aber auch schon in allen Straßen bekannt gemacht, daß der König so eben den Befehl ertheilt habe, daß sämtliche Truppen in die Kasernen zurückzuführen seyen.

Der General Möllendorf aber wurde inzwischen von den Bürgerschützen nach dem Schützenhause geführt, und dort unter strenger Aufsicht als Gefangener zurückbehalten.

Das Volk, welches sich mehrmals vor dem Gebäude versammelte und seine Auslieferung verlangte, führte hier ein unwürdiges Spiel mit ihm auf. Alle Augenblicke nämlich mußte der General auf allgemeines stürmisches Verlangen auf den Balkon heraustrreten, wo man ihn aufforderte, daß er eine Rede halte; und so dauerte das Toben mehrere Stunden fort, bis sich die Volkshäufen nach und nach zerstreut hatten, und man im Stande war, den General ohne Gefahr für sein Leben wieder frei zu geben.

Inzwischen dauerte das Sturmläuten in der ganzen Stadt noch ununterbrochen fort, und eben so vermehrte sich fortwährend der Zuzug bewaffneter Bürger zu den stehen gebliebenen Barrikaden. In den Häusern und auf den Straßen wurden Kugeln geschossen, und das Hauptziel, auf welches sich jetzt der Angriff des Volkes gerichtet haben würde, wäre ohne Zweifel das königliche Schloß gewesen.

Wie der König plötzlich zu dem Entschlusse gekommen ist, die Truppen abzurufen, und zwar in dem nämlichen Augenblicke, wo dieselben neue streitfertige Stellungen eingenommen, und wo eben auf allen Brücken Geschütze aufgeführt worden sind, darüber wird sich nicht so leicht ein bestimmtes Urtheil aussprechen lassen.

Der Bürgermeister Naunyn hatte sich am Morgen wieder auf dem Schlosse eingefunden, wo er zuerst dem Minister von Bodelschwingh die unheilvolle Lage der Stadt, und die Nothwendigkeit des

Zurückziehens der Truppen, auseinandersetzte und durch diesen auch beim König Vortritt erhielt.

Der König sprach jetzt unbedingt die Gewährung dieser an ihn gerichteten Bitte aus, und der General Prittwitz erhielt den Befehl, dem Bürgermeister so wie einigen andern auf dem Schlosse erschienenen Bürgern, einige Adjutanten mitzugeben, welche diesen königlichen Auftrag an die Truppen durch alle Theile der Stadt tragen sollten.

Die ungeheure Bewegung, in welcher sich der König befand, verrieth sich in seinem ganzen Auftreten, in jedem Ausdruck seines Gesichts und seiner Gestalt.

Die zweifelhafte Lage der Dinge am 19. März Morgens konnte er sich nicht verborgen haben, obwohl er im Besitze eines treuen und tapfern, in kompakter Masse dastehenden Heeres sich befand.

Aber diese Truppen waren durch den Kampf der Nacht bis in den Tod erschöpft, und wenn man sie in den Schloßhöfen auf der Streu dahingestreckt und ausruhen sah, so mußte man ihre Hinfälligkeit wahrnehmen und bemerken, daß sie nicht zum zweiten Male eine solche Schreckensnacht aushalten würden.

Der Kampf des Soldaten gegen sein eigenes Brudervolk, hat auch nur in dem ersten Augenblicke einer stürmischen Fanatisirung Aussicht auf Erfolg; je länger aber dieser Kampf fortgesetzt wird, desto unsicherer und ungewisser werden die Kräfte, die ihn zu führen haben.

Die Nachricht von dem Abzuge der Soldaten verbreitete sich wie ein Märchen durch die Stadt, denn man wußte noch nicht, ob überhaupt die Entfernung derselben aus Berlin gemeint sey, und im Rathe des Königs selbst schien man darüber noch zu schwanken.

Mehrere, dem König zunächst stehende Personen waren offenbar der entgegengesetzten Ansicht, und suchten den König in diesem Sinne zu bestimmen.

Der König, der den Gedanken des fortgesetzten Bürgerkriegs und Blutvergießens nicht ertragen konnte, befestigte endlich seinen Entschluß dahin, daß er den erneuerten Bitten und Wünschen, die durch Bürger-Deputationen an ihn gerichtet wurden, die Zusicherung eines vollständigen Abzugs der Truppen gab, von welchen nur ein kleiner Theil in den Kasernen zurückbleiben solle. Zugleich erklärte der König, daß er eine vollständige Aenderung des Ministeriums vornehmen werde, und dabei den Wünschen des Volks entsprechen wolle. Auch die Freigebung der Gefangenen sagte der König zu, mit dem eigenthümlichen Zusatz: »wenn diese auch gefallen!«

Der Abzug der Truppen von den Straßen geschah mit klingendem Spiel und mit einem festlichen Anstrich, der an die Zeit der Paraden erinnerte und plötzlich den schneidendsten Kontrast zu der schauerlichen Blutnacht heraus stellte.

Es schien eine stillschweigende Bedingung, daß die Soldaten ihren Abmarsch im Aufzuge des Siegers zu machen hätten, oder wenigstens in einer Haltung, welche darüber, daß die Gewalt der Krone unverehrt stehen geblieben, keinen Zweifel übrig lassen sollte.

Unter den Linden und auf dem Schloßplatz bewegten sich bereits Spaziergänger, Bürger mit Frauen

und Kinder in Sonntagskleidern, und sahen theils mit Verwunderung, theils aber auch ohne alles Befremden diesem festlichen Abzug der Truppen zu.

Nur in einigen Straßen erhob sich aus den Volksmassen ein unwilliger Ruf gegen die Militär-Musik, und man verlangte statt des fröhlichen Marsches einen Choral, was auch auf der Stelle befolgt wurde.

Das Aussehen der Soldaten war jedoch keineswegs ein übermüthiges, denn Vielen sah man die aufathmende Freude an, von dem schaudervollen Dienste der verlossenen Nacht abgelöst zu seyn; andere gingen wieder niedergeschlagen und in der tiefsten Erschöpfung umher.

An der Spitze der aus dem Schlosse abziehenden Soldaten und Batterien, erschien aber der Prinz von Preußen zu Pferde, und in einem von den Truppen begleitenden Wagen, der ebenfalls aus dem Schlosse kam, saß der Sohn des Prinzen, der künftige Thronfolger.

Es war das letzte Mal, daß man den Prinzen von Preußen in dieser Zeit öffentlich in Berlin erblickte; sein Erscheinen war ernsthaft und in sich gekehrt, in seinem Gesichte flammte bald eine dunkle Röthe auf, bald entfärbte es sich bis zur äußersten Blässe. Von den Volksmassen, die ihn ganz lautlos betrachteten, wendete er sich stets etwas feindlich zurück.

Auf dem Alexanderplatze fand um diese Stunde, es war 11 Uhr Vormittags noch eine bedeutende Volksbewegung Statt. Die Truppen waren von diesem Platze eben abgezogen, aber die Bürgerschützen stellten sich jetzt auf demselben auf, und empfingen für ihr tapferes Verhalten, von den herbeiströmenden Volksmassen einen jauchzenden Zuruf.

Hier wurde jetzt das erste dringende Wort von allgemeiner Volksbewaffnung laut, für welche sich mehrere Redner unter stürmischer Zustimmung des Volkes ausgesprochen hatten. Man beschloß hier, nach dem Schloßplatze zu ziehen, und das Verlangen dem König vorzutragen.

In dieser Absicht setzten sich jetzt die Massen durch die Königsstraße in Bewegung, wo ihnen durch ein seltsames Ungefähr der Ober-Bürgermeister Krausnik, der gerade vom Schlosse herkam, entgegen trat.

Sobald er von einigen erkannt ward, wiederholte jetzt die ganze Volksmenge fast brüllend den Namen des verhassten Mannes, dessen Unvolksthümlichkeit in den letzten Tagen bis zu einem gefährlichen Grade gestiegen war, und dem man vielfach die Schuld gab, daß er den König über die Stimmung der Stadt in einer Täuschung erhalten habe.

Man bemächtigte sich seiner Person auf eine ziemlich gewaltsame Weise; jedoch er entkam noch den Häuten seiner Feinde, und flüchtete sich in ein Haus. Die Menge blieb aber vor demselben stehen und schrie allgemein »Abdanken — so gleich abdanken!« Mit diesem Volks-Beschlusse schickte man eine Deputation zu ihm in das Haus, und verlangte von ihm die unverweigerliche Erklärung seiner Abdankung.

Hierauf erschien er am Fenster und versuchte eine Rede zu halten, worin er sagte, daß er so eben vom König komme, und daß dieser versprochen habe, alle Wünsche der »guten Berliner« zu erfüllen u. s. w. Das tausendstimmige Geschrei aber »Abdanken! Abdanken!« übertönte und unterbrach seine Rede, und bald darauf zog man ihn wieder aus dem Hause heraus, und nöthigte ihn, sich mit der Volksmasse nach dem Schlosse zu begeben.

In dem Schlosse des Königs hatte sich indessen eine Szene von höchst eigenthümlicher und ergreifender Art verbreitet.

Man brachte nämlich von allen Seiten die Leichen der im Kampfe gefallenen Bürger in feierlichen Aufzügen, theils auf Bahren, theils in offenen Wagen, mit Blumen bekränzt herbei.

Diese blutigen Opfer eines unnatürlichen Kriegs zu dem König auf das Schloß zu tragen, war ein wunderbarer und grausamer Einfall gewesen, der wie ein Blis in den verschiedenen Theilen der Stadt gleichzeitig die Gemüther des Volks durchfuhr.

Es war, als wenn man dazu nach einem bestimmten Plan übereingekommen wäre, und doch entstand die ganze Szene wie von selbst und ohne alle gemeinsame Verabredung.

Die herbeigetragenen Leichen waren größtentheils, wie schon gesagt mit Blumen, grünen Zweigen und Lorbeerkränzen geschmückt, womit das Volk, besonders aber die Frauen, ihnen die blutigen Stirnen gekrönt hatten.

Die Wunden waren dagegen mit einem schauerlichen Gepränge offen gelegt, und das Volk bezeugte denselben überall durch Entblößung der Häupter, die tiefste Ehrfurcht.

Jeder Todtenbahre folgte eine Schaar von Leidtragenden aus dem Volke, die stumm und mit abgezogenen Hüten hinter denselben hergingen.

Die Träger waren größtentheils die Kämpfer der Barrikade, an welcher der Todte gefallen war und Manche trugen in der einen Hand noch die Waffe mit der sie gekämpft hatten.

Ihr düsteres bleiches Gesicht sagte den ganzen Hergang der schicksalsvollen Begebenheit, die schmerzreiche Geschichte des Todten den sie trugen.

Die Leichen wurden sämmtlich im Schloßhofe abgesetzt, und das Volk bildete mit schauerlichen Stillschweigen und thränenvollen Augen einen Kreis.

Diese Stille wurde nur bei der Ankunft einer neuen Bahre unterbrochen, wo die Träger gewöhnlich mit lauter Stimme ausriefen auf welcher Barrikade das Opfer gefallen, ob es niederkartätscht oder wechlings von den Soldaten zusammengehauen worden ist.

Einige dieser traurigen Ausrufe lauteten: »War 15 Jahre alt, ist an meiner Seite niedergeschossen worden, und war mein einziger Sohn!« — »Ist ohne Pardon niedergestochen worden, nachdem er sich schon ergeben hatte.« — »Ist ein Familienvater von fünf unverorgten Kindern.« — »Ist eine Wittve von sieben Waisen.« u. s. w.

Jetzt brach die versammelte Volksmenge plötzlich ihr Schweigen, und schrie mit lauter und gellender

Stimme: »Der König soll kommen.« Hierauf wurde es wieder einen Augenblick still, in welchem man über den furchtbaren Sinn dieses aus tausend Kehlen, wie einstimmig gekommenen Geschreies nachdenken konnte.

Das Volk brachte dem König die blutigen Früchte dieser Nacht dar, es wollte ihm die Ernte selbst zeigen, welche der Tod in diesem gräulichen Spiel geschnitten, der König sollte sich erklären, in welchem Sinne er diese Opfer anzusehen, wie er sie zu sühnen gedanke.

Ueber diese Leichen hin wollte das Volk dem König ins Auge schauen, und ihm als Mensch dem Menschen gegenüberreten.

Auf's Neue hörte man nun wieder das Geschrei nach dem König und ein so gewaltiges Lärmen, als sollte das Schloß dadurch in seinen Grundfesten erschüttert werden.

Unter dieser Volksmasse befand sich auch der bekannte Fürst Lichnowsky, der in den letzten drangvollen Tagen in Berlin gegenwärtig gewesen war, und scheinbar die Absicht gezeigt hatte, eine Rolle als Volksmann zu spielen, obwol er sich an den Barricaden erst nach der Beendigung des Kampfes eingefunden hatte.

Er hatte sich aber daselbst mit einigen Barricadenhelden in ein gutes Einvernehmen zu setzen gewußt, und öffentlich versichert, daß er es immer mit dem Volke halten werde.

Jetzt trat er wieder auf, und suchte seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß er hat, dem König einige Ruhe zu gönnen, der sich so eben ganz erschöpft in seine Gemächer zurückgezogen habe.

Das stürmische Verlangen nach dem König mehrte sich aber mit jedem Augenblicke immer allgemeiner und durchdringender, ja man hatte schon den Entschluß gefaßt, dem König, wenn er nicht erscheinen würde, die Leichen der gefallenen Opfer ohne weiters in sein Zimmer hinauf zu tragen; und wirklich nahmen schon die Träger die Bahren, und näherten sich damit der großen Aufgangsstiege.

Da erschienen aber in demselben Augenblicke die neuen Minister Graf Arnim und Graf Schwerin um das Volk zu beschwichtigen, allein es war ihnen aber nicht möglich, bei der antobenden Fluth von Menschen zu Worte zu kommen.

»Der König! der König!« hörte man mit einem fürchterlichen Geheul von allen Seiten schreien, bis endlich der König auf der innern Gallerie des Schloßhofes, die Königin am Arme führend erschien. Die Königin war todtenbleich in ihrem Gesichte, und drückte eine grenzenlose Angst aus. Eben so zeigte sich auch in dem ganzen Auftreten des Königs das tiefste Leiden, und eine furchtbare Erschütterung.

In dem Augenblicke als der König hervorgetreten war, wurde auf dem Platze ein nie gesehenes Leben regbar. Man hob nämlich die in ihrem Blute schwimmenden Leichname mit ihren offenen Wunden, theils auf den Armen, theils auf den Bahren hoch empor, ja so hoch, als man sie nur dem Könige entgegen strecken konnte, wobei man das drohendste

Geschrei der Männer, und das fürchterlichste Wehklagen der Frauen, dann das Verlangen um Genugthuung von allen Seiten hörte.

Die Augen des Königs und der Königin füllten sich mit stummen Thränen, und als gerufen wurde »den Hut ab,« entblößte auch der König sein Haupt, und das Volk fing an den Choral zu singen, »Jesus, meine Zuversicht.«

Nach Beendigung dieses Gesanges führte der König seine Gemalin, die von dieser innersten Erschütterung dem Zusammenstürzen nahe war, in die Gemächer des Schloßes zurück, aber dem Könige selbst sollte nach diesem herzzerreißenden Anblicke nicht lange die Ruhe zur Erholung gegönnt seyn.

Es zeigte sich an diesem Tage, welche Pflichten und übermenschlichen Verantwortungen auf dem Haupte des absoluten Herrschers gelastet, es zeigte sich, was ein König zu thun habe, der, nach Lösung eines langen unnatürlichen Verhältnisses zwischen ihm und seiner Volke, den Wünschen und Forderungen desselben gerecht zu werden, sich entschlossen.

Raum war der König jetzt in seine Zimmer zurückgekehrt, als ihm abermals eine Deputation gemeldet wurde, welche den Antrag stellte, daß der König die Bürgerbewaffnung genehmigen möge.

Die von dem Könige eben abgehaltene Leichenschau, hatte vielleicht am tiefsten unter allen Ereignissen auf eine Umwandlung seiner Ansichten und Entschlüsse hingewirkt und das Bewußtseyn in ihm gereift, daß der alte Staat mit jenen Leichen zu begraben sey, und daß das neue Staatsleben mit allen seinen Konsequenzen aufrichtig und unzweideutig angefangen werden müsse.

Daß dieses am 19. März die feste Bestimmung des Königs gewesen ist, wird auch von keiner Seite bezweifelt werden können.

An der Spitze der Volks-Deputation, welche den König um die Bürgerbewaffnung bat, erschienen der Polizei-Präsident von Minutoli und der Stadt-Verordnete Holbein, welcher letzterer, nachdem der König die Abgeordneten auf der Aufgangsstiege empfing, und in den nächsten Saal geführt hatte, das Wort ergriff. Es wurde nämlich der Wunsch ausgesprochen den Polizei-Präsidenten von Minutoli mit der Organisation der Bürgerbewaffnung zu beauftragen, und denselben an die Spitze der bewaffneten Bürgerschaft zu stellen. Zugleich forderte die Deputation den König auf, sich mit ihm unter die auf dem Schloßplatze versammelten Bürger zu begeben, was dem Volke die erfreuliche Ueberzeugung geben würde, daß der König in der Mitte desselben sich sicherer finde, als unter dem Schutze seiner Kanonen.

Der König war über diese Aufforderung einen Augenblick unentschlossen, und wollte sich blos an das Fenster begeben, aber mit den Worten: »kommen Sie, eilen Sie Euer Majestät!« wurde er von den beiden Bürgersmännern Hiller und Schweidnitz am Arme fortgezogen, und zu der Schloß-Terrasse hinabgeführt.

Eine große Volksmenge sammelte sich hier sogleich um den König, der von dem Gedränge außeror-

dentlich angegriffen war, und sich kaum besinnen zu können schien.

Seine ersten Worte die er in höchster Bewegung sprach, waren: »Meine lieben Bürger — Sie haben gewünscht, daß Ich unter Ihnen erscheinen möge, Ich bin gekommen.« — Hier stockte er in seiner Rede, und fragte den neben ihm stehenden Bürger Hiller: »Was soll Ich jetzt weiter sagen?« Hiller stärkte ihm hierauf die wenigen Worte zu, — »Ich stelle mich mit Vertrauen fortan unter den Schutz meines Volkes, und gewähre gerne die geforderte Bürgerbewaffnung.« Nun sprach der König weiter: »Sie haben Mich durch einige Ihrer Mitbürger überzeugt, daß die Ruhe der Stadt auf Bewaffnung der Bürger beruhe, — Ich gewähre Ihnen gerne die Bewaffnung.« — Kaum hatte aber der König diese Worte ausgesprochen, so hörte man schon ein allgemeines Jubelgeräusch, und ein tausendstimmiges Lebewohl für den König.

Inzwischen fragte der König leise den neben ihm stehenden Bürger Hiller: »Wo wollen Sie aber Waffen bernehmen?« — Worauf dieser entgegnete: »Geben Sie die Waffen des Zeughauses so lange, bis sich die Bürgergarde organisiert hat!« Nun wendete sich der König wieder zu dem Volke, und sprach mit lauter Stimme: »Ich lege die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, welche durch Sie am besten bewahrt werden kann, in Ihre Hände!« und so wurde der König unter einem unbeschreiblichen Volkjubel bis zur inneren Schloßstiege zurückbegleitet.

Am Nachmittage desselben Tages erschien eine öffentliche Bekanntmachung des Königs, nach welcher Graf Arnim mit der Bildung des neuen Ministeriums, und zwar mit der Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfassungssachen, Graf Schwerin mit dem Kultusministerium, der General-Landschaftsrath von Auerswald mit dem Ministerium des Innern, und der General-Steuer-Direktor Kühne mit der einstweiligen Verwaltung des Finanzwesens beauftragt wurden. Die übrigen Minister waren noch einstweilen auf ihren Dienstposten geblieben, jedoch mit Vorbehalt der weitern Beschlußnahme über eine neue Besetzung.

Am spätern Nachmittag geschahen bereits die ersten Schritte, die Bürgerwehre ins Leben treten zu lassen.

An viele Bürger wurden schon Gewehre ausgetheilt, und sie bezogen damit zum ersten Mal die Wachen. Im Schlosse des Königs, welches ebenfalls gänzlich von Soldaten geräumt worden war, übernahmen jetzt die Bürgerschützen, die in der Barrikadennacht unerschrocken mitgewirkt hatten, die Wache. Der König selbst begab sich noch am Abende zu den Bürgerschützen welche die Wache hielten, und sprach freundliche Worte mit ihnen.

Seine Stimmung schien ruhiger und gefasster geworden zu seyn, denn er hatte einen Tag erlebt, gewaltig genug, um die Ansichten und Beschlüsse eines ganzen Lebens umwerfen und erschüttern zu können.

Fast unaufhörlich hatte er den ganzen Tag zu dem Volke gesprochen, nachdem er bald auf den Schloß-

Balkon hinausgerufen wurde, um wiederholte Zusicherungen und Ermahnungen an die unten sich herumdrängenden Volksmassen zu richten, bald auf den Platz mitten unter das Volk trat, um den verschiedenartigsten Aufforderungen Rede zu stehen. So wandte er sich auch von der Terrasse herab an die Arbeiter, denen er ebenfalls eine Wahrung ihrer Interessen versprach.

Die Volksstimmung hatte sich am Sonntag Nachmittags wie durch einen Zauberschlag verändert.

An die Stelle der Kampflust und der revolutionären Bewegung war plötzlich ein milderer Gefühl der Gläubigkeit an die Errungenschaften getreten. Das Volk betrachtete sich nach dem Abzuge der Truppen als den zurückgebliebenen siegreichen Theil, aber es zeigte sich zugleich veröhnlich gestimmt gegen den König, den es in seine Siegesfeier gewissermaßen mit einschloß.

So ließ es auch alle diejenigen Personen, welche als die Würden- und Sündenträger des alten Staats wohl in Verantwortung hätten genommen werden können, ruhig in ihren Schlußwinkeln, wohin sie sich zitternd verflochten hatten.

Daß das Volk von Berlin nach dieser Seite hin keinen Machedurst kannte, bewies theils, in welcher politischen Unmündigkeit und Dumpfheit es im alten Polizei- und Beamtenstaate gehalten worden war; so daß es kaum die Namen derjenigen wußte, durch welche ihm am meisten seine Rechte verkürzt worden sind, theils bewies es auch, daß das Volk seinem eigenen Charakter nach aus Vertrauen, Leichtsinne und Großmuth zusammengesetzt ist; und daß, wie es überhaupt nur im alleräußersten Nothfalle zu einer gewaltsamen Entscheidung seines Schicksals schreitet, es auch dann noch gerne jede Möglichkeit zum Einhalten einer mäßigen Bahn ergreift.

Eine Art von Volksjustiz wurde am Sonntag Nachmittags nur gegen zwei Personen ausgeübt, die als Verräther an der Volkssache angezeigt worden sind. Es war nämlich der Major außer Dienst, Namens Preuß, beschuldigt worden, daß er am Tage zuvor in seinem Hause mehrere Barrikadenkämpfer, welche dort vor der Verfolgung der Soldaten eine Zuflucht gesucht hatten, hinterlistiger Weise denelben ausgeliefert habe.

Man drang also in die Wohnung des flüchtig gewordenen Majors ein, warf Alles was man an Möbeln, Kleidungsstücken und Kostbarkeiten darin fand, so wie auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Tresor- und Schuldscheinen, zum Fenster auf die Straße hinaus, wo dann ein großes Feuer angezündet, und Alles verbrannt wurde.

Eine andere Szene fand unter den Linden gegen das Kaufgewölbe des Hofhandschuhmachers Wernicke statt, welcher zwei Polen wegen Geldvertheilung beim Barrikadenbau der Polizei-Behörde überliefert haben sollte. Man räumte diesen Kaufladen gänzlich aus, und warf die Handschube auf die Straße, wo sie ebenfalls auf einem rasch angezündeten Holzhaufen der Flamme übergeben wurden. Diese That geschah mit einiger Feierlichkeit, und mehrere Arbeiter nahmen sich als Andenken an diese Stunde,

blos einige weiße Glace-Handschuhe mit, die sie aber vorher sorgfältig zerrissen, um nicht den Anschein zu haben, als wenn sie sich einen Besitzwerth damit zueignen wollten.

Mit der heranbrechenden Dunkelheit wurde die Stadt illuminiert, womit die dem Schlosse gegenüberliegenden Häuser und Straßen den Anfang gemacht hatten; und so strahlte bald ganz Berlin in diesem überraschenden Festglanz, der zu der vergangenen Nacht einen schauerlich wehmüthigen Kontrast darbot.

Zugleich hörte man auch in allen Straßen ein Freudenchießen, welches die ganze Nacht hindurch bis zum frühen Morgen dauerte.

Die neugeschaffene Berliner-Vürgergarde machte dabei mit ihren Gewehren zuerst die Probe, und so verschoss man auf diese Weise größtentheils die noch vorhandenen Pulvervorräthe in die Luft, welche für die Fortsetzung des Barrikadenkampfes bestimmt gewesen sind.

Am nächsten Morgen, den 20. März zeigte es sich, daß die Revolution keineswegs überwunden oder ausgekämpft war, sondern daß man sich auf allen Seiten über den eigentlichen Stand der Dinge getäuscht habe.

Der Morgen hatte zuerst einen sehr heitern und lustigen Anstrich; das Volk tummelte sich in den vergnügtesten Gruppen auf den Straßen und Plätzen herum, und beschaute mit der hier einheimischen Neugierde die Sträßen der Revolution. Diese bestanden besonders darin, daß Volkshaufen sich heindrängten, und die Ladenschilder aller Hoflieferanten, an welchen sich der Name des Prinzen von Preußen angeschrieben fand, herabrissen, zum Theil auch verbrannten oder die Auslöschung dieses Namens forderten, was jedesmal unter einem stürmischen Jubelgeschrei von der Volksmenge ausgeführt wurde.

Das Volk hatte jetzt plötzlich einen Namen und eine Person gefunden, auf welche es die in ihm hafte gebliebene Erbitterung entladen konnte, und dieses war der dem Throne der Hohenzollern zunächst stehende Prinz, der durch seine Entfernung aus Berlin, die einer Flucht gleichgeachtet wurde, den gegen ihn rege gewordenen Verdacht gleichsam zu bestätigen schien.

Der Prinz hatte sich bei dem Abzuge der Truppen aus Berlin, zunächst nach seiner bei Potsdam gelegenen Besitzung, später nach der Pfauen-Insel begeben, wo er, als die Verhältnisse in Berlin für ihn immer mislicher wurden, um im Kreise seiner um ihn zitternden Familie zu bleiben, es endlich gerathen fand, die merkwürdige Reise nach England anzutreten.

Dagegen bewies das Berliner-Volk an diesem Tage eine ganz entschiedene Anhänglichkeit an die Person des Königs und auch der Königin, deren Namen überall, wo sie sich öffentlich angeschrieben fanden, unverletzt blieben, und dadurch ausdrücklich bekräftigt wurden.

Gegen 11 Uhr Vormittags, rückte das Volk in ziemlicher Anzahl gegen den Palast des Prinzen vor, und der dortige Bürgerwehrposten wurde zum Abtreten aufgefodert, da dieses kein Ehrenposten für einen Berliner-Bürger sey. Zugleich verbreitete sich auch das Gerücht, daß die Fabrikarbeiter heranziehen, um das Haus der Erde gleich zu machen. Nun bewegte sich aber von der Universität herüber ein Zug von Studenten, Professoren und Bürgern, unter der Anführung des Rektors der Universität, in der Absicht, das Haus des Prinzen zu schützen.

Da kam ein Mann aus dem Handwerksstande auf den Einfall, das Haus des Prinzen für ein National-Eigenthum zu erklären, und da dieses Beifall fand, so schrieb er sogleich mit der Kreide und mit großen Buchstaben an die Wand: »Eigenthum der ganzen Nation.« Diese Inschrift welche sich sehr nahe neben dem Lieblingsfenster des Prinzen befand, an welchem er gewöhnlich hinter der großen Spiegeltheibe, die Vorübergehenden zu mustern pflegte, wurde unter lautem Beifallsruf des Volkes ausgeführt.

Ein Anderer trat auf den Balkon des Hauses und besetzte dort eine dreifarbige Fahne, die sich rauschend in der Luft entwickelte.

Die Aufschrift »Eigenthum der ganzen Nation« mußte durch den ganzen Sommer an der Wand stehen bleiben, und wurde von Zeit zu Zeit mit frischen Farben erneuert, bis endlich im Herbst der Niedergang der Bewegung entschieden ward, von welcher Zeit an auch die Aufschrift verschwand.

Das Gebäude sollte nämlich durch diese Aufschrift gerettet und erhalten werden, und so wurde es auch in der That unter der Maske des National-Eigenthums bis in jene Zeit hinübergeschmuggelt, wo der Prinz mit seiner Familie wieder die verlassenen Gemächer ruhig beziehen konnte.

Bemerkenswerth waren die Aeußerungen, welche man von dem Volke über die Bestimmung hörte, die dem Prinzenhause zu geben wäre. Ein schlichter Arbeiter meinte nämlich, daß dasselbe am besten zu einem Ständehause eingerichtet werden könnte. Andere wollten es wieder zu einem Invalidenhause für Arbeiter verwendet wissen. Inzwischen wurde einige Tage darauf, eine höchst seltsame Wirtschaffen-Kommission für das Volk in diesem Palaste eingerichtet.

Als die Mitglieder dieser Kommission nannten sich Direktor Karrig, von Norman und Becker, drei Personen, welche sämmtlich als Aventuriers bekannt, und überdies in einem zweideutigen Schleier des Geheimnißvolken eingehüllt waren.

Der erstgenannte Karrig, war wegen mehrerer Schwindeleien den Polizeibehörden und Gerichten in Berlin seit vielen Jahren nicht unbekannt, während Norman vor kurzer Zeit aus der Schweiz zurückgekehrt war, wo er den Sonderbunds-Feldzug mitgemacht, und für die Jesuiten in Luzern gefochten hatte. Der dritte dieser Männer Namens Becker, war ebenfalls durch einen abenteuerlichen Ruf bezeichner gewesen, den man noch nicht hinlänglich hatte enthüllen können.

Es war wirklich beispiellos belustigend, die Frechheit und komödiantische Unverschämtheit zu sehen, mit welcher diese drei Personen sich plötzlich in den Zimmern des Prinzen einquartirten, dort ihre Amtskuben aufschlugen, und außerdem Alles, was in der Küche und im Keller vorräthig und vorhanden war, für sich in Anspruch nahmen.

Da sie den ganzen Tag auf diesen ihren Arbeitszimmern zubrachten, so mußte für ihr Frühstück, Mittag und Abendessen regelmäßig gesorgt werden, und eben so fand man den ganzen Tag hindurch die feinsten Weine auf den Schreibtischen der vielbeschäftigten Wittschriften-Kommission.

Der Andrang der Gesuchstellenden wurde mit jedem Tage größer, denn alle Arbeitslosen und Nothleidenden wendeten sich in diesen Palast, und ließen sich hier Gesuche an den König aufsetzen.

Die Sache nahm aber bald eine scurrile oder unanständige Wendung, da sich ganze Familien einstellten, welche auch in dem Palast, wo so viele schöne Zimmer unbewohnt waren, darin freie Wohnung zu erhalten wünschten.

Ja diese Kommission wagte es sogar, sich eine im allerhöchsten Auftrage niedergesetzte Kommission zur Annahme von Wittschriften an Se. Majestät den König, zu nennen, wozu sie keineswegs berechtigt war.

Das lächerlichste bei der ganzen Sache aber blieb, daß keine Behörde, weder der Magistrat noch der Polizei-Präsident, und ebenso auch nicht der neue Minister-Präsident Graf Arnim, ungeachtet der vielfach geschehenen Aufforderungen, es wagten, die Wittschriften-Kommission aufheben zu lassen.

Endlich gelang es dem Studenten-Korps, welches in dem Palaste die Wache hatte, in einer Nacht, wo Karrig mit einer geheimnißvollen Wichtigkeit die Posten revidiren wollte, denselben zur Haft zu bringen, und so wurde auch am nächsten Tage Normann von den Studenten festgenommen.

Ein ergreifendes Ereigniß bildete am 20. März die Freilassung der polnischen Gefangenen aus dem Staatsgefängniß bei Moabit.

Schon am Abend vorher, hatte sich eine Deputation der in Berlin anwesenden Polen auf das Schloß begeben, und dem König durch den Grafen Arnim ein Gesuch um Amnestie für die Gefangenen überreichen lassen; was auch der König genehmigte, und so öffneten sich um 1 Uhr Nachmittags die Thüren des Gefängnisses.

Es war ein rührender Triumphzug, welchen die Polen jetzt durch die Stadt unternahmen, unter dem Antheil der ganzen Bevölkerung, der sich in einem ungeheuern Jubel aussprach, und so weit ging, daß dem Wagen, auf welchem Mieroslawski sich befand, sogar die Pferde ausgespannt wurden.

So ging es jetzt unter einer immer mehr sich sammelnden Menschenmenge die Linden hinunter an der Universität vorüber, bis zum königlichen Schlosse.

Unterwegs hatte man ihnen aus allen Fenstern weiße Tücher entgegengeweht, wobei sich besonders die Frauen in einer begeisterten Hingebung äußerten.

Mieroslawsky, der schon lange her der erste Liebling der Berliner-Damenwelt war, stand hoch emporgerichtet auf seinem Wagen, und schwenkte die schwarz-roth-goldene Fahne in seiner Hand.

Der König selbst trat in Begleitung seiner neuen Minister Arnim, Schwerin und Bornemann auf den Balkon des Schloßes hinaus, und begrüßte den Zug, nachdem er dreimal seine Feldmütze schwenkte. Darüber jauchzte das Volk dem König ein tausendstimmiges Lebedoch zu, und Graf Schwerin sprach vom Balkon herab zu dem versammelten Volke.

Auf der Rückfahrt vom königlichen Schlosse wurde wieder vor der Universität angehalten, und hier hielt Mieroslawsky eine Anrede an das Volk, worin er diesem vorzugsweise den Dank für die Befreiung der Polen aus der zweijährigen Haft abstattete, und zugleich feierlich erklärte, daß Polen und Preußen künftig ein Brudervolk seyn sollen, und daß zur Sicherstellung eines freien Deutschland's, ein unabhängiges Polen als Vormauer gegen Rußland errichtet werden müsse.

In diesem Sinne der Rede, wurden in diesem Augenblicke zwischen den Polen und dem Berliner Volke die lebhaftesten Worte der Verbrüderung enthusiastisch ausgesprochen, und zum noch bessern Ausdruck dieser neuen Volksbrüderlichkeit von mehreren befreiten Polen an verschiedenen Orten die Wachen bezogen.

Auch verfaßten sie noch an demselben Tage eine Dank-Adresse an das Berliner-Volk, in welcher die auf den Straßen bereits kundgegebene Gesinnung noch inniger und ausführlicher ausgesprochen wurde.

Es war in der That eine wunderbar festliche Stunde, welche Berlin an diesem Mittag erlebte. Die schönste Frühlings-Sonne stand am heitern Himmel und beschien mit ihren ersten warmen Strahlen die in den Straßen sich hin und her bewegende Volksmenge; ja Berlin glich in diesem Augenblicke einer verzauberten Stadt; denn ein Taumel der Empfindungen hatte Alle ergriffen; und es schien wirklich, als wolle eine neue Aera der Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen, der innigsten Verbrüderung aller Völker anbrechen.

Während aber das Berliner Leben plötzlich diesen mächtigen innerlichen Aufschwung entfaltete, während ein wärmerer Puls durch das kalte Berlin ging, und ganz gegen die Berliner-Gewohnheiten, alle Menschen auf den Straßen, bekannt oder unbekannt sich herzlich mit einander ansprachen, hatte sich nach einer andern Seite hin die größte Verwirrung und Bestürzung mehr und mehr verbreitet, und bis zur Flucht unzähliger Familien, die sich hier nicht mehr sicher glaubten, gesteigert.

Dieses war nämlich der Adel der Hauptstadt, der schon vor dem Anfang des Kampfes, und gleich nach demselben sich zu flüchten angefangen, und seinen Weg besonders nach Potsdam genommen hatte.

An dem Morgen, wo sich nun die Geschichte mit dem Palast des Prinzen von Preußen zugetragen hatte, wurde dieses von der Adelsklasse für das äußerste Zeichen zu einem allgemeinen Angriff auf Eigenthum und Besitz angenommen, und so gingen

ganze Karavanenzüge von Emigranten mit Allem was sie nur in der Eile von ihren Habseligkeiten und Schätzen zusammenraffen konnten, nach Potsdam ab.

In dieser Stadt wurden jetzt alle Gasthöfe so sehr mit Menschen angefüllt, daß der dortige Gasthof zum Einsiedler das Ansehen der Arche Noah hatte, und schon sogar mehrere Familien bloß auf Strohlager in dem Speise-Saal untergebracht werden mußten.

Der Berliner-Adel, an welchem sich auch ängstliche Personen aus allen Klassen des Beamten und Bürgerstandes angeschlossen hatten, legte aber darin eine ganz unnöthige Furcht an den Tag, die bloß bewies, daß er sich bisher seinerseits in einem falschen Verhältniß zum Volke und zu dessen Forderungen befunden habe.

Bei manchen höheren Beamten, welche diese zaghafte Flucht mitmachten, schien sich zugleich das Gewissen erregt zu haben, welches ihnen dasjenige, was sie in ihren Stellungen bisher gethan und unterlassen hatten, in dieser entscheidenden Zeit vorhalten mochte.

Potsdam trat seit dieser Zeit in ein Verhältniß zu Berlin, in welchem es als der eigentliche Centralpunkt der Reaktion von den Berlinern angesehen wurde, und von dem man später alle Fäden zur Wiederherstellung des alten Zustandes der Dinge ausgehend betrachtete.

Der Adel hatte aber in Berlin und in Preußen gar kein bestimmtes Verhältniß mehr zur Nation gehabt; das Volk hatte den Adel weder gebraucht noch geachtet; und so war es jetzt eine bloße Illusion oder Täuschung seiner Furcht, das Volk werde in diesen Tagen seine Aufmerksamkeit oder gar seine Rache auf ihn richten.

Der 21. März brachte wieder ein neues Schauspiel, welches die vorangegangenen fast noch an Merkwürdigkeit und Wunderbarkeit übertraf.

Schon am Morgen dieses Tages, war aus der Decke'schen geheimen Ober-Hofbuchdruckerei nachstehendes Plakat verbreitet worden.

»An die deutsche Nation!« Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seyd fortan wieder eine einige große Nation, stark frei und mächtig im Herzen von Europa.

Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf einen heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt-Vaterlands gestellt.

Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volks, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation!«

Bei dieser eigenthümlichen Feierlichkeit, durch welche sich der König eine neue innige Verbindung mit dem Volksgeist anzubahnen gedachte, war es besonders auch auf eine Mitwirkung der Berliner-Studenten abgesehen.

Der neue Kultus-Minister Graf von Schwerin, begab sich dieserwegen in die Aula, und ließ die Studenten, welche im Kastanienväldchen theils mit dem Exercieren, theils mit der Einübung eines Volksliedes beschäftigt waren, dorthin einladen.

Hier hielt Graf Schwerin eine Anrede an sie, worin er den Studierenden sagte, daß der König sich an der Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen wolle, daß er in diesem Sinne, die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments anzubahnen beschloffen habe, und sich auch hier an die Spitze des Fortschritts und der Freiheit stellen werde.

Zugleich wies der Minister darauf hin, daß der König nächstens mit den deutschen Farben geschmückt in den Straßen Berlins erscheinen, und besonders darauf rechne, daß die akademische Jugend sich um ihn schaaren werde.

Bemerkenswerth war auch der Schluß in dieser Rede, worin er die Verantwortlichkeit der Minister hochleben ließ.

Die Studenten waren in diesen Tagen ein wichtiger Bestandtheil der Berliner-Bevölkerung geworden, so getheilt und schwach auch sonst die politische Bedeutung der Universität sich gezeigt hatte.

Die Studenten hatten sich aber durch ihren Antheil am Kampfe, noch mehr aber durch die Energie, mit der sie nachher die ihnen anvertrauten Waffen zur Herstellung der öffentlichen Ordnung gebrauchten, ein gewisses Ansehen beim Volke erworben.

Dieses glaubte auch der König jetzt für die von ihm beabsichtigte Demonstration benutzen zu müssen.

Es war ein richtiger Gedanke des Königs, daß er sich jetzt seinem Volke persönlich zeigen, und auf den neuen Grundlagen der Zeit auch eine neue persönliche Gemeinschaft mit demselben erstreben müsse.

Gegen die Mittagszeit erschien der König zuerst auf dem Hofe seines Schlosses am Eingang der Wendeltreppe zu Pferde; gekleidet in die Uniform des ersten Garde-Regiments mit einem Helm, und an seinem Arme mit den deutschen Farben.

Ihm folgten die in Berlin anwesenden Prinzen, unter welchen sich aber der Prinz von Preußen nicht befand; dann die Minister in gewöhnlicher bürgerlicher Kleidung, ebenfalls mit deutschen Farben-Bändern am Arme.

Als der König zuerst auf den Schloßplatz hinaus trat, sprach er zu dem um ihn sich drängenden Volke, folgende Worte: »Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle, ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung.«

Nachdem der König unter einem freudigen Jubelgeschrei des Volks diese Worte gesprochen hatte, bewegte sich der Zug weiter vorwärts durch die Straßen, wozu er sich in folgender Weise bildete. Zwei Generale, mit schwarz-roth-goldenen Schleifen am Arme ritten voran, ihnen folgten drei Minister mit

denselben Farben, darauf zwei Bürgerschützen zu Fuß und ein Stadtverordneter mit der dreifarbigen deutschen Fahne. Nun erst folgte der König von Prinzen und Generalen umgeben, in einer feierlichen und freudigen Haltung. Drei Studenten trugen ihm das Reichsbanner voran.

Der Zug bewegte sich zuerst über den Schlossplatz und die Schloßfreiheit, unter dem Jubel der Volksmassen und unter dem Plattern der weißen Tücher aus allen Fenstern.

An der Königswache hielt der König still und betrachtete sich die neue Bürgerwehre, welche ihn dort zum ersten Mal begrüßte.

Der König sprach jetzt die Worte: »Ich sehe Euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genug in Worten ausdrücken, was ich Euch danke, glaubt es mir!«

In diesem Augenblick hörte man eine Stimme aus der Menge laut ausrufen: »Es lebe der Kaiser von Deutschland.« Auf diesen Zuruf wendete sich der König mit einer unwilligen Kopfbewegung rasch um, und sprach: »Nicht doch, das will, das mag ich nicht!«

Der Zug bewegte sich jetzt wieder vorwärts bei der Statue Blüchers vorbei gegen die Lehrenstraße und über die Linden zurück.

An der Universität hielt der König abermals still, wo sich jetzt die Studierenden, unter Anführung der Professoren Müller und Hecker, in Reihe und Glied aufgestellt hatten.

Der König, der bei dem Denkmal Friedrich des II. Platz genommen hatte, sprach hier wieder folgende Worte: »Mein Herz schlägt hoch, daß es meine Hauptstadt ist, in der sich eine so kräftige Gesinnung bewährt hat. Der heutige Tag ist ein großer unvergeßlicher, entscheidender Tag. In Ihnen meine Herren, steckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studenten machen den größten Eindruck auf das Volk, und das Volk auf die Studierenden.

Ich trage die Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit nicht usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott!« (bei welchen Worten der König feierlich seine rechte Hand zum Himmel emporhob!)

Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon so oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volks gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegen schlagen, und der Wille des Volks mich unterstützen werde. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es der abwesenden studierenden Jugend; es thut mir unendlich leid, daß sie nicht Alle da sind. Sagen Sie es Allen!«

In diesem Sinne faßte der König seinen neuen Plan auf, sich an die Spitze der Freiheitsbewegun-

gen des deutschen Volkes zu stellen. Es war in der That ein, die Geister und die Herzen erhebender Augenblick.

Die Studenten schlugen mit ihren Waffen an einander, um dadurch den König zu begrüßen. Das Volk warf die Hüte mit den deutschen Nationalkorden in die Luft, und überall hörte man das jubelnde Geschrei »Friedrich Wilhelm lebe hoch.«

Am Abend desselben Tages erließ der König noch den Aufruf »An mein Volk und an die deutsche Nation,« welcher das nachher so ominös gewordene Wort »Preußen geht fortan in Deutschland auf;« und außerdem auch die Hinweisung auf eine deutsche Ständeversammlung, welche sich der König noch in der Weise dachte, daß der auf den 2. April einberufene vereinigte Landtag zugleich die Organe liefern sollte, mit welchen die Fürsten und Stände Deutschlands zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammentreten würden. Am Schlusse des Aufrufs wurde, um eine unverbrüchliche Bekräftigung aller dem Volke gegebenen Verpflichtungen zu ertheilen — noch gesagt: »Allgemeine Einführung einer wahren konstitutionellen Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten. Oeffentliche und mündliche Rechtspflege in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt. Gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse, und eine wahrhaft volkstümliche freisinnige Verwaltung, werden allein solche sichere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande seyn.«

Im Allgemeinen war jedoch die Stimmung in der Stadt bereits eine sehr gemischte und unklare geworden.

Die Bevölkerung traute nämlich dem eingetretenen Zustand der Dinge nach keiner Seite hin, und glaubte vielmehr, daß ein heimlicher Verrath im Werke sey.

Wenn auch das Gerücht von einem Anmarsche der Russen auf Berlin nur als eine halbkomische Gespensterfurcht des Volks angesehen werden konnte, so gewann dagegen das Andere immer stärker anwachsende Gerücht von den feindlichen Absichten des Prinzen von Preußen mehr und mehr eine unheimliche Kraft, die ganz Berlin in Schrecken setzte.

Dieses zeigte sich zuerst in der Nacht vom 20. auf den 21. März auf eine allerdings ziemlich räthselhafte und geheimnißvoll gebliebene Weise.

In dieser Nacht entstand nämlich plötzlich der Lärmruf, daß der Prinz an der Spitze sämmtlicher Truppen, die sich unter seinem Kommando gesammelt hätten, gegen Berlin im Anzuge sey, und die Stadt erobern wolle.

Von einem unbekanntem Reiter, der auf einem schwarzen Pferde durch die Straßen sprengte, war dieser Lärmruf zuerst verbreitet worden, während auf mehreren Bürgerwachen der Stadt, von einer bevorstehenden Gefahr wieder das entgegengesetzte Gerücht angemeldet wurde.

Am Hallischen Thore sagte man, das Schönhauser Thor werde bereits von den anrückenden Truppen gestürmt; kam man wieder zum Schönhauser Thore, so wurde hier mit der größten Bestimmtheit versichert,





L'esposizione delle vittime del Marzo in Berlino.

A mártírsi elesetek kiállítása Berlinben.

Die Ausstellung der März-Gefallenen in Berlin.

der Prinz von Preußen sey so eben auf der Frankfurter Eisenbahn mit seinen Getreuen und seinen Kanonen angekommen.

Auf solche Weise jagte Einer dem Andern Schreckensbilder in den Kopf, und in vielen Straßen fing man wieder an bereits Barrikaden zu bauen, und zwar von einer Größe und Festigkeit, wie solche selbst am 18. März nicht gesehen worden sind.

Die Aufregung erlangte einen ungeheuern Grad; viele Tausende von Menschen sammelten sich auf den Straßen, und schrien nach Waffen. Man hatte wohl Gewehre, Hacken und Picken, aber der Mangel an Munition, der in der Stadt herrschte, vermehrte den Schrecken und Glauben an einen längst schon beabsichtigten Verrath.

Indessen verpuffte die ganze Aufregung in einem weientlichen Nichts; und da man sah, daß von allen diesen Befürchtungen nichts zu besorgen war, so zogen die Bürgerwehr-Patrouillen in den Straßen umher, um die versammelten Volkschaufen zu zerstreuen, damit sie sich zur Ruhe nach Hause begeben.

Am andern Morgen rieb man sich verwundert die Augen, und räumte die Barrikaden wieder weg.

Auf diese Weise entstand jetzt in Berlin zum ersten Mal der Gedanke, daß das Ausstreuen falscher Gerüchte und Nachrichten zu den Wirkungsplanen der Reaktion oder Rückwirkungs-Partei gehören könne, in der Absicht, dadurch einen neuen Zusammenstoß herbeizuführen, in welchem das Volk der Gewalt erliegen, und die errungenen Vortheile wieder preisgeben müsse.

Am 21. März hatte der König auch eine Deputation der städtischen Behörden von Breslau und Liegnitz empfangen, welche als Ausdruck der überwiegenden Mehrheit dieser Städte den Antrag stellte, daß der König das neue Wahlgeseß, auf Grund dessen die neue Volksvertretung sich bilden sollte, ohne ständischen Beirath selbst erlassen möchte.

Der König erklärte, darauf keinen bewilligenden Bescheid geben zu können, sondern das Wahlgeseß der Begutachtung des vereinigten Landtags vorlegen zu müssen, wenn nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem der Schlesier anschließen wolle.

Dieses wurde auch dann in einer neuen Proklamation an das Volk am 22. März veröffentlicht, und es wurden dabei wieder neue Punkte angegeben, über welche der König der künftigen neuen Vertretung des Volkes Vorschläge vorlegen werde, nämlich: Ueber Sicherstellung der persönlichen Freiheit. — Ueber freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht. — Ueber eine allgemeine Bürgerwehr-Verfassung mit freier Wahl der Führer. — Ueber die Verantwortlichkeit der Minister. — Ueber die Einführung von Schwurgerichten für Strafsachen, nämlich für alle politischen und Preßvergehen. — Ueber die Unabhängigkeit des Richterstandes. — Ueber die Aufhebung des erimirtten oder ausnahmsweisen Gerichtsstandes, der Patrimonial- oder erblichen Gerichtsbarkeit und der Dominial- oder herrschaftlichen Polizei-Gewalt.

Am Schluß dieser Proklamation stand noch die Bemerkung, daß das stehende Heer nächstens auf die neue Verfassung beeidigt werden solle.

Die Berliner-Zeitungen vom 22. März brachten zugleich die amtliche Nachricht, daß der Prinz von Preußen nach London abgereist sey, wo er auch wirklich am 26. März ankam, und in dem Hôtel der preussischen Gesandtschaft sein Absteigquartier nahm.

Später meldete auch die englische Zeitung, die Times (Zeims), die Ankunft des Prinzen, und suchte dabei zugleich das Gerüde, welches sich gegen den Prinzen bisher erhoben hatte, als wäre er der Schuldtragende an den Berliner-Ereignissen, als gänzlich unwahr zu entkräften.

Um den armen Volksklassen eine Erleichterung zu verschaffen, hatte der König auch die Verordnung erlassen, daß alle in den königlichen Leibhäusern oder Versagämtern versegten Pfänder bis zu dem Betrage von fünf Thalern den Besitzern der Pfandscheine unentgeltlich zurückgegeben werden sollten.

Da in diesem Wohlthätigkeitssinne auch die städtischen Behörden nicht zurückbleiben, und etwas für das Volk thun wollten, so wurde auch von dieser Seite beschlossen, die Pfänder, welche bei den privilegierten Pfandleihern versegelt sind, unter derselben Begünstigung den Besitzern der Pfandscheine zurückzugeben.

Am 22. März fand die feierliche Beerdigung der gefallenen Märzkämpfer statt, die in einer wahrhaft großartigen und erhebenden Weise vor sich ging, und gewissermaßen den Höhenpunkt der Berliner-Revolution in ihrer wahren volkthümlichen Reinheit und Würdigkeit bezeichnete.

Es gab in Berlin schon Leute, die zu einer raschen Versöhnung und Ausgleichung alles Geschehenen geneigt waren, und die gemeinschaftliche Bestattung aller Gefallenen, sowohl vom Civil- als vom Militär wünschten, wozu sich auch ein besonderes Beerdigungs-Comité gebildet hatte.

Hier sprach sich aber die Volksstimme energisch dagegen aus, und es zeigte sich, daß dieser Zwiespalt noch unvermittelt und schroffer als jemals in den Gemüthern lag, denn das Volk wollte eine Entweihung des Andenkens seiner Märzhelden darin finden, wenn dieselben mit ihren Feinden zugleich in die Gruft gesenkt werden sollten.

Schon am frühen Morgen war in der Stadt eine große und rührende Lebendigkeit bemerkbar, und man rüstete sich in allen Straßen und Häusern zu der großen Trauerfeierlichkeit her.

Ueberall flatterten große Trauerflöre, und schwarze Fahnen wehten auf den Stadthöfen und den Thürmen des Schlosses. Die ganze Bevölkerung erschien mit den Zeichen der Trauer an Arm und Hut, die Frauen größtentheils in schwarzen Kleidern, wer aber theilnamlos an der Feierlichkeit blieb, hielt sich tief in seiner Wohnung verborgen.

Der erste Schauplatz der Trauerfeier war der Platz vor der neuen Kirche am Gensdarmenmarkt, wo die Särge der Todten auf einer, mit schwarzen

Flören, Blumen und Kränzen geschmückten Estrade aufgestellt waren.

Die Zahl der Leichen, die an diesem Tage zu ihrer Ruhestätte geleitet werden sollten, war 187, während noch eine große Zahl Verwundeter und ihrem Tode Entgegensehender in den Spitalern und in den Häusern umher lagen.

In den Särgen lagen die Barrikaden-Kämpfer, an deren Tod das Volk das neue Zeitalter seiner Freiheit und Mündigkeit anknüpfte. Doch befanden sich auch Frauen und Kinder und andere Personen, welche durch Zufall oder Unglück das Opfer der Kampfnacht geworden waren, in diesen Särgen.

Um Mittag gegen 2 Uhr begaben sich die verschiedenen Züge, welche sich auf ihren Sammelplätzen geordnet hatten, nach dem Gensdarmenmarkt, wo sie sich in einer bestimmten Gliederung nach den Gewerken und Korporationen, die sie vertraten, aufstellten.

Unter dem Gesäute der Glocken fing zuerst die kirchliche Handlung mit der Einsegnung über die Särge an, und zwar von drei Predigern, der evangelischen, der katholischen und der jüdischen Gemeinde. Hierauf setzte sich der gewaltige Zug in Bewegung, der durch ein von der Bürgerwehr gebildetes Spalier und durch die ungeheure Volksmenge, die sich in einer wunderbaren Stille und Ordnung aufgestellt hatte, hindurchschritt.

Es war ein sonniger Märztag von feltener Schönheit, denn ein klarer blauer Himmel stand über dem durch die Straßen dahin wallenden Zuge, der beispiellos in seiner Art war, nachdem ein Ähnliches kaum jemals gesehen worden.

Die Bürgergarde eröffnete den Zug; ihr folgte eine Handwerker-Innung mit ihrer Fahne, dann erschien eine Anzahl von Frauen und Mädchen, welche die Blumen und Kränze trugen, die man zum Schmucke der Gräber bestimmt hatte. Nun folgten die Särge die mit blumenreichen Kränzen umwunden waren, und sämmtlich von Bürgern getragen wurden.

Der Name eines jeden Todten stand auf einer, an dem Sarge befestigten Tafel.

Es folgte immer eine Gruppe von einigen Särgen zusammen, und hinter diesen eine angemessene Anzahl von Begleitern. Darunter sah man sämmtliche Handwerks-Innungen mit ihren besonderen Sinnbildern und Fahnen, die gesammte Geistlichkeit der Stadt, die Professoren der Universität in ihrer Amtstracht, dann eine große Anzahl von Studenten bewaffnet und nach Rotten abgetheilt, wie sie sich als akademische Legion gebildet hatten, voran das Reichsbanner und die deutsche Fahne tragend.

In einer militärischen Haltung und gleichfalls bewaffnet, schlossen sich auch die Mitglieder des Handwerker-Vereins dem Zuge an, dann kamen noch dazu viele Fabrikarbeiter und Maschinenbauer in dem Aufzuge, wie sie auf den Barrikaden gekämpft hatten. Viele gab es unter diesem Zuge, welche den verwundeten Arm in der Binde trugen, oder noch mit einem verbundenen Kopf u. s. w.

Besonders bemerkenswerth war der Zug der Polen, mit der deutschen und mit der rothweißen polnischen Fahne, dann der Zug der Italiener, zum Theil aus Sängern der italienischen Oper bestehend, mit ihrer grün-roth-weißen Nationalfahne.

Die verschiedenen Vereine der Stadt, der Verein der Freimüthigen, der Schriftsteller und anderer Gesellschaften, folgten gleichfalls dem Zuge mit ihren Bannern und Fahnen.

Zwischen jeder Abtheilung des Trauerzuges ging eine Musikbande, welche größtentheils den Choral »Jesus meine Zuversicht« ausführte.

Mehrere benachbarte Städte, so wie auch die deutschen Städte Hamburg und Braunschweig hatten Abgeordnete abgeschickt, um dieser Leichenfeier beizuwohnen.

Eine besondere Abtheilung des Zuges bestand aus den Leidtragenden, aus weinenden Aeltern, Geschwistern, Frauen und Kindern der Gefallenen, welche auf beiden Seiten von Geistlichen begleitet wurden, welche ihnen Trost zusprachen.

Dieser Zug bot einen ungemein schmerzvollen Anblick dar, und hatte noch dadurch ein ungemein Ergreifendes, da man an diesen Hinterbliebenen größtentheils Personen sah, welche der ärmsten Bevölkerung angehörten.

Der lange, fast unabsehbare Zug dauerte gegen drei Stunden, bevor er den Leichenhof vor dem Landsbergerthore erreichte.

Man überblickte mehr als 20,000 Menschen, die sich in einer Ordnung und Würde im Zuge darstellten, die auch auf die ungeheueren Volksmassen, welche den Zug von beiden Seiten begleiteten, überging; — ja auf dem weiten Wege entstand unter der Menge nicht das mindeste Gedränge, und in lautloser Stille vollendete sich der Zug.

Als derselbe am Schlosse vorüberzog, erschien der König auf dem Balkon, umgeben von einigen Ministern, und blieb dort mit entblößtem Haupte stehen, bis alle Särge an ihm vorübergegangen waren.

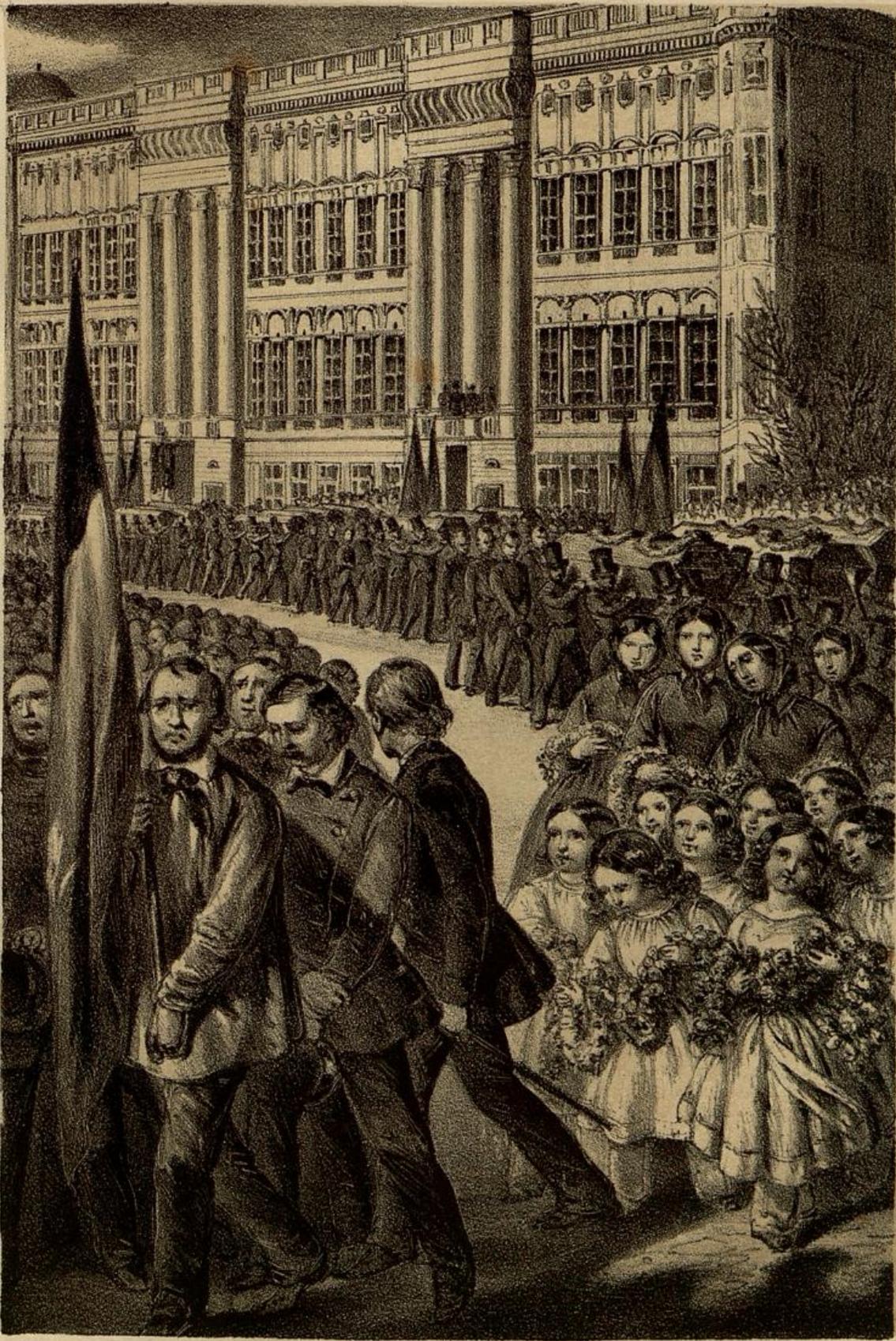
Es war die erschütterndste Neuue, die jemals ein König abgehalten hatte, denn es konnte keinen ergreifenderen Anblick geben, als diese vielen, durch die Luft dahinschwebenden gelben Särge zu sehen, in welchen das Volk seine Kämpfer zur Erde bestattete.

Auf einer Anhöhe des Friedrichbains vor dem Landsberger-Thore, war den Märzkämpfern eine gemeinschaftliche Ruhestätte bereitet worden, und der dazu bestimmte Platz von den Barrikadenkämpfern selbst ausgeschäufelt worden.

Die Begräbnisstätte, welche einen Höhepunkt über der Stadt bildet, wurde durch die Reden der Geistlichen und durch die Ehrensalven der Schützengilde eingeweiht. Die Särge wurden in einer im Viereck ausgeschäufelten Grube so aufgestellt, daß der ganze Zug hindurch marschiren konnte.

Nach der Beendigung der Trauerfeierlichkeit stieg das Volk zu den Gräbern hinab, um noch den letzten Abschied von den Todten zu nehmen.

Die Beerdigung der Leichen aus dem Militär erfolgte erst am 25. März in der frühen Morgen-



Utomnenet a Márzini Efesteknek Berlinbe.

Il pompa funerale per i caduti da Marzo a Berlino.







La libertà della stampa di Berlino

A Berliini sajtószabadság

stunde, und man sah hier mit Erstaunen, daß nur 15 Soldaten, nämlich: 2 Unter-Offiziere und 13 Gemeine als Opfer der Nacht des 18. und 19. März zur Erde bestattet werden sollten.

Dadurch verbreitete sich jetzt im Volke aufs Neue das Gerücht, daß das Militär seine Todten noch während des blutigen Kampfes selbst fortgeschafft, und zum Theil auf Wagen, zum Theil auf Schiffskähnen nach den benachbarten Orten habe bringen lassen.

Besonders wollten viele Augenzeugen ein ganz mit Leichen angefülltes Schiff gesehen haben, das nach Spandau abgefahren sey. Man war aber über diesen Umstand niemals recht ins Klare gekommen, indessen hatte man aber sicher schon früher eine bedeutende Anzahl Militär in aller Stille beerdigt.

Jetzt begann in Berlin der neue Hauch der Freiheit nach allen Seiten hin ein wärmeres hoffnungsvolles Leben, ein fröhliches und energisches Volkstreiben zu entwickeln.

Die Berliner-Presse, welche am 20. März zum ersten Mal die Fesseln der Censur abgeworfen hatte, erschien plötzlich mit einem frei gewordenen Munde und einem Jubelruf über die Berliner Revolution, der sie in ihren ersten Tagen in ihren beiden alten privilegierten Morgenblättern nur sehr spröde Zugeständnisse gemacht hatte.

Die Wossische Zeitung, nachher als »Dante Woss« in einem gewissen Gevaterschafts-Bündniß mit der Reaktion stehend, ließ jetzt sogar ein Extrablatt der Freude über die Berliner-Revolution erscheinen.

Das Hof-Journal »die Allgemeine preussische Zeitung« glaubte dagegen in dem alten Polizeistyl des ministeriellen Berichtungs-Bureau fortzufahren, und die stattgefundenen Ereignisse zerlegen zu können, wie nämlich ein Artikel, welcher die ganze Wendung der Dinge auf den einzig und allein maßgebend gewesenen Befehl des Königs zurückführte, die Veranlassung gab, daß das Bureau dieser Zeitung von einer Volksmenge besucht und der bisherige Redakteur Zuckeisen genöthigt wurde, abzutreten.

Eine Bewegung im entgegengesetzten Sinne fand gegen die Berliner »Zeitungshalle« statt, in welcher am Tage nach dem Begräbniß der Märzkämpfer ein sehr heftiger Artikel erschien, welcher gegen das zu frühe Kubepredigen eiferte, und namentlich das Bürgerthum dieser, der Freiheit gefährlichen Richtung anklagte, wobei bewaffnete Bürgerwebränner und viele andere Personen wüthend auf das Bureau eindrangten, und den Redakteur Julius als einen Aufwiealer verhaften wollten.

Eine eigenthümliche Frucht zeitigte aber die neu gewonnene Pressfreiheit in der Volks- und Straßen-Presse, die in Berlin einen ungemein raschen und üppigen Aufschwung bekam, und dem Berliner-Volkswitz plötzlich ein politisches Gewand anzog, in welchem er die merkwürdigsten und tollsten Sprünge machte.

Die Straße wurde mit Erzeugnissen dieser Presse in Plakaten und Flugblättern aller Art überschwemmt, und das Volk las gehend und stehend mit der größ-

ten Begierde Alles, was ihm in dieser Weise geboten wurde.

Die neu ausschlagenden Bäume unter den Linden lockten die Spaziergänger diesmal besonders durch die an ihnen angehefteten Anschläge, die jeden Morgen wie aus der Erde gewachsen hervorkamen, und die Ereignisse des Tages in einer pikanten Weise und nicht selten auch im Berliner-Volksdialekte vortrugen.

Ja diese Volkspresse vermehrte ihre Produkte bald so, daß die Jungen, welche sich vorzugsweise mit ihrem Verkaufe beschäftigten, ihren fliegenden Buchhandel immer mehr zu einem bestimmten Geschäfte organisiren konnten.

Was man auch gegen den ausschweifenden Ton dieser Blätter oft erinnern konnte, und wie sehr darin nicht selten der blinden Leidenschaft gebulldigt und gegen eine gerechte Würdigung der Sachlage gefehlt worden seyn mag; so hat doch auch dieser fliegende Buchhandel viel dazu beigetragen, den politischen Verstand des Volkes zu bilden und überhaupt das politische U. B. C. unter die Leute zu bringen.

Zugleich lernte das Berliner-Volk jetzt in der ihm verständlichen Sprache die Gegenstände kennen, um die es sich eigentlich handelte, nämlich die Gegenstände sowohl seines Hasses, so wie seiner gerechten Forderungen.

Die fliegenden Buchhändler Berlins wurden mit einem Worte kurz die Haupt-Trabanten seiner Revolution, und sie wurzelten bald so fest in den Bedürfnissen des Volkes, daß alle nachherigen Versuche der Behörden, diesen Handel wieder zu verbieten, fast fruchtlos blieben.

Neben der freien Volkspresse, und zum Theil in naher Verbindung mit ihr, wirkte das Recht der freien Vereinigung, von welchem jetzt in Berlin der begierigste Gebrauch gemacht wurde.

Schon am 22. März hatte sich im Hôtel de Russie ein politischer Klubb gebildet, aus welchem später, als die Berliner-Demokratie als solche sich spezifisch abzusondern anfang, der »demokratische Klubb« hervorging.

Dieser politische Klubb, der sich rasch unter dem ersten Eindruck der großen Ereignisse zusammengelassen hatte, zählte besonders die jungen, von der Revolution begeisterten Leute zu seinen Mitgliedern. Der Präsident dieses Klubbs war zuerst der bekannte Schriftsteller Fichter, der sich in diesen Tagen schon bei verschiedenen Gelegenheiten zum Volksanführer emporgeschwungen und ein nicht gewöhnliches Talent an den Tag gelegt hatte, die Volksmassen zu behandeln und auf die Beine zu bringen.

Diese an sich sehr untergeordnete Persönlichkeit bezeichnete recht eigentlich den Typus der Volksmänner vom Jahre 1848. Die gänzliche Verwahrlosung des Volkes in allen politischen Begriffen konnte noch keine höher ausgebildeten Männer brauchen, und bedurfte für den Augenblick nur einer einfachen natürlichen Kost, um seine ersten politischen Nahrungs-Bedürfnisse befriedigen zu können, und diese reichten ihm auch wirklich die neuen Klubbsgenies, welche bald in einer größern Anzahl auftauchten, nach Wunsch.

Redner, wie es Eichler war, und welche mit der größten Auffassungsweise des Volks, und besonders der Arbeiter wohl verwandt waren, streueten allerdings politische Begriffe, aber auch freilich manches Gift und vielen Unsinn aus.

Gegenüber dem »demokratischen Klubb« hatte sich am 27. März der »konstitutionelle Klubb« gebildet, der aus besonneneren und gemäßigteren Personen bestand.

In der Frage über das Wahlgesetz zeigten sich diese beiden Klubs, wie andere Versammlungen, zuerst in ihren verschiedenen prinzipiellen Grundsätzen, in welche die ganze Stadt in dieser Angelegenheit auf das Heftigste zerfiel.

Die demokratische Parthei, welche sich in dieser Sache zuerst abzutrennen anfing, wollte und petitionirte, daß der König selbst unmittelbar ein Wahlgesetz zur Bildung der neuen Volksvertretung erlassen möchte. Es war dieses zugleich eine Forderung der Revolution, welche damit geltend machen wollte, daß ein gewaltiger Umsturz des alten Staats und aller seiner Verhältnisse stattgefunden habe, und durch die unmittelbar zu bewirkende Ausschreibung der Wahlen sofort anzuerkennen sey.

In diesem Sinne wirkte jetzt der demokratische Klubb durch Verhandlungen und Adressen, während der konstitutionelle Klubb die Gegenansicht bekämpfte, daß nämlich das Wahlgesetz durch den vereinigten Landtag beraten werden müsse.

Die konstitutionelle Parthei legte ein besonderes Gewicht darauf, weil sie dadurch einen organischen Uebergang und eine allmähliche Hinüberleitung der alten Staatsverhältnisse in die neuen manifestiren wollte.

Die prinzipielle und thatächliche Bedeutung der Berliner-Revolution war damit gewissermaßen in Abrede gestellt und beseitigt.

Eine Volks-Versammlung unter den Zelten hatte die Abweisung des vereinigten Landtags, als eines hinter dem Geist der Zeit zurückgebliebenen Körpers, am stärksten ausgesprochen, und den Erlaß eines auf direkte Wahlen begründeten Wahlgesetzes vom König zu einer Adresse gefordert.

In diesen Volksversammlungen unter denselben, die bald in regelmäßiger Weise Statt fanden, bildete die Berliner-Demokratie ihre eigentlichen Typen aus, und das Volk strömte stets begierig und in großer Anzahl zu diesen Zusammenkünften herbei, in welchen es eigentlich zuerst von seiner berechtigten Existenz als Volk, von seinen Forderungen und von seiner Zukunft etwas sprechen hörte.

Unter den Helden der Volks-Tribune thaten sich hier besonders Eichler und Held hervor. Held war früher preussischer Lieutenant, wurde nachher wandernder Schauspieler, Dichter, und politischer Schriftsteller. Durch die vom König erlassene Amnestie wegen politischer Umtriebe und Preßvergehen so eben von der Festung Magdeburg aus seiner Haft entlassen, feierte er jetzt unter den Zelten seine ersten Großthaten als ein Berliner Agitator.

Seine Verebbarkeit, die sich auf das alltägliche und triviale beschränkte, und zugleich durch ein eigenthümliches Gemisch von populären Witz und demokratischen Fanatismus zu wirken suchte, machte ihn bald zum Liebling der Volksmassen, aus welchen er besonders die Arbeiter für sich zu gewinnen wußte.

Vorzüglich war aber sein Einfluß bei den Maschinen-Arbeitern, die zu einem eigenen Verein zusammentraten, wo Held durch einige Zeit unbedingt über diesen bedeutendsten und zahlreichsten Theil der arbeitenden Bevölkerung gebieten konnte.

Unter den andern Persönlichkeiten der Zeltentribune hat sich auch der Konditor (Zuckerbäcker) Karbe hervorgethan, eine der grotesksten Figuren der Berliner-Demokratie, in welcher die Firma »Walter Karbe,« durch einige Zeit einen guten Klang hatte.

Er war ein beinahe siebenzigjähriger Greis mit einem silberweißen Haar und Bart, dem ein gewisser feuriger Schwung der Rede nicht abzusprechen war, obwohl man ihn recht gut den Polonius der Berliner-Volks-Tribune hätte nennen können.

Dieser Volksheld war früher Lehrer gewesen, hatte aber das Schulamt mit dem Konditorgeschäft vertauschen müssen. Als die Polizei wegen einiger ausschweifenden Zeltensreden ihn zu verhaften suchte, gelang es ihm durch einige Wochen sich jeden Aufgriffs zu entziehen.

Nicht weniger spasshaft war die Figur des sogenannten Lindennüller, auch der Präsident des souverainen Lindenecken-Klubs genannt, da sich nämlich an der Ecke der Friedrichstraße und Linden Abends nach 10 Uhr gewöhnlich ein aus allen Klassen gemischte Straßen-Reunion zusammengestellte, welche über die Tagesereignisse sprach, und wobei dieser Müller ein ehemaliger Kaufmann — durch seinen echten Berliner-Humor eine Hauptrolle übernahm.

Dieser Mann büßte aber später etwas an seiner Popularität ein, weil man ihn an einem Tage, wo ein bedeutender Arbeiter-Krawall in der Stadt ausgebrochen war, unter einer Latz versteckt fand, was nun seinen volkstümlichen Namen auch in den des Tonnen-Müller abänderte.

Bei einer andern Gelegenheit, als die Portale des königlichen Schlosses mit großen Eisengittern versehen werden sollten, und das Volk der Einhängung derselben sich gewaltsam widersetzte, that sich dieser Tonnen-Müller als Anführer hervor, was nun die Ursache war, daß er später, als nach Verbängung des Belagerungszustandes über Berlin, die sämtlichen Akten des ganzen Sommer-Prozesses revidirt wurden, und sich jetzt zeigte, daß man bei der scheinbaren Blindheit der Behörden, doch Alles genau gesehen und im Buche aufgezeichnet hatte, — dem Gerichte überliefert wurde.

Uebrigens sind von den übrigen Helden der Zelte noch zu nennen, Schramm, der später zeitweise Abgeordneter der National-Versammlung war, — Jung, das bekannte Mitglied der äußersten Linken der National-Versammlung, — Graf Pfeil und

Ottenhofer, zu welchen sich auch öfter der aus Leipzig gekommene Arnold Ruge gesellte.

Die Berliner-Demokratie bildete sich zuerst in sehr allgemeinen Zügen nach Phrasen aus, aber in ihren Prinzipien und Charakteren war sie noch einem wüsten Acker gleich, der auf seine eigene Verwilderung zu spekuliren schien, und seinen Anbau versäumte.

Die Persönlichkeiten der Demokratie, welche zuerst im Jänner 1848 das Terrain behaupteten, trugen wieder dazu bei, es zugleich zu verderben.

Die Demokratie war nur die hohe Schule der Putschs, wobei für die innere Feststellung und Ausbildung des demokratischen Prinzips selbst sehr wenig gescheh, und der Verwirklichung des wahren Ziels im Gegentheil immer größere Hindernisse bereitet wurden.

In den Versammlungen unter den Zelten wurden die Exercizien der Demokratie oft in der buntschweifigsten und scurrilsten Weise gemacht und manches Ding einstudirt, welches das Volk bisher nicht dem Namen nach gekannt hatte.

Nicht weniger waren über eine demokratische Letzete bestimmte stillschweigende Konventionen getroffen worden.

Die blaue und grüne Blouse, die zu Anfang aus einer Art von Brüderlichkeits-Demonstration für die Arbeiter von vielen Demokraten angelegt wurde, blieb vereinzelt. Dagegen wurde der lange Kinnbart, der graue, runde, an der Seite aufgeklappte Hut, oder auch der schwarze Kalabreier-Hut, das Hauptzeichen eines demokratischen Partei-Mitgliedes.

Die schwarz-roth goldene Kokarde, die zuerst von allen demokratisch Gesinnten eifrig getragen wurde, verschwand immer mehr und mehr, je nachdem die von der Partei gehegte Aussicht durch die deutsche National-Versammlung in Frankfurt das Reich der Demokratie verwirklicht zu sehen, dahin schwand.

Die unterste Schichte der Berliner-Demokratie bildeten die Erdarbeiter, unter welchen besonders diejenigen, welche bei der Abtragung der Kehlberge, auf Kosten des Berliner-Magistrats, für einen sehr guten Tagelohn beschäftigt wurden, mit der bald sehr berühmt gewordenen Firma der »Kehlberger« eine Glanzrolle in der Berliner-Volksbewegung zu spielen angingen.

Diese Kehlberger zeichneten sich besonders durch ihre runden gelben Strohhüte aus, an welchen eine rothe oder gelbe Hahnenfeder aufgesteckt war, und die ihnen das abenteuerlichste und verwegendste Ansehen gab.

Auf den Kehlbergen, ungefähr eine Meile von der Stadt entfernt, führten sie ein wahres Schlaraffenleben, und verzehrten ihren Tagelohn in idyllischer Beschaulichkeit und in politischen Gesprächen, in welchen sie sich durch ihre Arbeit nur wenig hören ließen.

Nicht selten empfingen sie auch sehr dringende Besuche von Emissären aller Art, die sie bald zu dieser, bald zu jener Bewegung, wozu man ihre Ankunft in der Stadt bedurfte, zu bewegen suchten.

Nun sah man sie in geordneten Kolonnen, einen Fahnenträger voran, in die Stadt einmarschiren, und wirklich brachten sie auch sogar einige Mal zu einem bloß demonstrativen Zweck ihr Arbeitszeug mit.

Diese Kehlberger, so wie auch die am Plözenlee und auf dem Köpnick-Seele beschäftigten Kanal-Arbeiter, halfen das eigentliche Schaumspitzen der Berliner politischen Bewegung vom Jahre 1848 besorgen, bildeten aber für dieselbe eine höchst zweifelhafte Grundlage, da sie als Parteigänger jedenfalls nicht sicher waren und den verschiedenartigsten Einflüssen dienstbar standen.

Auf den Straßen zu Berlin warfen sie hin und wieder auch mit einigen kommunistischen Redensarten um sich, die ihnen aber ebenfalls nur einstudirt waren.

Dieser Klasse von Arbeitern gegenüber, stellten die Maschinenbauer und Eisenarbeiter gewissermaßen eine höhere Gattung dar, die sich als solche ihrer politischen Stellung bewußt war, und mit einer weit überlegenen Einsicht und Lauterkeit auf die Tagstragen einging.

Mit einem großen Selbstbewußtseyn, nannten sich auch die Maschinen-Arbeiter von Berlin in einem Mauer-Anschlage die »ebernen Säulen der Demokratie.«

Aus ihrem Verein, in welchen sie wöchentlich einmal alle Staatsfragen verhandelten, ging auch ein Blatt zur Besprechung der Arbeiter-Interessen hervor, in welchem der politische Theil bereits auf die äußersten Konsequenzen des demokratischen Prinzips hinarbeitete. Indessen blieb aber die Berliner-Demokratie immer noch sehr weit entfernt von eigentlich republikanischen Absichten.

An die Republik als Staatsform dachten im Grunde nur Wenige; und was der Menge und ihren Anführern vorschwebte, war nur im Allgemeinen die unbedingte Anerkennung der Souveränität des Volks, und eine darauf begründete Ausgleichung aller politischen und gesellschaftlichen Gegensätze, durch welche das Volk bisher übervothert worden ist.

Wirft man nun einen Blick auf den Gang der neuen politischen Entwicklung, wie sie seit den Märztagen von oben und unten betrieben wurde, und die, weil auf keiner Seite prinzipielle Normen bestanden, zuletzt in ein peinliches Gedränge zum entschiedenen Nachtheil des Volks und seiner Rechte gerathen mußte. Wie sehr es besonders dem König mit seinen gegebenen Versprechungen und Zugeständnissen, und mit dem neuen Staatsprinzip überhaupt ein unverbrüchlicher und innerlicher Ernst war, zeigte sich besonders bei dem merkwürdigen Besuch, welchen er am 25. März in Potsdam machte, wo er das gesammte Offiziers-Korps der Garde-Truppen zu sich auf das Schloß rufen ließ, und diesem in einer Anrede auseinander setzte, daß er Alles was er gegeben und gethan, »aus vollster und freier Ueberzeugung gethan, und längst schon vorbereitet habe.«

Durch diesen Besuch, durch welchen der König eigentlich am ausdrücklichsten die Berliner-Ereignisse in ihrer Kraft und in ihren Folgen bestätigte, wollte er nach drei Seiten hinwirken: nämlich, er wollte dem in Potsdam und auch anderswo verbreiteten Gerüchte, daß er in Berlin nicht mehr frei sey, sondern vom Volke gewissermaßen gefangen gehalten werde, durch sein Erscheinen begegnen; — dann wollte er auch den Berlinern beweisen, daß sie von Pots-

dam aus keine »Reaktion« zu befürchten hätten; — endlich aber war es ihm auch damit in diesem Augenblicke Ernst, auf den Geist des preussischen Offiziers-Korps zu wirken, und diesem eine neue Stellung im neuen Staate anzuweisen, nachdem er sagte: »In Berlin herrscht ein so ausgezeichnetes Geist in der Bürgerschaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist. Ich wünsche daher, daß auch das Offiziers-Korps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfasst habe, und daß Sie Alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie sie sich als treue Soldaten bewährt haben.«

Man muß hier sichtbar zugeben, daß ein König, der noch vor Kurzem auf der steilen Höhe des Militär-Staats gestanden ist, nicht demokratischer sprechen konnte. Dem König Friedrich Wilhelm dem IV. war in der That durch den frischen Hauch der Volksbewegungen vom Jahre 1848 sein Herz geschwollen, seine ganze Anschauungsweise hatte sich verjüngt und umgewandelt, und seine rasch entzündliche Phantasie, so wie sein leicht bewegliches Gemüth, hatten an diesem Wunder der plötzlichen Umkehrung nicht den unwesentlichsten Antheil.

In einem solchen hinreißenden Augenblick, wo sich dem König alle bisherigen Fesseln und Bedingungen vor seinen Blicken und in seinem Bewußtseyn auflösten, hatte er auch die aus Posen angekommene Deputation empfangen, an deren Spitze der Erzbischof von Pryluskki stand.

Auf die Vorstellung dieser Deputation genehmigte der König jene »nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen« — ein vielbedeutendes Wort, an welches sich bald das unheilvollste Zerwürfniß zwischen den beiden Bevölkerungen der Provinz knüpfen sollte.

Die »Kommission aus beiden Nationalitäten«, welche nach der Kabinettsordre vom 24. März zur Berathung dieser »Reorganisation« nachgegeben wurde, ward der Anfang der unauflöblichen und blutigen Verwicklungen, welche nachher alle Verhältnisse der Provinz durcheinanderfallen ließen; und der Stellung der polnischen so wie der deutschen Nationalität gleich verderblich wurden.

Was die deutsche Frage betraf, so geschah ebenfalls zur Erledigung derselben von Seiten des Königs ein neuer Schritt. Der König hatte nämlich die deutschen Bundesfürsten und Regierungen zum 25. März nach Dresden oder Potsdam eingeladen; aber dieser deutsche Kongreß, auf welchem über die Zusammensetzung eines allgemeinen deutschen Landtags aus den Organen der verschiedenen deutschen Ständeversammlungen berathen werden sollte, war im Orange der nächsten Tagesverwicklungen wieder aufgegeben worden.

Indessen kamen in den letzten Märztagen die Abgeordneten mehrerer deutschen Staaten in Berlin an, um sich über die Frage mit der preussischen Regierung zu verständigen, und es wurde hier zuerst in einer bestimmten Uebereinkunft die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung des gesammten Bundes unter Einem zu erwählenden Bundeshaupten, eines aus den Bundesgliedern oder deren Delegirten bestehenden

Oberhauses, und eines demselben zur Seite stehenden Unterhauses von Abgeordneten der Nation erklärt, und zur Anbahnung dieses Weges beschlossen, siebenzehn Vertrauensmänner der Nation der Bundesversammlung beizuordnen.

Preußen schickte zu diesem Zwecke Dahlmann ab, der in Berlin bei den ersten Beratungen über die neue Verfassungsgestaltung von Preußen zugegen war, und auch an der Ausarbeitung des dem vereinigten Landtag vorzuliegenden Wahlgesetzes Antheil genommen hatte.

Die Stimmen gegen das Zusammentreten des vereinigten Landtags, hatten sich im ganzen Lande gemehrt, und geschärft. Eine Volksversammlung von mehr als 20,000 Personen, welche vor dem Schönhäuser-Thore Statt fand, und besonders eine neue Regelung der Arbeits-Verhältnisse zu ihrem Gegenstande hatte, faßte auch in Bezug auf die Angelegenheit einen Beschluß, und trug in einer Adresse an den König auf die Einberufung einer, aus Urwahlen hervorgegangenen gesetzgebenden Versammlung an.

An eine der Deputationen, welche aus dieser Versammlung an den König abgeschickt wurde, richtete jetzt derselbe folgende merkwürdige Aeußerung: »Ach! ich liebe das Volk mehr als es mich lieben kann. Es hat sich in Berlin so hochberzig gegen mich benommen, wie es sich vielleicht in keiner andern großen Stadt der Welt benehmen würde. Sagen Sie dieses dem Volke.«

Im übrigen blieb aber der König bei seinem Entschlusse fest, den Uebergang in den neuen Staat durch den vereinigten Landtag zu machen, und darin die Transaktion zwischen dem Thron und dem Volke zu vollbringen, und so wurde auch auf dieses Vereinbarungs-Prinzip die National-Versammlung, aus deren Beratungen die neue Verfassung Preußens hervorgehen sollte, begründet.

Noch bevor der vereinigte Landtag am 2. April zusammentrat, hatte der König sich zur Bildung eines neuen Ministeriums veranlaßt gesehen.

Das von dem Grafen Arnim gebildete Cabinet hatte keinen Haltpunkt und keine Thatkraft in sich selbst finden können, und der genannte Staatsmann, dessen Name keinen volkstümlichen Klang besaß, und gegen den sich viele Stimmen im Lande erhoben hatten, schied aus; und mit ihm der Kriegs-Minister Mohr.

Der Präsident der Handelskammer zu Köln, Namens Camphausen wurde hierauf mit der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums beauftragt, und mit ihm traten jetzt der General-Lieutenant Keyser als Kriegsminister, und der schon durch den Grafen Arnim aus Aachen herbeiberufene Hansmann als Finanz-Minister in die Verwaltung ein, wodurch nun das Camphausensche Ministerium entstand, welches die dornenvolle und unmögliche Aufgabe einer Vermittlung und Ausgleichung der alten Zustände mit den neuen auf seine Schultern nehmen zu können glaubte.

Es ist wohl nicht zu läugnen, daß dieses Ministerium aus den achtbarsten und edelsten Personen

bestand, aber es faßte seine Aufgabe nach jeder Seite hin zu schwankend und unbestimmt auf, und ließ dadurch die ganze Staatslage wieder auf's Aeußerste in Zweifel stellen.

In der Stadt waren inzwischen mancherlei Umtriebe versucht worden, um das fortgeschickte Militär wieder herbeizuziehen, was theils aus einer Bangigkeit um die öffentliche Sicherheit der Hauptstadt, theils aus der mit reaktionären Gelüsten eng verbundenen Absicht geschah, um dem preussischen Heere für seinen Abzug aus Berlin gleichsam eine Genugthuung zu verschaffen.

Der Thierarzt Urban und der Schneider Eckert, zwei Volksmänner, deren Agitation bald in einem gewissen zweideutigen und polizeilichen Lichte erschienen war, hatten einen Theil der Bevölkerung für diesen Wunsch nach Herbeirufung des Militärs aufzuregen gesucht, auf welches Begehren der König auch bereitwillig einging.

Am 30. März zogen nun Infanterie und Uhlanen in Berlin ein, wo sie von einem Theil der Bürgerwehr, vom Künstlercorps und auch von vielen Arbeitern der Maschinenwerkstätten feierlich und brüderlich empfangen wurden, während eine Gegen-Bewegung von der andern Seite, welche bis zu Aufforderungen zu einem neuen Barrikadenbau sich steigerten, gänzlich ohne Erfolg blieb.

Der Einzug des Militärs ging nun unbeachtet dieser versuchten Gegen-Demonstration auf eine fast idyllische Weise vor sich, nachdem Arbeiter, Bürger und Soldaten die Hüte und Helme mit Tannenzweigen, oder frischem Laubwerk geschmückt Arm in Arm unter dem klingenden Spiele und Jubelgesängen einmarschirten.

Das Infanterie-Regiment blieb jetzt über den ganzen Sommer ein eigenthümlicher Gegenstand der Bewerbungen von Seite der Demokratie, ja man hoffte sogar dieses Regiment nach und nach demokratisiren zu können, wobei aber vielerlei Illusionen und Fehloperationen Statt fanden.

Indessen brachte man aber es dennoch wenigstens dahin, daß einzelne Soldaten die demokratischen Klubs und die Volksversammlungen besuchten, wo sie als seltene Gäste besonders rücksichtsvoll behandelt, und mit aller Zärtlichkeit beobachtet wurden.

Der vereinigte Landtag, der durch seine Zusammenberufung nur sich selbst und der alten Zeit Preussens einen ebrenvollen Abschied bereiten sollte, hatte seine Geschäfte schnell vollendet.

Das auf indirekten Wahlen beruhende Wahlgesetz, welches ausdrücklich nur, für die zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung gelten sollte, wurde angenommen, und eben so wurden einige vorläufige Grundlagen der künftigen preussischen Verfassung, unter welchen sich besonders das freie Vereinigungsrecht, die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, unabhängig vom religiösen Bekenntniß, und die wichtige fundamentale Zusicherung befand. »Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so

wie zur Festsetzung des Staatshaushaltes und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.«

Aber auch in finanziellen Sachen, sollte der vereinigte Landtag ein Testament hinterlassen, nachdem er beschloß, auf eine ihm dieserwegen zugekommene königliche Botschaft, zur Erhebung außerordentlicher Geldmittel durch Steuern oder durch rechtsgiltig zu kontrahirende Anleihen seine Zustimmung zu ertheilen, und zwar unter der Verantwortlichkeit des Ministeriums gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung.

Diese aufzubringenden Geldmittel, sollten sowohl zum äußern Schutze der Monarchie, so wie zur Wiederherstellung des Credits und zur Aufrechtbaltung der Industrie dienen, so daß für den ersten militärischen Zweck fünfzehn Millionen Thaler, für die andern Zwecke aber fünf und zwanzig Millionen Thaler vom vereinigten Landtage bewilligt wurden.

Die Finanzlage Preussens, die immer für eine der glänzendsten und sichersten in Europa gegolten hatte, schien den Stürmen der Zeit ebenfalls nicht Trost bieten zu können, und jedenfalls waren schon bedenkliche Lücken und Erschütterungen eingetreten.

Ueber die plötzlichen Entleerungen des Staatsschatzes, der in den Gewölben des Schlosses sich befand, hatte sich das fabelhafteste Gerücht in der Stadt verbreitet.

Noch auf dem vereinigten Landtage vom Jahre 1847, hatte der Minister Thile auf diesen Staatsschatz, wie auf eine heilige und unerschöpfliche Goldquelle hingewiesen, nach deren Inhalt gar nicht einmal geforscht werden dürfe, denn dieser geheimnißvolle Inhalt sey groß und unermeslich; und jetzt sagte man auf einmal, der Summenreiche Staatsschatz sey leer.

Dazu verbreitete sich auch auf einmal die Sage, daß einige Tage nach dem Märzkampf in einer Nacht viele Fässer mit Geld auf einem Wagen aus dem königlichen Schlosse geführt worden wären, und auch Bürgerwehrmänner, welche in dieser Nacht die Wache an einem der Schloßportale hatten, wollten dieses selbst gesehen haben; und wirklich zeigte sich, obwohl Winke in der Schlußsitzung des vereinigten Landtags den vorhandenen Vorrath des Staatsschatzes auf höher als 15 Millionen Thaler angab, daß später nach den ämtlichen Nachweisungen nur noch 9 Millionen Thaler vorhanden waren.

Das Ministerium Camphausen nannte sich selbst das Ministerium des »Uebergangs,« und darin lag seine Schwäche gegenüber einer noch in der Revolution begriffenen Bevölkerung, die nur durch ein starkes und unzweideutiges Regieren hätte befriedigt und organisiert werden können, während sie unter den Maßnahmen dieses Ministeriums immer mehr und mehr in sich verwilderte, ja selbst der Ministerpräsident Camphausen, gab sich seiner Pacifizirungs-Aufgabe mit einer gewissen Sorglosigkeit hin.

Dabei schien der neue, ihm ungewohnte Lebenskreis einen Eindruck auf den sonst so einfachen und unbefangenen Mann gemacht zu haben, und er sprach

es selbst am Ministertische als eine Haupt-Aufgabe seines Ministeriums aus, »sich als ein Schild vor die Dynastie zu stellen.«

Außerdem verband dieser ehrenhafte Charakter mit einer gewissen Weichheit und Zartheit des Gemüths nicht selten eine Heftigkeit der Aeußerungsweise, die keine eigentliche Stärke genannt werden konnte, und die am wenigsten geeignet war, jene brausenden Elemente zu beherrschen, oder in ihre Grenzen zurückzuführen, die ihm auf seiner neuen Laufbahn entgegen traten.

Dieselben Eigenschaften theilte auch Graf Schwerin als Kultusminister, nur daß sie in ihm mit einer noch stärkeren aristokratischen Qualität sich mischten, und dadurch das Maß politischer Schwerebeweglichkeit verstärkten.

Diese aristokratische Opposition des vereinigten Landtags, die auf demselben eine so glänzende Rolle gespielt hatte, und welche in dem neuen Staat der eigentliche Stoff wurde, aus dem man die Minister bilden wollte, fühlte sich — und mochten ihre konstitutionellen Absichten noch so ehrlich seyn, — doch von dem demokratischen Tagestreiben in Berlin aufs bitterste verstimmt, so daß sie der Gefahr ausgesetzt war, durch ihre Abneigung mehr und mehr in eine reaktionäre Stellung zurückgetrieben zu werden.

Zu einer völligen Bedeutungslosigkeit war eine andere Oppositionsberühmtheit aus der alten Landtagsschule Preußens von Auerswald im Ministerfauteuil oder Armstuhl zurückgewichen.

Das lebenswürdige offene und freimüthige Naturell dieses Staatsmanns, welches sich in allen Mitgliedern seiner Familie zeigte, hatte in den neuen Zeitverhältnissen nicht mehr den frühern Raum gewinnen können, und war, je schärfer von Außen die Luft wehte, in sich selbst um so stumpfer geworden.

Die Ummwälzung der Charaktere, welche das Jahr 1848 angerichtet hat, erscheint fast noch schneidender als die Ummwälzung der thatsächlichen Zustände.

Die frühern Helden des Liberalismus wurden jetzt, überall kann man sagen, die geistigen Kräfte der Reaktion oder wenigstens der konservativen Beruhigung, welches sich in Preußen zuerst und am auffallendsten an dem Ministerium Camphausen-Hanseman-Schwerin-Auerswald zeigte.

Diese ministeriellen Kräfte sollten nun der ersten, aus den Urwahlen hervorgegangenen Volksvertretung gegenüberstehen, welche auf den 22. Mai einberufen war.

Die Versammlung führte offizieller Weise eigentlich nur den Namen der »Vereinbarungs-Versammlung«, während die Opposition von vorne herein die Eigenschaft einer konstituierenden Versammlung zu retten suchte, und in ihrer äußersten Spitze darauf hinarbeitete, der National-Konvent des neuen Preußens zu seyn.

Aus den verschiedenen Auffassungen schmolz endlich der Name der National-Versammlung zusammen, der gewissermaßen ein ausweichender Begriff für alle Partheien und deren Anforderungen wurde, und den auch

die Regierung wegen seiner Unbestimmtheit sich gefallen ließ.

Auf einem solch glatten und schlüpferigen Boden befand man sich jetzt von vorne herein miteinander. Regierung und Volksvertretung blieben sich über ihre gegenseitigen Rechte in diesem Verhältniß absichtlich unklar, und scheueten es lange Zeit, sich darüber Auseinandersetzungen und Feststellungen zu machen.

Dieses wurde nun auch die Grundquelle aller Verwirrung, welche sich von dem unaufgehellten Punkte aus, bald über alle Zustände des Landes verbreitete, und schwerlich anders als mit einem Bruche des Verhältnisses selbst endigen konnte.

Die Versammlung konnte der ganzen rechtlichen Sachlage nach, aus der sie hervorgegangen, allerdings nur eine vereinbarende seyn, und sie hatte dieses dunkelsinnig gehaltene Wort, auf welches sie berufen war, jedenfalls angenommen, obwohl es zuweilen im Laufe der Debatten vorkam, daß einzelne Mitglieder der äußersten Linken sich gegen Wort und Wesen der Vereinbarung heftig erklärten.

Aber eine eigentlich prinzipielle Erklärung vermied man darüber auf beiden Seiten.

Mit dem Vereinbarungsfuß, der das Verhältniß zweier gleichberechtigten Kontrahenten in sich schließt, war freilich die Gelegenheit zu einer endlosen Verwicklung gegeben, denn wenn die Krone die von der Versammlung berathenen Gesetze zurückwies, so mußte Folgerecht immer aufs Neue wieder bis zu einer endlichen Ausgleichung vereinbart werden.

Ueber das Endziel dieser Vereinbarungs-Versuche war jedoch auch von Seiten der Regierung nichts vorgeesehen worden, und das letzte Mittel blieb hier für den einen so wie für den andern Theil nur die Gewalt, welche auch in den Berliner November-Ereignissen endlich den traurigen Ausschlag geben mußte.

In den Wahlen zur preussischen National-Versammlung, hatte das Volk mit einem ungewissen und dunklen Drang umhergegriffen, und seine ersten politischen Exercizien daran gemacht.

Die Urwahlen hatten allerdings die Unreife nicht nur des Berliner, sondern des Volks überhaupt gezeigt; denn die Urwähler konnten bei den indirekten Wahlen noch nicht den Unterschied zwischen Wahlmännern und Abgeordneten begreifen.

Die Wahlen selbst zeigten viele Fehlgriffe auf, und beförderten eine Masse von Unfähigkeiten in die Versammlung, ohne ein genügendes Gegengewicht an wirklich ausgezeichneten politischen Männern zu liefern.

Die Versammlung zerfiel jetzt in absondernde Theile und Theilchen ihrer politischen Meinung, die jedes einheitliche Vorschreiten zu einem bestimmten Ziele unmöglich machten, und sich gegenseitig hinderten, überhaupt irgend ein Resultat herauszuarbeiten.

So wurde nun für die Pläne der demokratischen Opposition, und für ihre ganze Wirksamkeit zuerst das Verhältniß des linken Centrums zur äußersten Linken ein wesentliches Hinderniß.

Die äußerste Linke, wenn sie auch nur scheinbar eine Konstitution wollte, verlangte noch in derselben die äußerste Durchführung des demokratischen Prin-

zips bis zu der Grenze, wo der Unterschied zwischen konstitutioneller und republikanischer Staatsform eigentlich nur noch in einigen und wesentlichen Formen besteht.

Unter den Führern dieser äußersten Linken, ragte besonders Waldeck hervor, der mit einem gewissen Fanatismus sich der demokratischen Parthei angeschlossen hatte, obwohl seine frühere Vergangenheit keineswegs nach dieser Seite hin lag. Wenigstens wurde er oft mit seinen Antecedentien verdächtigt, nachdem man ihn als einen strengen Katholiken zugleich in einer geheimen Verbindung mit der ultramontanen Parthei wissen wollte.

Das Faktische daran war, daß Waldeck in einem Jesuiten-Kollegium erzogen worden ist, und in seiner frühern Laufbahn sich allerdings den Grundsätzen der Haller'schen Restaurations-Staatsweisheit zugeneigt hatte.

Ungeachtet seines vorgerückten Alters waren ihm Energie und Feuer während seiner Wirksamkeit in der Versammlung nicht abzusprechen, doch fehlte ihm der weise staatsmännische Takt, durch welchen er seine Parthei von Ausartungen hätte bewahren können.

Ihm zur Seite stand Johann Jakoby, an welchem die äußerste Linke das große Organisations-Talent rühmte, welches er an ihr ausübte.

Auf der Tribune erschien Johann Jakoby äußerst selten; seine Rede hatte auch hier nichts Hinreißendes, sondern bestand bloß in einem strengen mathematischen Konstruiren der Sachlage, worin er mit kalter schneidender Bestimmtheit die Folgerungen des Prinzips walten ließ.

Als einer der entschiedensten und charaktervollsten Männer der äußersten Linken, muß auch Lemme genannt werden, der als Staatsanwalt der verfolgungsfüchtigen Reaktion nicht genug gethan, und dieserwegen eine ämtliche Versetzung nach Münster erfahren hatte.

Wenn dieser Mann auch kein glänzender parlamentarischer Redner war, so imponirte er doch durch eine muthvolle Festigkeit und durch eine Sachkenntniß, wie solche nur wenigen Mitgliedern der Opposition eigenthümlich war.

Zu den heftigsten Stimmführern dieser entschiedenen Linken gehörten besonders auch die schlesischen Abgeordneten: Stein — Elsner — Graf Reichenbach — vom Rhein: D'Esler — Borhardt, aus der Provinz Posen: Graf Cieszkowski, — aus Berlin: Berends — Jung und noch mehr Andere.

Das Talent und die politische Bildung dieser Abgeordneten war an sich wohl nicht groß, aber die Art, wie sie den Mangel durch gesteigerte Kraftproben ihrer Persönlichkeit und durch die verschiedenartigsten Unbesonnenheiten zu ersetzen suchten, bereitete für den innern und äußern Bestand der Versammlung immer mehr und mehr die größten Gefahren.

Diese Parthei hielt ihre Versammlungen im Hotel Mylius ab, und erhielt auch von daher ihre Bezeichnung.

Das linke Centrum widerstrebte der äußersten Linken Anfangs mit einer großen prinzipiellen Hartnäckigkeit, denn es war zunächst aufrichtig konstitutionell, daß heißt, es wollte den konstitutionellen Staat in Gemäßheit der März-Versprechungen und in allen Folgerungen des demokratisch-konstitutionellen Prinzips, wobei es sich auf der einen Seite eben so sehr der Wiederaufrichtung des Absolutismus in konstitutioneller Form, als der Einführung der Republik unter der Maske des Konstitutionalismus widersetzen zu müssen glaubte.

Als Führer dieser Parthei erschien besonders Rodbertus, ein Mann von feinen diplomatischen Manieren, der auf dem letzten vereinigten Landtag keineswegs einer oppositionellen Richtung angehört hatte, und der Anfangs ohne Zweifel mit der Revolution und ihren Folgerungen diplomatisirte.

Als das Ministerium Camphausen sich vom Schauplatz zurückzog, weil die Majorität in der Versammlung ihm mehr und mehr entchwand, und außerdem der von ihm vorgelegte Verfassungs-Entwurf durch den Waldeck-Wachsmuth'schen Antrag vom 15. Juni beseitigt worden war, so konnte bereits Rodbertus für die neue Minister-Kombination in Betracht kommen.

Dieses neue Kabinet stand eigentlich unter den Auspizien Hansemann's, welcher den Sprung aus dem »Uebergangs-Ministerium,« in das »Ministerium der That,« wie sich das Kabinet selbst taufte, mitgemacht hatte, und dabei eine große staatsmännische Leichtigkeit bewies, die Masken für das Prinzip zu wechseln; denn während das Ministerium Camphausen noch eine Kabinetsfrage daraus zu machen schien, daß der Berends'sche Antrag auf »Anerkennung der Berliner-Revolution« verworfen würde, so fand Hansemann kein Bedenken, daß von ihm vorgetragene Programm des neuen Ministeriums in augenscheinlicher Begeisterung mit der Stelle zu beschließen: daß »Berlin eine glorreiche Revolution gemacht habe.«

In dieses Kabinet, als dessen Minister-Präsident von Auerwald figurirte, hatte man Mitglieder des linken Centrums aus der National-Versammlung aufnehmen zu müssen geglaubt, um dadurch dem Ministerium eine Stimmenmehrheit zu sichern.

So war Giercke, ein einfacher Syndikus aus Stettin zum Ackerbaumeister, eine neue Stelle in der Verwaltung, für welche der König selbst dringend den Wunsch geäußert hatte — und Rodbertus zum Kultus-Minister ernannt worden, welchen Posten er freilich nur acht Tage lang bekleidet hatte.

Die ausweichende Stellung, welche das Ministerium Auerwald und Hansemann in der deutschen Frage, in dem Verhältniß Preußens zu der neu begründeten deutschen Centralgewalt, und in der den Frankfurter-Beschlüssen zu gebenden Folge annehmen wollte, gab den Rodbertus Grund zu seinem schleunigen Austritt, weil er auf eine unzweideutige und bestimmte Hingebung Preußens an die deutsche Einheit und deren Organe drang.

Ein anderer Koryphäe des linken Centrums war der Kaplan von Berg, ein junger katholischer Geistlicher, der sich mit großer Leichtigkeit in der Versammlung bewegte, und im Anfang vielleicht nicht ohne ehrgeizige persönliche Absichten auftrat, die sich ihm besonders mit einem Ministerium seines intimen Freundes *Nodbertus* zu verknüpfen schienen.

Von anderer Seite her wurde ihm auch zum Vorwurf gemacht, daß er ultramontanen Zwecken heimlich dienstbar sey, und nur zur Beförderung derselben mit den Waffen der demokratischen Bewegung sich gegen die Regierung aufstellte.

Den öfters wiederholten Vorwurf, daß die demokratische Parthei in der National-Versammlung mit heimlichen ultramontanen Tendenzen versezt gewesen, hat er jedoch selbst mit großer Hefigkeit von der Tribune herab abgewiesen.

Ebenfalls ein mehr poetischer Illuminator des Standpunktes des linken Centrums war der Abgeordnete *Schultze* aus *Delitzsch*, ein guter Kopf und energischer Redner.

Als Kapazität des linken Centrums erschien der frühere Staats-Anwalt *Kirchmann*, der mit *Demme* aus gleichen Gründen das Schicksal einer erlärten Amtsversezung nach *Ratibor* empfunden hatte.

Der Ton dieses Abgeordneten hatte auf der Tribune etwas Schleppendes und Ermüdendes, und die Parthei legte ihm einige Mal zur Schuld, daß er Fragen — deren Ausführung ihm anvertraut war, absichtlich durch Diplomastren gedämpft und abgeschwächt habe.

Das linke Centrum hielt seine Parthei-Versammlungen im Saale *Mielenz* unter den Linden ab, und hatte zu Wortführern sonst noch den Bürgermeister *Philipp* aus *Elbing*, der häufig wegen seiner Wirksamkeit im Interesse der Polen verdächtigt war, dann *Bloem*, *Piler*, *Kämpf* und noch mehr Andere.

In der Parthei des *Hôtel de Russie* stellte sich das eigentliche Centrum der National-Versammlung dar, welches unter der Führung des Regierungsraths von *Unruh* auf der Grundlage einer mäßigen und besonnenen konstitutionellen Freisinnigkeit sich gebildet hatte, und das Vorrecht für sich in Anspruch nahm, jedesmal nur nach Ermessen der Vernunft und Gerechtigkeit abzustimmen und damit bald die rechte bald die linke Seite der Versammlung zu stützen oder zu hemmen.

Daß eine solche, gewissermaßen auf ihre Ehrlichkeit und Unabhängigkeit pochende Absonderung in der National-Versammlung bestand, gehörte gerade zu ihren größten Mißgeschicken, denn durch sie wurden, vollends alle Stellungen durch einander geworfen und preisgegeben, und eine erfolgreiche Partheibildung sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite neutralisirt.

Ihres parlamentarischen Gewichts war sich diese, aus einigen dreißig Mitgliedern bestehende Absonderungs-Parthei sehr wohl bewußt, und ihr Führer *Unruh* äußerte selbst einmal ganz wohlgefällig, daß sie die Abstimmung in der Hand hätten.

Er bewies übrigens später, als es sich um eine entscheidende Stellung handelte, daß die von seiner Parthei auf die Fahne gestellte Devise der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit keine bloße Floskel gewesen sey, denn *Unruh* blieb der National-Versammlung in ihrer verhängnißvollen November-Katastrophe nicht nur als Präsident getreu, sondern er führte sie auch mit einer nicht abzulängnenden Tapferkeit in den äußersten Kampf, zu dem die Verwicklung der Umstände hingetrieben hatte.

Es saßen übrigens auch im Centrum keine außerordentlichen Kapazitäten, wenn schon einem *Parrisius*, *Unruh*, *Bredt*, *Morig*, *Dunker* und Anderen ihre Talente gewiß nicht abgesprochen werden konnten.

Wohl noch weniger mochte man aber tüchtige und wirksame Persönlichkeiten auf der rechten Seite der preussischen National-Versammlung suchen.

Diese Seite, in welcher die parlamentarische Regierung ihre Stärke zu suchen pflegte, bewies sich von einer solchen Kraftlosigkeit, daß der Regierung dadurch nur eine steigende Schwächung ihrer Majorität bereitet, und das Uebergewicht der radikalen Opposition von Tag zu Tag mehr gesichert wurde.

Die bedeutendsten Redner der rechten Seite waren *Baumstark*, Direktor der landwirthschaftlichen Anstalt in *Eldena* und *Reichensperger*.

Baumstark war ein Mann von pedantischer Redseligkeit und Breite, der den konservativen Boden mit schulmeisterlichen Gemeinplätzen, zuweilen auch mit witzig seyn sollenden gelehrten Pointen pflügte; *Reichensperger*, ein rheinischer Jurist, der zwar etwas mehr parlamentarischen Schliß hatte als sein Freund *Baumstark*, aber eben so wie dieser durch seine doktrinären und nach Pointen haschenden Ausführungen die Wirkung erreichte, daß der Saal beim Beginn ihrer Reden von Zuhörern leer wurde.

Von den vielen Geistlichen, mit welchen die National-Versammlung überfüllt war, befanden sich mehrere auf der rechten Seite, darunter namentlich die Prediger *Sonns* und *Sydow*, von welchen *Sydow* nach jener stürmischen Sitzung, in welcher er gegen die Anerkennung der Berliner-Revolution gesprochen hatte, beim Heraustrreten aus dem Saal, die Mißhandlungen der unten versammelten Volksmassen erdulden mußte.

Die übrigen Geistlichen saßen theils im Centrum, theils auf der äußersten Linken.

Die Führer der neu protestantischen Kirchen-Bewegungen bemühten sich übrigens vorzüglich, irgend eine hervorragende parlamentarische Rolle zu spielen.

Ein anderes sehr stark vertretenes Element in der preussischen National-Versammlung bildeten die überaus zahlreichen Juristen, die sehr viel dazu beigetragen hatten, die Versammlung in unfruchtbare formelle Debatten und geistlose Sylbenstechereien hineinzuschleppen, während auf der andern Seite wenig Nutzen aus ihrer juristischen Form und Sachkenntniß gezogen wurde; denn die Fassung der aus der National-Versammlung hervorgegangenen Gesetze ließ größtentheils sehr Vieles zu wünschen übrig, und gab

Unklarheiten und Zweifeln Raum, wie dieses bei der von Waldeck beantragten Habeas-Korpus-Akte, noch mehr aber bei dem Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe der Fall war.

Als Präsident der National-Versammlung figurirte in den ersten Monaten der Schlesier Milde, einst ein Mann der Opposition des vereinigten Landtags, jetzt aber von Minister-Gedanken eingenommen, die sich ihm auch durch seinen Eintritt in das Kabinett Auerwald-Hanse mann als Handels-Minister verwickelten.

Der eigenthümlichen Stimme des Präsidenten Milde wollte es jedoch wenig gelingen, die jeden Augenblick tumultuarisch auseinander fallende Versammlung zu bemeistern.

Sein Nachfolger in der Präsidentschaft Grabow, der einer der Radikalen des vereinigten Landtags war, aber seit den März-Ereignissen zu einer mehr konservativen Stellung sich geneigt fand — bewies in der Leitung der Versammlung eine außerordentlich parlamentarische Logik und Faktfestigkeit, und war eine Persönlichkeit über welche sich alle Partheien sehr gerne zu einem Kompromiß geneigt hatten.

Die Keime der Zerrüttung und Auflösung, welche aus der Versammlung selbst hervortauchten, gingen aber bald so zunehmend auf, daß bei einem der parlamentarischen Skandale, die gewöhnlich aus den kleinlichsten Veranlassungen kamen, Grabow den Saal verließ, und dann einen Brief dahin schickte, in welchem er seine Abreise aus der Stadt anzeigte.

Die preussische National-Versammlung war inzwischen immer mehr links geworden, und neigte sich einem gefährlichen Verzweigungspunkte zu, der nicht mehr abzuwenden schien.

Der Führer des Centrums, nämlich Unruh, wurde jetzt der neue Präsident der Versammlung, den die Linke nur in der sichern Voraussicht zuließ, daß auch bei einer äußersten Wendung der Dinge auf ihn zu rechnen seyn werde.

Die National-Versammlung stand zuerst in keinem besondern Kredit bei dem Volke und in der öffentlichen Meinung. Die Ministerien hatten die Versammlung mit Gesetzentwürfen überhäuft und dadurch wesentlich dazu beigetragen, die Grenzen dieser, nur zur Verfassungs-Aufgabe berufenen und gewählten Volksvertreter zu verwirren.

Die Versammlung steigerte dadurch ihre innern Ansprüche auf einen konstituierenden Konvent mehr und mehr auch äußerlich, kam aber dabei zuerst mit sich selbst in ein verwirrtes Handgemenge der Fraktionen, welches so erbärmlich und uneripriesslich war, daß auch das Volk kein Wohlgefallen mehr daran fand.

Das Kastanienwäldchen bei der Sing-Akademie, in welcher die Versammlung ihre erste Sitzungsperiode verlebte, war zwar gewöhnlich mit Volksgruppen aller Art angefüllt, welche besonders bei wichtigen Entscheidungen mit Verlangen die Nachrichten aus der Sitzung auffingen, und in behaglicher Lagerung unter den Bäumen die Tagespolitik verhandelten. Aber es war dieses nicht mehr ein wüster Trieb der Massen, der sich im Allgemeinen an die National-Versammlung anlehnte.

Man erwartete von derselben die Veranlassung zu einer neuen Bewegung, weil man mit dem bisherigen resultatlosen Gang der Dinge nach allen Seiten hin unzufrieden blieb.

Im Sommer des Jahres 1848 war in das Berliner-Volk ein ungewisser Drang hineingefahren, der ihm keine Ruhe mehr ließ, und durch den es unter beständigen Reibungen zu einem Ziel hingetrieben wurde, über welches es sich selbst nicht klar war.

Das Volk hatte sich an den Gedanken der Demokratie festgehalten wie an ein neues Evangelium, und glaubte jedenfalls an eine neue Zukunft seiner Existenz im Staat und Gesellschaft, welche es lediglich auf die Idee der Gleichberechtigung Aller, die bereits tief in ihm Wurzel geschlagen hatte, stützte.

Zuerst war es der alte Berliner Volks Humor gewesen, der, durch einige Zeit verstummt, sich plötzlich wieder an die demokratischen Richtungen angelehnt hatte, und an denselben mit einer kaum erlebten Ueppigkeit sich entwickelte.

Die meistens auf den Straßen verbreiteten Witzblätter »Der Krabbelhler« und »Kladderadatsch« vertheilten regelmäßig diese humoristische Munition unter die Volksmassen; und so schien es, daß die noch stehen gebliebenen Grundlagen des alten Staates zuerst durch die Kraft der Berliner-Volks-Satyre zerstampft werden sollten.

Eine Sammlung der in dieser Zeit erschienenen Plakate, Flugblätter, Karikaturen und Witzbilder würde das merkwürdigste Gemälde eines in innerster Umwälzung begriffenen Volkslebens seyn; und es wurde auch für das Britische Museum in London eine solche vollständige Sammlung von einem Engländer angekauft.

In der Stadt sah es durch den ganzen Sommer so aus, als wenn jeden Augenblick wieder das Aeußerste sich ereignen und durch einen gewaltsamen Umsturz Alles in Frage gestellt werden könnte.

Dieses brachte auch eine Unsicherheit in alle Verhältnisse, die besonders den Gewerben und dem Handel Verderben bringend wurde, und den Besitzern die Verwerthung ihres Eigenthums immer mehr unmöglich machte.

Einige tausend Wohnungen standen in den Häusern leer, und ebenso waren die Wohnzinsse überall um ein Drittel billiger geworden oder herabgesunken.

Ein solcher Zustand gab dem mit Besitz und Vermögen gesegneten Bürgertum, welches sich ohnehin wenig an der Revolution betheiligte hatte, immer mehr eine reaktionäre Stellung im Volke, wenn auch nicht die Kraft dazu, die Ordnung zu erhalten, und Bürgschaften für Ruhe und Sicherheit zu geben.

Auf der andern Seite lag in allen Bewegungen und Putschs, die mehr oder weniger schlecht organisiert waren, nicht einmal die bestimmte Absicht einer neuen Revolution, sondern nur das Bestreben, die Wunden des Tages offen zu erhalten, und das Fontanell des Aufstandes möglichst oft wieder aufzureißen.

Den Führern welche sich an die Spitze solcher Putsch stellten, war auch keine planmäßige Organisation, noch weniger aber das Gebieten über zulängliche Mittel anzuvertrauen, denn die Leute waren meistens höchst untergeordnete Industrie-Ritter der Revolution, welche mit der Volksbewegung kokettirten und dilettirten, im entscheidenden Augenblicke aber gewöhnlich unsicher wurden, oder durch Unthätigkeit dem Putsch von selbst die Spitze abbrachen.

Ohne diese besondere Bewandniß wäre es daher gar nicht zu erklären gewesen, daß die Erstürmung des Zeughauses in der Nacht vom 15. zum 16. Juni gänzlich ohne weitem Folgen geblieben ist.

Eine Absicht auf das Zeughaus und die darin aufbewahrten Waffenvorräthe hatte sich schon seit einigen Wochen in mehreren Arbeiterhaufen festgesetzt, welchen die Bewaffnung in der Bürgerwehr bis jetzt noch abgesprochen war.

Wäre nun diese Erbitterung der Arbeiter politisch ausgebeutet worden, so hätte dieses Ereigniß jedenfalls zum furchtbarsten Revolutions-Ausbruch führen können.

Schon in der ersten Abenddämmerung des 15. Juni hatte der Konflikt mit Blutvergießen seinen Anfang genommen, nachdem eine Kompagnie der Bürgerwehr im Kastanienwäldchen, nahe dem Zeughause, auf eine Truppe von Arbeitern Feuer gab, von welchen mehrere getödet und verwundet wurden.

Dieses war jetzt das Zeichen zu den grauenvollen Aufzügen in dieser Nacht, nachdem bei dem Anblick des vergossenen Blutes die Wuth des Volks aufs höchste stieg, so daß man auf allen Straßen und Plätzen nur ein tausendstimmiges Geschrei nach Rache hörte.

Die bekannten Volksmänner und Redner erschienen plötzlich unter den tobenden Volksmassen und eiferten dasselbe noch mehr zu einer entscheidenden That an.

Lücher, welche man in das frische Blut der Gefallenen Arbeiter tauchte, wurden an Stangen befestigt, und als Fahnen durch die Straßen getragen, um dann gleichsam die ganze Stadt zum Aufstande aufzufordern.

Eine solche Volkstruppe mit rothen Blutfahnen zog jetzt unter der Anführung von Studenten über die Königsbrücke und rief die Republik aus; aber dieses Geschrei verhallte spur- und bedeutungslos in den allgemeinen Schrecknissen dieser Nacht.

Ein Theil der zusammengerotteten Menschen flüchtete hierauf wieder in die Wohnungen zurück, und man verschloß ängstlich die Läden und Hausthore.

Von einer andern Seite vermehrten sich aber die Massen immer mehr, und drängten sich in einer auffallend drohenden Bewegung nach dem Zeughause, von wo sich die dort aufgestellten Bürgerwehr-Kompagnien in einer völligen Auflösung zurückgezogen und ihren Bezirken zuweiteten, so daß die bedrohten Punkte, nämlich das Zeughaus selbst von allem Schutze entblößt war.

Einzelnen Bürgerwehrmännern wurden jetzt die Gewehre abgenommen, und anderen wieder drohend befohlen, die Bajonnette abzustechen, worauf viele die-

ser Bürgerwehrmänner weiße Lächer an ihre Gewehre besteten, um damit anzuzeigen, daß sie nicht gesonnen sind auf das Volk zu schießen.

Gegen 10 Uhr besetzte zwar der bewaffnete Handwerker-Verein und das Studentenkörps die Thore des Zeughauses, aber der Volksandrang gegen dieselben war schon so stark geworden, daß die Thore zu krachen anfangen.

Man verlangte jetzt den Abzug des Militärs aus dem Zeughause, und schrie und tobte in der dichtgedrängten ungeheueren Volksmasse so durcheinander, daß die Verwirrung grenzenlos wurde; und man wirklich glauben sollte, alle zusammen habe plötzlich der Wahnsinn ergriffen.

Volkschaaren mit Pechfackeln, die sie sich bei den benachbarten Feuerwachen verschafft hatten, kamen noch gegen 11 Uhr zur Verstärkung herbei.

Nun wurden mit großen Balken die ersten gewältigen Schläge gegen die Thore des Zeughauses geführt, die dumpf, wie ein ferne Kanonendonner einen Widerhall gaben, und endlich auseinander gesprengt waren.

Die Volksmassen wälzten sich jetzt in einem furchtbaren Gedränge in die inneren Höfe des Zeughauses hinein, und bald erfolgte in den Gemächern eine allgemeine Waffensplünderung, wobei auch die überaus kostbare Sammlung alter historischer Waffen nicht verschont blieb, und unter das Volk vertheilt wurde.

Die alten Kriegsfahnen und Trophäen Preußens wurden von den Wänden herabgerissen und mit Füßen getreten, und so wurde das Palladium des alten Militär-Staats Preußen auf die frevelhafteste Weise entweiht und geschändet.

Alle im Zeughause befindlichen Gewehre, Säbel, Büchsen und Pistolen wurden geraubt, und eben so auch schwere Massen von Blei und eine große Menge von Spitzkugeln, die hier in Kisten aufbewahrt lagen, weggeschleppt.

Der obere Theil des Zeughauses hatte eine Besatzung von 250 Mann Infanterie, an deren Spitze der Hauptmann Ragner stand, dessen Name später vielfältig in den Verhandlungen über dieses Ereigniß genannt wurde, und den man dann sogar vor ein Kriegsgericht stellte, weil er sich in diesem verhängnißvollen Augenblicke durch die Vorspiegelungen einiger Volksanführer zum Abzug mit seiner Mannschaft verleiten ließ.

Diese Vorspiegelungen, welche man dem Hauptmann machte, bestanden darin, daß man ihm zuschrie »das Volk habe sich in ganz Berlin erhoben, — die Stadt sey in den Händen des Volkes, — die Republik sey ausgerufen, und der König befinde sich nebst der ganzen königlichen Familie auf der Flucht.«

Uebrigens waren in den übrigen Theilen der Stadt allerdings Vorbereitungen zum Kampfe geschehen, ja man hat sogar die Waffenladen erbrochen und ausgeplündert, und auch die Waffen-Vorräthe aus dem Theater weggenommen.

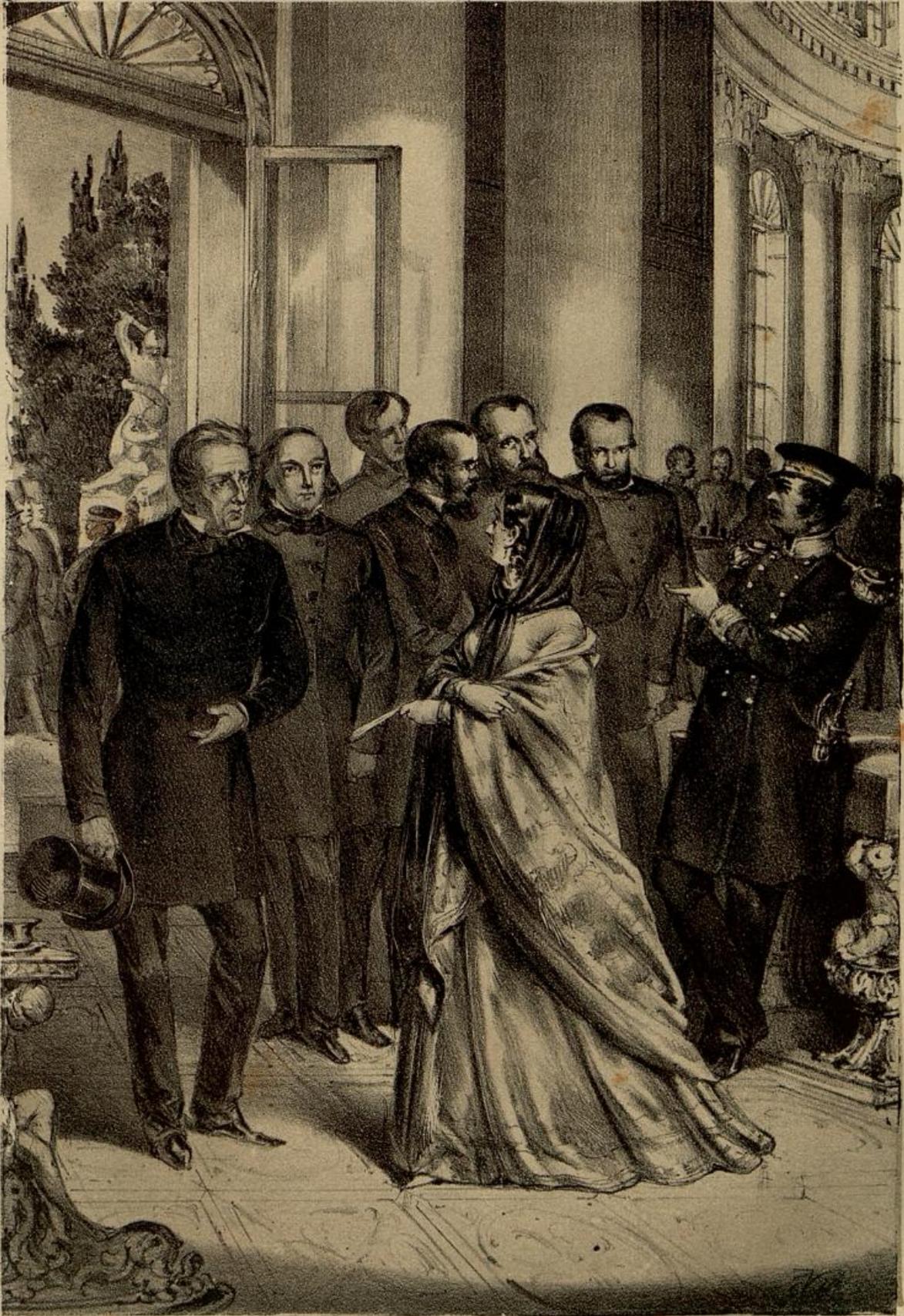
In einigen Straßen wurden sogar schon Barrikaden von außerordentlicher Höhe und Festigkeit auf-



L'assalto dell'arsenale di Berlino mediante il popolo.

A Berlin hadszertár rohamozás a neje által.





I rappresentanti del popolo nella società reale di Pótzdam.

Deputowani w kralowské společnosti w Pótzdamě.



gerichtet, wobei an einer Barrikade an der Marktgrafen-Straße sich eine wohlbewaffnete junge Polin zum Kampfe einfind. Aber es fehlte jede Gelegenheit und Organisation zu einem Kampfe, und die ganze schauerhafte Nacht zeigte sich nur als ein Gewebe von Truggespenstern und Schreckphantomen, die bei näherer Berührung und beim Beginne des anbrechenden Morgens wieder in sich selbst verschwanden.

Die Plünderung des Zeughauses war bis gegen Mitternacht fortgesetzt worden, als es plötzlich einer unter Trommelschlag anrückenden Kompanie Soldaten gelang, die freilich schon sehr auseinander gegangenen Volksmassen noch gänzlich zu zerstreuen, und den Platz zu säubern.

Auch den inzwischen zusammengetretenen Bürgerschaaren glückte es, noch in der Nacht viele Waffenstücke wieder abzunehmen, die sich zum Theil in den Händen junger Leute und Knaben befanden und zur Schau herumgetragen wurden.

Viele kostbare und seltene Waffen wurden auf den Straßen oft nur für wenige Silbergrößen feilgeboten, und größtentheils von solchen ehrenhaften Männern angekauft, um sie am nächsten Morgen wieder in das Zeughaus abzuliefern; und so wurden überhaupt die meisten Waffen schon am andern Tage wieder eingesammelt, oder auch freiwillig abgegeben.

Uebrigens wußte das Volk zum Theil auch nicht, was es mit den schönen neuen Gewehren anfangen sollte, denn es sah sich plötzlich in den Besitz jener vortrefflichen Zündnadelgewehre, von welchen es wohl schon sehr viel gehört hatte, aber deren Gebrauch noch ein Geheimniß war.

So ging diese in vieler Beziehung räthselhaft gebliebene Nacht vorüber, deren Resultatlosigkeit von den entgegengesetztesten Parteien gleichmäßig beklagt zu werden schien.

Es war allerdings dabei im höchsten Grade auffallend gewesen, daß die Behörden bis auf den Punkt der dringendsten und drohendsten Gefahr in gänzlicher Unthätigkeit und Zurückhaltung geblieben sind, und offenbar den Anschein auf sich geladen hatten, als wollten sie es mit Absicht zu einem Zusammenstoß kommen lassen.

Zweifelhaft und unerklärbar fand man in dieser Hinsicht besonders die Rolle, welche der Bürgerwehr-Kommandant Blesson, in dieser Nacht spielte, nachdem derselbe nicht nur gänzlich vom Schauplatz entfernt geblieben, sondern auch alle nöthigen Befehle, um die Bürgerwehre in größeren Massen auszurücken zu lassen, ganz versäumt hat.

Auch legte er jetzt den Oberbefehl über die Bürgerwehr nieder, worauf zum Kommandanten derselben der Major Rimpler ernannt wurde, ein Mann von großer Beweglichkeit und vielem guten Willen, der aber durch seine allzuhäufigen und redseligen Plakate, worin er dem Publikum seine Absichten und Ansichten auseinandersetzen wollte, bald lästig wurde.

Von den beim Zeughaussturme beteiligten Volksführern waren besonders einige bekannte Maschinen-Arbeiter, einige Studenten u. verhaftet worden, deren

Prozeß dann später auch zur öffentlichen Verhandlung kam.

Indessen bewegte sich die National-Versammlung immer mehr ihrem entscheidenden Schicksale entgegen.

Es war wohl nicht zu läugnen, daß der Hof und die Regierung sich in ihrer Weise große Mühe gegeben hatten, mit dieser Versammlung zu einem erklecklichen und allseitig befriedigenden Ziel zu kommen, und mit ihrer Hilfe endlich eine feste öffentliche Ordnung wieder herzustellen; denn man sehnte sich von oben herab so sehr darnach, daß man auch gerne allerhand Opfer dafür zu bringen bereitwillig war.

Nur fing man es mit diesen Zugeständnissen und Zuversicherungen gegen die National-Versammlung nicht recht geschickt an, woran auch die Ungewohnheit, sich in den neuen volksthümlichen und konstitutionellen Formen zu bewegen, ihre Schuld trug.

So war auch der Besuch nicht sehr glücklich, welchen der Prinz von Preußen nach seiner endlich erfolgten Rückkehr aus London der National-Versammlung abstattete, um sich in ihr als Abgeordneter von Wirzig — wo man ihn bereits mit der Absicht einer solchen Demonstration gewählt hatte, vorzustellen.

Sein überraschender Eintritt in die Versammlung scheiterte schon daran, daß ihm die Abgeordneten jeden außergewöhnlichen Empfang verweigerten, und als ein Theil der Versammlung sich erheben wollte, die Linke derselben, gebieterisch zum Niederlegen nöthigte.

Nach seiner kurzen, die Zustimmung zum neuen konstitutionellen Staat ausdrückenden Anrede, welche mit der Devise des alten Preuenthums »Mit Gott, für König und Vaterland!« schloß, hörte man ein ziemlich starkes Zischen, unter welchem sich der Prinz wieder aus dem Saal entfernte.

Noch ein zweitesmal wollte jetzt der Hof versuchen, sich der National-Versammlung anzunähern, und machte in dieser Absicht eine Einladung an die ganze Versammlung zu einem Ausfluge nach Potsdam; von welcher Einladung auch wirklich der größte Theil der Mitglieder, ja selbst von der äußersten Linken Gebrauch machten.

Durch einen Extrazug der Eisenbahn nach Potsdam befördert, fand man dort am Wildpark eine hinreichende Anzahl von Wagen bereit, welche die Abgeordneten bestiegen, um unter Anführung des Garten-Direktors Lenné und einiger Hofpersonen die großartigen Gartenanlagen in Augenschein zu nehmen.

Nachdem die Gäste einige Stunden mit dieser Unterhaltung zugebracht hatten, führte man sie in den Marmor-Saal, wo ihnen Erfrischungen vorgesetzt wurden. Bald darauf erschienen auch der König und die Königin, und es fing nun stehenden Fußes eine Art von Cour oder Aufwartung am Hofe an, bei welcher mit den hervorragendsten Abgeordneten gesprochen wurde.

Besonders unterhielt sich die Königin mit einigen vorzugsweise als fürchterlich geschilderten Mitglie-

den der Opposition, nämlich mit Waldeck und noch Andern.

Nach beendigter Festlichkeit begab sich wieder die ganze Gesellschaft ohne weiteren Aufenthalt auf dem Potsdamer Bahnhof zurück, von wo sie nach der Stadt zurückgeführt wurde.

Der König selbst hatte seinen dauernden Aufenthalt in Potsdam genommen, und seine Abneigung gegen Berlin und die dort noch immer gährenden Volksbewegungen sprach sich darin entschieden genug aus, daß er zu keinem, die Frist eines Tags übersteigenden Aufenthalt in der Hauptstadt mehr sich entschließen zu können schien.

Durch die Volkspresse und die Volks-Versammlungen wurde oft in äußerst seltsamen Anspielungen auf seine Rückkehr gedungen; und besonders machte ein Plakat »Der König gehört in die Hauptstadt!« großes Aufsehen.

Es lag überhaupt etwas unaufhörlich Prickeldes, Ziel- und Resultatloses in dieser Berliner-Bewegung, welche es besonders dem König, der offenbar den besten Willen an den Tag gelegt hatte, schwer machen mußte, sich auf einen bestimmten Fuß mit ihr zu stellen.

Das Pathos dieser Putschs war am Ende ein armseliges; es konnte keinem Prinzip irgend einer Art dadurch Rechnung getragen werden, auch konnte sich am allerwenigsten die Volkspartei dadurch zu einer politischen Mündigkeit und Würdigkeit herausbilden.

Wie leidenschaftlich und stürmisch übrigens solche Putschs, daß heißt, Aufbegehren und Krawals zuweilen ausbrechen, davon geben folgende Ereignisse in und um Berlin ein merkwürdiges Zeugniß.

Der demokratische Verein und die Männer des Rücktritts in Charlottenburg waren am 20. August so weit aneinander gekommen, daß Letztere angriffsweise gegen einander gingen, ihre Gegner mißhandelten, wobei die Mittel, welche den Ortsobrigkeiten zu Gebote standen, entweder gar nicht ausreichend oder schlecht in Wirksamkeit gesetzt wurden.

Der Minister des Innern, Kühlewetter, schickte, sobald er davon Nachricht erhielt, Beamte mit dem besonderen Auftrage und mit hinlänglicher Unterstützung dahin, welche sechzehn dieser Gewaltthäter verhafteten. Aber diese Vorgänge pflanzten sich in der Hauptstadt fort, worauf folgenden Tags durch einen Maueranschlag zum Aufruhr aufgeboden wurde.

Schon am Morgen, erfolgte ein Sturm auf die Wohnung des Handels-Ministers, jedoch wurde das gewaltsame Eindringen in dieselbe noch verhütet.

Am Abende aber zog ein starker Volkshaufe vor das Ministerium des Innern, sprengte mit Gewalt das Hauptthor, drang in die Zimmer, zerstörte mancherlei Geräthschaften, und als der Minister nicht gefunden wurde, zog der Pöbelhaufen vor das Haus des Justiz-Ministers.

Diese ausgelassenen Auftritte wiederholten sich auch hier, aber der Minister befand sich bereits auf dem Weg zum Minister-Präsidenten, wo er von den dahin abgeschickten Ruhestörern eingeholt wurde, die ihm jetzt

um augenblickliche Begnadigung für alle politischen Vergehen bestürmten.

Mit genauer Noth entkam er zu dem Minister-Präsidenten Auerwald bei dem sich mehrere Abgeordnete, so wie auch fremde Gesandten zur Abendgesellschaft befanden.

Da hörte man plötzlich von unten her einen furchtbaren Lärmen, und bald überschwemmte eine unzählige Volksmasse mit einem ungeheueren Heulen, Pfeifen und Geschrei, die Straße.

Man wußte eigentlich nicht, was diese Zusammenrottung bedeuten sollte, doch hörte man inzwischen von einer Deputation, welche den Justiz-Minister Märcker aufsuchte, um von ihm die Freilassung der politischen Gefangenen zu begehren.

Ein voreiliges Einschreiten der Konstabler gegen die Volksmasse brachte aber diese in eine noch größere Wuth, so daß bald das Straßenpflaster aufgerissen und die Steine in einer ungeheueren Anzahl in die hell erleuchteten Gesellschaftszimmer des Minister-Palastes geworfen wurden, aus welchem sich jetzt die vornehmen Gäste, sämmtlich fremde Diplomaten und Geschäftsträger in einer tumultuarischen Eile durcheinander flüchteten und möglichst vor der Volkswuth sich zu verbergen suchten.

Der Gesandte der französischen Republik Arago, sah einen großen Plasterstein neben seinem Kopfe vorbeifliegen, und fragte, mit sichtbarem Erstaunen in deutscher Sprache: »Ist denn keine Bürgerwehre hier?« Aber die Bürgerwehre fehlte auch diesmal wieder zur rechten Zeit, und die Konstabler — eine durch den Minister Kühlewetter neu ins Leben gerufene Polizei- oder Schuzmannschaft — trug hier nur wie gewöhnlich zur Verschlimmerung des Krawalls bei.

Diese Konstabler, welche der Abgeordnete Schultze aus Delitzsch auf der Rednerbühne ironisch die Schmetterlinge des neuen Völkerfrühlings genannt hatte, hatten überhaupt in der letzten Zeit schon zu mehrfachen Reibungen Veranlassung gegeben, und besonders ärgerten sich die Abgeordneten der National-Versammlung dieser Art von Polizeidienern.

So kam es nämlich eines Abends an der Kranzlerede unter den Linden zu einem förmlichen Krawall zwischen Abgeordneten und Konstablern, nachdem die Ersten von den Letztern bis zu einer ungemein rührenden Erkennungsscene verhaftet wurden.

Nicht unerhebliche Verlegenheiten bereiteten der Regierung die traurigen Vorfälle in Schweidnitz am 31. Juli, wo nämlich der Anführer der Bürgerwehre, der Oberst-Lieutenant Hardt bei dem Festungs-Kommandanten General-Major Kollaz du Rosay die Bewilligung zur Zusammenberufung der Bürgerwehre durch Trommelschlag, nachdem diese bisher nur durch Bestellung der Mannschaft erfolgt ist, nachgesucht hatte; was ihm auch Anfangs, wie behauptet wird, zugestanden ward.

Später aber befiel sich der Festungs-Kommandant anders, und untersagte den Trommelschlag, weil dieses als ein Mißverständnis zu einem Lärmtuf für die militärische Besatzung führen könnte.



Apprehsioni del vulgo di Berlino nel palazzo dei ministri

Erőszakfétélek a Berlini alnéptül, az országjár palotában

Gewaltthaten des Berliner Pöbels in dem Minister-Palaste



Diese Entscheidung des ohnehin unbeliebten Generals veranlaßte aber, als sie unter dem Volke bekannt wurde, die größte Aufregung, und bald sammelte sich ein Haufe von Arbeitern und Lehrlingen, um ihm eine sogenannte Kagenmusik zu machen.

Die Bürgerwehre, von ihren Uebungen eben erst ganz ermüdet eingerückt, wurde jetzt durch ihren Anführer sogleich aufgerufen die Ordnung wieder herzustellen, jedoch aber, bevor sich die Bürgertruppe so schnell sammeln konnte, hatte der Militär-Kommandant bereits zwei Kompagnien Infanterie herbeigezogen, von welchen eine den Platz vor seiner Wohnung besetzte, während die Andere Kompagnie nach dem Hauptplatze zog, von welchen sich inzwischen aber die Lärmmacher schon zerstreut und größtentheils entfernt hatten.

Hier stand jetzt die Militär-Kompagnie der Bürgerwehre, welche sich ihrer Pflicht getreu zur Aufrechthaltung der Ordnung zahlreich eingefunden hatte, wohlgerüstet gegenüber.

Von Seiten des Militärs wurde jetzt aber beehauptet; es sey ein Pistolenschuß auf dasselbe abgefeuert und dadurch ein Mann verwundet worden, worauf einige Leute aus der Kompagnie ihre Gewehre losschossen, und dieses Feuern soll dann ohne Befehl längst der ganzen Linie geschehen seyn, so daß über hundert Schüsse fielen, die alle gegen die aufgestellte Bürgerwehre gerichtet waren.

Dagegen wollte wieder diese behaupten, das Befehlswort »Feuer« gehört zu haben, und bekräftigte diese Aeußerung damit, daß es jedenfalls doch ein seltsamer Verstoß gegen die Kriegszucht wäre, wenn Soldaten ohne den Willen des Anführers Gebrauch von der Schußwaffe, und zwar den Bürgern gegenüber gemacht hätten, die mit ihnen zu demselben Zwecke versammelt waren, und keinerlei Veranlassung zu einer feindlichen Begegnung gegeben hatten.

Uebrigens sagte man auch, die Leute sollen zu dieser gefeglosen Gewaltthat schon früher aufgebezt worden seyn.

Von den Bürgern stürzten sechs Mann todt nieder, fünf andere starben später an ihren Wunden, und zwanzig waren größtentheils schwer verletzt.

Dieser Mißbrauch der Militärgewalt veranlaßte aber nicht nur in Schweidnitz, sondern in ganz Schlessen und überall Entrüstung und Abscheu, und es ist daher auch leicht die Aufregung zu begreifen, welche dieserwegen in der National-Versammlung herrschte, als über diesen Gegenstand am 9. August durch den Abgeordneten Eisner im Namen des Ausschusses für Bittschriften der Bericht erstattet wurde.

Die Anträge des Ausschusses, das Ministerium zur ausführlichen Mittheilung über die Sache und zur Entfernung der strafbaren Truppentheile aus Schweidnitz aufzufordern, gingen der Versammlung nicht weit genug, und so verlangte der Abgeordnete Stein, daß der Kriegs-Minister in einem Erlaß an die Armee, eine Warnung an die Offiziere der reaktionären Bestrebungen aussprechen, und es zugleich denjenigen Offizieren, die sich in den neuen konstitutionellen Rechtsstand nicht hineinfinden konnten, es

zur Ehrenpflicht machen möchte, aus der Armee auszutreten; jedoch der Kriegs-Minister Roth von Schreckstein erklärte ganz bestimmt; »daß das Staats-Ministerium diesen Beschluß überhaupt gar nicht ausführen werde;« worauf nun der Abgeordnete Waldeck erwiderte, »daß die Abgeordneten keine Minute länger mit Ehren in der Versammlung sitzen könnten, wenn dieser Beschluß vom 9. August nicht zur Ausführung komme.

Damit war nun die Souveränitätsfrage, um welche man lange Zeit herumgespielt hatte, endlich als eine lodernde Fackel unter das Volk geworfen worden.

Die Berliner-Bewegung trat jetzt wieder mit neuer Macht hervor, und schien zu einer Entscheidung hinzudrängen, die gefahrvoller als alle früheren Vorgänge für das Bestehen des Staats und der eben angefangenen konstitutionellen Monarchie zu werden drohte.

Der Antrag des Abgeordneten Stein, in welchem er verlangte, daß der Kriegsminister wie schon gesagt, durch einen Erlaß an das Heer die Offiziere auffordern solle, sich von verfassungswidrigen Bestrebungen ferne zu halten, Zwistigkeiten mit dem Bürgerstande zu vermeiden, sondern vielmehr durch Annäherung an denselben zu zeigen, daß sie aufrichtig zur Verwirklichung eines verfassungsmäßigen Rechtszustandes hinwirken wollen, ferner, daß die National-Versammlung einen Ausschuss aus ihrer Mitte zur Untersuchung des Vorfalles, und allenfalls durch Absendung eines Mitgliedes an Ort und Stelle niederlegen solle, erhielt in der Versammlung die Stimmenmehrheit, und der Abgeordnete Stein, so wie mehrere andere Mitglieder der Linken, wurden von dem Volke im Triumphe nach Hause geführt.

Mit diesem Verlangen ging man aber dennoch zu weit, nachdem das sträfliche Verhalten Einzelner einem ganzen Stande aufgebürdet, — und noch überdies eine Erforschung der Gestanungen des innern Menschen gefordert wurde, mit der sich die öffentliche Freiheit nicht verträgt; denn mit demselben Recht hätten jetzt alle Bewohner Preußens, welche nicht mit der Mehrheit der National-Versammlung zusammengehen, aus dem Lande gejagt werden können.

Das Gesetz und seine Vollstrecker haben es ja überall nur mit den Handlungen, nicht aber mit den Gesinnungen der Staatsbürger zu schaffen, und ein Eindringen in Letztere, würde jedenfalls ein größeres Uebel herbeiführen, als dasjenige ist, welches beseitigt werden soll.

Ueberdies lag hierin auch ein offener Uebergriff in die ausübende Gewalt der Regierung, aber leider, weder der Einspruch der Minister, noch die Stimme der gemäßigten Männer wurde gehört, ja die Aufregung des Augenblicks riß die Mehrheit so weit fort, daß alle diese Anträge Annahme fanden.

Eine jubelnde Menschenmenge drängte sich über diesen Erfolg durch alle Straßen und Plätze, und der Abgeordnete Graf Reichenbach sagte noch an demselben Abend zu dem versammelten Volke, welches sich huldigend vor dem Parthei-Lokale der Linken, dem Hôtel Mylius aufgestellt hatte, »Der heutige Sieg in der National-Versammlung ist erst die Verwirkli-

chung der Revolution; das Volk und seine Vertreter haben sich geeinigt. Halten wir diese Vereinigung fest und wir können die Feuerschlünde verachten, die vor unsern Thoren stehen.«

Diese und solche noch mehr dergleichen Ausschweifungen waren es nun, welche das Volk um den Besitz der wahren Freiheit gebracht haben, die bei einer gemessenen und ernstlichen Haltung der Nation ihr unverlierbares Eigenthum hätte werden müssen.

Auf der andern Seite befestigte dieser für die Berliner-Bewegung so denkwürdige 9. August zuerst ganz entschieden die längst schon beabsichtigten Pläne.

Die Parthei des Hofes, der Regierung, des Ruhe und Ordnungliebenden Bürgerthums sah in der National-Versammlung jetzt einen »Konvent« der die Herrschaft der Revolution und der Volksmassen immer weiter ausdehnen werde.

Das Ministerium Auerswald-Hansemann trat jetzt aus seinem Wirkungskreise zurück, und erklärte in seinem Entlassungsgesuch an den König, »daß der National-Versammlung die Feststellung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehen könne, weil sonst die konstitutionelle Monarchie nicht zu bestehen vermag.«

Inzwischen war die ganze Lage Berlins eine sehr bedenkliche und drohende geworden, denn eine bedeutende Zusammenziehung von Truppenmassen, hatte schon seit einiger Zeit um Berlin herum Statt gefunden, und so war es in ihren nähern und weitem Umgebungen von 40 bis 50,000 Mann Soldaten umstellt worden, ja selbst in Charlottenburg sah man schon eine hinlängliche Anzahl Kanonen in Bereitschaft hergestellt.

Aber immer noch jubelte die Berliner-Demokratie in ihrem plötzlichen Siegesrausche fort, und wenn man schon einige Soldaten in die Volks-Versammlungen mitgeschleppt hatte, so träumte man, damit eine förmliche Verbrüderung des Militärs mit dem Volke ganz sicher vollbracht zu haben.

Wie man sich aber von oben herab den nächsten unvermeidlichen Gang der Dinge dachte, darüber gab zuerst die Ernennung des General Wrangel zum »Kommandanten sämtlicher Truppen in den Marken, eine unverkennbare Andeutung, und machte überhaupt großes Aufsehen im Volke.

Mit der in Potsdam festlich und feierlich begangenen Rückkehr der Garden aus Schleswig, war nämlich auch der General Wrangel, der sich dort zuerst einen Namen erworben hatte, erschienen, und es hatten sich an seine Persönlichkeit, so wie an seinen Degen, ganz neue Hoffnungen angeknüpft.

Er erließ jetzt zuerst in seiner neuen Eigenschaft einen Armeebefehl, worin er sich mit seinen siegreichen Truppen als eine Stütze der »guten Bürger« hinstellte, und dabei ankündigte, daß es sein Auftrag sey, die Ruhe herzustellen. Zugleich warnte er auch die Truppen vor der Stimme der Verführung, und forderte sie zur treuesten Mitwirkung auf.

Die Sprache war verständlich genug, und da die Soldaten allen Versuchen, sie auf die Seite des Volkes hinüberzuziehen, fast durchgehends widerstanden,

so konnte Berlin sich auf neue Kämpfe oder schweigende Unterwerfung gefaßt machen.

Hiermit hielt der General eine Truppen-Revue in Berlin selbst ab, und sprach bei dieser Gelegenheit zu dem Volke, das sich neugierig um ihn drängte. Was er sagte war bedeutungsvoll, denn er rühmte den Berlinern zuerst die Stärke seiner Militärmacht mit den Worten: »Die Truppen sind gut, die Schwerter scharf geschliffen, die Kugeln im Lauf!« Endlich beklagte er die Berliner wegen ihrer unglücklichen Verhältnisse, und wegen des herunter gekommenen Zustandes ihrer einst so blühenden Stadt, nachdem er sagte, »daß jetzt in den Straßen Gras wachse;« was nachher das berühmte Stichwort wurde, um welches sich lange Zeit in Berlin der Wig der Partheien drehte.

In der am 21. September gehaltenen Sitzung zeigte der General von Pfu el der Versammlung schriftlich an, daß er vom König zum Vorsitzenden im Ministerrath ernannt, und mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden sey, welches am nächstfolgenden Tage in der Versammlung erscheinen werde, und welche Ernennung am 22. September durch den Staats-Anzeiger bekannt gemacht wurde.

Aber auch darin spielten schon starke symbolische Anspielungen mit, denn ein General, nämlich Pfu el zugleich auch Kriegs-Minister, war der Minister-Präsident des neuen Kabinetts geworden, ein Mann, den man aus den Märztagen her, in einem immer zweifelhaften Andenken behalten hatte.

Diesen General umgaben als die übrigen Minister, Aristokraten, Bureaukraten und Diplomaten, deren Namen sich in jeder Beziehung an die alte Regierung des Polizei- und Beamtenstandes anknüpften, nämlich von Bonin, von Eichmann und Graf Dönhoff.

Dieses Ministerium, welches schon den Anstrich eines sogenannten starken hatte, schien jedoch noch zu einem geschickten Ausweichen und Kavituliren berufen, und richtete darnach mit meisterhafter Gewandtheit sein erstes Auftreten ein.

Ueberdies war es ein Ministerium der Geschäfte, die in eine große Verwirrung gerathen waren, welches aber schon dieserwegen — und weil seine Zusammensetzung der Ehrgeiz der Partheihäupter in der Kammer täuschte, unter welchen Waldeck besonders mit Sicherheit auf eine Ministerstelle gerechnet haben mochte, einer unfreundlichen Aufnahme entgegen sehen mußte.

Das freisinnige Programm, womit Pfu el der Versammlung entgegen trat, ließ nichts zu wünschen übrig, aber in der National-Versammlung mußte er sogleich ein Schauspiel vor sich gehen sehen, welches ihm nur eine geringe Meinung von derselben beibringen konnte.

Es waren nämlich mehrere Anträge auf eine schleunige Berathung der Verfassung gestellt worden, was nach einer viermonatlichen Dauer der Sitzungen unmöglich befremden konnte; aber das Gewäch, was dieserwegen vorgebracht und die vielen namentlichen



Discorso del generale Wrangel a quelli di Berlino.

Wrangel tábornok megszólitását a Berliniekhöz.



Abstimmungen, die durchgesetzt wurden, waren Ekel erregend.

Mittlerweile wurde auf den Straßen der Hauptstadt ein erdichtetes Minister-Programm vertheilt, um das Volk zum Aufstand zu bewegen, was nun die Ursache war, daß die National-Versammlung den schleunigsten Abdruck des echten Minister-Programms verfügte.

Nachdem der Lärmruf des Abgeordneten Otto, der von einer Empörung von 50,000 Mann Soldaten mit Kanonen, und ebenso Schrapneis, der ein wüthes Geschrei erhoben hatte, zum Schweigen gebracht war, drang Kirchmann auf den Minister ein, sich über Wrangels Heer-Befehl, die dienstliche Wirksamkeit desselben, und die Truppen-Zusammenziehung um Berlin zu erklären.

Pfuel antwortete hierauf mit edler Freimüthigkeit, wies auf sein Programm als die beste Widerlegung der vorgebrachten Besorgnisse hin, und stellte mit Gewandtheit die Lage der Dinge in zufriedenstellender Weise dar.

Mit einem zweiten Versuch, den General Wrangel zur Rücknahme seines Heer-Befehls durch das Ministerium zu veranlassen, scheiterte Waldeck, da bei der namenweisen Abstimmung die Verhandlung dieses Antrages vor der Tages-Ordnung abgeworfen, und derselbe hierauf zurückgezogen wurde.

Noch brachte der Abgeordnete Blöm den Antrag zur Sprache, daß die Versammlung ihren Unwillen über die Ereignisse zu Frankfurt am Main (vom 18. September) ausprechen, jede Störung der Beratungen der Reichsversammlung — jede Gewalt gegen dieselbe tief beklagen, und die Regierung ersuchen möge, die Reichsgewalt zur Unterdrückung solcher Angriffe kräftig zu unterstützen.

Diesen Unwillen gab jedoch bei namenweiser Abstimmung nicht die erforderliche Anzahl Mitglieder zu erkennen, und ein Unter-Antrag von Lüsshaus, der Regierung zugleich den Schutz der freien Berathung in der preussischen Landes-Versammlung zu empfehlen, wurde mit Lachen beseitigt, und so war zuletzt die ganze lange dauernde Sitzung würdelos und abgeschmackt vorübergegangen.

So kam der 25. September heran, der allgemein von dem Volke, vielleicht auch von der Regierung als ein Tag großer Entscheidung angesehen wurde.

Auf einen Kampf war man von beiden Seiten gefaßt, ganz Berlin schien sich zu demselben vorbereitet zu haben, und an heimlichen Waffenrüstungen hatte es von Seite des Volkes nicht gefehlt.

Hinter dem Ministerium Pfuel, wie sehr dasselbe auch scheinbar Wrangels Ausnahmstellung desavouirt oder verläugnet hatte, stand doch seine kompakte zusammengehaltene Soldatenmacht in einer fest vorbereiteten Organisation.

Die Spannung war unglaublich, und eine schwere folgenreiche Begebenheit schien nicht mehr zu vermeiden zu seyn. Nichts weniger aber hatte man erwartet, als die Erklärung welche General Pfuel am Ministertisch als ein ministerielles Programm vorlas, mit dem lakonischen Bemerkten, daß er dieses dem kommandirenden Generalen als Armee-Befehl mitgetheilt

habe, und worin der Befehl ausgedrückt ward, »reaktionäre Tendenzen in der Armee nicht zu dulden, das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militär nach Kräften zu befördern u. s. w.«

Noch mehr zu verwundern war es aber vielleicht, daß sich die Linke mit dieser Erklärung zufrieden bezeugte, und die vollständige Befriedigung ihrer Forderungen darin als geschehen erblickte.

Die Stellung des Ministeriums zu der parlamentarischen Opposition erschien überhaupt von Tag zu Tag weniger schroff, und ging bald in eine Leichtigkeit des Nachgebens und Verwuschens über, die zuweilen in Erstaunen setzen konnte, und den eigentlichen Stand der Dinge oft ganz merkwürdig verdeckte.

Die Absicht war jedenfalls, die öffentliche Bewegung durch geschickte Manoeuvres abzuleiten und in Erwartung irgend eines Augenblicks, der von außen her den Ausschlag geben konnte, und der sich bald genug in der Eroberung von Wien durch den Fürsten Windischgrätz einstellte, Frist zu gewinnen.

Das Ministerium Pfuel, welches der Abgeordnete D'Estler demselben ins Angesicht, das »Ministerium der bewaffneten Reaktion« nannte, wurde so nur ein Hinhaltungs-Ministerium, das aber auch als solches stets einen etwas räthselhaften Hintergrund behalten wird.

Dieses Ministerium publizierte nicht nur die Habeas-corporis Akte*), sondern brachte auch noch kurz vor seinem Verschwinden die königliche Sanktion des Jagdgesetzes heraus, welches durch die gänzliche Verwerfung des Entschädigungs-Prinzips bei der Aufhebung der Jagdrechte eine so ungeheure Sensation bei allen Besitzenden und Bevorrechteten erregt hatte.

Die Kontre-Revolution in ihrem vollen Gange zu leiten, schien jedoch der General Pfuel selbst nicht beherzt genug, nachdem sich derselbe dieserwegen lieber einer nicht ganz von ihm abzuleugnenden Kofletterie mit der Volksgunst ergab, was er auch am 31. October dadurch bestätigte, daß er in dieser Sitzung der National-Versammlung, wo eine Hilfeleistung für das belagerte Wien beschlossen werden sollte, für den Robbertus'schen Antrag stimmte.

Es war dieses zugleich jener denkwürdige Abend, an welchem die demokratische Volksbewegung von Berlin zum letzten Male mit ihren schon abgenützten Masken und Figuren zu wirken suchte.

Am 26. September erneuerte der Abgeordnete Lüsshaus seinen Antrag, die durch viele Vorgänge in jüngster Zeit in Gefahr gesetzte Würde und Unverletzlichkeit der Versammlung zu sichern, fand aber wieder keine Stimmenmehrheit, denn die Linke sicherste, die dabei nichts zu wagen hatte, dem Pöbel damit seine Vorrechte, schlug sich aber dabei selbst die empfindlichste Wunde, da sie den Machthabern das Recht in die Hände gab, über Unfreiheit der Beratungen zu klagen.

*) Nach diesem Gesetz muß ein Verhafteter binnen 24 Stunden verhört werden, und wenn er keines Haupt-Verbrechens beschuldigt werden kann, so darf er nach jener Zeit keine Postfesseln gegen einen Bürgen fordern.

Zwei Sachen, nämlich eine Bekanntmachung des Befehlhabenden Generals in Schlessien, Grafen Brandenburg, welche noch eindringlicher als Wrangels Sprache war, und die Unruhen an eben diesen Tage in Köln, welches in Belagerungs-Zustand erklärt wurde, waren jetzt die nächsten Angriffspunkte gegen das Ministerium.

Die erste Antwort des Ministeriums hierauf aber war; daß der Minister-Präsident der Versammlung anzeigte, der König habe das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit bereits bestätigt und unterzeichnet, und ebenso wurden auf die Empfehlung der National-Versammlung hunderttausend Ehaler zur Unterstützung der nothleidenden Weber in Schlessien bewilligt.

Der Belagerungs-Zustand in Köln wurde ganz unerwartet wieder aufgehoben, jedoch der Beschluß der Versammlung wegen Abschaffung der Todesstrafe brachte die Minister in Verlegenheit, da der König die Bestätigung desselben verweigerte.

Auch wegen der Bekanntmachung des Grafen von Brandenburg sah sich das Ministerium ungestüm und in einer höchst verletzenden Weise angegriffen, worauf der General Pfuell die Gründe zu dieser Bekanntmachung ruhig auseinandersetzte, ein sachgetreues Bild von der Lage der Dinge in Schlessien besonders in Breslau entwarf, und den Worten des Grafen Brandenburg eine Deutung unterlegte, welche sie nicht als verfassungswidrig erscheinen ließen.

Kodbertus machte hierauf den Antrag, die Versammlung solle erklären, daß sie von der Regierung die Ueberzeugung hege, dieselbe werde zur Ausführung aller Beschlüsse der Reichsgewalt und der deutschen Reichsversammlung in den drohenden Entwicklungen der dänischen Frage pflichtmäßig und kräftig beitragen, worauf der Minister der auswärtigen Angelegenheiten entgegnete, daß die Regierung mit der Reichsgewalt Hand in Hand gebe, und dieser Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Hätte der Ungestüm der Versammlung einen Mann, wie Pfuell es war, nicht von seinem Platze vertrieben, so stand zu erwarten, daß derselbe auch den Weg gefunden haben würde, ohne dem Rechte der Krone etwas zu vergeben, und die deutschen Angelegenheiten zu einem friedlichen Ausgange zu führen.

Der Abgeordnete Korsch machte die rügende Bemerkung, daß im Widerspruche mit dem Gesetze, welches alle Beschränkungen staatskörperlicher Rechte, wegen Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses aufgehoben habe, den jüdischen Aerzten der Eintritt in militärische Stellen verweigert werde; aber der Minister-Präsident erwiederte ungesäumt hierauf, daß er keinen Anstand nehme, dem betreffenden Gesetze im ganzen Umfange des Heeres Geltung zu verschaffen; eine Aeußerung, welche mit einem allgemeinen Beifalle aufgenommen wurde.

In diese sich günstig gestaltenden Verhältnisse trug aber der Uebermuth der Garde du corps eine widerwärtige Störung hinein.

Die Ausschweifungen, welche sich diese Truppe am 1. October in Potsdam zu Schulden kommen

ließ, standen den Straßenscandalen in Berlin würdig zur Seite, und fachten zugleich das Mißtrauen im Volke gegen die Militärgewalt vom Neuen aufs befrichtigte an.

Der Abgeordnete Pokrzywinski erwähnte des noch fortdauernden Belagerungs-Zustandes in Posen, worauf er aber von dem Minister-Präsidenten die Antwort erhielt, daß der Befehl zu dessen Aufhebung bereits gegeben sey; jedoch der Ausführung desselben widersehten sich die Deutschen in Posen so lebhaft, daß einstweilen davon wieder abgegangen werden mußte.

Mit einer ermüdenden Langweiligkeit war die Berathung über das Bürgerwehrgesetz ausgesponnen worden, und doch würde eine rasche Verabschiedung desselben sicher einen guten Theil der Aufregung verhindern haben, welche das Zerklenden des Gesetzes nicht bloß in der Hauptstadt, sondern auch in vielen Theilen der Monarchie hervorbrachte.

Noch bevor dasselbe beendet war, gab es zu einer äußerst muthwilligen Straßenscandale in Berlin Veranlassung, nachdem nämlich eine Ausfertigung des Gesetzes einem Esel zwischen die Ohren gebunden, und nach einem lärmenden Faschingszuge durch die Stadt auf dem Plage vor dem Sitzungs-Saale der National-Versammlung verbrannt wurde.

Die Verhandlung über einen von dem Abgeordneten Behusch gemachten Antrag, die Regierung zum Erlaß einer allgemeinen Amnestie aufzufordern, unterbrach der Minister Risler durch die Erklärung, daß sich die Räte der Krone mit diesem Gegenstande bereits beschäftigen, und dabei besonders die Vorgänge in Posen in Berücksichtigung haben; und bald erging auch die königliche Verfügung, wodurch für alle in der Provinz Posen bis zum 1. Juli 1848 verübten politischen Vergehen, Straflosigkeit bewilligt wurde. Davon blieben jedoch Staatsbeamte, Offiziere, Geistliche und Lehrer ausgenommen, gegen welche im Ueberfallungs-falle keine andere Strafe als Dienstentlassung ausgesprochen werden solle.

Auch zeigte der Minister-Präsident der Versammlung schriftlich an, daß der Gesetz-Entwurf nach welchem alle schwebenden Verhandlungen über gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse bis zum Erlaß eines neuen, dieselben regelnden Gesetzes eingestellt werden sollen, die königliche Bestätigung erlangt habe.

Bevor noch über das Ganze des Bürgerwehrgesetzes abgestimmt worden war, brachte der Abgeordnete Kirchmann einen Gesetzesvorschlag in drei Paragraphen ein, wodurch wesentliche Bestimmungen desselben, um es mit der immer heftiger werdenden öffentlichen Meinung auszuführen, abgeändert werden sollten.

Nach diesem Antrage sollte die — zur Ersetzung des Eides — angeordnete feierliche Versicherung unterbleiben, die Bürgerwehr in dringenden Fällen zum Schutze von Personen und Eigenthum auch ohne Anforderung der Behörden einschreiten dürfen, und die vom Staate erhaltenen Waffen behalten.

Alle diese Anträge fanden Annahme, und wenn früher der Regierung der Vorwurf gemacht worden war, daß sie jedes Gesetz durch nachfolgende Auslegungen unkenntlich gemacht habe, so ging hier die

Versammlung noch weiter, nachdem sie ein Gesetz, welches noch gar nicht angenommen war, schon änderte, bevor es zur Welt kam.

Endlich nach einer fast fünfmonatlichen Dauer der Sitzungen, kam die National-Versammlung zur Berathung der Verfassung, und das Land schöpfte Athem; aber die bisher gemachten Erfahrungen ließen besorgen, daß auch hier Mangel an ruhiger Klarheit und Staatsweisheit das Verfassungswerk unendlich lange hinziehen werden; denn schon der Titel des Königs »Von Gottes Gnaden« führte zu weit-schichtigen, gelehrten Auseinandersetzungen, welche bis zu dem Parlament von Paris, im Jahre 829 unter Ludwig dem Frommen in die alte Zeit zurückgeleitet wurden.

Das Ergebnis der Sitzung bestand daher, wie weit man auch die Grenzen des konstitutionellen Prinzips von oben herab zu ziehen geneigt schien, in der Streichung der überall mißliebig gewordenen Worte »Von Gottes Gnaden,« in welchen eine Rechtfertigung der fürstlichen Willkür erblickt wurde; dann in der Beibehaltung des Titels »König von Preußen,« und nicht »König der Preußen,« wie anderseits beantragt worden war; wodurch sich der schneidendste Angriff auf die Person des Königs, und eine eigentliche Erschütterung des Thrones äußerte.

Die Vorgänge in Wien brachten in jenen Tagen eine gesteigerte Aufregung in Berlin hervor. Der General Wrangel sollte im Bilde verbrannt werden, und ebenso zerstörten die Arbeiter am Kanalbau eine werthvolle Maschine, die zum Ausschöpfen des Wassers verwendet zu werden bestimmt war.

Bei diesen Auftritten mußte die Bürgerwehr kräftig einschreiten, wobei Verwundungen vorkamen, jedoch der Tumult erneuerte sich wieder am folgenden Tage, wo sich das Volk auf den Gensdarmenmarkt drängte, um wegen der Abstimmung über das Bürgerwehrgesetz seinen Unwillen zu äußern, welcher Andrang nur mit Noth abgehalten werden konnte.

Der Geburtstag des Königs ging ziemlich ruhig vorüber, aber die Antwort welche der Monarch den Abgeordneten der National-Versammlung, die ihn beglückwünschte, aus dem Stregreif erteilt hatte, fiel ungemein auf.

Verlezt durch den Beschluß der National-Versammlung sagte der König unter sehr bedenklichen und bedeutungsschweren Wendungen: »Sie sollten Gott danken, wenn sie noch einen König von Gottes Gnaden hätten.«

Der Eindruck, den diese königliche Antwort in verschiedenen beißenden Wendungen gegeben, in der Versammlung und in der Hauptstadt machte, war von höchst ungünstiger Art.

In dieser Stimmung wurde nun die Berathung darüber angefangen, ob die Verfassung als vereindart, oder als von der National-Versammlung beschlessen, verkündigt werden sollte, womit allerdings ein wichtiger Grundsatz zur Feststellung kam; und es wurde endlich mit großer Stimmenmehrheit die Formel mit folgenden Worten angenommen: »Wir verkünden hie-

mit die von den Vertretern des Volkes durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung.«

Der 16. October erlangte in den Jahrbüchern Berlins wieder eine traurige Berühmtheit durch einen Straßenkampf, wozu die Entlassung der Arbeiter, welche sich durch die, einige Tage früher gemachte Zerstörung der Schöpfmaschine selbst brotlos gemacht hatten, Veranlassung gab.

Die zur Unterdrückung des Aufruhrs herbeigerufene Bürgerwehr, wurde von den Arbeitern verhöhnt und auch mißhandelt, worauf sie von der Schußwaffe Gebrauch machte, wobei die Bürgerwehr zwei Mann, darunter ihren Hauptmann, die Arbeiter aber sieben Mann verloren, außer jenen 13 schwer verwundeten, welche auch dem Tode schon nahe waren.

Niemand kann bezweifeln, daß das Unrecht hier auf der Seite der Angreifenden war, und daß ihre frevelhafte Auflehnung und Gewaltthat Strafe verdiente. Die Leute kehrten aber das Verhältniß um, und stellten an die National-Versammlung das Verlangen um Untersuchung der Vorfälle und Bestrafung der Schuldigen, ehrenvolle Beerdigung der Gefallenen auf Staatskosten, kostenfreie Herstellung der Verwundeten, und Versorgung der Hinterbliebenen, ja selbst der Tagelohn für den Kampstag sollte den Arbeitern ausbezahlt werden.

Wenn nun solche Anträge nach solchen Vorgängen in der National-Versammlung zahlreiche Verteidiger fanden, wenn viele Abgeordnete das Leichenbegängniß der gefallenen Aufrührer begleiteten, als geschehe es um Männer zu ehren, die ein Verdienst um das Vaterland ansprechen könnten, so mußten alle Rechtsbegriffe in den untern Schichten der Gesellschaft verwirrt und jede Aussicht auf bürgerlichen Frieden zerstört werden.

Von da an mußte sich der Pöbel im weitesten Umfange das Recht an, den Volksvertretern die zu fassenden Beschlüsse vorzuschreiben, und diejenigen Abgeordneten, welche nicht nach seinem Willen stimmten, zu beschimpfen, zu mißhandeln, mit dem Tode zu bedrohen, so daß die schon längst gefährdete Freiheit der Berathung beinahe vollständig verschwand.

Der Abgeordnete Meusebach verlangte Anordnungen zum Schutz der Versammlung der ihr von der Bürgerwehr nicht ausreichend geleistet wurde, aber die Mitglieder der Linken, die im Besitze rothfarbiger Karten, keine Gefahr zu besorgen hatten, widersetzten sich an diesem Tage wie immer diesem billigen Verlangen.

Damit forderte nun die heftige Parthei die Regierung zum Kampfe heraus, während sich Graf Brandenburg bereits seit einigen Tagen mit dem Plan zum Einschreiten mit Gewalt am königlichen Hofe zu Berlin beschäftigt fand. Eben so zerriß auch jetzt das Band zwischen Berlin und Frankfurt.

Gegen den Einspruch des Ministeriums und der deutschgesinnten Abgeordneten wurde der Beschluß durchgesetzt: »Alle Landesheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preussische Staatsgebiet.«

Damit war die Theilung Posens in einen deutschen und polnischen Theil, wofür sich die preussische Regierung, der Bundestag und die Reichs-Versammlung erklärt hatten, umgestoßen, und diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche diesen bewirkten, haben kein Recht, dem spätern Kabinete die Nichtbeachtung der Frankfurter Beschlüsse zum Vorwurf zu machen, da sie selbst damit vorgegangen sind.

Der Abgeordnete Lemme ging sogar noch weiter, und brachte einen, die Befugnisse der Reichsgewalt beschränkenden Antrag ein, den der Abgeordnete Reichensperger den verwegendsten Versuch des Rückschritts nannte, dem jedoch die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde.

Die Stellung des General Pfuel wurde jetzt unhaltbar, denn in der Versammlung bekam er keine Stimmenmehrheit, und bei Hofe hatte er sich dadurch, daß er der National-Versammlung fortwährend nachgab, und den König zur Bestätigung der gefaßten Beschlüsse drängte, unbeliebt gemacht.

So von beiden Seiten aufgegeben, suchte er um seine Entlassung an, welchem Beispiele auch die übrigen Minister folgten, da das heraufziehende Gewitter dicht über den Horizont angerückt kam.

Um die herrschende Verwirrung noch zu vermehren, that sich der Kongreß der deutschen Demokraten in Berlin auf, der zwar schwach an Mitgliedern, und noch schwächer an Geldmitteln war, da seine Kasse, woraus die Kosten zum Umsturz Deutschlands hätten bestritten werden sollen, kaum aus fünf Thalern bestand.

Indessen steigerte aber dieser Kongreß dennoch durch sein dreistes Verkündigen der Republik, und die verlangte Unterstützung der bedrängten Stadt Wien die Unruhe in der Hauptstadt beträchtlich.

Je größeren Anhang die Linke in der Versammlung fand, um so schwieriger wurde die Stellung des Vorsitzenden Grabow, eines Mannes von gemäßigter Gesinnung, der sich von dem Strudel, in welchen das Haus kam, nicht mit fortreißen lassen wollte und daher um einen vierwöchentlichen Urlaub ansuchte, für dessen Dauer der Abgeordnete Unruh zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Nun wurde in einer Sitzung ein dringender Antrag mit dem Begehren angemeldet, das Ministerium aufzufordern, zum Schuß der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten; die Versammlung verweigerte aber in die Verathung dieser Angelegenheit noch an demselben Tage einzugehen, und fuhr in der Verathung der preussischen Grundrechte fort, worauf dann die Bestimmungen »Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich; es gibt weder Standes-Unterschiede noch Standes-Vorrechte; der Adel ist abgeschafft; Orden und Titel, die mit keinem Amte verbunden sind, dürfen nicht mehr ertheilt werden — eine Mehrheit für sich erhielten.

Inzwischen gährte es in der Hauptstadt gewaltig fort. Der demokratische Kongreß hatte am 29. October eine Volksversammlung vor dem Brandenburger-Thore gehalten, in welcher der Student Silber-

stein aus Wien, die Hilfe des preussischen Volkes in Anspruch nahm. Brausewetter aus Königsberg warf die Bedrängnisse der Hauptstadt Wiens den Fürsten vor, und hoffte nur Rettung von der Einführung einer Republik. Ja Bracklow, der Freischaaren-Anführer aus Schleswig-Holstein äußerte: so wenig die Erde zum Himmel werden könne, so wenig können Fürsten es jemals redlich mit den Völkern meinen.

Diese kurzen Andeutungen werden hinreichen, um den Geist zu bezeichnen, welcher in dieser Versammlung herrschte, und der auf Arnold Ruge's Antrag in einer großartigen Kundgebung der National-Versammlung ausgesprochen werden sollte.

Die Polizei verhaftete inzwischen während der Nacht mehrere der heftigsten Redner, während die andern sich flüchteten; aber die Aufregung blieb, und Drohungen gegen diejenigen Abgeordneten, welche sich dem Volkswillen widersetzen würden, wurden laut ausgesprochen.

Unter solch bedenklichen Umständen wurde die Abend Sitzung am 31. October eröffnet. Volksschaaren mit Fackeln hatten die Thüren des Schauspielhauses umlagert, in dessen Saal die National-Versammlung seit einigen Wochen ihre Sitzungen verlegt hatte.

Die Volksmassen welche hier overirten, waren indessen von so geringer Energie befeelt, daß ein nur halbwegs ernsthafter Widerstand sie mit Leichtigkeit hätte auseinander treiben können.

Das Vernageln der Thüren, um die Abgeordneten nur nach einer günstigen Abstimmung für Wien wieder herauszulassen, war mehr eine Spielerei muthwilliger Subjecte, als daß sie wirklich von Bedeutung hätte ausfallen können; auch fand dieser Muthwille nicht an den Haupteingängen zum Sitzungs-Saale Statt.

Ebenso übertrieben war auch die Erzählung von den Stricken, welche an diesem Abend das Volk vorzeiget haben soll, um die Abgeordneten der rechten Seite daran aufzuknüpfen, wenn der Beschluß nicht nach dem Willen der Volksmasse zu Stande kommt.

In jeder Art, wie dieser Vorfall dann später ausgebeutet wurde fand er keineswegs Statt, und diejenigen, welche als Augenzeugen dabei gewesen sind, haben vielfach versichert, daß ein solch gemeiner Witz allerdings von einigen Leuten im Volke gemacht worden sey, daß aber an eine ernsthafte und wirklich auszuführende Volksbewegung dieser Art Niemand gedacht hatte.

Ueberhaupt zeigte sich die Volksbewegung an jenem Abend schon sehr abgeschwächt; und konnte daher mit Recht nicht den Grund zu den später über Berlin verhängten Maßregeln hergeben.

Die Gestalten der Berliner-Strassenbewegung hatten bereits ihre eigentliche Grellheit und Abenteuerlichkeit durch sich selbst zu verlieren angefangen, und nur Bassefmann, der um diese Zeit als Reichs-Kommissär in besonderer Beziehung zu den Berliner-Zuständen nach Berlin kam, konnte wegen einer ängstlichen kleinstädtischen Natur noch auf den Berliner-Strassen Gespenster gesehen haben, die aber nicht mehr existirten.

Zu dem Gegenstande übergehend, welcher die Versammlung am 31. October in der Abendsitzung beschäftigen sollte, wurden zuerst mehrere Verbesserungs-Anträge angemeldet, worauf der Abgeordnete **Waldeck** den Haupt-Antrag auf Unterstützung der Wiener-Revolution begründete, was aber nach langen und hitzigen Verhandlungen abgelehnt, dagegen jedoch der Verbesserungs-Antrag des Abgeordneten **Kobbertus** mit Stimmenmehrheit angenommen wurde; »die Regierung aufzufordern, bei der Reichsgewalt schnelle und thatkräftige Schritte zu machen, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und das bedrohte Daseyn des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen, und der Friede hergestellt werde.

Diese Entscheidung war unstreitig auch die vernünftigste, welche die National-Versammlung, die sich, nachdem, wie schon gesagt, die Thüren zum Schauspielhause vom Volke vernagelt worden waren, also förmlich belagert befand, fassen konnte, und sie bewies zugleich, daß sich die Mehrheit von der Gefahr der Lage, die ihr durch einen Volksaufstand bevorstand, nicht beherrschen ließ.

Der Zweck der demokratischen Partei war also nach diesem Vorgange vereitelt, welche die Absicht hatte, einen Volksaufbruch und sonach die Ausrufung der Republik zu bewerkstelligen.

In dieser, mit der Entscheidung der Versammlung unzufriedenen Stimmung, wollten die Volksmassen die Abgeordneten aus dem Sitzungs-Saale nicht heraus lassen; und als zum Schutze der Abgeordneten die Bürgerwehre anrückte, wurde diese nur verhöhnt und gespottet; ja mehrere aus dem Volke rissen sogar der Mannschaft die Gewehre aus der Hand, was zur Folge hatte, daß ein Bajonett-Angriff auf das ungestüme Volk gemacht werden mußte; und so war man erst bis um Mitternacht im Stande, den Platz vor dem Schauspielhause, und die nächsten Straßen von dem zusammen gerotteten Pöbel zu reinigen.

Den greisen Krieger **Pfuel**, der als Minister-Präsident der Sitzung bewohnte, mußten an diesem Abende des 31. Octobers die Abgeordneten **Jung** und **Stramm** in ihre Mitte nehmen, um ihn sicher nach Hause zu bringen.

Der Minister des Innern, **Eichmann** richtete mit Beziehung auf diese Vorgänge am folgenden Tage die Aufforderung an die Behörden, in jenen Fällen, wo die Bürgerwehre zur Erhaltung der Ordnung nicht ausreichte, die Hilfe der Kriegsmacht in Anspruch zu nehmen, was aber durch die Lage der Dinge sowohl in der National-Versammlung, als auch von der demokratischen Partei heftig widersprochen wurde.

General **Pfuel** außer Stande die Versammlung zu leiten, und dennoch zu einem Staatsstreiche abgeneigt, zeigte zugleich dem Vorsitzenden **Unruh** seine, dem König bereits eingereichte Entlassung schriftlich an, und der General-Lieutenant Graf von **Brandenburg** benachrichtigte denselben, daß er zum Vorsitz in den Ministerrath und zum Kriegs-Minister ernannt, ihm auch die Bildung eines neuen Kabinetts

aufgetragen worden sey, daher er der Versammlung kund gebe, ihre Sitzungen einstweilen zu vertagen.

Da aber die Versammlung sehr gut einiäh, daß ihr die Krone damit den Fehdehandschuh hingeworfen habe, und darin das erste Zeichen zur Kontre-Revolution gegeben sey, so beschloß sie ihre Sitzungen nicht einzustellen; ja der Abgeordnete **Waldeck** deutete sogar darauf hin, daß man sie bald permanent werde machen müssen.

Ueber die Maßregeln zur Sicherheit der Versammlung waren die Meinungen ungemein getheilt, jedoch nahm sie den Antrag an, daß ihr Vorsitzender in dringenden Fällen ermächtigt seyn soll, von den Befehlshabern der Bürgerwehre Schutz verlangen zu dürfen.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, einen Ausschuß von mehreren Mitgliedern zu ernennen, welche eine Adresse an den König entwerfen, um diesen die bedrohliche Lage des Landes vorzustellen.

Die Adresse sollte dem Monarchen durch eine Aberdnung mit den Vorsitzenden an der Spitze persönlich überreicht werden.

Um 5 Uhr Abends wurde die Adresse vorgelegt, in welcher ein Ministerium **Brandenburg**, welches nie die Mehrheit der Versammlung, noch das Vertrauen des Landes gewinnen würde, als unheilvoll bezeichnet, und mit Hinweisung auf die Vorgänge in Wien, der König gebeten wurde, sich mit volksthümlichen Räten zu umgeben.

Diese Adresse wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und es wurde auch gleichzeitig beschlossen, die Sitzung nicht früher aufzubeheben, als bis die nach Potsdam abgegangene Deputation wieder zurückgekommen seyn würde.

Da jedoch gegen 10 Uhr die telegraphische Nachricht anlangte, daß der König ohne Weisern eines verantwortlichen Ministers die Deputation nicht empfangen wolle, die Minister aber erklärten erst am folgenden Morgen sich nach Potsdam begeben zu können, so wurde, nach vielen vergeblichen Reden, die Sitzung bis zum 3. November früh 9 Uhr vertagt.

Die Deputation, an deren Spitze sich der Präsident **Unruh** befand, begab sich nun am Nachmittag des 2. Novembers zum König nach Sanssouci, wo sie erst nach vielen Schwierigkeiten den Zutritt erhielt, nachdem der König früher von dem Ministerium auf telegraphischen Wege gebeten ward, die Deputation der Volksvertreter zu empfangen.

Der Präsident der National-Versammlung las die Adresse vor, welche der König stillschweigend anhörte, sich aber dann bei der Stelle, wo auf den Wiederausbruch einer Revolution hingedeutet ward, der Deputation den Rücken kehrte, in welcher Haltung er bis zum Schlusse der Adresse blieb.

Hierauf nahm er dem Präsidenten **Unruh** das Papier aus der Hand, faltete es sehr hastig zusammen, und wollte sich mit einer kurzen Verbeugung, ohne ein einziges Wort zu sprechen in sein Kabinet entfernen. In diesem Augenblicke rief ihm aber der Abgeordnete **Jakobi**, ein Jude, mit vollendeter Taktlosigkeit zu, »Wir sind nicht hieher gesendet, um Euer Majestät eine Adresse zu übergeben, sondern

auch Ihnen über die wahre Lage des Landes mündlich Auskunft zu ertheilen. Gestatten Euer Majestät uns Gehör!« Der König wandte sich jetzt bei diesen Worten nochmals um und sagte hastig: »Nein!« und entfernte sich durch die Thüre; aber Jakobi konnte es nicht über sich bringen zu schweigen, und rief »Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!«

Dieses Verfahren des Abgeordneten Jakobi's erfuhr am nächsten Tage in der National-Versammlung lebhaften Tadel, dem er in der Meinung aller verständigen Männer überhaupt nicht entgangen ist. Gegen 4 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen und der inzwischen eingelaufene abschlägige Bescheid des Königs vorgelesen.

Die dadurch sehr aufgeregte Versammlung vertagte sich jetzt bis zum 4. November Vormittags, wo die Sitzung für geschlossen erklärt und eine neue eröffnet, dem Antrage Waldeck's aber einen Ausschuß zur Erörterung der bedrohlichen Lage des Landes, und zum Vorschlage der Mittel, wie demselben innerhalb der Berechtigung der National-Versammlung abzuhelfen sey, nach einer langen Verhandlung die Zustimmung versagt wurde.

Am 6. November fand die Wiederaufnahme der abermals vertagten Sitzung Statt, worin die königliche Bestätigung über frühere Beschlüsse wegen der Ruhegehälter der Militär-Invaliden und eine Gesetzentwurf, die einstweilige Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Schlessen eingingen, und vom Ausschuß für Bittschriften Bericht erstattet wurde.

Von eben so wenig Stoff zu einer anziehenden Erwähnung waren die Sitzungen vom 7. und 8. November; um so wichtiger aber war die folgende Sitzung, wo zwei königliche Botschaften, die Ernennung der neuen Minister, — die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg, und die Vertagung derselben bis zum 27. November zum Vortrag kamen.

Die bestimmte Ernennung des Ministeriums Brandenburg war indessen schon am 8. November durch den Staats-Anzeiger bekannt gemacht worden, und sogleich bemerkte man auch in der Stadt auffallende Truppen-Bewegungen und militärische Vorbereitungen von verschiedener Art.

An die Soldaten waren außerordentliche Vorräthe von Munition ausgetheilt worden, auch hatte man die Kasernen mit Lebensmitteln aller Art versehen. Unter dem Volke herrschte bei diesen Vorkehrungen eine entschlossene und ernsthafte Stimmung, und so wurde die Sitzung der National-Versammlung vom 9. November der entscheidende Knotenpunkt dieser neuen Bewegung.

Die Unruhe war so groß in der Stadt geworden, ja es verbreiteten sich so dunkle und ängstigende Gerüchte verschiedener Art überall herum, daß der Präsident der National-Versammlung die Bürgerwehr zum Schutze der Versammlung aufgefordert hatte, welche sich jetzt in zahlreichen Massen schon in der Frühe des 9. Novembers vor dem Schauspielhause aufstellte.

Gegen 10 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung, bei welcher am Ministertische der Graf Bran-

denburg, von Landenberg, von Mantuffel und von Strocha als Mitglieder des neuen Kabinetts gegenwärtig waren.

Eine unbeschreibliche Stille herrschte in der Versammlung und auf den von Menschen überfüllten Tribunen. An das Bureau der National-Versammlung war, wie schon gesagt, eine königliche Botschaft eingegangen, welche man jetzt bekannt machte, und worin mit Hinweisung auf die anarchischen Vorgänge in Berlin, und besonders auf die Ereignisse des 31. Octobers der Sitz der Versammlung nach Brandenburg verlegt, und bis zum Beginn der dortigen Sitzungen vom 27. November ab, die National-Versammlung vertagt wird.

Als Grund dazu wurde besonders angeführt, daß die Versammlung in Berlin sich in einem Zustande fortgesetzter Unfreiheit befunden habe, und daß die Abgeordneten durch verbrecherische Volksbewegungen eingeschüchtert worden sind.

Graf Brandenburg erhob sich jetzt von seinem Sitze, und forderte mit militärisch kurzen Worten die Versammlung auf, ihre Beratungen abzubrechen, nachdem er jede Fortsetzung derselben in Berlin für ungesetzlich erklärte.

Hierauf entstand ein gewaltiger Tumult, aber der Präsident stellte die Ruhe wieder her, jedoch die mehrfachen Anstrengungen des Minister-Präsidenten Brandenburg, das Wort zu nehmen, blieben erfolglos. Der Präsident Unruh weigerte sich jetzt unumwunden, die Versammlung zu schließen, allein Brandenburg widersprach allen diesen gemachten Erklärungen auf Grund der königlichen Botschaft und untersagte jede Fortsetzung der Verhandlungen im Namen der Krone.

Hierauf entfernten sich die Minister, und mit diesen verließ auch der größte Theil der rechten Seite, ungeachtet des Rufes »Hier bleiben!« den Saal. Von den Tribunen aber herab hörte man in dem Augenblick, als die Minister sich entfernten, ein tobendes Geschrei »Verhaften! Verhaften!«

Der Fall einer Verlegung und Vertagung war in der preussischen Gesetzgebung nicht vorgesehen, der Gebrauch in andern freien Staaten auf eine verfassungsgemäße Versammlung nicht zu beziehen, und dieser Schritt daher jedenfalls ein Staatsstreich, den die Krone nur durch die Gefahr ihrer Lage rechtfertigen konnte.

Die zurückgebliebenen Mitglieder der Versammlung beschloßen mit großer Stimmenmehrheit ihre Beratungen fortzusetzen, und der Abgeordnete Giercke entwickelte hier die Lage der Dinge in angemessener Weise.

Bevor auf Grund der Unfreiheit der Beratungen die Verlegung der National-Versammlung ausgesprochen werden könne, müßten alle gesetzlichen Mittel erschöpft seyn, die persönliche Sicherheit der Abgeordneten zu schützen, was nicht geschehen; so wenig er die Souveränität allein dem Volke zugestehet, eben so wenig wolle er des Volkes Rechte verletzen; die eigenmächtige Verlegung sey aber nicht die Handlung

eines verfassungsmäßigen Königs, sondern die eines unbedingten Herrschers.

Sein Antrag: die Berathungen in Berlin fortzusetzen, der Krone das Recht nicht einzuräumen, die Versammlung nicht zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen, und die Beamten welche der Krone solche Rathschläge ertheilt haben, nicht für fähig zur Verwaltung der Geschäfte zu halten, da sie sich schwerer Pflicht-Verletzung gegen die Krone, das Land und die Versammlung schuldig gemacht hatten, wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und auch die Drucklegung dieses Beschlusses so wie der königlichen Vorschläge zur Mittheilung an das Land beschlossen.

Daß der Schritt der Regierung eine furchtbare Aufregung in der Hauptstadt erzeugte, bedarf kaum der Erwähnung, aber das Schicksal von Wien schreckte von einem gewaltsamen Ausbruch zurück.

Man entschloß sich daher zu einem leidenden Widerstande, der, im Falle er von einem ganzen Volke folgerichtig durchgeführt wird, allerdings jede Regierung lähmen muß, wenn er gleich nicht rasche Erfolge verspricht.

Am 10. November Mittags erfolgte zugleich der Einzug der Truppen in die Stadt durch verschiedene Thore, namentlich durch das Hallische, das Potsdamer und Brandenburger-Thor.

Dieser Einzug ging ohne allen Widerstand von Seiten des Volks von statten, welches unter den Linden ein Spalier gebildet hatte, durch welches es die Soldaten mit ihren Geschützen still und lautlos an sich vorüberziehen ließ.

Die zuschauenden Volksmassen waren allerdings nur gering; denn die sonst bekannnten Führer und Vollstrecker der Straßen-Bewegung zeigten sich plötzlich wie verschwunden, und wurden seitdem auch nie wieder auf dem Plage gesehen.

Das Berliner-Volk hatte jedoch in diesem Augenblicke eine andere Wendung angenommen, durch die es seine beginnende Niederlage auf eine höchst heroische und den Ehrenpunkt zudeckende Weise sich zu drappiren suchte. Dieses war die Wendung von dem passiven Widerstand, den man Anfangs durch die Kraft der Gesinnung und der innern sittlichen Erhebung zu leisten beabsichtigte.

Dieser Gedanke war allerdings durch die materielle Uebergewalt von 20,000 Mann Soldaten, die sich plötzlich in den Besitz der Stadt gesetzt hatten hinlänglich motivirt, und eine Vertheidigung der Stadt würde jedenfalls nur zu einem nutzlosen und der Volksache ganz und gar verderblichen Untergang geführt haben.

Dem Stolz des Volks war aber nach dem Einrücken des Militärs nichts weiter übrig geblieben, als sich jene Wendung vorzuspiegeln, die sie indessen freilich nur auf einige Tage vorhalten konnte und dann einer allgemeinen Erschlaffung wich. In den geheimen Feldlagern und Werkstätten der Demokratie herrschte nicht weniger Rathlosigkeit und Bestürzung.

Man meinte hier jedoch, daß sich vielleicht noch der günstige Augenblick werde finden lassen, um Lo-

zuschlagen, und für diesen Fall wurden allerhand Schlachtpläne und Entwürfe gemacht.

Die Berliner-Demokratie hatte aber überhaupt eine große Portion Selbstvertrauen verloren, was nicht nur dem Falle Wiens, sondern auch dem so kläglich abgelaufenen Demokraten-Kongress beizumessen war, der im October in Berlin statt gefunden, und die innere Schwäche, Haltungs- und Mittellosigkeit der demokratischen Parthei nur zu sehr offenbart hatte.

Ein Theil des am Mittag eingerückten Militärs hatte sich nach dem Schauspielhause begeben, in welchem die National-Versammlung ihre, am Vormittag abgebrochene Sitzung fortsetzte.

Die Truppen rückten von mehreren Seiten an, und besetzten in bedeutender Anzahl die Plätze, welche das Haus umgaben. Im innern Raum stand die Bürgerwehr, welche zum Schutz und als Ehrenwache der Versammlung seit dem frühen Morgen das Schauspielhaus besetzt hielt, und erklärt hatte, daß sie ihren Posten nicht verlassen werde.

Den Zwischenräumen zwischen der Bürgerwehr und den Truppen füllten einzelne Volksmassen aus, welche der Abwicklung dieser so überraschend gekommenen Dinge ruhig zusahen.

Der General Wrangel selbst befand sich an der Spitze dieser Truppen, deren Bestimmung offenbar dahin ging, den Kampf, welchen die Berliner selbst nicht angenommen hatten, auf den entscheidenden Punkt hinzuleiten, auf dem es sich um die Existenz und fernere Verrechtigung der National-Versammlung handelte.

Der Kommandant der Bürgerwehre, Rimpler, übernahm die Rolle des Parlamentärs zwischen beiden Partheien, und näherte sich zu diesem Zwecke dem General Wrangel, wobei sich auf dem offenen Plage zwischen Beiden folgende bemerkenswerthe Unterredung ergab. Rimpler fragte nämlich: »Er wünsche zu erfahren, warum die Aufstellung einer so bedeutenden Truppenmacht hier geschehen sey,« worauf ihm Wrangel antwortete: »Ich wünsche nichts sehnlicher als meine Truppen bald in die Quartiere führen zu können. Rimpler gab hier zur Antwort: »Dem scheint mir gar nichts im Wege zu stehen.« Nun fragte Wrangel: »Wozu ist denn die Bürgerwehre hier?« worauf Rimpler antwortete: »Zum Schutz der National-Versammlung.« Hierauf erwiderte Wrangel: »Und auch ich will die National-Versammlung schützen.« Rimpler fragte jetzt: »Wie lange gedenkt denn der Herr General mit seinen Truppen hier am Schauspielhause zu verbleiben?« was Wrangel mit den Worten beantwortete: »Meine Truppen sind gewohnt zu bivouakiren; sie werden hier stehen bleiben, und wenn die Versammlung acht Tage lang beisammenbleiben sollte.«

Dieses Gespräch war den im Innern des Hauses versammelten Abgeordneten mitgetheilt worden, worauf der Präsident von Unruh dem Kommandanten der Bürgerwehre die schriftliche Erklärung übergab, daß die National-Versammlung keinen andern Schutz wolle, als den der Bürgerwehre, nämlich also keinen militärischen Schutz.

Auf diese, an dem General Wrangel gelangte Erklärung antwortete derselbe endlich mit den Worten: »daß die Truppen unter keinen Umständen zurückgezogen würden, übrigens sey es jenen Herren, die noch im Schauspielhause versammelt sind, gestattet, heraus aber nicht wieder hineinzugehen; eine National-Versammlung kenne er nicht, da sie seit gestern durch die Krone aufgehoben worden sey; Ebenso wenig kenne er einen Präsidenten der National-Versammlung, mit dem er sich in eine Unterhandlung einlassen könne.« Hierauf schloß jetzt der Präsident die Sitzung, unter der Erklärung, daß die Versammlung nur der gegen sie angewandten militärischen Macht weiche, und so verließen in einem geordneten Zuge die Abgeordneten das Gebäude.

Die Bürgerwehr hatte eine Spalier gebildet, zwischen welchen sie unter dem lauten Begrüßungen des Volks und dem donnernden Ruf: »Es lebe die National-Versammlung« sich nach ihren Wohnorten begab.

Nur versuchte die National-Versammlung, obwohl sie durch den zunehmenden Austritt von Mitgliedern der Rechten schon sehr geschwächt war, und jetzt spottweise von der ministeriellen Partei der Klubb »Unruhe« genannt wurde, in verschiedenen Lokalen der Stadt ihre Sitzungen fortzuführen. Sie ging in ihrer beimarischen Wanderung von dem Hôtel de Russie nach dem Schützenhaus; und aus dem Schützenhause wieder in den Saal der Stadt-Verordneten, dann von dort in die Königstädtische Halle und den Saal von Mielenz; — aber überall wurde auf gleiche Weise der Schluß der Sitzungen, oft noch bevor dieselben ordnungsmäßig angefangen hatten, durch das Eindringen des Militärs in den Saal, herbeigeführt.

Der Vize-Präsident Plönnies, eine derbe westbälische Natur, erklärte bei einer solchen Gelegenheit, daß er sich nicht freiwillig aus dem Saal begeben werde, worauf ihn zwei Soldaten auf ihre Arme hoben und zur Thüre hinaustrugen.

Diese zu mancherlei spaßhaften Auftritten führenden Hin- und Herzüge durch welche die National-Versammlung in ausweichender Stellung das Feld zu behaupten suchte, schadete ihr aber offenbar in ihrem Ansehen beim Volke und schwächten jedenfalls dessen thatkräftigen Antheil ab; obwohl diese flüchtigen Wäter Anfangs wärmere Theilnahme erregt, als sie jemals im Besitze ihrer Vollgewalt genossen hatten; und so gab das Volk ungerne seinen Arm her zur Verfolgung der beharrlichen Männer.

Aber die Versammlung zögerte, einen entscheidenden Entschluß zu fassen, und verzettelte dadurch ihre ganze Angelegenheit, während es sich um eine Krisis handelte, die in dem rechten Augenblicke ergriffen, zu einer neuen Revolution hätte getrieben werden können.

So kam es also jetzt, daß in dem Augenblicke wo die Versammlung zu ihrem äußersten Mittel schreiten zu müssen glaubte, nämlich zur Verweigerung der Steuern an das Ministerium Brandenburg,

das Volk hinter der Versammlung fehlte, und aus dem Beschluß eine That zu machen versäumte.

Dieses zeigte sich schon an dem Abend selbst, nämlich am 15. November, wo in der Sitzung im Saale Mielenz diese Steuerverweigerung berathen und dekretirt wurde. Es fehlte hier gänzlich aller Hintergrund eines mitwirkenden und thätigen Volkes; und als die Abgeordneten beim Schluß dieser Sitzung ebenfalls durch Militärgewalt aus dem Saale vertrieben wurden, und auf die Straße hinausamen, fanden sie dort statt der jubelnden und ihnen zuzuschauenden Volksmasse, nur wenig umstehende Leute, und selbst unter diesen eine lautlose Stille. Die Arbeiter, welche man vor dem Sitzungs-Saale erwartet hatte, waren ausgeblieben, und man konnte also deutlich erkennen, wie sehr die Versammlung durch ihr hinhaltendes unsicheres Benehmen, selbst aus der Bewegung herausgefallen war, und wie sie damit die Zuneigung der Volksmassen geschwächt, und das Vertrauen derselben verloren hatte.

Aber selbst auch, wenn das Berliner Volk wirklich für die National-Versammlung noch auf irgend eine Art hätte in die Schranken treten wollen, so machten es jetzt die von der Regierung bereits getroffenen Maßregeln unmöglich.

Der von der National-Versammlung unvorsichtig losgeschossene Pfeil prallte leider gegen die eigene Brust zurück, denn die Verweigerung der Steuern hätte die Auflösung des ganzen Staates zur Folge gehabt, und um diesen Preis mochte wohl der umsichtsvolle Theil der Nation eine Versammlung nicht unterstützen, welche ihre Unfähigkeit, die wahre Lage der Dinge zu begreifen, durch diesen Beschluß auf's Neue und unwidersprechlich dargelegt hatte.

Umsonst bemühte sich daher die heftige Partei, das Volk durch diese Lockung für sich zu gewinnen, ja solche Bestrebungen scheiterten fast durchgehends, und ein völliger Umschwung in der öffentlichen Meinung trat ein, welche den noch wenig übrig gebliebenen Mitgliedern des Parlaments bald alle Theilnahme entzog.

Verweigern kann man überdies nur dasjenige, zu dessen Bewilligung man aufgefordert wird, was aber nicht in Betreff der laufenden Steuern der Fall war; und diese wurden auch nicht nur bloß fort entrichtet, sondern, um den Widerspruch gegen diesen ungeeigneten Beschluß der Versammlung klar darzulegen, so wurden solche an mehreren Orten sogar vorausbezahlt; und ebenso verstummten auch die Stimmen und Einwendungen gegen die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg.

Nachdem das Kommando der Bürgerwehre die offizielle Erklärung abgegeben hatte, daß es gegen die forttagende Versammlung nicht einschreiten werde, sondern sich vielmehr gesetzlich verpflichtet halte, dieselbe zu schützen, so wurde am 11. November die Auflösung der Bürgergarde verordnet.

Die Entwaffnung, die auf eine, das Ehrgefühl und den Männerstolz keineswegs schonende Weise ausgeführt wurde, ging zwar zögernd, aber fast überall glücklich und ohne Widersetzlichkeit von statten; worauf

dann am 12. November Abends, 6 Uhr Berlin in Belagerungs-Zustand versetzt wurde.

Der General Wrangel erlies zugleich eine Ausführungs-Berordnung, die zwar das politische Klubb- und Vereinswesen verbot, die Presse unter Aufsicht stellte, aber im ganzen mild und schonend abgefaßt war.

Ganz Berlin nahm jetzt den Anschein eines militärischen Lagers an, denn die öffentlichen und königlichen Gebäude, so wie auch das Schloß selbst, in welchem Wrangel seine Residenz aufschlug, wurden in Kasernen verwandelt, ja selbst in dem Schauspielhause, wo die National-Versammlung ihre Sitzungen gehalten hatte, waren Soldaten untergebracht worden, welche in Ermanglung einer anderen Beschäftigung, oder mehr zum Zeitvertreibe auf den Bänken der Volks-Vertreter die parlamentarischen Verhandlungen scherzweise nachspötelten.

Die Regierung versuchte in Brandenburg gewissermaßen eine Fortsetzung der Vereinbarungs-Versammlung zu Stande zu bringen, woran aber am allerwenigsten den Ministern gelegen seyn konnte.

Im Dome zu Brandenburg, der zu diesen Sitzungen hergerichtet worden ist; hatten sich auch wirklich an dem vorgeschriebenen 27. November das Häuflein der »treu gebliebenen Rechten« eingefunden, und auch die Minister hatten diesen Auszug mitgemacht.

Man verlebte dort einige ländlich unschuldige Tage, in der Erwartung, ob die Versammlung nicht doch noch beschlußfähig werden möchte.

Man hoffte immer noch, daß die in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder, ihrer Unthätigkeit müde, sich ebenfalls nach Brandenburg begeben, und die dort harrende kleine Schaar wieder beschlußfähig machen würden.

Dazu zeigte sich überraschend genug auch bald einige Aussicht, nachdem die Berliner-Versammlung welche am Steuerverweigerungs-Abend noch 226 Mitglieder gezählt hatte, aber seit dieser Zeit auch in der Gefahr stand sich immer mehr und mehr zu zerstreuen, wirklich sich entschlossen hatte, auf den Weg nach Brandenburg zu machen.

Jedoch die Hauptführer derselben hielten sich noch zurück, nachdem man früher eine tapfere Schaar von ungefähr Achtzig Abgeordneten vorausgeschickt hatte, welche in den Brandenburger-Dom mit einem Triumphatorenschritt eingezogen.

Leider brachten aber diese Männer allen frühern Groll gegen die Regierung, alle Unversöhnlichkeit gegen die von ihren Berathungen seit dem 9. November weggebliebenen Amtsgenossen mit, wodurch jede Verständigung, so wie jede fernere gedeihliche Wirksamkeit, unmöglich wurde.

Gegenseitige Anschuldigungen, gegenseitige Ansprachen an das Land, und das Bestreben, keinen mit gesetzlicher Mehrheit gefaßten Beschluß zu Stande kommen zu lassen, arbeiteten der Regierung in die Hände, um ihre Gründe zur Rechtfertigung eines zweiten Staatsstreiches zu bieten, der vielleicht auch längst schon vorbereitet war, und daher nicht lange auf sich warten ließ.

Die achttägige Geschichte der National-Versammlung in Brandenburg ist zu kläglich, um sie einer genauen Darstellung werth zu achten, und endete damit, daß am 5. Dezember die Auflösung derselben vom König ausgesprochen wurde.

Das Ministerium Brandenburg hat diesen günstigen Augenblick entscheidend zu benützen verstanden, und so wurde mit dieser Dekretirung zugleich die längst beabsichtigte Okroynung einer Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit dem Lande verliehen, welche, da sie den Entwurf der National-Versammlung und die Frankfurter-Beschlüsse berücksichtigte, Abänderungen, welche die künftige Reichs-Verfassung notwendig machen sollte, vorbehielt, und den nächsten Kammern das Recht der Durchsicht einräumte, vom Volke, daß sich nach Ruhe und festen Formen oder Gesetzen sehnte, beifällig aufgenommen wurde.

Uebrigens, was bloße Macht gewährt, kann freilich auch die Macht wieder entziehen; allein über dieses wichtige Bedenken schlüpfte das Volk leichtgläubig hinweg, und würde, ohne spätere Mißgriffe, die von Seite der Regierung geschahen, selbst bei dem mit offener Verfassungs-Verletzung dem Lande auferlegten Wahlgesetz, derselben seine aufrichtige Mitwirkung nicht entzogen haben.

So war nun die Berliner-Bewegung vom Jahre 1848 mit der von dem König aus eigener Machtvollkommenheit am 5. Dezember dem Lande ertheilten Verfassung zu Ende, und zwar zu einem solchen Ende gekommen, das dem Anfang in seinen entscheidenden Augenblicken gleich kam; denn wie ein Militärkonflikt den Ausgangspunkt aller Ereignisse gebildet hatte, so wurde die Quelle der Volksbewegung auch wieder durch die alte Gewalt des preussischen Heeres verstopft.

Die am 26. Februar 1849 eröffneten Kammern hatten dem Ministerium Anfangs ihre Unterstützung zukommen lassen, und gingen über die einseitige Auflösung der preussischen National-Versammlung und aller darauf folgenden Regierungs-Verhandlungen ohne Klüge hinweg. Sie erkannten in den Adressen auf die Thronrede die Rechtsgiltigkeit der Verfassung vom 5. Dezember 1848 an, und zeigten sich bereit, auf diesem Grunde zur Neugestaltung des Staats mitzuwirken.

War auch die ministerielle Mehrheit in dieser Kammer nicht groß, so schloß doch selbst das Streben der Linken die Möglichkeit einer Verständigung nicht aus, und die Heftigkeit welche diese Seite des Hauses, noch gereizt von den Vorgängen in den beiden letzten Monaten des Jahres 1848, in die Verhandlungen hineintrug, würde sich gelegt haben, wenn die Regierung im Verein mit der Mehrheit auf dem verfassungsmäßigen Wege treu und entschlossen fortgeschritten wäre. Allein, wie in allen deutschen Einzelstaaten, war auch in Preußen der Friede zwischen der Regierung und den Kammern von der glücklichen Lösung der Bundesfrage abhängig, und in diesem Punkte trennten sich die Meinungen.

Das Erscheinen der Frankfurter-Abordnung mit dem Angebot der Kaiserkrone bildete den Wendepunkt.

Die erste Kammer einigte sich am 2. April zu dem Beschlusse, dem Könige in einer Adresse die Annahme der Reichs-Verfassung zu empfehlen, während die zweite Kammer zu gar keinem Beschlusse in der Sache kam, bis am 21. April der vom Koberger gestellte Antrag, die Rechtsgiltigkeit der Reichs-Verfassung anzuerkennen, Annahme fand.

Am 26. April sprach sich die Kammer für die Aufhebung des Belagerungs-Zustandes in Berlin aus, was ihre Auflösung am folgenden Tage, und die Vertagung der ersten Kammer zur Folge hatte.

Unstreitig hatten die Kammern nach dem Ausweis der zahlreich eingelaufenen Ansprachen, und der in Berlin erschienenen Abordnungen, bei ihren Beschlüssen die öffentliche Stimme für sich gehabt, und als diese zum Schweigen gebracht worden war, als die Regierung durch ihre Erklärung vom 28. April der Paulskirche und ihren Schöpfungen entschieden den Rücken kehrte, brach das Mißvergnügen auf verschiedenen Punkten der Monarchie in gefahrdrohender Weise aus.

Straßen-Unruhen in Berlin selbst folgten der Kammer-Auflösung auf dem Fuße, und bei dem Einschreiten der Truppen verloren mehrere Menschen das Leben.

Eine noch schlimmere Wendung nahmen die Dinge in Breslau, wo am 5. Mai eine Bewegung losbrach, die sich in den beiden folgenden Tagen steigerte, und erst nach einem heftigen Straßenkampf in der Nacht vom 7. zum 8. Mai blutig niedergeworfen wurde.

Da sonst überall in den alten Provinzen die Ruhe erhalten wurde, konnte die Regierung ohne eigene Gefahr Truppen nach Dresden zur Bewältigung des dortigen Aufstandes abschicken, und sie war auch dazu genöthigt, weil der Sieg in Dresden nicht ohne entscheidende Rückwirkung auf Berlin geblieben seyn würde; wie es denn auch in dem westlichen Theile der Monarchie sehr bewegt ausah.

Gemeindetage in Köln am 8. in Münster am 9. Mai, faßten äußerst entschiedene Beschlüsse, allein noch drohender war der Geist in der Landwehr, welche sich am 6. Mai in Elberfeld, am 7. Mai in Krefeld und Neuß, am 8. Mai in Dortmund und Warendorf widersetzte, ja am 10. Mai wurde sogar unter der Anführung des vormaligen Lieutenants Annette ein Versuch gegen das Zeughaus von Siegburg unternommen, wobei sich der Professor Rinckel mit einigen Studenten aus Bonn angeschlossen hatte.

Zu einem ernsthaften Straßenkampfe kam es zuerst am 8. Mai, in Düsseldorf, wo Wehrmänner und Arbeiter den Abmarsch von Truppen nach Elberfeld verhindern wollten, und durch Schüsse zurückgetrieben, Barrikaden in der Stadt errichteten, welche aber die Truppen im Laufe der Nacht erstürmten.

Auch in anderen Orten, so wie z. B. in Essen, Kemscheid, Selingen zeigte sich ein unruhiger Geist, und Zuzug wurde von dort nach Elberfeld geschickt,

wo sich ein Verteidigungs-Ausschuß bildete, eine Gewaltherrschaft einführte, und den gewesenen Ingenieur-Hauptmann Mirbach am 14. Mai die Leitung des Aufstandes übertrug.

Da eine allgemeine Erhebung des Landes unterblieb, gewaltige Truppenmassen sich zur Bekämpfung von Elberfeld zusammen zogen, und überdies eine nach Berlin abgeschickte Deputation beruhigende Zusicherungen über die Absichten der Regierung in Betreff der deutschen Verfassungssache heimbrachte, so verlor der Aufstand allen Anhalt, und Mirbach verstand sich schon am 15. Mai zum freiwilligen Abzug mit seiner Freischaar gegen eine Geld-Entschädigung.

Von den abziehenden Freischärlern kam ein Theil nach Waden, ein anderer, wobei sich Mirbach selbst befand, wurde zerstreut, und der Führer gefangen genommen, Elberfeld aber von Truppen ohne Widerstand besetzt.

Einen blutigeren Ausgang fand der Aufstand in Pferlohn, wohin aus vielen Orten der Grafschaft Mark, Streiter für die Reichs-Verfassung gekommen waren, und bei 5000 Mann mit den Waffen in der Hand zählten.

Drei Regimenter rückten am Morgen des 17. Mai zum Sturm gegen die Stadt, die sie bereits am 11 Uhr Vormittags bewältigten, den Sieg jedoch durch nutzlose und schändliche Grausamkeit besleckten, da sie sogar wehrlose Frauen nicht verschonten.

An demselben Tage ereignete sich jenseits des Rheins zu Prüm an der Eifel ein Vorfall, der unglückliche Früchte getragen hat. Nämlich bei zweihundert Freischärler aus Trier, Wittburg, Wittlich und Bernkastel griffen das dortige Zeughaus an, dessen Verteidigung auf eine feige Weise aufgegeben wurde. Die Ublanen aus Schönecken kamen zu spät, um die Sache zu verhüten, nahmen aber einen Theil der geraubten Waffen den Abziehenden wieder ab, und machten mehrere Gefangene, von welchen drei in Folge des kriegsräthlichen Ausspruchs, am 14. October zu Saarlouis erschossen wurden.

Damit endeten nun die Bewegungen in Preußen für die Reichs-Verfassung, denn ein am 29. Mai zu Königsberg gehaltenes Städtetage ließ es bloß bei einer Meinungsäußerung bewenden.

Unstreitig trug der Aufruf des Königs an sein Volk vom 15. Mai, worin er eine, den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Regelung der Bundes-Angelegenheiten versprach, viel zur Beruhigung der Gemüther bei, obwohl sich das königliche Wort nicht in dem vom Volke erwarteten Sinne bewahrheitete.

Der Entwurf der neuen Reichs-Verfassung vom 28. Mai, ließ die Herzen des Volkes kalt, und ganz besonders konnten die unteren Stände kein Vertrauen zu den Absichten der Regierung fassen, da das zum zweiten Mal dem Lande eigenmächtig auferlegte Wahlgesetz vom 30. Mai das allgemeine Stimmrecht aufhob, und die Theilnahme an der Gesetzgebung überwiegend in die Hände der höher besteuerten Volksklassen legte.

Die Demokratie ward durch dieses Gesetz empfindlich getroffen; sie berief eine Versammlung nach Kötben, wo am 11. Juni bei dreihundert Männer zusammen kamen, und den Beschluß faßten, eine Verwahrung gegen die Vornahme der Wahlen auf Grund dieses Gesetzes zu veröffentlichen, die Zahl der erschienenen Wähler zu ermitteln, — bekannt zu machen, und sich über weitere Maßregeln in einer zweiten Zusammentunft am 1. August zu verständigen.

Eine ähnliche Zusammentunft fand für die Mark am 17. Juni zu Frankfurt an der Oder Statt, wie überhaupt in allen Provinzen die demokratische Partei auf denselben Zweck hinarbeitete.

Sie war so gut eingeschult, daß sie wirklich den Erfolg hatte, die Theilnahme an den Wahlen ungemein zu schwächen, so daß die zweite Kammer überall aus Minderheits-Wahlen hervorgegangen ist, deren Beschlüssen die Demokratie im Voraus jede rechtliche Geltung absprach.

Die Staatsdiener schreckte die Regierung durch zwei königliche Verordnungen, wovon erstere die richterlichen, die zweite alle übrigen Beamten betrifft, und der Regierung wichtige Befugnisse bei Verstrafung von Dienstvergehen in Betreff der unfreiwilligen Versetzung und Entlassung einräumt.

Der Beamtenstand kam dadurch in eine Abhängigkeit, wie sie bis dahin in Preußen unbekannt war. Je mehr aber derselbe vom Volke obgelöst und zu einem willenlosen Werkzeuge der Staatsgewalt gemacht wurde, desto mehr büßte er die Achtung und das Vertrauen des Landes ein.

Der Belagerungszustand von Berlin wurde am 28. Juli aufgehoben, bevor noch die Kammern zusammentraten.

Die Sitzungen wurden am 7. August durch den vom König dazu beauftragten Minister-Präsidenten Grafen Brandenburg eröffnet.

Das Ministerium fand in den Kammern dasjenige bereitwillige Entgegenkommen worauf es gerechnet hatte, und zunächst die Billigung seiner Politik in den deutlichen Angelegenheiten.

Die bei weitem wichtigste Aufgabe war die Durchsicht und Umgestaltung der Verfassung vom 5. Dezember 1848.

Dieses Gesetz war eine freiwillige Gabe der Krone, fand aber in den Ministern und ihren Anhängern selbst keine entschiedensten Segner.

Daß bei allen dem das Ministerium durch die Kammern noch mehr zu erlangen hoffte, als es selbst zu nehmen wagte, gab der Minister des Innern nicht undeutlich zu verstehen, als er in der Sitzung der zweiten Kammer am 22. August die einstweilen erlassenen Verordnungen über den Belagerungszustand vom 10. Mai, über das Versammlungsrecht, das Preßgesetz und Gesetz zur Verstrafung der Verleitung von Militärpersonen zum Ungehorsam vorlegte, und dabei bemerkte, daß sie eine Linie eingehalten hätten, welche das geringste Maß der Beschränkung umschreibe; es werde jedoch zu erwägen seyn, ob es nicht zu gering sey, besonders bei dem Vereinsgesetz.

Die Kammer hat diesen Wink verstanden und die Linie anders gezogen.

Das Bürgerwehrgesetz wurde bereits am 13. August außer Kraft gesetzt; aus der Verfassung die Weidigung des Heeres auf dieselbe ausgemerzt; das Steuererwilligungsrecht preisgegeben und dem Ministerium jedes verlangte Zugeständniß gemacht.

Man glaubte nach diesen Aufopferungen bei Ablauf des Jahres an der Grenze des Möglichen angekommen zu seyn, und erwartete, daß das Ministerium für einige, zwischen den Kammern streitig gebliebene Punkte eine billige Ausgleichung vorschlagen werde.

Statt diesen erhob aber die Krone am 7. Jänner 1850 neue Forderungen, deren jede einen Schlag gegen die berathene Verfassung führte.

Die wichtigsten Forderungen betrafen die Bildung der ersten Kammer, die Bestellung eines Staatsgerichtshofes zur Aburtheilung politischer Verbrechen, und das den Gerichtshöfen entzogene Recht, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zu prüfen.

Trotz des gewaltigen Aufschreiens in beiden Kammern, fügten sie sich endlich dennoch in den königlichen Willen, und nur eine Folgewidrigkeit war es, wenn die Erhaltung der Fideikomnisse und die Errichtung neuer Fideikomnisse abgelehnt wurde, nachdem eine erbliche erste Kammer zugestanden worden war.

Die so umgestaltete Verfassung erhielt am 31. Jänner 1850 die königliche Bestätigung und wurde vom Könige, den Ministern und den Mitgliedern beider Kammern am 6. Februar feierlich beschworen.

Zum Bau der Ostbahn und einiger anderer Eisenbahnen, bewilligten die Kammern einen Kredit von 21 Millionen Thaler, so wie noch kurz vor ihrem am 26. Februar erfolgten Schluß, achtzehn Millionen Thaler zu allenfällig nöthig werdenden Kriegsrüstungen.

Die sonst noch mit den Kammern berathenen wichtigeren Gesetze waren folgende, nämlich: — Das Gesetz die Verstrafung der Vergehen gegen die Telegraphen-Anstalten betreffend.

Die Genehmigung der Kammern zu der Verordnung wegen Errichtung von Gewerbstätten und verschiedenen Abänderungen der allgemeinen Gewerbeordnung.

Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit, dann die Stellung unter polizeiliche Aufsicht betreffend.

Die Genehmigung der Kammern zu der Verordnung über die einstweilige Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Schlessen.

Das Gesetz, die Verwaltung des Staatsschuldenswesens und die Bildung einer Staatsschulden-Kommission betreffend; — dann das Gesetz wegen Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen.

Das Gesetz wegen Bewilligung einer Zinsbürgschaft für die Aachen-Düsseldorfer und Ruhrort-Krefeld-Kreis-Gladbacher Eisenbahnen.

Das Gesetz wodurch die bestehenden Gesetze über die Gemeinheitsheilung ergänzt und abgeändert werden.

Das Gesetz über das Vereinswesen; dann die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei Auf läufen angerichteten Schadens.

Das Gesetz über die Gemeinde Ordnung, ferner die Kreis-Bezirks- und Provinzial-Ordnung; über die Polizei-Verwaltung und endlich über den Staatshaushalt für die Jahre 1849 und 1850.

Die Einnahmen des Jahres 1850 wurden auf ungefähr 91 Millionen Thaler, die gewöhnlichen Ausgaben auf 90 Millionen Thaler, und die außerordentlichen Ausgaben auf 5 Millionen Thaler festgesetzt, wodurch sich der Steuerbetrag in Preußen auf sechs Thaler, also fast die doppelte Höhe gegen früher gesteigert hat.

Im Ganzen waren es 42 Gesetze, welche zwischen den Kammern und der Regierung zu Stande gebracht worden sind, unter welchen noch das Ablösungs-Gesetz und die Errichtung von Rentenbanken eine wichtige Stellung einnimmt.

Einen besonders ungünstigen Eindruck machte aber die Gemeinde-Ordnung in den Städten, wo man seit vierzig Jahren an eine Selbstregierung und freie Bewegung gewohnt war.

Die von der Regierung vorgeschlagene Einkommensteuer war von der ersten Kammer abgelehnt worden, und wenn beide Kammern diese Anforderung zurückwiesen, den Schluß ihrer Berathungen durch ein Zwangsgesetz gegen die Presse zu krönen, — so war doch durch den berechtigten Dekretirungs-Paragrah 63, welcher der Regierung das Recht zu jeder Gewaltmaßregel zugesetzt, dafür gesorgt, daß dem Volke ohne Schwierigkeit auch dieses Recht entzogen werden konnte, wie es auch geschehen ist; und so kam das Press- und Vereinsrecht in Preußen in eine schlimmere Lage, als dieses vor den Märztagen des Jahres 1848 der Fall war.

Am Tage nach dem Schlusse der Kammern, trat der Kriegs-Minister General Strocha aus dem Cabinet, und wurde durch den General-Lieutenant Stockhausen ersetzt.

Gleichzeitig erschien auch eine königliche Verordnung, nämlich die Neuwahl für die aufgelöste erste Kammer betreffend.

Nach Erledigung der innern Angelegenheiten des preussischen Staates, folgen jetzt die Bestrebungen welche der äußern Vergrößerung der preussischen Macht galten, und jedenfalls von da an deutlich hervortreten, wo das Dreikönigs-Bündniß durch den Rücktritt von Sachsen und Hannover von den Verhandlungen des Verwaltungsraths thatsächlich gelöst, und die Absicht Preußens aller entgegengesetzten Versicherungen ungeachtet, nicht mehr auf die Herstellung des engeren Bundes gerichtet war.

Die Erklärungen der Bevollmächtigten von Hannover und Sachsen gaben dem Verwaltungsrath in seiner Sitzung zu einer gemeinschaftlichen Gegenerklärung die Veranlassung, der von Hannover in einer Denkschrift, und eben so von Sachsen der Nachweis völliger Unhaltbarkeit entgegengesetzt wurde.

Der preussische Bevollmächtigte gab in der Sitzung vom 17. November eine Auslassung als Beant-

wortung dieser Denkschriften zu Protokoll, worin gesagt wird, daß der engere Bund nicht als die letzte Entwicklung, wohl aber als der thatsächliche Anfang einer notwendigen Neugestaltung der deutschen Staats-Verhältnisse zu betrachten sey.

Der deutsche Bund vom Jahre 1815 bestehe zwar in seinen Gliedern, Zwecken, gegenseitigen Rechten und Pflichten fort, seine Organisation sey aber durch die Thatsachen des Jahres 1848 vernichtet worden, und müsse durch eine bessere Einrichtung ersetzt werden. Diese liege in dem Berliner-Entwurfe vor, welcher sofort entgeltig werde, sobald die Volks-Vertretung ihre Zustimmung dazu ertheilt habe.

In dieser Sitzung beschloß auch der Verwaltungsrath, die Wahlen zu den Vereinstrag am 31. Jänner 1850 vornehmen zu lassen, und das Parlament nach Erfurt zu berufen; jedoch war bei diesem Beschlusse Strelitz nicht betheiligt.

Oesterreich bekämpfte diesen Satz, welchen Bodelschwingh bereits am 17. October ausgesprochen hatte, so wie die daraus abzuleitenden Folgerungen in einer Einsprache vom 12. November, welche Preußen am 21. November beantwortete, worauf Oesterreich am 28. November feierlich seinen Widerspruch mit einer Schärfe erneuerte, die nur durch den mündlichen Vortrag des Freiherrn von Prokesch-Osten einige Milderung erfuhr.

Den österreichischen Auslassungen schloß sich Baiern an, worauf aber Preußen wieder antwortete; jedoch diese Staatschriften alle führten zu keiner Annäherung und so blieb der Streitpunkt unerledigt.

Oesterreich behauptete die fortwährende Gültigkeit des Bundesrechtes und erkannte nur die Nothwendigkeit an, die Verfassung den Bedürfnissen der Zeit entsprechend umzugestalten, wobei ihm selbstverständlich die durch die europäischen Verträge gewährleistete Beständigkeit des Bundes, sammt der durch die Wiener Kongress-Akte selbst anerkannten Unauflösbarkeit der Bundes-Versammlung, die Uebertragung ihrer Rechte auf den Reichs-Verweser, und von diesem auf die provisorische Central-Gewalt als unwiderlegliche Stützpunkte dienten.

Preußen dagegen konnte zwar das Fortbestehen des Bundes nicht in Abrede stellen, wollte aber die ununterbrochene Fortdauer der Bundesgewalt nicht zugeben, und bestand darauf, daß die Bundesglieder ohne Rücksicht auf das bestandene Recht, eine neue Form der Einigung suchen könnten, wie es auch die Berechtigung einzelner Regierungen, sich ohne Verletzung der allgemeinen Bundespflichten näher aneinander zu schließen, aus dem Artikel XI. der Bundesakte folgert, ohne den Widerspruch inne zu werden, daß aus einer erloschenen Urkunde keine Rechte abgeleitet werden können.

In der wichtigen Sitzung vom 13. Februar 1850 des Verwaltungsrathes, wurde die Zusatzakte zu dem Verfassungs-Entwurf vom 28. Mai 1849 besprochen, und es erfolgte auch ihre schlüssliche Annahme am 26. Februar 1850.

Diese Zusatz-Akte gab dem Bündniß den bescheidenen Namen eines Vereins, und entsagte dem Recht

der Kriegsführung gegen Glieder des deutschen Bundes. Uebrigens wurde die Berufung des Vereinstages auf den 20. März festgesetzt, um dieser Versammlung die Verfassung, Zusatzakte und Wahlgesetz zur Vereinbarung vorzulegen. Zugleich sollte auch die sofortige Einsetzung einer Vereins-Regierung beantragt, und dieser die Bestimmung der sogleich in Vollzug zu setzenden Verfassungs-Artikel überlassen werden.

Aus dem Verwaltungsrath trat Bodelschwingh aus, und der General-Lieutenant von Radowiz wurde mit dem Vorisz in demselben beauftragt, den er jedoch erst bei der Schlußsitzung am 9. März übernahm.

Hannover hatte bereits am 27. Februar seinen endgiltigen Rücktritt erklärt, wofür es den Grund aus den am 13. Februar gefaßten Beschlüssen des Verwaltungsrathes herleitete.

In der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 4. März, wurde hierauf der Beschluß gefaßt, dieserwegen Klage vor dem Bundes-Schiedsgericht zu erheben, und auch Preußen rief am 6. März seinen Gesandten aus Hannover zurück.

Zur Leitung der Verhandlungen an dem Vereinstage wurden von dem Verwaltungsrath, der General-Lieutenant von Radowiz, der sächsische Staats-Minister von Karlowiz, der nassauische Präsident Volkpracht, der großherzoglich hessische Geheimrath Lepel und der braunschweigische Legationsrath Dr. Liebe bevollmächtigt.

Die erwartete Anziehungskraft, welche das Erfurth-Parlament auszuüben bestimmt war, hat es aber nicht geäußert, denn die Theilnahmslosigkeit an den Wahlen zum Volks Hause war in allen Vereinsländern so groß, daß die von kleinen Minderheiten gewählten Abgeordneten sich selbst nicht als die Vertreter des Landes ansehen konnten.

Männer aus dem Volke waren gar nicht ernannt worden, doch hatte die gothaische Parthei bei der kleinen Anzahl der Wähler ohne besonderer Mühe ein bedeutendes Uebergewicht erlangt, welches die Entscheidung aller Fragen in ihre Hand legte.

Die beiden andern Bruchtheile der Versammlung: die Groß-Deutschen, welche einen allgemeinen deutschen Bund mit Oesterreich wollten, und die starren Anhänger des alten Preußenthums, welche überhaupt nichts von einem deutschen Bunde wissen wollten, befanden sich nicht nur im Volks- sondern auch im Staatenhause in einer auffallenden Minderzahl.

Die Eröffnung des Parlaments in Erfurt am 20. März, wurde nirgends als ein bedeutungsvolles Ereigniß betrachtet, doch machte die Rede, durch welche Radowiz am 26. März im Volks Hause sich über die Politik der Regierungen in den deutschen Angelegenheiten aussprach, ein gewaltiges Aufsehen. Ja er hat nie besser gesprochen; nur durfte man den Prachtbau seiner Perioden nicht zergliedern, wenn man das Vertrauen zur Sache festhalten wollte.

Es war eine Rede voll Unmaßung und Treulosigkeit; ja er ging so weit, es Preußen als Großmuth anzurechnen, daß es nicht im ungarischen Kriege gegen Oesterreich Parthei genommen habe; ja man kann

sagen, es ist nie ein offeneres Geständniß politischer Gesinnungslosigkeit gemacht worden.

Von den ursprünglichen Absichten Preußens war übrigens bereits so viel aufgegeben worden, daß Allen der Eintritt in das beengte Haus nichts anlockendes mehr bot.

Die hüzigen Verfechter der Sache verschlossen zwar absichtlich die Augen von dieser Anschauung, aber auch ihre Erwartungen stimmten sich herab, als schon am nächsten Tage derselbe Mann, an dessen Worten sie sich aufgerichtet hatten, im Verfassungs-Ausschusse des Volks Hauses von den Gefahren sprach, die den Bund bedrohten, von den Abfallsgelüften mehrerer Regierungen und von der Nothwendigkeit, die Grundrechte bei Seite zu lassen, und vor der Annahme der Verfassung das Werk ihrer Umgestaltung zu vollziehen.

Der Muth erlosch aber gänzlich, als nach dem Osterfest von Radowiz im Ausschusse des Volks Hauses, und von Karlowiz in dem des Staaten Hauses die Erklärung abgaben, daß der Verein auf das Recht des Krieges gänzlich verzichten müsse, da alle europäischen Großmächte dieser neuen Staatenbildung widersprachen, und auf Herstellung der Verträge vom Jahre 1815 drängen.

Die Entrüstung der Mehrheit, und das Geschrei in allen Blättern der Parthei war jetzt so groß, daß es selbst in Berlin einen Widerhall fand, und die Auslassungen der beiden Bevollmächtigten als Mißverständnis bezeichnet wurden, was sich jedoch leichter behaupten als nachweisen ließ.

Die Ausschüsse der beiden Häuser verwarfen zum Schein das Verlangen, die Abänderung der Verfassung der Annahme derselben im Ganzen vorausgehen zu lassen, allein sie bewirkten ohne Schwierigkeit die Umschmelzung der Grundrechte nach dem preußischen Muster, und ebenso die Umgestaltung der Verfassung nach Maßgabe der ihnen kundgegebenen Absichten des Verwaltungsrathes.

Patow der Berichtstatter im Verfassungs-Ausschusse des Staaten Hauses, hatte den Vorschlag gemacht, den Regierungen die beschlossene Verfassung nebst allen dazu beschlossenen Abänderungs-Vorschlägen auf einem Blatte, und so vorzulegen, daß bei denjenigen Abänderungen, welchen sie ihre Zustimmung nicht geben, die Bestimmungen des ursprünglichen Verfassungs-Entwurfs wieder Platz greifen sollten.

Mit dieser Ansicht befreundete man sich auch im Ausschusse des Volks Hauses, wo Camphausen den Bericht gefertigt, aber keiner der gestellten Vorschläge eine Mehrheit bekommen hatte.

Nach diesem erfolgte die sogenannte Blockannahme im Volks Hause am 13. April und im Staaten Hause am 17. April, worauf beide Häuser Hand an das Werk der bereits beschlossenen Umgestaltung von Verfassung und Wahlgesetz legten.

Das Volks Haus kam damit am 18., das Staatenhaus am 20. April zu Ende, und sechs Punkte, in welchen die Beschlüsse beider Häuser von einander abwichen, wurden am 23. und 24. April erledigt, womit sich auch das Staatenhaus einverstanden erklärte.

Ebenso kamen auch übereinstimmende Beschlüsse wegen Bildung des Reichsgerichts und des Verfahrens vor demselben zu Stande, jedoch eine Vorlage, die Bestrafung des Hochverraths gegen das Reich betreffend, wurde zurückgezogen.

Da nun somit Alles erledigt war, worüber das Parlament zu beschließen gehabt hatte, so wurden die Sitzungen desselben am 29. April geschlossen, ohne daß eine Erklärung der Regierungen über die Billigung der gefaßten Beschlüsse erfolgte.

Auch waren diese selbst noch keineswegs darüber einverstanden, ja im Gegentheile hatte die Berufung zu der Versammlung der sämtlichen Bundesfürsten in Frankfurt, welche von Oesterreich ausgegangen war, neue Spaltungen hervorgebracht.

Für beide Länder Hessen wurde durch die Münchener-Ausstellungen ein Platz in Frankfurt offen gehalten, der ihnen zugänglicher erschien, als derjenige, welchen sie im Berliner-Bündniß einnahmen; Mecklenburg-Strelitz hatte seine Abneigung gegen den Vertrag vom 26. Mai 1849 bereits an den Tag gelegt. Dem Großherzoge von Oldenburg stand bei seinem, ohne ständische Zustimmung erfolgten Beitritt die Stimme von den Landtagen entgegen, und um nicht in die traurige Nothwendigkeit versetzt zu werden, auch den dritten auflösen zu müssen, hatte er sich verbindlich gemacht, die in Erfurt gefaßten Beschlüsse und die Anordnung der Vereins-Regierung so lange nicht in Kraft treten zu lassen, bis Hannover seinen Beitritt versagte.

Die Hansestädte endlich hatten ihre Handels-Interessen unter dem gleichen Vorbehalt durch Verwahrungen sicher gestellt.

Der König von Sachsen schlug indessen jede Einladung aus; und eben so wenig erschien der Großherzog von Hessen, und der Herzog von Nassau.

Die Versammlung der Vereinsfürsten und der Vertreter der Hansestädte, welche am 9. Mai eine Vorberathung hielt, und am folgenden Tage feierlichst eröffnet wurde, blieb mithin lückenhaft, und die gehofften Erwartungen wurden nicht erfüllt.

Der Großherzog von Oldenburg und der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha kamen mit den aufrichtigen Willen nach Berlin, die Angelegenheiten des Vereins zum Abschluß zu bringen. Der Kurfürst von Hessen schien dessen völlige Auflösung herbeiführen zu wollen, und die Theilnahme der übrigen Reichsfürsten war lau.

Zwischen den Fürsten fanden bloße Besprechungen Statt, welche nicht einmal zu einer Niederschrift, oder schriftlichen Verhandlung führten.

In die gleichzeitigen Beratungen der verantwortlichen Minister und Bevollmächtigten, brachte das bairische Auftritten des Vertreters von Kurhessen, am 10. Mai eine Störung, welche erst durch ein Schreiben des Königs an den Kurfürsten beseitigt werden konnte.

Die Erfurter Parlaments-Beschlüsse wurden von den Vertretern der Hansestädte nur unter erneuerten Verwahrungen angenommen.

Baden, Kurhessen, beide Mecklenburg und Schaumburg-Lippe behielten sich ihre Zustimmung vor, Hessen-Darmstadt verhielt sich ganz schweigend, die übrigen Regierungen erklärten ihren Beitritt, und Baden, Mecklenburg-Schwerin und Schaumburg-Lippe gaben schon am 11. Mai ihre zustimmenden Erklärungen ab.

Die Bildung einer vorläufigen Vereins-Regierung wurde am 13. Mai wieder mit Ausnahme von beiden Hessen, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe beschloffen, und der Vereins-Vorstand mit den verfassungsmäßigen Vollmachten bekleidet.

Nassau und die Hansestädte behielten sich die Bestätigung ihrer Regierung vor.

In Betreff der Militärgewalt, wünschten Brandenburg, Verburg und Waldeck dem Vorstand ausgedehntere, die übrigen Regierungen eingeschränktere Rechte einzuräumen.

Die von Preußen vorgeschlagene Bildung von Kurien im Fürsten-Kollegium und die Vertheilung der Stimmen in demselben wurde gebilligt, nach welchem Preußen eine, das Königreich Sachsen eine halbe, die Thüringischen Staaten eine halbe, Hannover eine halbe, Braunschweig, beide Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte eine halbe, Baden eine halbe, Kurhessen, Waldeck und beide Lippe eine halbe, und das Großherzogthum Hessen mit Nassau eine halbe Stimme erhalten.

Daß diese Vertheilung, welche auf das Festhalten aller Staaten am Verein berechnet war, sich als unausführbar erweisen mußte, war vorauszusehen.

Dem Vereins-Vorstand wurde die Bildung eines Ministeriums vorbehalten. Die Erweiterung des Bundes-Schiedsgerichts zu einem Schiedsgericht des Vereins begegnete keinem Widerspruche. Die Dauer dieses Provisoriums wurde in der Sitzung am 14. Mai bis zum 15. Juli 1850 beschränkt; über das darüber hinausliegende fand ein übereinstimmender Beschluß Statt.

In Betreff der Stellung zu der Bundes-Versammlung in Frankfurt, einigte man sich über dessen Besichtigung, ohne eine Verpflichtung dazu anzuerkennen, und mit Ausnahme der oben bemerkten in der Minderheit gebliebenen Staaten für den Erlaß einer gleichlautenden Note an Oesterreich, worauf folgende Punkte festgehalten werden sollten.

1. Ausdrückliche Ablehnung des von Oesterreich auf Grund der Bundesakte in Anspruch genommenen Rechts des Vorsitzes und der damit zusammenhängenden Befugnisse.

2. Nicht Anerkennung des dieser Zusammenkunft beigelegten Charakters des Plenums der früheren Bundes-Versammlung.

Der Kongreß sey lediglich als eine Vereinigung der 35 deutschen Regierungen für bestimmte Zwecke anzusehen.

3. Nicht Anerkennung des Rechts des Kongresses, Beschlüsse im Namen des Bundes zu fassen, welche diejenigen Regierungen binden würden, welche ihre Zustimmung dazu nicht erteilt haben. Für Letztere könne keine andere Folge daraus entstehen, als

daß die Beschlüsse der Zusammenkunft auf sie keine Anwendung finden.

4. Erklärung der Vereins-Regierungen, daß sie keiner Neugestaltung der Bundes-Verfassung zustimmen werden, welche dem Verein nicht seine berechnete Stelle in demselben sichere.

Ueber das nähere Verhalten der Bevollmächtigten in Frankfurt, wurde die Verständigung am Orte selbst vorbehalten, die an dem Münchner-Entwurf vom 27. Februar 1850 zu machenden Ausstellungen erhielten aber schon jetzt einen Ausdruck und als Gegen-Vorschlag wollte man an dem verbesserten Verfassungs-Entwurf vom 28. Mai 1849 festhalten.

Die Abänderungs-Vorschläge des Parlaments hatte Preußen angenommen, ohne auf weitere Anträge in dieser Beziehung zu verzichten; da die Verfassung sich jedoch bei nicht erreichter Uebereinstimmung aller Theilnehmer am Vereine nicht sofort ins Leben rufen ließ, so mußte ein vorübergehender Zustand, wie er beschlossenen worden, nothwendig eintreten.

Dieses waren die mageren Ergebnisse des Fürstentages, der sich am 17. Mai auflöste, nachdem der König noch in einer Ansprache an die Fürsten auf die mangelnde Eintracht hingewiesen, und seiner eigenen geringen Zuversicht auf das Gelingen des Werks unverblümt Worte gelieher hatte.

Was erreicht worden, war mit einem Kosten-Aufwande von 300,000 Thalern unstreitig sehr theuer erkauft, das Uebelste aber, das erneuerte Zerwürfniß, welches eine rasche Gestaltung eines einigen, ganz Deutschland umschlingenden Bundes in unsichere Ferne rückte.

Eben so wenig hatte Preußen die dänischen Hände zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen vermocht. Preußen hatte den Krieg mit Schlafheit geführt, und ihn ohne den Beirath seiner Verbündeten und ohne Beachtung der Reichsgewalt einseitig durch einen Waffenstillstand beendet, welcher die Herzogthümer um allen Preis ihrer Opfer, und in die nachtheiligste Lage brachte.

Dänemark hätte ihm dafür dankbar seyn sollen, aber nur die Kraft erringt sich Anerkennung, die Schwäche ruft den Uebermuth hervor.

Eine der nächsten und beklagenswerthesten Folgen der Sache war, daß der Verdruß über die fehlgeschlagenen Erwartungen sich am 14. August in Hamburg gegen die aus den Herzogthümern zurückkehrenden preussischen Truppen richtete; welche Aufwallung der Volksmassen die Stadt theuer büßen mußte.

Der Abschluß eines Friedens, wurde durch die überspannten Forderungen des dänischen Kabinetts hingehalten, ja man war in Kopenhagen so verblendet, daß man Preußen trotz seiner Nachgiebigkeit den Vorwurf machte, es unterstütze die Herzogthümer in ihrem Widerstande, und begünstige aufrührerische Unterthanen.

Ueberdies erging sich nicht bloß die dänische Presse in maßlosen Schmähungen, sondern selbst der König sprach sich in seiner Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 30. Jänner in einer beleidigenden Weise aus.

Nach langen vergeblichen Unterhandlungen überreichte der preussische Bevollmächtigte von Ugedom am 17. Februar eine Schlußerklärung, welche in vier Artikeln folgende Vorschläge enthielt.

1. Friede und Freundschaft. 2. Alle Beziehungen welche zwischen Deutschland und Dänemark bestanden haben, sollen von dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages wieder hergestellt werden. Wenn wider Erwarten Fragen, welche der gegenwärtige Vertrag nicht erledigt, zwischen den beiden Theilen hervortreten sollten, so soll deren status quo vor dem Kriege als Auswegspunkt angenommen werden. 3. Die beiden kontrahirenden Theile behalten sich alle Rechte und Ansprüche vor, welche ihnen gegenseitig in Bezug auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein zustehen.

Was Deutschland betrifft, so umfaßt dieses Alles, was der deutsche Bund anerkannt hat, und ganz besonders, was durch dessen Beschlüsse vom 17. September 1846 anerkannt worden ist.

4. Beide Theile verpflichteten sich zur Bestätigung dieses Vertrags binnen 14 Tagen, und der König von Preußen wird sich für den Beitritt des deutschen Bundes verwenden.

Darin war also der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit keinem Worte gedacht, gegen welche der König von Dänemark, ungehindert durch Deutschland, mit Waffengewalt einschreiten konnte.

Alle europäischen Großmächte haben diesen gemäßigten Vorschlägen ihre Genehmigung ertheilt, nur Dänemark blieb damit unbegnügt, und stellte an Preußen die ehrenverletzende Forderung, daß diese Macht, welche sich für das Recht der Herzogthümer in den Waffen erhoben hat, diese nämlichen Waffen nun dazu verwenden solle, seine Schützlinge den Dänen mit gebundenen Händen zu überliefern.

Die mangelnde Entschiedenheit Preußens in dem dänischen Streit, hat die Einmischung des Auslandes in diese Angelegenheit herbeigeführt.

Wäre der Krieg im Jahre 1848 mit Entschiedenheit geführt worden, so hätte der glänzendste Erfolg, Preußens Anstrengungen gekrönt, und ihm die Hochachtung und Liebe von ganz Deutschland erworben, so wie sein Ansehen bei den fremden Mächten erhöht. Seine Schwäche zog erst England, dann, wenn gleich weniger dreist, Frankreich, endlich auch Rußland herbei, welches nach der Niederwerfung Ungarns, aus seiner zuwartenden Stellung heraustrat und erst Rathschläge ertheilte, die bald in Warnungen dann in Drohungen übergingen.

In zwei Noten des russischen Kabinetts vom 6. Februar und 28. März, wurde Preußen nicht bloß sein Verhalten in den dänischen, sondern auch in den deutschen Angelegenheiten vorgeschrieben. In Petersburg betrachtete man das Bündniß vom 26. Mai 1849 mit eben so ungünstigen Blicken, als das Verlangen Oesterreichs mit allen seinen Ländern dem deutschen Bunde beizutreten. Daß aber Rußland seine Arme nach Deutschland hereinziehen, und sich zum Schiedsrichter der deutschen Angelegenheiten aufwer-

fen dürfte, war die trostloseste Folge der innern Zerrissenheit in Deutschland.

Preußen hatte durch die Bewältigung des Aufstandes in Baden und die Besetzung dieses Landes eine vorübergehende Machtstellung in Süddeutschland erlangt, die es jedoch bei der Eifersucht Oesterreichs und der süddeutschen Königreiche nicht lange zu behaupten im Stande gewesen; dagegen hat es aber in jenem Theile Deutschlands durch die Erwerbung der hohenzollerschen Fürstenthümer dauernd einen festen Fuß gefaßt.

Diese stammverwandten Fürsten waren durch die revolutionären Bewegungen in ihren Ländern für ihren Besitz um so besorgter geworden, als ihnen die Volksstimmung in den Nachbarstaaten Baden und Württemberg die Aussicht bot, daß jede Unruhe in diesen Staaten beständig auf sie hinüber wirken würde.

Sie knüpften daher in Berlin Unterhandlungen an, welche am 7. Dezember 1849 zu einem Uebereinkommen führten, in Folge dessen die Souveränität über Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen auf die preussische Krone übergegangen ist.

Dagegen bleiben beide Fürsten in dem vollständigen Besitz ihres Hausguts und Allodial-Vermögens, auch zahlt Preußen dem Fürsten von Hechingen eine Jahres-Rente von zehntausend Thaler, welche, im Falle er erberechtigte Nachkommen erhält, zur Hälfte auf diese übergeht; dem Fürsten von Sigmaringen aber eine erbliche Rente von 25,000 Thaler.

Beide Fürstenthümer haben eine Bodenfläche von etwa 21 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 70,000 Seelen.

Preußen hatte die Genehmigung seiner Kammern zu dieser Erwerbung eingeholt, aber die Stände der Fürstenthümer waren dabei gar nicht befragt worden.

Rücksichtlich ihrer hatte der Vertrag ganz den Charakter eines Gutskaufs, und es fiel nicht blos in diesen Ländern, sondern in ganz Deutschland unangenehm auf, daß in dem Patent wegen Besitznahme der Fürstenthümer vom 12. März 1850 und der damit verbundenen Verkündigung die in Rechtskraft bestehenden Landesverfassungen stillschweigend beseitigt, das preussische Staatsgrundgesetz eingeführt und dem Volke Treue und Gehorsam anbefohlen wurden, wie dieses vor langen Zeiten beim Kauf von Leibeigenen üblich war.

In den vielen gerichtlichen Verfolgungen, womit die Regierung, die ihr in den beiden letzten Jahren widerfahrenen Kränkungen vergalt, haben die Wahlsprüche der Geschworenen sich ihr größtentheils nicht günstig erwiesen, weil es sich häufig um Rechtsfragen handelte, auf welche bei Abfassung des Strafgesetzbuches nicht Rücksicht genommen worden war, noch genommen werden konnte, da sie außer dem Bereiche der gewöhnlichen Verhältnisse lagen; jedenfalls machte aber den ungünstigsten Eindruck der Prozeß des preussischen Rathes Waldack, dessen Freisprechung zur politischen Kundgebung gemacht worden ist.

Ueberblickt man die Lage Preußens vom Jahre 1850, so läßt sich nicht verkennen, daß es aus der

Feuerprobe zweier revolutionären Jahre ohne irgend einen Gewinn hervorgegangen ist.

Im Innern fehlt nämlich die Befriedigung. Denn die Regierung hat es keiner politischen Partei zum Dank machen können: weder den Männern des Fortschritts, noch den starren Anhängern des Königthums; am meisten noch hofft die Volkspartei von ihrer schwankenden Haltung, die Alles unterwühlt, aber nichts befestigt; auch keine der kirchlichen Parteien ist bis jetzt zufrieden gestellt worden.

Das Vertrauen und die Zuneigung des Volks im übrigen Deutschland ist nicht gewonnen worden; auch hat die Bundesfrage keine befriedigende Lösung erhalten.

Die Stellung zu den auswärtigen Regierungen war weder Achtung gebietend noch freundlich. Die größern deutschen Mächte zogen sich voll Mißtrauen von Preußen zurück, und der König von Württemberg sprach seine Empfindungen in der am 15. März gehaltenen Thronrede mit solcher Rücksichtslosigkeit aus, daß eine Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten die Folge davon war.

Im gewöhnlichen Leben nimmt man an, daß ein Mensch, der sich mit allen seinen Umgebungen nicht zu verständigen vermag, die Schuld an solchen Mißverhältnissen trägt. Wort ohne Thaten und Thaten ohne Erfolg bilden eine widerwärtige Erscheinung, und Preußen hat zu lange einen hohen Rang unter den Staaten eingenommen, als daß es nicht jeden Deutschen auffallen sollte, Preußen von seiner erhabenen Stellung zurückweichen und einkriechen zu sehen.

»Einen großen Augenblick hat das Jahrhundert geboren, aber der große Augenblick fand nur ein kleines Geschlecht«, so klagte der große Dichter Schiller, als die weltgeschichtliche Bedeutung der ersten französischen Revolution in Deutschland nicht begriffen und die Lehren, welche sie enthielt, nicht zu einer vollständigen Umgestaltung der deutschen Verhältnisse benutzt wurden.

Auch im Jahre 1848 ist zu bedauern, daß die, den Grund von ganz Europa aufwühlende Erschütterung nirgends einem Arm begegnete, welcher Gewalt genug gehabt hätte, die stürmende Bewegung zu leiten, und einem schöpferischem Genius, der aus den zerfallenden Trümmern des Alten den Bau der Neuzeit planvoll und herrlich zu gestalten im Stande gewesen wäre.

Es fehlte zwar nicht an freisinnigen, verständigen einsichtsvollen und wohlwollenden Männern, aber noch nirgends ist einer jener großen Charaktere hervorgetreten, an welchen sich die Wogen der Zeit gebrochen hätten, welche alle Hindernisse zu bewältigen wissen und die Marksteine ihrer Jahrhunderte werden.

Napoleon schloß den Abgrund der Revolution durch eine Gewalt Herrschaft, aber das ist es nicht, was unsere Zeit verlangt.

Nicht Eroberung, nicht Unterjochung, nicht das Trugbild kriegerischer Ehren ist es, was zu retten

vermag, sondern die richtige Erkenntniß der wahren Bedürfnisse der Zeit, die verständige Befriedigung derselben und die Neugestaltung der Gesellschaft auf festen Grundlagen, wozu sich in den bis jetzt zu Tage gekommenen, meistens hohlen Theorien, wenig passender Baustoff gefunden hat.

Die Ereignisse blieben bis jetzt mächtiger, als die Menschen, und doch können sie der bildenden Hand nicht entbehren, wenn nicht die entfesselte Naturkraft bloß willkürlich und zerstörend wirken soll; und darin lag eben auch der Grund zu dem schnellen Wechsel der Ministerien in Preußen.

Der erste Minister, welcher an die Spitze der Staatsangelegenheiten gestellt wurde, nachdem der Sturm des 18. März mit unglaublicher Schnelligkeit den Militär- und Beamtenstaat in Preußen gestürzt hatte, war Graf Arnim von Boitzenburg.

Vielseitige Kenntnisse, vielfache Erfahrungen, genaue Einsicht in den zeitbewegten Mechanismus der Verwaltung, sowie in das Getriebe der europäischen Diplomatie, zeichneten diesen Mann aus, dem überhaupt die Gabe der Rede in einem hohen Grade eigenthümlich war.

Er wußte seinen Gegenstand rasch und sicher zu erfassen, in seine Tiefen einzudringen und zu einer klaren Anschauung zu bringen, wodurch sich seine Vorträge sehr vortheilhaft vor dem leeren Phrasengeklänge auszeichneten, das so oft und bis zum Ueberdruße angehört werden mußte.

Aber zu sehr in die Schleichwege der Diplomatie verstrickt, fehlte es ihm an jener Zutrauen erweckenden Offenheit, an jener Geradheit und Zuverlässigkeit der Gesinnung, welche das Wort gelten läßt.

Von seiner Kunst des diplomatischen Dunkeln gab eine Flugchrift Zeugniß, welche der Graf von Arnim im August über die deutsche Centralgewalt herausgab.

Dem völlig klaren Worte, welches der König am 21. März aussprach, »Preußen geht in Deutschland auf,« schob er den Sinn unter: »Die bisher nicht zum Bunde gehörig gewesenen Gebietstheile Preußens werden in den Bund aufgenommen.«

Auf eine solche Auslegung war wohl Niemand gefaßt, und schlechter noch, als die Auslegung, ist der Grund: »Er würde sich nie zur Gegenzeichnung dieser Worte hergegeben haben, wenn sie einen andern Sinn hätten haben sollen.«

Aber auch der politische Standpunkt des Grafen Arnim ist überhaupt ein anderer gewesen, als ihn die Zeit von einem Staatsmanne fordert, welcher Herr der Ereignisse werden will.

Er stand fest auf der unantastbaren Rechtskraft der deutschen Bundesakte, ohne zu berücksichtigen, daß diese ein einseitig geschlossener Fürstenvertrag und für die nicht befragten Völker unverbindlich ist.

Das Recht der Letztern, zu dem Abschluß eines neuen Vertrags zugezogen zu werden, ist zwar erst kürzlich auf dem Wege der Revolution zur Geltung gebracht worden, doch aber vom Bundestage zugestanden und somit zum vollgültigen Recht geworden, und

wenn gleich jeder besonnene Freund des Vaterlandes auch der Einseitigkeit abgeneigt war und einen zweiten Berechtigten anerkannte, mit dem der neue Vertrag verhandelt und abgeschlossen werden soll, so waren doch die Grundlagen unantastbar gegeben.

Graf Arnim fühlte selbst, daß er mit seinen Ansichten nicht der erforderliche Baumeister eines neuen Preußens seyn könne, und trat daher schon am 29. März freiwillig zurück.

Unter dem Ministerium des Grafen Arnim erscheint unter den Staatsmännern Preußens mit dem edelsten Charakter:

Maximilian Karl Kurt Heinrich Anton Graf von Schwerin, welcher die Würde als Kultus-Minister bekleidete.

Er wurde im Jahre 1804 in Boldow bei Anklam in Pommern geboren und verlebte seine ersten Jahre in ländlicher Einfachheit.

Der Adel der Gesinnung und der hochgebildete Geist seines Vaters gingen auf den Knaben über, und die freundschaftlichen Beziehungen, in welchen gelehrte Männer, wie Arndt und mehrere Andere, zu dem Schwerin'schen Hause standen, ließen bleibende Eindrücke in der Seele des jungen Grafen zurück, die ihn auch während seinen Schul- und Universitätsjahren — die letztern in Berlin und Heidelberg — begleiteten.

Nach seiner Verehelichung arbeitete er als Auskultator und Referendarius in Stettin, bis ihm sein Vater einige Güter übergab und er zum Landrathe des Anklamer-Kreises gewählt wurde, nachdem sein Vater dieses Amt niedergelegt hatte. Demselben folgte er auch im Jahre 1839 in der Stelle eines Direktors der vorpommerschen Landschaft, worauf er wegen der Verwaltung seiner zahlreichen Güter in Vorpommern und Hinter-Pommern um Enthebung von der Landrathsstelle ansuchte. Man sagt, daß ein sehr anerkennendes Schreiben des Königs ihn zur Beibehaltung dieser Stelle bewogen haben soll. Außerdem war er auf den Provinzial-Landtagen thätig, ein eifriges Mitglied des preussischen Gustav-Adolphs-Vereins, und im Jahre 1846 weltliches Mitglied auf der evangelischen General-Synode in Berlin.

Hier schloß er seine Freundschaft mit Auerswald, und tritt mit ihm verbunden für die Idee einer Kirche welche da ist, wo die Gemeinschaft des heiligen Geistes in der Gemeinde wohnt, und wo Einheit im Nothwendigen, Freiheit im Außerwesentlichen, Liebe in Allem vorhanden ist.

Auf dem vereinigten Landtage in Berlin im Jahre 1847 war er als Abgeordneter der pommerschen Ritterschaft einer der ersten Sprecher, nachdem er in der Sitzung der vereinigten Kurien am 12. April den entscheidenden Antrag auf Erlass einer Adresse an den König stellte. Im Verlauf des Landtags zeigte Graf Schwerin sich mehr als ein sitlicher als ein politischer Charakter. Er war kein Mann der Parthei, denn sein Auftreten zeigte durchgehends, daß er sich vor sich selbst rechtfertigen wollte, daß er alle Schön-

redneri haßte, daß er aber keineswegs einseitig war, sondern mit einem großen Fleiße fremde Ansichten hörte und prüfte. Der Krone von Preußen war er mit großer Ergebenheit treu, aber er kannte keine Treue, die nicht gleich war mit der Wahrhaftigkeit.

Er sagte am 9. Juni: »Ich bin ein Waffenschmid weder für die Regierung, noch gegen die Regierung, sondern ich mache auf keinen andern Namen einen Anspruch als auf den, den ich mit jeden Abgeordneten in diesem Saale theile; auf den eines unabhängigen Abgeordneten.« Daher kannte er auch nichts Heiligeres für die Stände, als die Rechte des Volks gegen die Macht der Krone zu bewahren, und sprach es mit Ueberzeugung und Entschiedenheit aus, daß das Recht des preussischen Volks durch mehrere Bestimmungen der Verordnungen vom 3. Februar wesentlich beeinträchtigt sey; ohne sich aber der sogenannten Erklärung der Rechte von mehreren Mitgliedern des Landtags anzuschließen.

In seinem Wesen lag eine durch Erziehung begründete, und durch Grundsätze befestigte Bürgerlichkeit, aber sie war von der Wiege her geadelt, und die bürgerliche Gesinnung wohnte in einem ritterlichen Geschlechte.

Die Rede des Grafen Schwerin war stets auf die Sache gerichtet, und hatte kein besonderes Interesse für die Form, doch war sie milde in ihrer Kraft, entschieden ohne schroff, bewegt ohne partheiisch zu seyn. So zeigte sie sich bei den Verhandlungen über die Land Rentenbanken — über die Zulassung der Dissidenten — in der Periodicitätsfrage und bei der Beurtheilung der politischen Petitionen.

Raum von den Verathungen des ständischen Ausschusses über das Kriminal-Gesetzbuch in seine Heimath zurückgekehrt, berief ihn der König Friedrich Wilhelm IV. zum Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten — eine Wahl — die sehr glücklich zu nennen war, da in dem Grafen Schwerin sich die Erinnerung an einen großen Feldherrn und an einen geistvollen Theologen trefflich vereinigt.

Sein kurzes Ministerium ward durch die Aufhebung des kurz vor dem Sturze des Eichhorn'schen Ministeriums geschaffenen Ober-Konsistoriums auf das ruhmvollste bezeichnet, durch die Niedersetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Entwurfs zu einer Presbyterial- und Synodal-Verfassung und durch die Verkündigung einer Landes-Synode, endlich durch ein Rundschreiben an die Konsistorien, allen Glaubenshader zu meiden, die Meinungen frei walten zu lassen, und im Geiste christlicher Liebe zu verfahren.

In den Tagen des 12., 13. und 15. Mai, als ungesetzliche Anmaßungen der niedersten Berliner-Volksklasse unter ihren bekannten Führern, das neue Ministerium mit Absetzung zu bedrohen sich erlaubten, hat Graf Schwerin die Festigkeit und den Muth eines Mannes bewiesen, der die Pflichten als sein Höchstes anerkannte.

Die Erhebung Ludolvb Camphausens zum Staats-Minister und Vorsitzenden des Staats-Mini-

steriums in Preußen, war eine der merkwürdigsten Folgen der großen Ereignisse, welche Europa seit dem Monate Februar bewegt haben.

Nicht daß man dadurch die Erhebung eines Bürgerlichen auf diese hohe Ehrenstufe bezeichnen will — denn von diesem Vorurtheile gegen den Bürgerstand, ist man in Preußen schon seit vielen Jahren frei gewesen — sondern, daß ein Mann auf diesen erhabenen Posten gestellt wurde, der weder die gewöhnliche Dienstlaufbahn verfolgt hat, noch aus den Reihen der höchsten Beamten gewählt ist.

Camphausen wurde im Jahre 1803 zu Hünshoven im Regierungs-Bezirk Aachen geboren, und war für den Kaufmannsstand erzogen worden.

Er erhielt die Grundlage seiner wissenschaftlichen und kaufmännischen Ausbildung auf dem Gymnasium zu Weilburg und auf der Handlungsschule zu Rheydt, und begann sein öffentliches Leben in Köln, wo er im Jahre 1825 mit seinem ältern Bruder das Handlungshaus A. und L. Camphausen begründete, und sich bald bei der Leitung der Vorarbeiten für den von Köln nach Eupen beabsichtigten Bahnzug in hervorsteckender Weise betheiligte.

Als im Jahre 1837 über die Richtung dieser Bahn ein feines Ansichten durchaus nicht zusagender Beschluß gefaßt wurde, legte er seine glänzend ausgestattete Stelle nieder, und wirkte dagegen schriftlich für die Theorie der Eisenbahnbauten, so wie, je mehr das Vertrauen zu der Einsicht und Redlichkeit des Mannes stieg, bei allen wichtigen gewerblichen Unternehmungen.

Dazu kann gerechnet werden, die Ausführung der Bonn-Kölner und Minder-Kölner-Eisenbahn, die Versicherungs-Gesellschaft Colonia, die rheinische Dampfschiffahrt, und vor Allem die Dampfschleppschiffahrt auf dem Rheine, was so ganz eigentlich seine Schöpfung ist.

Außerdem leitete er vom Jahre 1836 bis 1847 unausgesetzt die Geschäfte der Handelskammer zu Köln. In dieser Stellung entfaltete er tiefe handelspolitische Ansichten, besonders über die Gesetzgebung des deutschen Zoll-Vereins, und die Hebung der deutschen Schiffahrt, und zeigte eine überwiegende Ursprünglichkeit des Geistes, die von jedem philosophischen Systeme frei war, und von praktischen Kenntnissen jeder Art getragen wurde.

Noch schärfer konnte er seine politisch-ökonomischen Ueberzeugungen auf dem rheinischen Provinzial-Landtag im Jahre 1843 darlegen, obgleich nicht ohne Widerspruch, während sein Vortrag über Pressefreiheit und im Jahre 1845 sein Antrag auf die Vollziehung der Verordnung vom 22. Mai 1815 mit großem Beifalle ausgenommen wurden.

Ein weiteres Feld bot ihm, als den Abgeordneten von Köln, der erste vereinigte Landtag zu Berlin im Jahre 1847.

Der Eindruck seiner ersten Reden war nur mäßig, aber, nachdem er die doktrinaire Haltung immer mehr verlassen hatte, gehörte er zu den ersten Rednern, obgleich ihm die persönlichen Eigenschaften abgingen, welche die Volksthümligkeit schnell erobern.

Seine eingreifendsten Reden waren drei, nämlich, die in der Verhandlung über regelmäßige Wiederkehr des Landtags — die über die Einkommensteuer — und die gegen die Emanzipation der Juden.

Den Verhandlungen des ständischen Ausschusses zur Berathung über den Entwurf eines Kriminal-Gesetzbuches wohnte er als Abgeordneter von Köln bei, und hatte sich nicht durch die haarspaltenden Theorien und den anscheinend rechtlichen Bedenken anderer rheinischen Abgeordneten abhalten lassen, an der für das Vaterland so wichtigen Berathung Antheil zu nehmen.

Die Sache des rheinischen Rechts fand an ihm stets einen sehr warmen Vertheidiger. Kaum in Köln wieder angekommen rief ihn das Vertrauen des Königs zurück, um in schwerer Zeit ihm zur Seite zu stehen.

Den ihm angetragenen Ministerposten, unter der Verwaltung des Grafen Arnim, lehnte er jedoch bei aller Hochachtung für diesen ausgezeichneten Staatsmann ab, denn er sah voraus, daß ihre beiderseitigen Systeme nicht paßten und wenig Aussicht für Volksthümlichkeit vorhanden sey. Als aber Arnim schnell abgetreten war, so folgte Camphausen dem königlichen Rufe als Präsident des neu gebildeten Staats-Ministeriums mit der ganzen Ergebenheit des aufrichtigen Vaterlandsfreundes.

In dieser Eigenschaft eröffnete er als königlicher Kommissär den zweiten vereinigten Landtag und äußerte, daß »er nebst seinen Freunden und Kollegen mit Muth an das schwierige Werk gegangen wäre und auch dabei ausharren würde.«

Diese Eigenschaften hat Camphausen durchweg behätigt, so bei den Berathungen über die zur Aufrechthaltung der Industrie und zur Wiederherstellung des Credits nothwendig herbeizuschaffenden Geldmittel, so wie bei einzelnen Gelegenheiten, dann bei der Verhandlung über die Polen.

Er sagte nämlich mit großer Mäßigung: »Die polnische Sache könne nur insofern blühen, wenn sich die Polen die Sympathien erhalten möchten.«

Das am Schlusse des Landtags abgegebene Vertrauens-Votum zeigte hinlänglich, in welcher Achtung das neue Ministerium stand. Weniger günstig erschien aber seine Stellung dem verfassungsmäßigen Landtag gegenüber.

Seine Stellung war erschüttert durch die muthige aber vorzeitige Rückberufung des Prinzen von Preußen, und seine Erklärung über die Stellung des Ministeriums zu der Thatfache der Revolution war zu schwankend, um zu befriedigen.

Ueber seine Redlichkeit gab es unter allen Besonnenen nur eine Stimme, allein er war vielleicht gehindert, sich so rückhaltslos auszusprechen, als dieses unerlässlich war, um einen festern Anhaltspunkt für die Vereinbarung über die Verfassung zu gewinnen.

Die Niederlegung eines besondern Ausschusses für die Bearbeitung des der Versammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfs, welche mit dem Zeughaussturm am 14. Juni zusammentraf, führte den Austritt von Caniz, von Arnim und von dem Gra-

fen Schwerin aus seinem Ministerium herbei, dem sein eigener Austritt am 20. Juni folgte.

Ostpreußen gehörte bis jetzt nicht dem Rechte, sondern nur der Gesinnung seiner Bewohner nach zu Deutschland, und unter den Männern, welche den deutschen Sinn in jenem Lande kräftigten, Ostpreußen aus einer fremden Provinz zu einem deutschen Landestheile machten und die Grenzen des gemeinsamen Vaterlandes bis an die Memel hinausrückten, nimmt Alfred von Uerswald einen geachteten Platz ein.

Als Verfechter der Volksfreiheit, des vernünftigen Rechts, hörte man seinen Namen seit Jahren ehrenvoll nennen.

Das adelige Geschlecht Uerswald war in Sachsen begütert und bekleidete in Sachsen und Hessen oftmals Stellen im Hof- und Staatsdienste.

Nach den Zeiten der Reformation kaufte sich dasselbe in Ostpreußen an, wo es einen ansehnlichen Güterbesitz erwarb, und an den Angelegenheiten des Landes Theil nahm.

Der Vater des Ministers Uerswald widmete sich dem Studium der Rechte, diente zwar später im Heere, trat aber wieder in seine frühere Laufbahn zurück, und wurde Präsident der Provinzial-Regierung — damals Kammer genannt — von Marienwerder, und später Ober-Präsident von Preußen.

Er war der erste der preussischen Edelleute, welche die Leibeigenschaft auf ihren Gütern aufhoben, und lebte in einer vertrauten Freundschaft mit den gelehrtesten und freisinnigsten Männern des Landes, deren Ostpreußen so viele und so ausgezeichnete zählte.

Alfred, sein zweiter Sohn, im Jahre 1797 zu Marienwerder geboren, ist nun der würdige Abkömmling eines solchen Vaters.

In Königsberg erzogen, trat er in seinem sebzehnten Jahre in die dortige Hochschule, allein durch den wieder ausgebrochenen Krieg im Jahre 1815 fand sich der junge Mann bewogen als Freiwilliger in ein Dragoner-Regiment zu treten. Bevor aber dasselbe den Kampfplatz erreichen konnte, war das Schicksal Napoleons in der Schlacht bei Waterloo entschieden worden, und Alfred von Uerswald kehrte daher wieder zu seinen Studien zurück, wurde Begründer der Burschenschaft auf der Königsberger-Hochschule, sah aber dieses jugendlich frisch begonnene Unternehmen, das von den Miethlingen der Gewalt verdächtigt und verfolgt wurde, scheitern.

Von dem Jahre 1819 bis 1821 widmete sich Uerswald der Vorbereitung zum Staatsdienste, beschäftigte sich später mit der Verwaltung der väterlichen Güter, und wurde im Jahre 1830 Landrath im Rosenberger-Kreise, welche Stelle er bis zum Jahre 1844 bekleidete, während er seit dem Jahre 1837 als Mitglied der ostpreussischen Provinzial-Landtage seine freisinnigen Bestrebungen verfolgte, wovon sein Antrag bei Gelegenheit der ständischen Versammlung zur Erbhuldigung nach der Thronbesteigung des Königs Friedrich Wilhelm des IV. im Jahre 1840 mit Einführung von Reichsständen das erste wehm bemerkte Zeugniß abgab.

Zu einem solchen Sinne im Geiste fortwirkend mußte Deutschland bereits, was es von ihm bei seinem Erscheinen auf dem vereinigten Landtage im vorigen Jahre zu erwarten haben würde, und diese Erwartungen wurden auch nicht getäuscht.

Der nunmehrige Landschaftsrath von Auerwald gehörte zu den entschiedensten Verfechtern der freisinnigen Richtung und zu den Unterzeichnern des bekannten Protestes.

Großmüthig entsagte er in Uebereinstimmung mit seinen Mitständen den Vortheilen, welche aus dem Bau der östlichen Eisenbahn für seine Provinz zu erwarten waren, weil er keine Staats-Anleihe früher bewilligen wollte, bevor nicht die Rechte der Stände eine weitere Ausdehnung und dauernde Begründung erhalten hätten.

Daß sich in einem so charakterfesten Manne manche Ansichten eigenthümlich ausbilden, und folgerichtig festgehalten werden, darf nicht befremden. Seine Rede war männlich, wohlklingend und durch den Zauber seines Sinnes für Schönheit gehoben.

Als Mitglied des Ausschusses zur Berathung des Strafgesetzes huldigte er den Grundsätzen edler Menschlichkeit und bevor er nach Auflösung dieser Versammlung Berlin verließ, schloß er sich den Männern an, welche den König auf das Gefährliche seiner Lage, und auf die Nothwendigkeit schleuniger Zugeständnisse aufmerksam machten.

Für die Aufnahme Ostpreußens in den deutschen Bund sprach er sich freudig aus, und eilte voll Muth, Entschlossenheit und Selbst-Vertrauen herbei, als der bedrängte Monarch ihn zur Neugestaltung Preußens in seinen Ministerrath berief.

Er übernahm den Vorsitz im Ministerium, welches von Hansemann gebildet, und nach seinem Namen genannt ist, und erkannte den hohen Ruhm der Revolution darin, daß sie die rechtlichen Grundlagen nicht umgestoßen, sondern zu neuer Ausbildung getrieben habe.

Diese offenbar gezwungene Erklärung konnte seiner Verwaltung keine haltbare Grundlage geben, und sein Ministerium dankte bereits am 9. September wieder ab, als die Versammlung den Stein'schen Antrag auf Verwarnung des Heeres vor verfassungswidrigen Bestrebungen annahm.

David Justus Julius Hansemann ist der Sohn eines Predigers in Finkenwerder, und wurde im Jahre 1790 geboren.

In einem Alter von fünfzehn Jahren kam er als Lehrling in ein Kleingeschäft zu Rheda in Westphalen, wo er zugleich bei seinem Lehrherrn, der, nach der Errichtung des Großherzogthums Berg, zum Maire ernannt war, die Geschäfte eines Maire-Sekretärs versah, was nicht ohne Nutzen für seine eigene Ausbildung blieb.

Nach einem sechsjährigen Aufenthalte daselbst reiste Hansemann für ein Tuchgeschäft nach Montjoye bei Aachen, führte einige Jahre die Geschäfte einer Elberfelder Handlung, und ließ sich darauf im

Jahre 1817 mit geringen Geldmitteln in Aachen nieder.

Fleiß, Rechtlichkeit und praktische Befähigung erwarben ihm bald die allgemeine Achtung, die er noch durch seine Theilnahme an allen gemeinnützigen Unternehmungen steigerte, von welchen hier nur die Gründung der Aachener- und Münchener Feuer-Versicherungs-Anstalt genannt werden soll.

Seine Wirksamkeit griff aber auch bald auf andere Gebiete über, und so richtete er im Jahre 1830 eine Denkschrift an den König Friedrich Wilhelm III. über die innere und äußere Lage Preußens, nämlich eine Art von politischen Manifest, welches aber nicht die Verbreitung erlangte, wie seine in Druck erschienene Schrift »Preußen und Frankreich;« die sehr verschieden beurtheilt und in ihrem finanziellen Theile angegriffen ward, ja den Verfasser sogar in den Verdacht brachte, als hätte er französische Zuneigungen.

Eine solche Meinung über ihn war nun die Ursache, daß im Jahre 1832 seine Wahl zum Abgeordneten für den rheinischen Provinzial-Landtag nicht genehmigt wurde, und auch die Veranlassung zu seinem Austritt aus der Handelskammer und aus dem Handelsgerichte zu Aachen.

Von jetzt an verwendete er seine Thätigkeit besonders der Angelegenheit für Eisenbahnen, und befüwortete mit großem Eifer die Köln-Mindener Bahn, und die über Köln und Aachen an die belgische Grenze; behandelte diese Gegenstände in mehreren Schriften, und wirkte nachhaltig auf die damaligen Grundsätze der Regierung.

Er wurde nun im Jahre 1841 wieder Präsident der Handelskammer und des Handelsgerichts, und im Jahre 1845 Abgeordneter von Aachen auf dem Landtage, nach dessen Beendigung er in der Aachener-Zeitung eine Reihe von Artikeln lieferte, welche den Geist und das Bestreben des rheinischen Landtags in Beziehung auf die Hauptfragen der Gegenwart darstellten.

Zwei Jahre später erschien Hansemann als Abgeordneter derselben Stadt auf dem ersten vereinigten Landtage zu Berlin, und hat zu dessen berühmtesten Mitgliedern gehört, aber auch zu den gefährlichsten und lästigsten Gegnern der Regierung.

In schlichter Haltung und lässiger Sicherheit war er ganz besonders der Mann der Praxis und des nüchternen Verstandes. Er liebte das Einfache, Unumwundene, Entschiedene, die Festigkeit in den Formen, und besaß nebstbei auch Schlaueit, Witz und Humor, wenig Sinn aber für das Gemüthliche, obschon er dieses von einer schlaffen und trägen Gefühllosigkeit wohl zu unterscheiden verstand.

Seine Schlagwörter »bei Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf« — oder — »Wir haben dreißig Jahre geschlafen, aber nicht vier Jahre darf man schlafen — ja nach meiner Ueberzeugung sind zwei Jahre schon zu viel,« haben sich in gutem Andenken erhalten.

Mit diesen Eigenschaften stand er überall in den Reihen der Gegner der Regierung, und gehörte zu

den Unterzeichnern der Erklärung vom 30. April, dann ebenso zu den Wahl-Verweigerern. Voll Gefühl für das Recht, ließ er sich doch vorzugsweise von der Rücksicht auf das Nützliche leiten, darin ganz dem kaufmännischen Stande treu, der nach dem politischen so wie nach den kaufmännischen Zuständen aussieht, und jene wie diese zu benützen wünscht.

Ein Redner in der glänzenden Bedeutung des Wortes war *Hanse mann* nicht: denn Fülle, Wärme und Anmuth fehlte ihm; statt ihrer benützte er den Reiz der Einfachheit und Klarheit und ist gewiß, in bedenklichen Fällen, wo Alles auf die Spitze eines rechtzeitigen Wortes gestellt ist, das Wort finden und aussprechen zu können.

Nach den Ereignissen des 18. und 19. März glaubte der König *Friedrich Wilhelm IV.* in *Hanse mann* den rechten Finanz-Minister gefunden zu haben, und in dieser Eigenschaft erschien er auch auf dem zweiten vereinigten Landtage, vertheidigte die von der Regierung vorgeschlagene Finanz-Maßregel und empfahl bei der Zustimmung der Stände die Uebernahme einer Gemährleistung bis zu dem Gesamtbetrag von 25 Millionen Thalern, um die nöthigen Staatsbedürfnisse decken zu können.

Die Stände gaben in einer fast gänzlichen Uebereinstimmung das gewünschte Vertrauens-Votum. Die unter dem 4. April erlassene königliche Verordnung, die vorläufige Aufhebung der Mahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer, kann ebenfalls als ein Werk von *Hanse mann* betrachtet werden, über welches aber freilich die Stimmen im Lande sehr getheilt waren. Uebrigens aber ist keiner unter denen, welche ihr Vaterland lieben, der nicht *Hanse manns* Festigkeit gegen die Forderungen von Unruhestiftern das verdiente Lob spendet, wenn ihm auch von alten Staatsmännern zum Vorwurf gemacht wird, daß er das Finanz-Ministerium, welches er am 23. September, beim Rücktritt des Ministeriums *Auerswald*, mit dem Bank-Direktorium vertauschte, zu sehr wie ein Wollgeschäft behandelt habe.

König *Friedrich Wilhelm II.* lebte in einer ungesegneten Verbindung mit der schönen Gräfin *Sophie von Dönhoff*, die ihm zwei Kinder gebar, nämlich im Jahre 1792 einen Sohn, und im Jahre 1793 eine Tochter, welchen Beiden im darauffolgenden Jahre der gräfliche Titel von Brandenburg beigelegt wurde.

Der König brach später dieses Verhältniß ab, aber diese beiden schönen Kinder blieben seinem Herzen theuer; ja er sagte oft: die Andern sind die Kinder des Staats, dieses sind die Kinder meines Herzens.

Die Tochter *Julie* war Anfangs dem Fürsten *Lichnowsky*, dem Vater des ermordeten Abgeordneten bestimmt gewesen, wurde jedoch im Jahre 1816 an den Fürsten von *Pless*, nachmaligen Herzog von Röhren vermählt.

Sie trat mit ihrem Gemal im Jahre 1825 in Paris zur katholischen Kirche über, oder veranlaßte

diesen vielmehr dazu, ward im Jahre 1830 Wittve und starb dann zu Wien kinderlos.

Die Erziehung des Sohnes wurde in dem Grade vernachlässigt, daß er nicht einmal richtig schreiben konnte.

Da er zum Waffendienste bestimmt und man in jener Zeit des Dazuhaltens war, daß dazu eine wissenschaftliche Bildung nicht nothwendig sey, auch weder Neigung noch Fähigkeiten den Knaben darauf hingleiteten, so blieb das Erlernen der französischen Sprache die Hauptsache. Auch trat er zu früh und in einer zu bewegten Zeit in das Heer, als daß es ihm möglich gewesen wäre, den versäumten Jugend-Unterricht nachzuholen.

Vom Lieutenant bei der Garde du Corps, stieg er ziemlich rasch zum Rittmeister auf, und wurde später dem Befehlshaber des ersten Armeekorps, dem General von *York*, als Adjutant beigegeben.

In den Feldzügen vom Jahre 1813 bis 1815 zeichnete er sich mehrfach aus; denn sein scharfes Auge befähigte ihn ganz besonders zum Erkennen der feindlichen Stellungen, und bei allen solchen Gelegenheiten bewies er auch Muth, Entschlossenheit, Kaltblütigkeit und Umsicht.

Die regelrechte Uebung der Dienstpflicht ward ihm vollkommen eigen; er war ein wackerer Soldat und behauptete an der Spitze eines Reitergeschwaders jederzeit seinen Platz ehrenvoll.

Dazu hatte er noch eine stattliche Figur, feine Sitte und eine vollständige Bekanntschaft mit den Gebräuchen des Hofes, weshalb sein Erscheinen im Umgange um so angenehmer auffällt, als sich damit, in einer immerhin seltenen Vereinigung, ein offener und biederer Charakter verbindet.

Nach Beendigung des Krieges erhielt Graf *Brandenburg* das Kommando über die Garde du Corps, und verheirathete sich mit einem Fräulein von *Massenbach*, der Tochter eines alten Dragoner-Obersten, die mit der Prinzessin *Charlotte*, nachmaligen Kaiserin von Rußland erzogen wurde, und mit dieser hohen Frau fortwährend in einer innigen Verbindung geblieben ist.

Zum Befehlhabenden General in Schlessen ernannt, wußte er sich die Gunst der Bewohner von Breslau in einem solchen Grade zu erwerben, daß er sich selbst in den unruhigen Tagen des Jahres 1848 Anfangs bei allen Partheien beliebt erhielt, und als von seiner Versetzung an den Rhein die Rede war, der König angegangen wurde, ihn auf seinem Posten zu belassen.

Den Argwohn der Demokraten erregte er zuerst, als er die Fürstin von *Metternich* auf ihrer Durchreise in sein Haus aufnahm; mehr stieg aber die Erbitterung, als er im September eine scharfe Verkündigung gegen Ruhestörungen erließ und mit militärischen Einschreiten drohte, ohne die Aufforderung der bürgerlichen Behörde abzuwarten.

Er legte dadurch dem Minister-Präsidenten die saure Pflicht auf, die Maßnahme in der National-Versammlung zu rechtfertigen, und die diesernwegen mehrmals erneuerten Angriffe abzuweisen.

Als Pfuell durch alle Nachgiebigkeit die täglich drohender werdenden Stürme in der Versammlung nicht beschwichtigen konnte, als der Hof ihm das Vertrauen entzog und an eine gewaltsame Verlegung dachte, wurde Graf Brandenburg nach Berlin berufen.

Ihm war die Sendung, die er übernehmen sollte, nicht willkommen, aber der König erinnerte ihn an seine Abstammung und seinen Namen, an die Gefahr, in welcher der Thron und das Reich schwebte und an die Unentbehrlichkeit eines zuverlässigen kraftvollen Freundes.

Es wurde nun eine Verfassung gegeben, doch ist gewiß nicht ein Wort aus der Feder des Minister-Präsidenten geflossen, denn er gab nur der Sache seinen Namen, und warf seine Brust der Gefahr entgegen.

Eine ihm gemachte Gegen-Vorstellung soll er mit den Worten abgewiesen haben. »Ich thue ja nichts weiter, als was der König befohlen hat, und hätte er mir aufgetragen, die Republik auszurufen, so wäre auch dieses geschehen.«

Ohne für die Richtigkeit des Ausspruchs einsehen zu können, bezeichnete er zu sehr den Charakter des Mannes, als daß man viel Grund zum Zweifel finden könnte. Er führte das Wort eines Soldaten, der sich blind auf den Feind stürzt, wenn der Feldherr gesprochen hat, aber es diente zugleich zum Beweise, wie das Wesen der verfassungsmäßigen Monarchie in einem Staate aufgefaßt wird, welcher den Grafen Brandenburg nicht bloß in einer verhängnißvollen Stunde an die Spitze der Verwaltung stellte, sondern ihn auch gegen den Willen der Kammern darin erhielt.

Der preussische Minister-Präsident ist begreiflicher Weise auch kein Redner und betritt nur die Rednerbühne, wenn es gilt, eine gewichtige Sache den Vertretern des Volks vorzutragen.

Bei seinem Auftreten gab seine Gestalt einen gewissen Nachdruck, und indem er mit erhobener Stimme jedes Wort betonte, las er, was er zu sagen hatte, als wolle er es mit ehernem Griffel in die Gemüther seiner Zuhörer eingraben.

Er kann überhaupt nur als der Arm der Verwaltung angesehen werden; der Geist, welcher sie regierte, war sein Genosse und Freund, der Freiherr von Mantuffel, vor seiner Erhebung Direktor im Ministerium des Innern, der schon auf dem ersten vereinigten Landtage durch sein schroffes Auftreten sich ein lebendiges Andenken im Volke verschaffte.

Vor allen jenen Männern, welche in Berlin eine Rolle spielten, gehört der Regierungsrath von Unruh in Magdeburg, der letzte Präsident der preussischen konstituierenden Landes-Versammlung.

Er gehörte Anfangs dem linken Centrum an und wurde zu den äußersten Maßregeln erst durch den gewaltsamen Angriff der Regierung gegen die National-Versammlung getrieben.

Wenn er sich als Vorsitzender nicht befugt erachtete, die Sitzungen der Versammlung in Berlin ohne deren Zustimmung zu schließen, so ist ihm dieses nicht zu verargen, denn das Recht der Krone zur Vertagung und Verlegung war ein sehr zweifelhaftes, und dürfte auch schwer nachzuweisen seyn.

Uebrigens wäre es unstreitig würdevoller gewesen, wenn die Versammlung im Angesichte der Nation eine feierliche Verwahrung dagegen eingelegt, sich hierauf selbst aufgelöst und es der Regierung überlassen hätte, ihr Verfahren zu rechtfertigen oder dessen Folgen zu tragen.

Zu dieser Hezjagd durch Berlin, die zuletzt doch zu nichts führen konnte, hätte sich Unruh nicht hergeben sollen; denn er kam dadurch in jenen falschen Eifer hinein, der ihn bis zum Aussprechen der Steuer-Verweigerung mit fortrieb, die dann ihn und seine Meinungsgenossen um dieselbige Achtung und Theilnahme brachte, welche das anfängliche Auftreten hervorgerufen hatte.

Der Oberlandes Gerichts-Direktor in München *Demme*, welcher sich früher nur als Gegner des literarischen Eigenthums und durch sein feindseliges Auftreten gegen *Hitzig* wegen dessen Beurtheilung einer von ihm gefaßten Entschließung bemerkbar gemacht hatte, in der Folge aber von Berlin nach Memel verjagt worden war, trat als Abgeordneter in der National-Versammlung und als Staats-Anwalt plötzlich in einer überraschenden Weise auf.

Zu letzterer Anstellung durch das Vertrauen der Regierung berufen, hatte diese nichts weniger als den Mann der bekümmtesten Opposition in ihm zu finden erwartet; dennoch täuschte er aber nicht bloß als Abgeordneter, sondern eben so als öffentlicher Beamter, die Meinung der Behörde.

Während er sich jedem Angriff gegen die Staatsgewalt angeschlossen, fehlte er gegen die Pflichten seines Amtes als öffentlicher Ankläger.

Die Anklagen gegen Majestäts-Verbrechen behandelte er in so spielender und gleichgiltiger Weise, daß seine schwächlichen Anträge selbst im Publikum Verwunderung erregten.

Größer wurde dieses Erstaunen nach dem Zeughaussturm vom 14. Juni, denn diese Vorgänge, die sogar die Entrüstung der äußersten Linken erregten, schien nur der Staats-Anwalt leicht zu nehmen, und forschte lediglich nur nach solchen Zeugen, welche über das Schießen von Seite der Verteidiger des Zeughauses Auskunft zu geben im Stande waren.

Es bedurfte einer öffentlichen Anfrage, ob denn nur die gesetzlichen Verteidiger des Staats-Eigenthums wegen etwaiger Uebergrieffe und nicht viel mehr die freventlichen Angeifer desselben zur Verantwortung zu ziehen seyen, um den Staats-Anwalt zu einer Rechtfertigung zu veranlassen; die aber kläglich ausfiel, da er seine Maßnahme als ein Mißverständnis bezeichnen mußte, und so erhielten *Kirchmann* und *Demme* einen unfreiwilligen dreimonatlichen Urlaub.

Die Regierung wollte beide Männer aus der preussischen National-Versammlung entfernen, nachdem sie dieselben in andere Stellen versetzte, und Lemme Anfangs Juli zum Direktor des Ober-Landsgerichts in Münster ernannte; aber sie erreichte diesen Zweck nicht.

Wieder gewählt, nahm Lemme Antheil an allen weitern Schritten gegen die Regierung, die, als sie in eine ungesetzliche Bahn einlenkte, und durch die okroyirte Verfassung vom 5. Dezember die ständische Thätigkeit beseitigte, nichts schleunigeres zu thun hatte, als gerade diesem, von ihren Gegnern zuerst ihre Gewalt fühlen zu lassen.

Lemme wurde verhaftet, und obwohl nicht einmal der Streit über die Zuständigkeit des Gerichtshofes zu schlichten, vielweniger die Anklage zu begründen war, so befreite ihn doch nur seine Erwählung zum Reichs-Abgeordneten aus dem Zuchthause in Münster, wo er sich in der Untersuchungshaft befand.

Den hier eingesogenen Groll brachte er jetzt in die Versammlung der Paulskirche mit, und als diese geräumt wurde, trug er diesen Haß gegen die Regierung nach Stuttgart, wo er alle bestigen Beschlüsse des Kumpfparlements, und besonders jene gegen Preußen gerichteten Beschlüsse unterstützte.

Die Folge davon war, daß ihm der Justiz-Minister vom 1. Juli angefangen die Hälfte des Gehalts zurückbehielt, und als er auf Grund einer Ministerial-Verfügung, welche gegen alle preussischen Abgeordneten, die an den Stuttgarter-Verhandlungen Theil genommen hatten, die strafgerichtliche Untersuchung vorschreibt, sogleich wieder verhaftet.

Der königlich preussische Geheim-Ober-Tribunalrath Waldeck, und Johann Jakob wurden in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete in der preussischen National-Versammlung als die glänzenden Lichter einer Versammlung betrachtet, in welcher jedes Fünkchen freilich um so leichter wahrgenommen werden konnte, als die vorherrschende Dunkelheit den Blick nach solchen Stellen hinrichtete.

Wenn dasjenige, was Waldeck hier zu Tage förderte, das Beste war, was er in sich trug, so kann man ihn nur beziehungsweise auf die Umgebungen in seiner Partei hervorheben; keineswegs aber als ein bedeutendes Oppositionsglied, noch weniger als einen Staatsmann darstellen, an dessen Person sich große Erwartungen knüpfen ließen.

In Deutschland ist man immer noch sehr gewöhnt, den Mann nach dem Standpunkte zu beurtheilen, den er im Staate einnimmt; da nun Waldeck ein hohes Richteramt und dieses bisher ehrenvoll bekleidete, so machte er schon dadurch einen beträchtlichen Eindruck im Volke.

Leute von einem beschränkten Gesichtskreis sagten sich: wenn ein hoher richterlicher Beamter, der das Gesetz und die Zustände im Staate genau kennt, mit solcher Heftigkeit die Regierung angreift, so muß

sie doch ohne Zweifel grundschlecht, und der Zustand des Landes verderblich seyn.

Der geheime Ober-Tribunalrath Waldeck hat mithin unendlich mehr geschadet, als es der einfache Bürger Waldeck gethan haben würde; ja man hätte sich eines solchen Auftretens zu dem Manne Anfangs gar nicht versehen.

Waldeck ist im Jahre 1803 zu Münster geboren, und erhielt seine erste Anstellung bei dem Ober-Landsgerichte in Halberstadt als Beisitzer, wurde dann in gleicher Eigenschaft nach Paderborn versetzt, und nach vier Jahren Rath bei dem Oberlandsgerichte in Hamm.

In seiner heimatlichen Provinz sog er jenen grimmbigen Haß gegen den Adel ein, den er seitdem bei jeder Gelegenheit zur Schau trug.

Die Vernichtung des Junkerthums war bei ihm, was dem ältern Cato die Zerstörung Karthagos war, doch scheint das Werk des Westphalen allerdings schwieriger als das des Römers gewesen zu seyn.

Seine richterliche Tüchtigkeit hatte seine Beförderung nach Berlin und seine Beförderung zum geheimen Ober-Tribunalrath zur Folge gehabt, ja man rühmte zugleich seine Gerechtigkeit so wie seine Milde, seine Fähigkeit so wie seinen Fleiß.

Das Jahr 1848, welches so manchen Mann aus seinem ruhigen Geleise riß, brachte auch Waldeck aus seiner Fassung.

Dem Volke war er wenig bekannt, und der erste Eindruck, den er als Wahlbewerber machte, war ihm gleichfalls nicht günstig.

Waldeck ist häßlich; hat eine große hagere Gestalt mit rothen Haaren, scheuen Augen, und einem länglich kränklich aussehenden Gesicht. Auch sein Organ konnte nicht bestechen, da er furchtsam und stotternd mit gesenkten Blicken mehr in sich hinein, als offen zu seinen Zuhörern sprach, — Fehler, die nur dann von ihm wichen, wenn der Gegenstand ihn ergriff und warm machte.

Er stand überdies in dem Rufe ein übereifriger Katholik zu seyn, was ihm in Berlin am wenigsten zur Empfehlung gereichte. Nur sein politisches Glaubensbekenntniß, das ihn als Demokraten vom reinsten Wasser bezeichnete, lenkte die Aufmerksamkeit der Wähler auf ihn hin; und die darauf gebauten Erwartungen rechtfertigte er auch in der Versammlung vollständig.

Er war der Vorkämpfer für die Begründung einer Staatsform, welche so demokratisch ausgefallen wäre, daß für den Monarchen kaum noch das bescheidendste Plätzchen übrig geblieben seyn würde.

Darnach fragte Waldeck wohl freilich nicht, denn ihm war der König nur der erste Edelmann des Landes, und der Haß, mit dem Waldeck den Adel verfolgte, traf daher jenen, nämlich den König zuerst und am härtesten.

Man hatte vorausgesetzt, daß der Mann des Gesetzes bei seinen Vorträgen jederzeit den Rechtspunkt hervorheben und den kalten Verstand zu überzeugen, so bemüht als fähig seyn werde; aber man täuschte sich gänzlich.

Waldeck wendete sich fast ausschließlich an das Gefühl seiner Zuhörer, und wie er sich dabei selbst erhitzte, wußte er auch Andere in Flammen zu setzen. In solchen Augenblicken verwunderte sich sein ganzes Wesen, denn Worte floßen wie ein Strom von seinen Lippen; er riß die Versammlung mit sich fort und erntete oft selbst den Beifall derjenigen, die seine Meinungen bekämpften oder dagegen waren.

Es ist aber hier nicht außer Acht zu lassen, daß man einen Redner nicht bloß an sich, sondern in Beziehung auf die Versammlung beurtheilen muß, zu welcher er spricht.

Er muß sich zu ihr herablassen; er muß sich in ihr Wesen versenken; er muß die Saiten anschlagen, die in den Herzen der Zuhörer wiederklingen.

Waldeck hatte viel einfache Landleute und Personen von geringer Bildung vor sich, welchen er unverständlich geblieben wäre, wenn er die vorliegenden Fragen staatsmännlich und wissenschaftlich behandelt hätte.

So gewiß ist es, daß der Mensch das Gepräge seiner Umgebungen annimmt, daß Waldeck, wenn er zu lauter solchen Männern gesprochen hätte, wie dort in der Minderzahl vorhanden waren, eine ganz verschiedene Erscheinung dargethan haben würde.

Freilich darf man auch nicht unberührt lassen, daß er wenig Geschick zum Gesetzgeben gezeigt, und mehrere Gesetzentwürfe eingebracht hat, die er selbst andern Händen überlassen mußte, um ihnen eine passendere Gestalt zu geben.

Diese Wahrnehmung mindert also die Achtung vor seinen Kenntnissen, und diese Achtung sinkt noch tiefer, wenn man sein immerwährendes Bestreben wahrnimmt, in die Rechte der ausübenden Gewalt hinüber zu greifen.

Dem Staatsmann, dem Rechtskundigen kann man also Vermischungen der Gewalten nicht verzeihen. Seine Freunde und Anhänger lobten ihn als den aufrichtigsten und uneigennützigsten Beförderer von Freiheit und Volkswohl; seine Gegner behaupteten aber, daß sein Ehrgeiz die alleinige Triebfeder seiner Handlungen, seine Menschenliebe eine vorgehaltene Maske, und er nichts Anderes als eine erneuerte Auflage von Robespierre sey. Uebrigens ist es schwer, so lange nicht bestimmte Thatfachen für Lob oder Anklage sprechen, darüber ein entscheidendes Urtheil abzugeben.

Indessen sind aber dennoch einzelne Züge bekannt geworden, die allerdings auf ehrgeizige Pläne hindeuten; denn Waldeck soll schon nach dem Rücktritt des Ministeriums Camphausen auf ein Portefeuille und zwar mit solcher Bestimmtheit gerechnet haben, daß man ihm nachsagte, er habe seinen Leuten die Weisung gegeben, ihn augenblicklich aus dem Si-

zungs-Saale zu rufen, wenn ein Brief in einem blauen Umschlag, — nämlich die königlichen Kabinets-Schreiben haben blaue Umschläge, — an ihm abgegeben würde *).

Eben so will man ihm auch Selbstständigkeit absprechen und sagte ihm nach, daß er nur das Werkzeug seiner Parthei gewesen sey.

Wahr ist es übrigens, daß er für jeden Antrag der Linken stimmte, obgleich sich kaum annehmen läßt, daß er von der Zweckmäßigkeit aller vorgeschlagenen Maßregeln überzeugt seyn konnte, es sey denn, daß er sich die Vernichtung der Monarchie als Ziel gesteckt hatte, und zu jedem Schlage die Hand reichte, welcher gegen sie geführt wurde.

Ein besonnener Mann würde sich freilich überlegt haben, daß bei so vielen ungeschickt geführten Streichen die Art zurückspringen und die Hände verwunden müsse, die sie führten; da Waldeck jedoch nie zu dieser Ueberlegung kam, kann man ihn auch nicht für einen wirklich gefährlichen Gegner der Monarchie halten, denn er war zu sehr Schwärmer geworden, um furchtbar zu seyn.

Seine Amtsgenossen wollten ihn nach der Auflösung der National-Versammlung nicht wieder in ihre Mitte aufnehmen, und regten dadurch fast ganz Deutschland wider sich auf. Noch hatte auch Waldeck nichts Anderes gethan, als wozu ihn seine Stellung als Volksvertreter vollkommen berechtigte. Er hatte seine politischen Ueberzeugungen ausgesprochen, und mit der Waffe des Wortes für sie gekämpft. Könnte ein Abgeordneter dieserwegen aus seinem Amte gestossen werden, so konnte er dieses eben so gut in den Kerker oder aus dem Lande.

Damit wäre aber die Unabhängigkeit wie die Redefreiheit vernichtet, denn wo soll die Gränze aufgefunden werden, bis wohin die Freiheit geht? Jedenfalls mußte beim Mißbrauch des Wortes eine Anklage zu begründen, und durch einen parteilosen Richter darüber zu urtheilen seyn; und am übelsten stand es ohne Frage dem obersten Gerichtshof des Landes an, die Unabhängigkeit der Ueberzeugung in solcher Weise entgegen zu treten.

Sein Benehmen bei jeder Gelegenheit war in einem hohen Grade entschieden und würdig, und hob ihn wieder in den Augen vieler Männer, die mit seinem Auftreten in der Versammlung sich in keiner Weise einverstanden mochten.

*) Ein Spatzvogel hatte davon Nachricht erhalten, und erlaubte sich die Bosheit, mehrere blau verschlossene Briefe unter dem Amtsfiegel in Waldeck's Wohnung zu schicken, der nach einer jeden solchen Nachricht nach Hause eilte, sich aber leider immer, so oft er einen Brief eröffnete, getäuscht fand.